Konzept für den Nationalpark Donau - Auen Bericht über die Planungsarbeiten 1991 - 1993



Gewässer als Lebensräume

Blaue Reihe des Bundesministeriums für Umwelt

NATIONALPARKPLANUNG DONAU-AUEN

ENDBERICHT

Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal

Deutsch-Wagram

Im Auftrag des Bundes und der
Länder Niederösterreich und Wien

Bearbeitung: Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal
A-2232 Deutsch-Wagram, Franz Mair-Straße 47, Tel. (02247)4570-0

Vorstand: Gen.Dir. DI Harald PESCHL
Dir. Dr. Reinhold CHRISTIAN
Dir. DI Dr. Heinz KAUPA (bis 30.06.1993)
Dir. Dr. Ludwig SCHUBERTH (ab 16.09.1993)

Projektleitung: Dir. Dr. Reinhold CHRISTIAN

Gesamtbericht: DI Robert BRUNNER

Mitarbeit: DI Christoph LEDITZNIG
Johann PÖCKSTEINER
DI Siegfried TRIMMEL

DI Dr. Ernst BUCHLEITNER
DI Hans WÖSENDORFER

Öffentlichkeits-arbeit: Mag. Stephan FOUSEK
DI Konrad WILDENAUER

Sekretariat: Alfred MORITZ

Titelfoto: Roßkopfarm bei Witzelsdorf
Aufnahme: Franz Antonicek

Rückseite: Hochwasserführender Altarm
Aufnahme: Bundesministerium für Umwelt/Nationalparkinstitut

2. Auflage Wien, Mai 1995

Copyright by Bundesministerium für Umwelt, Wien 1994
Gesamtredaktion der Blauen Reihe:
Dipl.Ing. Gerhard Sigmund
Im Eigenverlag des Bundesministeriums für Umwelt
Abteilung I/1, Reisnerstraße 4, A-1030 Wien

Gesamtherstellung und Vertrieb:
A. Riegelnik, Piaristengasse 19, A-1080 Wien

ISBN 3 - 901412 - 03 - 4

An milden Herbsttagen sitzen alte Männer
an einem Wirtshaustisch unter den Kastanien und
schauen über die ruhige Donau hin.
Es gäbe ja keine richtige Schiffahrt
mehr, klagen sie, da tümpeln ja nur noch schwimmende Kästen von
Kraftwerk zu Kraftwerk
hin. Und sie reden von alten Zeiten
und den Geheimnissen, die von damals
noch herüberreichen und
von denen schon bald niemand mehr wirklich was weiß.

Franz Kain, Die Donau fließt vorbei
Eine Erzählung

VORWORT

Der Bund und die Länder Niederösterreich und Wien beauftragten die Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal, die vielschichtigen Voraussetzungen zur Schaffung eines Auen-Nationalparks im Bereich der Donau in und östlich von Wien zu prüfen. Eine koordinierte Erfassung und gleichzeitige Optimierung der Zielerreichung war die erklärte Prüfungsstrategie der vorliegenden Untersuchungen.

Die Donau-Auen beherbergen eine reichhaltige Fauna und Flora und sind als Landschaft im Wechsel von Strom und Au von hohem ökologischen und ästhetischen Wert. Die Bewahrung dieses Natur- und Kulturraums ist ein deklariertes naturschutzpolitisches Anliegen. Dieses Ziel wäre mit dem Instrument eines Nationalparks mit internationaler Anerkennung auf der Grundlage der strengen IUCN-Kriterien gemäß Kategorie II anzustreben.

Die Donau-Auen zwischen dem östlichen Stadtgebiet Wiens und der österreichisch-slowakischen Staatsgrenze sind gemeinsam mit den Marchauen die größte zusammenhängende naturnahe Auenlandschaft Mitteleuropas. Die in diesem Raum vorhandenen natürlichen Ressourcen sowie die erwartbare soziale, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklungsdynamik zwischen den Zentren Wien und Bratislava erhöhen die Komplexität des Untersuchungsgegenstandes. In diesem Raum leben etwa zwei Millionen Menschen. Menschen, die täglich vor dem Hintergrund einer modernen Lebenswelt vielfältige und unterschiedliche Lebensinteressen einbringen. Eine überschaubare Bewältigung dieser Dynamik ist eine plausible Forderung, der sich Politik und Verwaltung, Wissenschaft und Forschung sowie Wirtschaft und Kultur nicht entziehen können.

Eine fruchtbare Verknüpfung von naturschutz- und entwicklungspolitischen Überlegungen war daher das Leitbild für den dreijährigen Planungsauftrag. Ein unmittelbarer Vergleich mit bereits bestehenden österreichischen Nationalparks zeigt, daß es in dieser Planungsregion keine einfachen Lösungen gibt. Insbesondere die engagierte Beteiligung der Menschen in der Planungsregion an den Untersuchungen spiegelt die vielseitigen und einander durchdringenden Interessen in diesem Kultur- und Lebensraum wider und erfordert daher eine besondere Sensibilität hinsichtlich aller Planungsüberlegungen gegenüber der betroffenen Bevölkerung.

Im Zuge der wissenschaftlich geleiteten Untersuchungen wurde folgerichtig eine Reihe von Fragen aufgeworfen, die den Rahmen des gegenständlichen Auftrages sachlich und regional sprengten. Deshalb wurde von der Nationalparkvorbereitungskommission - bestehend aus achtzehn Vertretern der Auftraggeber (Bund und die Länder Niederösterreich und Wien) - die Klärung solcher Fragen als Vorbedingung zur Entscheidungsfindung festgelegt.

Vor allem die fortschreitende Eintiefung der Donausohle und die damit einhergehende Grundwasserabsenkung, die auch für die Auwalderhaltung Nachteile bringt, sind Tatsachen, die rasch einer Lösung zugeführt werden müssen.

Die Nationalparkvorbereitungskommission stellte daher nach wohlüberlegter Prüfung der vorgelegten Untersuchungen einstimmig fest, daß ein Nationalpark grundsätzlich machbar, aber derzeit nicht entscheidungsreif ist. Die Nationalparkvorbereitungskommission sieht im Beschluß der Vertreter des Bundes in der Nationalparkvorbereitungskommission zum vorliegenden Bericht der Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal eine für die weiteren Arbeiten wesentliche Grundlage.

Die weiteren Analysen sollten daher auf jene sachlichen Bereiche ausgerichtet werden, die in absehbarer Zeit eine konstruktive politische Willensbildung für zukunftsweisende Initiativen auf gesicherter Grundlage erlauben. Die Nationalparkvorbereitungskommission - den Grundsätzen der Offenheit, Transparenz und Verständigung verpflichtet - möchte mit diesem Bericht eine Argumentationsgrundlage für den weiteren umfassend zu führenden wissenschaftlichen, lebenspraktischen und politischen Diskurs bieten.

Vorsitzender
SR Dr. Herbert PELIKAN
Amt der Wr. Landesregierung

Vorsitzender
vtr.HR Dr. Gerhard SILBERBAUER
Amt der NÖ-Landesregierung

Vorsitzender-Stellvertreter
Rat Dipl.-Ing. Wolfgang MATTES
Bundesministerium für Umwelt,
Jugend und Familie

BESCHLUSSANTRAG ZUR ABNAHME DES BERICHTES DER BETRIEBSGESELLSCHAFT MARCHFELDKANAL ZUM NATIONALPARK DONAU-AUEN

1. Der Bericht der Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal, Nationalparkplanung Donau-Auen wird von der Nationalparkvorbereitungskommission samt Anlagen aber exklusive Kapitel 10 als Endbericht gemäß Werkvertrag vom 1.3.1991 angenommen.

   Die Leistungen gemäß zitiertem Werkvertrag sind damit erfüllt.

   Die Nationalparkvorbereitungskommission empfiehlt daher die vertragsgemäße Freigabe und Auszahlung des Haftrücklasses.

2. Die Nationalparkvorbereitungskommission sieht im "Beschluß der Vertreter des Bundes in der Nationalparkvorbereitungskommission zum Bericht der Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal" eine für die weiteren Arbeiten wesentliche Grundlage (siehe Top 5, Weiterführung der Arbeiten).

3. Zur Endredaktion des Kapitels 10 des Berichtes wird ein Redaktionskomitee eingesetzt, das bis Ende Jänner 1994 eine koordinierte Fassung vorzulegen hat. Gegebenenfalls werden im Kapitel 10 gegenläufige Positionen dargestellt.

4. Die Nationalparkvorbereitungskommission stellt fest, daß damit alle von der Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal beauftragten und dem gegenständlichen Bericht zugrundeliegenden Arbeiten (insbesondere auch die Kosten-Nutzen-Analyse von Prof. SCHÖNBÄCK) als im wesentlichen erfüllt gelten.

PRESSEAUSSENDUNG DER NATIONALPARKVORBEREITUNGSKOMMISSION VOM 16.12.1993

Silberbauer: Nationalparkvorbereitungskommission nimmt Bericht der Nationalparkplanung an.

"Der Bericht der Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal zeigt:

Ein Nationalpark ist grundsätzlich machbar, aber derzeit nicht entscheidungsreif. Mehrere Varianten mit guten Aussichten auf eine Anerkennung durch die IUCN wurden vorgelegt", erklärte Hofrat Silberbauer heute als Vorsitzender für die Nationalparkvorbereitungskommission.
Bei der Bearbeitung sind einige Fragen aufgetreten, die im dreijährigen Bearbeitungszeitraum nicht ausreichend behandelt werden konnten. Die Klärung weiterer Fragen wie z.B. Sohlstabilisierung lagen nicht im Aufgabenbereich der Nationalparkvorbereitungskommission.

Um eine abschließende Beurteilung vornehmen zu können, sind bestimmte Themen näher zu untersuchen. Insbesondere gehören dazu:

* die Sohlstabilisierung
* die nationalparkkonforme Entnahme von Trink- und Nutzwasser
* die Fahrwasserproblematik der Schiffahrt
* die Berücksichtigung der Interessen der örtlichen Bevölkerung.

Im Lichte der aktuellen Entwicklung im Raum Wien-Bratislava soll den Donau-Auen ein Schutz möglichst hoher Qualität zukommen. Der Nationalpark Donau-Auen kann auch einen wesentlichen Faktor zugunsten des Raums Wien-Bratislava im Europäischen Standortwettbewerb bilden.

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort 5
Beschlußantrag der Nationalparkvorbereitungskommission vom 16.12.1993 7
Presseaussendung der Nationalparkvorbereitungskommission vom 16.12.1993 9
Verzeichnis der Abbildungen 21
Verzeichnis der Tabellen 23

ENDBERICHT 25

1. Der Rahmen der Nationalparkplanung 25
Die Absichtserklärung der Vertragspartner 25
Das Projekt 25
Nationalparkdefinition 26
Der Planungsauftrag 29
Das Untersuchungsgebiet 30
Die Ziele 31
Die Gremien 32
Planungsphilosophie - Methodischer Ansatz 35
Prämisse 1: Wasser für die Au 35
Prämisse 2: Eingriffe minimieren 36
Prämisse 3: Sicherung bestehender Einrichtungen 37
Prämisse 4: Nutzung bestehender Organisationsstrukturen 37
Prämisse 5: Öffentlichkeitsarbeit 37
Prämisse 6: Planungsmethodik 38

2. Die Donau-Auen - Zustand und Entwicklungsmöglichkeiten 39

2.1 Das Gebiet 39
Donau und Hydrologie 40
Hydrographische Kennzahlen für die Donau östlich von Wien 42
Ausbaunormen gemäß Schiffahrtsmemorandum der österreichischen Bundesregierung 1992 42
Ausbaunormen gemäß Donaukommission (Stand 1988) 43

2.2 Zustand des Naturraumes 43
Aquatischer Lebensraum 44
Derzeitige fischereiliche Nutzung 45
Wald 46
Derzeitige forstliche Nutzung 49
Wiesen 49
Derzeitige landwirtschaftliche Nutzung 50
Fauna 50
Greifvögel 50
Jagdbare Wildtiere und Lebensraum 52

Derzeitige jagdliche Nutzung 54
Sonstige Nutzungen 54

2.3 Entwicklungsmöglichkeiten im Nationalpark 54
Das Flußbauliche Gesamtkonzept 55
Die Maßnahmen des Flußbaulichen Gesamtkonzepts 55
Gewässervernetzung 55
Niederwasserregulierung 56
Uferstrukturierung 56
Sohlstabilisierung 60
Derzeitiger Stand der Untersuchungen 61
Alternative Normalgeschiebezugabe 62
Aquatischer Lebensraum 62
Wald 63
Forstschutzmaßnahmen 65
Auszug aus den Stellungnahmen 66
Wiesen 66
Ackerflächen 66
Auszug aus den Stellungnahmen 67
Fauna 67
Greifvögel 67
Jagdbare Wildarten 68
Auszug aus den Stellungnahmen 68

2.4 Nationalparkwürdigkeit 69
Nationalpark Donau-Auen - Internationale Anerkennung 70
Die Prüfung 70
Berücksichtigung bestehender Nutzungen 70
Kriterien 71

3. Die Varianten 73
Bestimmungsgrößen 73
Besitzverhältnisse 73
Wasserbau 74
Nationalparkvariante 1 "Status quo" 75
Erwartete Entwicklung 75
Übergangsformen 76
Nationalparkvariante 2 "Flußbauliches Gesamtkonzept" 76
Kraftwerksvariante 3 "Nationalpark und Kraftwerk" 78
Stauhaltungen 78
Kraftwerksvariante 3.1 "Nationalpark und KW Wolfsthal-Bratislava II" 82
Kraftwerksvariante 3.2 "Nationalpark und KW Wildungsmauer" 82
Ausgeschiedene Varianten 83
Empfehlungen und Stellungnahmen 83
Bericht der Planungsgruppe Wasserbau - Auenökologie 83

Empfehlungen des Wissenschaftlichen Beirats 84
Stellungnahme der Nationalparkvorbereitungskommission 85
Stellungnahme des Nationalparkforums 85
Auszug aus den Stellungnahmen 86

4. Außenabgrenzung, Zonierung und Maßnahmen 89
Außenabgrenzung 89
Zonierung 89
Strenge Naturzone 90
Waldbauliche Maßnahmen 91
Zeitplan 91
Auszug aus den Stellungnahmen 92
Maßnahmen zur jagdlichen Regulierung 93
Auszug aus den Stellungnahmen 94
Fischerei 94
Auszug aus den Stellungnahmen 96
Maßnahmen zur Gewässervernetzung 96
Naturzone mit Managementmaßnahmen 96
Maßnahmen 97
Auszug aus den Stellungnahmen 97
Geschützte historische Zone 97
Maßnahmen 98
Auszug aus den Stellungnahmen 98
Fremdenverkehrs- und Verwaltungszone 98
Maßnahmen 99
Sonderbereiche 99
Donau als internationale Wasserstraße 99
Äcker 99
Der Fadenbach 100
Auszug aus den Stellungnahmen 100
Der Braunsberg 100

5. Nutzungen 101

5.1 Nutzungen im öffentlichen Interesse 101
Schiffahrt 101
Auszug aus den Stellungnahmen 104
Hochwasserschutz 104
Hafenausbau Wien 105
Auszug aus den Stellungnahmen 105
Donau-Oder-(Elbe-)Kanal 105
Kanalvariante 2.6 105
Kanalvariante 3.6 106
Auszug aus den Stellungnahmen 106
Grund- und Trinkwasser 106

Lobau 108
Niederösterreich 110
Infrastruktur 113
Flughafen Wien-Schwechat 113
Leitungstrassen 114
Auszug aus den Stellungnahmen 114
Strassen 114
Auszug aus den Stellungnahmen 114
Bergbauliche Nutzung 115
Deponien 115

5.2 (Freizeit-)Nutzungen und Naherholung 115
Möglichkeiten der Freizeitnutzung und Naherholung 116
Spazierengehen, Wandern 116
Radfahren 116
Paddeln 116
Eislaufen 117
Reiten 117
Entnahme von Pflanzen 117
Auszug aus den Stellungnahmen 118
Mitsprache der Gemeinden 118

6. Besucher im Nationalpark 119
Derzeitiges Besucheraufkommen 119
Erwartete Zunahme an Tagesbesuchern 119
Erwarteter Zuwachs an Übernachtungen 121
Verträglichkeit der erwarteten Besucherzahlen für die Region 122
Maßnahmen der Besucherlenkung 123
Nationalparkinfrastruktur 123
Planungsgrundsätze betreffend die touristische Infrastruktur 126
Infrastruktur-Variante 1 127
Infrastruktur-Variante 2 128
Verkehrslenkung im Umfeld 129
Besucherlenkung durch Angebot 130
Richtiges Verhalten im Nationalpark 130
Auszug aus den Stellungnahmen 130

7. Organisation des Nationalparks 133

7.1 Ziele 133

7.2 Aufgabengebiete der Nationalparkverwaltung 133
Naturräumliches Management und Infrastruktur 133
Planung 133
Forschung 133

Besucherbetreuung und Öffentlichkeitsarbeit 134
Bürgerbüro und Öffentlichkeitsarbeit 134
Allgemeine Verwaltung 134

7.3 Nationalparkverwaltung 134
Einbindung bestehender Organisationen 134
Voraussetzungen für eine einheitliche Verwaltung 135
Inhaltlich 135
Organisatorisch 135
Abteilungen 137
Geschäftseinteilung 137
Aufgaben des Vorstands 137
Aufgaben der Forstverwaltungen 138
Naturräumliches Management und Infrastruktur 138
Planung 138
Forschung 138
Besucherbetreuung 138
Öffentlichkeitsarbeit 139
Verwaltung im eigenen Bereich 139
Aufgaben der Nationalparkgeschäftsstelle 139
Planung 139
Forschung 139
Besucherbetreuung 139
Bürgerbüros und Öffentlichkeitsarbeit 140
Verwaltung 140
Personelle Ausstattung 140

7.4 Personalbedarf 140
Personalbedarf - Variante Flußbau-Konzept 142
Naturräumliches Management und Infrastruktur 142
Planung 142
Besucherbetreuung und Öffentlichkeitsarbeit 143
Bürgerbüro und Öffentlichkeitsarbeit 144
Allgemeine Verwaltung 144
Personalbedarf - andere Varianten 145

7.5 Aufbau-Organisation 145
Ziel 145
Vertragsrechtliche Rahmenbedingungen 145
Gremien 145
Nationalparkkommission 145
Nationalparkbeirat 146
Nationalparkforum 147
Wissenschaftlicher Beirat 147
Auszug aus den Stellungnahmen 147

8. Auswirkungen auf die Region 149
Charakteristik des Planungsraums 149
Sozioökonomische Eckdaten 149
Engere Nationalparkregion (Niederösterreichischer Anteil) 149
Engere Nationalparkregion (Wiener Anteil) 152
Verkehr 152
Bestehende Verkehrserschließung 152
Motorisierter Individualverkehr 154
Öffentlicher Verkehr 154
Nationalpark als Faktor der Regionalentwicklung 154
Auszug aus den Stellungnahmen 157
Quantifizierung regionalwirtschaftlicher Effekte 157
Umsatzeffekte in der Bauwirtschaft 158
Umsatzeffekte in der Tourismuswirtschaft 159
Beschäftigungseffekte 160
Mehreinnahmen für die Gemeindehaushalte 160

9. Kosten 161
Grundlagen und Rahmenbedingungen 161
Kosten der Errichtung eines Nationalparks (einmalig) 162
Nationalparkzentren 162
Infrastruktur 163
Kosten des Betriebs des Nationalparks Donau-Auen 165
Personal 165
Büro- und Sachaufwand 165
Öffentlichkeitsarbeit 166
Forschung 166
Investitionen 166
Flächensicherung 167
Wald 167
Wiesen 167
Äcker 168
Jagd 168
Auszug aus den Stellungnahmen 168
Fischerei 168
Auszug aus den Stellungnahmen 168
Rücklage für Flächenankauf 169
Auszug aus den Stellungnahmen 170
Zeitlicher Verlauf des Anfalls der Betriebskosten 171
Investitionskosten wasserbaulicher Maßnahmen 172
Kostenschätzung für 10 km Lauflänge 173
Sohlstabilisierung 173
Niederwasserregulierung 173
Uferstrukturierung, Ausgleichsbaggerung 174
Gewässervernetzung 174

Planung 174
Zuordnung der Kosten 175

10. Die Kosten-Nutzen-Analyse 177
Motivation 177
Methodik 177
Szenarien der künftigen Entwicklung 179
Ergebnisse im Hauptszenarium 180
Ergebnisse in anderen Szenarien 182
Alternativszenarium 182
Szenarium mit gehäuft nationalparkgünstigen/nationalpark-ungünstigen Annahmen 182
Sensitivitätsanalyse für das Hauptszenarium 183
Anmerkungen zur Ergebnisdarstellung im Hauptszenarium 183

11. Nationalparkgesetz für die Donau-Auen 185
Rechtliche Vorgaben und Rahmenbedingungen 185
Naturschutzgesetze der Länder 185
Das Niederösterreichische Naturschutzgesetz 185
Das Wiener Naturschutzgesetz 185
Die internationalen Kriterien der IUCN 186
Ein Nationalparkgesetz 186
Entschädigung für Einschränkungen 186
Haftung 187
Andere betroffene Gesetzesmaterien 187
Freiwillige Grundsatzresolution mit den Landesjagdverbänden von Niederösterreich und Wien 188
Vorschlag für eine Grundsatzresolution mit den Fischereiverbänden von Niederösterreich und Wien 189

12. Bürgerbeteiligung und Akzeptanz 191
Bürgerbeteiligung 191
Die Aufgabenbereiche der mitwirkungsorientierten Öffentlichkeitsarbeit 191
Grundlagen 191
Nationalparkforum 192
Gemeinden 192
Zielgruppenarbeit 192
Akzeptanz 194
Einige Fakten im Überblick 195
Meinungsforschung 195
Informationsquellen 195
Bekanntheit von Planungsbeauftragten 196
Interessenvertretung 196
Nationalpark und Kraftwerk 196
Stimmungsbild bei Veranstaltungen 197

Stellungnahmen des Nationalparkforums und der Gemeinden 197
Nationalparkforum 197
Gemeinden 197
Gemeindebefragungen 198

13. Stellungnahmen der Gemeinden 199
Übersicht über die Gemeindestellungnahmen 200
Bad Deutsch-Altenburg 200
Übereinstimmung mit dem Nationalparkkonzept 200
Eckartsau 201
Übereinstimmung mit dem Nationalparkkonzept 201
Engelhartstetten 202
Übereinstimmung mit dem Nationalparkkonzept 202
Fischamend 203
Übereinstimmung mit dem Nationalparkkonzept 203
Zusätzliche Stellungnahmen 204
Groß-Enzersdorf 204
Übereinstimmung mit dem Nationalparkkonzept 204
Hainburg 205
Übereinstimmung mit dem Nationalparkkonzept 205
Zusätzliche Stellungnahmen 205
Haslau - Maria Ellend 206
Übereinstimmung mit dem Nationalparkkonzept 206
Mannsdorf an der Donau 206
Übereinstimmung mit dem Nationalparkkonzept 206
Orth an der Donau 207
Übereinstimmung mit dem Nationalparkkonzept 207
Petronell - Carnuntum 207
Übereinstimmung mit dem Nationalparkkonzept 207
Scharndorf 208
Übereinstimmung mit dem Nationalparkkonzept 208
Schwechat 208
Wolfsthal - Berg 208

Gremien (Stand 31.12.1993) 209
Nationalparkvorbereitungskommission 209
Wissenschaftlicher Beirat 211
Nationalparkforum 213

Studien 215
Zitierte Literatur 219
Glossar 221
Abkürzungsverzeichnis 223

ANHANG 225

Beschluß der Vertreter des Bundes in der Nationalparkvorbereitungskommission zum Bericht der Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal
Gemeindestellungnahmen
Kurzfassung des Berichts der Planungsgruppe Wasserbau - Auenökologie
Protokolle:
Ergebnisse des Workshops Sohlestabilisierung am 28./29. September 1992
Symposium Wasserwirtschaft - Auenökologie am 19. April 1993
Expertengespräch Donau-Grundwasser-Trinkwasser am 2. Juni 1993
Pressepapier

VERZEICHNIS DER ABBILDUNGEN

Abb. 1.1 Organisation der Nationalparkplanung 33
Abb. 1.2 Planungsprozeß 34

Abb. 2.1 Planungsgebiet und Naturraum 41
Abb. 2.2 Grundbesitzverhältnisse 41
Abb. 2.3 Verteilung der Gewässerkategorien 45
Abb. 2.4 Naturnähe vor 47
Abb. 2.5 Waldstandorte 47
Abb. 2.6 Baumartenverteilung im oberen Drittel 47
Abb. 2.7 Alterstruktur des Waldes 47
Abb. 2.8 Greifvogelhabitate 53
Abb. 2.9 Schalenwild im Nationalparkplanungsgebiet 53
Abb. 2.10 Äsungsangebot 53
Abb. 2.11 Gewässervernetzung Haslau-Maria Ellend 57
Abb. 2.12 Niederwasserregulierung - Querprofile für Fahrwassertiefen von 2,7 und 3,2 m 58
Abb. 2.13 Flußbauliches Gesamtkonzept: Zonenplan 59
Abb. 2.14 Verjüngungsraten der Baumarten 64

Abb. 3.1 Nationalparkvariante 1 - Status quo 77
Abb. 3.2 Nationalparkvariante 2 - Flußbauliches Gesamtkonzept 77
Abb. 3.3 Kraftwerksvariante 3.1 - Nationalpark Donau-Auen und Kraftwerk Wolfsthal II 81
Abb. 3.4 Kraftwerksvariante 3.1 - Nationalpark Donau-Auen und Kraftwerk Wildungsmauer 81
Abb. 3.5 Variantenübersicht im Überblick 87

Abb. 4.1 Zonierung vor 91
Abb. 4.2 Fischereischongebiete 95

Abb. 5.1 Donau-Oder-(Elbe-)Kanal: Trassenvarianten 107
Abb. 5.2 Wasserwirtschaftlich relevante Schutzmaßnahmen 111
Abb. 5.3 Einflugschneisen und durchschnittliche Lärmbelastung 113

Abb. 6.1 Tagesbesucher je Jahr in der Nationalparkregion 121
Abb. 6.2 Nationalparkinfrastruktur - Variante 1 nach 124
Abb. 6.3 Nationalparkinfrastruktur - Variante 2 vor 125

Abb. 7.1 Organisationsstruktur der Nationalparkverwaltung 136
Abb. 7.2 Aufbau-Organisation 146

Abb. 8.1 Engere Nationalparkregion I: Gemeindetypen I 150
Abb. 8.2 Engere Nationalparkregion II: Gemeindetypen II 151
Abb. 8.3 Übergeordnete Verkehrserschließung 153
Abb. 8.4 Verkehrsentwicklung: DTV 1985-1990 155

VERZEICHNIS DER TABELLEN

Tab. 2.1 Fläche des Planungsgebiets Nationalpark Donau-Auen 39
Tab. 2.2 Besitzverhältnisse im Planungsgebiet Nationalpark Donau-Auen 40
Tab. 2.3 Artenzusammensetzung und Anzahl der Greifvogelpaare im Bereich des geplanten Nationalparks Donau-Auen 1989 und 1990 51
Tab. 2.4 Wildbestand und Abschußzahlen 52
Tab. 2.5 Anschlußdauer in Tagen/Jahr (d/a) 56
Tab. 2.6 Bestandsveränderung der Greifvögel 67

Tab. 3.1 Technische Daten zu den Kraftwerksvarianten Wolfsthal-Bratislava II und Wildungsmauer 79

Tab. 5.1 Tatsächliche Befahrbarkeit der Donau zwischen Wien und Bratislava 103

Tab. 6.1 Tagesbesucher je Jahr in der Nationalparkregion 120
Tab. 6.2 Ausstattung mit Nationalparkinfrastruktur 125

Tab. 7.1 Personalbedarf - Varianten 141
Tab. 7.2 Personalbedarf - Variante Flußbau-Konzept 144

Tab. 8.1 Erwartete regionalwirtschaftliche Effekte bei Verwirklichung von Variante 1, 2 oder 3.1 158
Tab. 8.2 Erwartete regionalwirtschaftliche Effekte bei Verwirklichung von Variante 3.2 159

Tab. 9.1 Kosten der Errichtung eines Nationalparks in Mio. öS 164
Tab. 9.2 Betriebskosten des Nationalparks in Mio. öS 169
Tab. 9.3 Zeitlicher Anfall der Betriebskosten in Mio. öS 171
Tab. 9.4 Zeitlicher Anfall der Betriebskosten nach Varianten 172
Tab. 9.5 Investitionskosten wasserbaulicher Maßnahmen - Varianten 174

Tab. 10.1 Barwert und interner Zinssatz im Hauptszenarium 181

Tab. 12.1 Die Haltung zum Nationalpark (in %) 195
Tab. 12.2 Ergebnisse der Gemeindebefragungen 198

1. DER RAHMEN DER NATIONALPARKPLANUNG

DIE ABSICHTSERKLÄRUNG DER VERTRAGSPARTNER

Der Bund, vertreten durch die Bundesregierung, und die Länder Niederösterreich und Wien, vertreten durch ihre Landeshauptmänner, sind, geleitet von dem Wunsch, die Augebiete in und östlich von Wien aufgrund ihrer Schönheit und Einmaligkeit als Landschaft in Österreich und ihres besonderen ökologischen Wertes als eine der letzten weitgehend ursprünglichen Flußlandschaften in Mitteleuropa zum Wohle der Bevölkerung für alle Zukunft zu erhalten, übereingekommen ....

aus: Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern Niederösterreich und Wien zur Vorbereitung der Schaffung eines Nationalparks Donau-Auen (Präambel zum BGBl. 441/1990).

DAS PROJEKT

Die Idee, besonders schöne Landschaften mit einer besonderen Artenvielfalt vor der Ausbeutung durch den Menschen zu schützen und gleichzeitig optimale Voraussetzungen für Bildung, Information, Erholung und Forschung zu bieten, ist weltweit in Form von Schutzgebieten realisiert worden, unter denen der Nationalpark eine herausragende Stellung einnimmt.

Dabei darf es nicht so sein, daß Natur geplant wird, vielmehr müssen die erforderlichen Rahmenbedingungen geplant und geschaffen werden, unter denen sich die Natur frei entwickeln kann.

Die Verwirklichung dieser Ideen war einem Wandel unterworfen (vgl. Grobkonzept, Kap. 1), nicht aber ihre Grundsätze. Zwar wird dem Naturschutz noch nicht überall der Stellenwert eingeräumt, der ihm in einer hochindustrialisierten Welt zukommen sollte, Bewußtsein und Engagement für die Natur nehmen aber zu.

Ein Nationalpark umfaßt ein verhältnismäßig großes Gebiet und erfordert Eingriffe und Änderungen in den gewohnten Nutzungen; seine Errichtung ist daher ein "Großprojekt". In den letzten Jahren sind Großprojekte zunehmend angefeindet und abgelehnt worden, weil sie die Dimensionen des menschlichen Maßstabs zu sprengen drohten.

Eingriffe des Menschen in den Naturhaushalt haben oft schwerwiegende Folgen gehabt. Ein Nationalpark ist kein derartiges Großprojekt, sondern eines mit ökologischen Zielsetzungen. Dazu werden wasserbauliche Maßnahmen vorgeschlagen, die für Schiffahrt und Gewässerdynamik positive Auswirkungen haben. Das Bauvolumen gemäß flußbaulichem Gesamtkonzept steht zu einem Kraftwerksbau im Verhältnis 1:10. Mit nationalparkverträglichen Maßnahmen (Kap. 2.3) sollen jene Nutzungen sichergestellt werden, die für unsere Gesellschaft sehr bedeutsam sind (Kap. 5).

Die Eingriffe, welche die Errichtung eines Nationalparks Donau-Auen erfordert, sind naturbezogen, zeitlich und räumlich begrenzt und so zu planen, daß sie ohne negative Auswirkungen auf die natürlichen Ressourcen bleiben. Auch bei einem derartigen "Großprojekt" sind die Betroffenen, die Bürger der Region, Eigentümer und Nutzer, in die Entwicklung einzubeziehen und zur Mitwirkung einzuladen.

NATIONALPARKDEFINITION

In einem Nationalpark hat die Natur Vorrang vor allen anderen Interessen. Ihr soll Raum zur Selbstentfaltung gegeben werden, weshalb es notwendig ist, Zonen auszuweisen, in denen jeder Eingriff in den Naturhaushalt unterbleibt. Dazu zählen die ökologisch wertvollsten und produktivsten Bereiche. Das schließt die Nutzung des Gebietes zu anderen Zwecken nicht generell aus (Kap. 4 und 5). Auch der Bildung und dem Erholungsbedürfnis der Menschen muß der Nationalpark Rechnung tragen (Kap. 6).

Die Betonung der Naturschutzziele steht in Widerspruch zur wirtschaftlichen Nutzung. Das ist keine Kritik an der bisherigen Bewirtschaftung, die sich unter Beachtung ökologischer Ziele und naturnaher waldbaulicher Maßnahmen an wirtschaftlichen Zielen orientierte und an einer optimalen Nutzung des Gebietes interessiert war, sondern eine andere, neue Zielvorstellung.

Die Planungsvorstellungen richten sich danach, auf einem im Verhältnis zur gesamten Waldfläche Österreichs relativ kleinen (ca. 0,2 %), in seiner natürlichen Ausstattung hochwertigen und vom Typus her schon einmalig gewordenen Landschaftsraum die natürliche Entwicklung ungestört ablaufen zu lassen.

Damit entsprechen die Planungsgrundsätze auch den Richtlinien der internationalen Naturschutzorganisationen der IUCN (International Union for Conservation of Nature and Natural Resources). Von dieser Organisation wird die internationale Anerkennung als Nationalpark ausgesprochen, die seitens der Auftraggeber der Nationalparkplanung als Ziel vorgegeben wurde.

Die Richtlinien der IUCN definieren:

> "Ein Nationalpark ist ein verhältnismäßig großes Gebiet, in dem
>
> 1. ein oder mehrere Ökosysteme nicht wesentlich durch menschliche Nutzung oder Inanspruchnahme verändert sind, in dem Pflanzen- und Tierarten, geomorphologische Erscheinungen sowie Biotope von besonderer Bedeutung für Wissenschaft, Bildung und Erholung sind oder das eine besonders schöne natürliche Landschaft aufweist;

2. die oberste zuständige Behörde des betreffenden Landes Maßnahmen getroffen hat, im gesamten Gebiet so früh wie möglich die wirtschaftliche Nutzung oder jede andere Inanspruchnahme zu verhindern oder zu beseitigen und wirksam sicherzustellen, daß die ökologischen, geologischen, morphologischen oder ästhetischen Eigenschaften, die zur Ausweisung eines Schutzgebietes geführt haben, unantastbar bleiben; und

3. Besuchern unter bestimmten Bedingungen zur Erbauung, Bildung, Kulturvermittlung und Erholung Zutritt gewährt wird."

Quelle: IUCN-Kriterien 1985, Deutsche Übersetzung Wien 1990.

Die Regierungen werden daher ersucht, nicht als Nationalpark zu bezeichnen

1. ein der Wissenschaft dienendes Reservat, das nur mit Ausnahmegenehmigungen betreten werden kann (Strenges Naturschutzgebiet),

2. ein Schutzgebiet, das von einer privaten Organisation oder von einer nachgeordneten bzw. kommunalen Behörde ohne irgendeine Anerkennung und Kontrolle durch die oberste zuständige Behörde des Landes eingerichtet wird,

3. ein "Sondererservat" (special reserve), wie es in der African Convention of Nature and Natural Resources von 1968 definiert ist (Faunen- oder Florenreservat, Wildreservat, Vogelschutzgebiet, Waldschutzgebiete und geologische Reservate, etc.),

4. ein besiedeltes und wirtschaftlich genutztes Gebiet, in dem durch Landschaftsplanungs- und Erschließungsmaßnahmen ein Erholungsgebiet für den Fremdenverkehr geschaffen wurde, wo Industrieansiedlung und städtebauliche Entwicklung gelenkt werden und in dem die allgemeine Erholung in der freien Landschaft vor der Erhaltung der Ökosysteme Vorrang hat (Parc naturel regional, nature park, Naturpark etc.). Gebiete dieser Art, die möglicherweise als "Nationalpark" ausgewiesen wurden, sollen möglichst bald umbenannt werden.

Grundsätzlich muß die wirtschaftliche Nutzung von Naturgütern in einem Gebiet, das in die Kategorie II, Nationalpark, aufgenommen werden soll, verboten sein. Nutzung beinhaltet in diesem Sinne land- und weidewirtschaftliche Aktivität, Jagd, Fischerei, Forstwirtschaft, Bergbau, öffentliche Bauvorhaben (Transport, Kommunikation, Energie etc.) und Inanspruchnahme durch Besiedelung, Gewerbe oder Industrie.

Es ist bekannt, daß innerhalb der Grenzen einiger Nationalparke Dörfer, Städte, Infrastruktur und die damit zusammenhängenden Tätigkeiten vorhanden sind. Unter der Voraussetzung, daß diese Flächen keinen herausragenden Teil des Gebietes einnehmen und tatsächlich in Zonen aufgeteilt sind und durch diese Anordnung den

wirksamen Schutz der verbleibenden Flächen nicht beeinträchtigen, wird dies nicht als eine Voraussetzung für den Ausschluß aus der UN-Liste angesehen.

Ähnliches gilt für Verwaltungstätigkeiten, die für die Erhaltung der erwünschten Flora und Fauna, für die Gewährleistung des Zugangs und die Instandhaltung der Einrichtungen sowie für das Management des Gebietes notwendig und wünschenswert sein können.

Wirksame Zonierung ist ein wichtiges Instrument für die Vermeidung von Interessenkonflikten innerhalb der Schutzgebiete. Auf der 11. Generalversammlung der IUCN 1972 wurde von der CNPPA (Commission on National Parks and Protected Areas) beschlossen, daß Gebiete, die als Nationalparke bezeichnet werden, Flächen beinhalten sollen, die hier als "Strenge Naturzone", "Naturzone mit Managementmaßnahmen" und "Wildniszonen" bezeichnet werden, und daß sie darüber hinaus Gebiete beinhalten können, die hier als "geschützte anthropologische Zonen", "geschützte historische" oder "geschützte archäologische Zonen" bezeichnet werden.

Diese Kriterien sind oft gedeutet, neu interpretiert und unterschiedlich ausgelegt worden. Die wichtigsten Voraussetzungen sind aber klar. Wirtschaftliche Nutzungen kann es in einem Nationalpark nicht geben. Eingriffe wie das Mähen von Wiesen oder die Nieder- und Mittelwaldwirtschaft gelten dabei nicht ausschließlich als wirtschaftliche Nutzungen, sondern dienen dem Erhalt der Wiesen oder bestimmter Waldbilder aus Gründen des Naturschutzes. Sie können daher auf Dauer in den dafür ausgewiesenen Zonen vorgenommen werden.

Den Zielen des Nationalparks entsprechen auch die erforderlichen Maßnahmen zur Regulierung des Wildbestandes auf ein dem Lebensraum angepaßtes Maß und wasserbauliche Maßnahmen, die die Auenökologie verbessern sollen.

Die Erholung, im besonderen die Naherholung für die Bewohner der Nationalparkgemeinden und die damit verbundene Ausübung von Freizeittätigkeiten ist mit einem Nationalpark in Einklang zu bringen (Kap.5). Die Ausübung der Fischerei als Erholungsform (aber nicht als gewerbliche Tätigkeit) ist mit einem Nationalpark unter bestimmten Voraussetzungen vereinbar. Diesbezüglich gibt es ausreichende internationale Beispiele (Kap. 4).

Die Jagd ist im Nationalpark unter den Zielsetzungen des Nationalparks nicht nur erlaubt, sie ist als Maßnahme der Wildstandsregulierung sogar notwendig (Kap. 4 und 11).

Die freie Entwicklung der Natur im Nationalpark bedeutet also Einschränkungen für die Nutzungsansprüche des Menschen. Je nach Nutzungsart und -intensität sind diese Einschränkungen unterschiedlich stark (Kap. 4). Hiefür sind Ausgleich oder finanzielle Entschädigungen sicherzustellen (Kap. 9 und 11).

Die vielfach behaupteten Vorgaben, ein Nationalpark müsse nach den Anforderungen der IUCN eine 1.000 ha große Kernzone haben, um die internationalen Anforderungen zu erfüllen, findet sich in den IUCN-Kriterien nicht. Die Mindestfläche von insgesamt 1.000 ha ist lediglich notwendig, um überhaupt die Aufnahme in die Liste der Nationalparks seitens der IUCN prüfen zu können. Nationalparks mit weniger als 1.000 ha sind nur auf Inseln möglich.

Angestrebt wird zur Zeit für Waldnationalparks eine wesentlich größere Fläche (etwa 10.000 ha), doch sind dabei örtliche Besonderheiten zu berücksichtigen. Diesbezügliche Empfehlungen wurden von der IUCN aber noch nicht zum Beschluß erhoben (mündliche Angaben von BIBELRIETHER und HEISS). Zur Definition des Nationalparks in den Naturschutzgesetzen vgl. Kap. 11.

Vorrangig für die internationale Anerkennung sind vollständige, funktionierende Ökosysteme, die schrittweise Einstellung wirtschaftlicher Nutzung nach einem festgelegten Zeitplan und der gesetzliche Schutz für den Nationalpark. Nutzungen zur Sicherstellung von Naturschutzzielen sind in bestimmten Zonen (Naturzone mit Managementmaßnahmen, historische Zone) auch in Zukunft erforderlich. Zum Vorgang der internationalen Anerkennung vgl. Kap. 2.4.

"Ein Nationalpark ist nicht umso besser, je bedeutender seine Naturausstattung und seine ökologische Situation, sondern je schärfer und konkreter seine Abwehrbestimmungen gegen Beeinträchtigungen der ganzheitlichen, ungestörten Naturabläufe sind. Der Nationalpark ist in erster Linie ein Abwehrinstrument, kein elitäres Prädikat in einem Ökologiewettbewerb verschiedener Schutzgebietskategorien" (W. ERZ, 1991, S. 9).

DER PLANUNGSAUFTRAG

Der Bund und die Länder Niederösterreich und Wien haben im Juni 1990 eine Vereinbarung getroffen, deren Gegenstand die Prüfung der Voraussetzung zur Schaffung eines Nationalparks im Bereich der Donau-Auen sowie die Abklärung der Maßnahmen zur Verwirklichung des Projekts unter Berücksichtigung bereits eingeholter Gutachten und Forschungsarbeiten ist (BGBl. 441/1990, Art. I).

Die Prüfung soll sich insbesondere auf die wertvollen Aulandschaften in Wien und östlich von Wien im Bereich der Donau erstrecken (Art. II).

In dieser Vereinbarung haben die Auftraggeber auch die Ziele definiert, die den Planungsarbeiten zugrunde liegen. Sie haben gleichzeitig gefordert, daß alle Maßnahmen zur Vorbereitung und Schaffung des Nationalparks unter Einbeziehung der betroffenen Bevölkerung zu erfolgen haben (Art. III).

Mit der Durchführung der Prüfungs- und Planungsarbeiten wurde die Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal betraut. In der Vereinbarung wurden auch die für die Kontrolle der Arbeiten und die Bürgerbeteiligung notwendigen Gremien definiert.

Die gemäß Artikel VI und VII der Vereinbarung nach Art. 15a B-VG (BGBl. 441/1990) erforderliche Anhörung der Gemeinden und des Nationalparkforums wurde auf Beschluß der Nationalparkvorbereitungskommission (NPVK) von der Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal durchgeführt (Protokoll der 15. Sitzung der NPVK am 04.03.1993). Darüberhinaus sind Anhörungen auch einzelner Gemeinden möglich. Die Vertreter des Bundes haben sich für weitergehende Anhörungen ausgesprochen.

DAS UNTERSUCHUNGSGEBIET

Die Prüfung soll sich insbesondere auf die wertvollen Aulandschaften in Wien und östlich von Wien im Bereich der Donau erstrecken (Art. II der Vereinbarung). Betroffen sind daher in Wien der 22. Gemeindebezirk (Lobau) und 13 niederösterreichische Gemeinden, die an den Donau-Auen Anteil haben; das sind

am linken (nördlichen) Donauufer

- Groß-Enzersdorf
- Mannsdorf an der Donau
- Orth an der Donau
- Eckartsau
- Engelhartstetten

sowie am rechten (südlichen) Donauufer

- Schwechat
- Fischamend
- Haslau-Maria Ellend
- Scharndorf
- Petronell-Carnuntum
- Bad Deutsch-Altenburg
- Hainburg an der Donau
- Wolfsthal-Berg

Diese Gemeinden in den politischen Bezirken Bruck a.d. Leitha, Gänserndorf und Wien-Umgebung haben neben Wien Anteil an den Donau-Auen. Während sich die Untersuchungen und Prüfungsarbeiten zur Schaffung eines Auen-Nationalparks hinsichtlich Natur- und Artenvielfalt, Gewässervernetzung und Zonierung auf die Aubereiche in den genannten Gemeinden beschränken (Kap. 2, 4 und 5), betreffen die wirtschaftlichen Auswirkungen eines Nationalparks, die erforderlichen Infrastukturleistungen, Verkehrswegebau und ähnliche Maßnahmen, die genannten Gemeinden ins-

gesamt (Kap. 6 und 8). Es sind direkte Auswirkungen auf die Gemeindehaushalte zu erwarten.

DIE ZIELE

In der Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern sind als Zielsetzungen, die der Schaffung eines Nationalparks zugrunde liegen, aufgezählt:

a) das Gebiet des Nationalparks in seiner weitgehenden Ursprünglichkeit und Schönheit zu fördern und zu erhalten,

b) die für das Gebiet des Nationalparks charakteristische Pflanzen- und Tierwelt zu bewahren,

c) eine Akzeptanz durch die örtliche Bevölkerung zu erreichen,

d) eine internationale Anerkennung des Gebietes als Nationalpark zu erwirken,

e) den Menschen ein eindrucksvolles Naturerlebnis sowie Information und Bildungsmöglichkeiten zu bieten, soweit dies mit den Zielen gemäß lit. a) bis d) vereinbar ist,

f) das Grundwasservorkommen als Wasserreserve für die Trinkwasserversorgung zu sichern,

g) eine bestmögliche Grundwasserdynamik zu gewährleisten,

h) die Funktion und Erhaltung der internationalen Wasserstraße Donau einschließlich des Unterlaufes der March für einen ungehinderten Betrieb der Schiffahrt sowie den Bestand der Hochwasserschutzanlagen zu gewährleisten und

i) die Möglichkeit von Nutzungen des Gebietes nach Ort und Art zu prüfen.

Im Werkvertrag, der zwischen den Vertragsparteien und der Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal abgeschlossen wurde, ist die Erarbeitung von Vorschlägen unter Darlegung verschiedener Varianten zu folgenden Themen angeführt:

a) Abgrenzung und Bewertung der nationalparkwürdigen Bereiche eines Auen-Nationalparks in Wien und östlich von Wien im Bereiche der Donau unter Berücksichtigung der Kriterien der IUCN;

b) Nationalparkkonzepte, insbesondere Abgrenzungsvorschläge für Außen- und Kernzonen sowie für Sonderschutzgebiete auf der Grundlage intensiver Bürger-

beteiligung in den betroffenen Gemeinden unter Beiziehung geeigneter Fachleute;

c) Durchführung bzw. Vergabe von Studien- und Forschungsvorhaben, die für die Planung, die Errichtung und den Betrieb des Nationalparks erforderlich sind;

d) Nationalparkinfrastruktur;

e) Managementpläne für die nationalparkgerechte Entwicklung bzw. Adaptierung von Teilen des geplanten Nationalparks;

f) Wasserwirtschaftliche Rahmenkonzepte unter Benützung aller verfügbaren Unterlagen für den Nationalpark;

g) Prüfung der Auswirkungen bzw. Wechselwirkungen der Nationalparkvarianten auf andere im öffentlichen Interesse gelegenen Aspekte, wie Schiffahrt, energetische Nutzung, Sohlstabilisierung, Wasserwirtschaft, Wasserversorgung, Verkehrspolitik, Land- und Forstwirtschaft, Bergbau, Tourismus, Gewerbe und Industrie;

h) Darstellung der Kosten für die Nationalparkvarianten und der Folgekosten für andere Nutzungen;

i) Führung von Gesprächen mit Grundbesitzern und allfälligen Bergbauberechtigten im Sinne der Vorbereitung eventueller Unterschutzstellungen im Sinne des Niederösterreichischen und des Wiener Naturschutzgesetzes;

j) Grundlagen für Regierungsvorlagen;

k) die Führung der Bürogeschäfte für die Nationalparkvorbereitungskommission, den Wissenschaftlichen Beirat und das Nationalparkforum.

DIE GREMIEN

Die **Nationalparkvorbereitungskommission** wird den Vertragsparteien (Bund und die Länder Niederösterreich und Wien) nach Anhörung der jeweiligen betroffenen Gemeinden Vorschläge zur Realisierung des in Aussicht genommenen Nationalparks erstatten. Sie hat dabei insbesondere die Grenzziehung des Nationalparkgebietes, die organisatorischen Maßnahmen und die Finanzierung zu berücksichtigen.

Das **Nationalparkforum** vertritt die Interessen der örtlichen Bevölkerung bei der Vorbereitung des Nationalparkprojekts. Es ist in allen bei der Vorbereitung der Schaffung des Nationalparks auftretenden Fragen, die Zonierungen und Nutzungsbeschränkungen betreffen, von der Nationalparkvorbereitungskommission zu hören.

Zur fachlichen Beratung der Nationalparkvorbereitungskommission und der beauftragten Institutionen, zur Begutachtung und Mitwirkung in Fragen der Vorbereitung und Schaffung des Nationalparks wurde der **Wissenschaftliche Beirat** eingerichtet.

Abb. 1.1: ORGANISATION DER NATIONALPARKPLANUNG

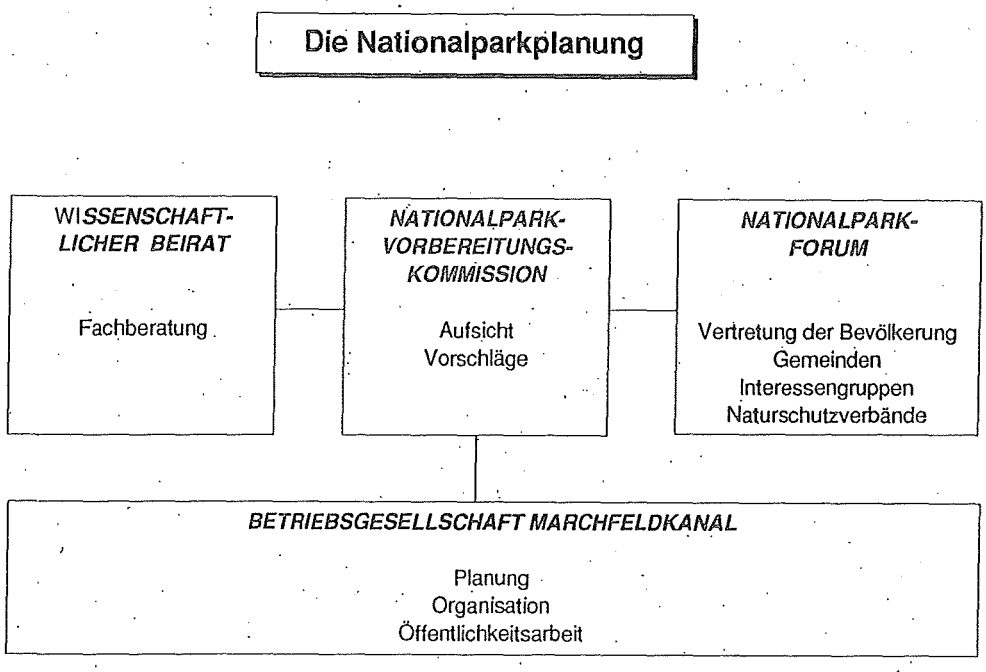
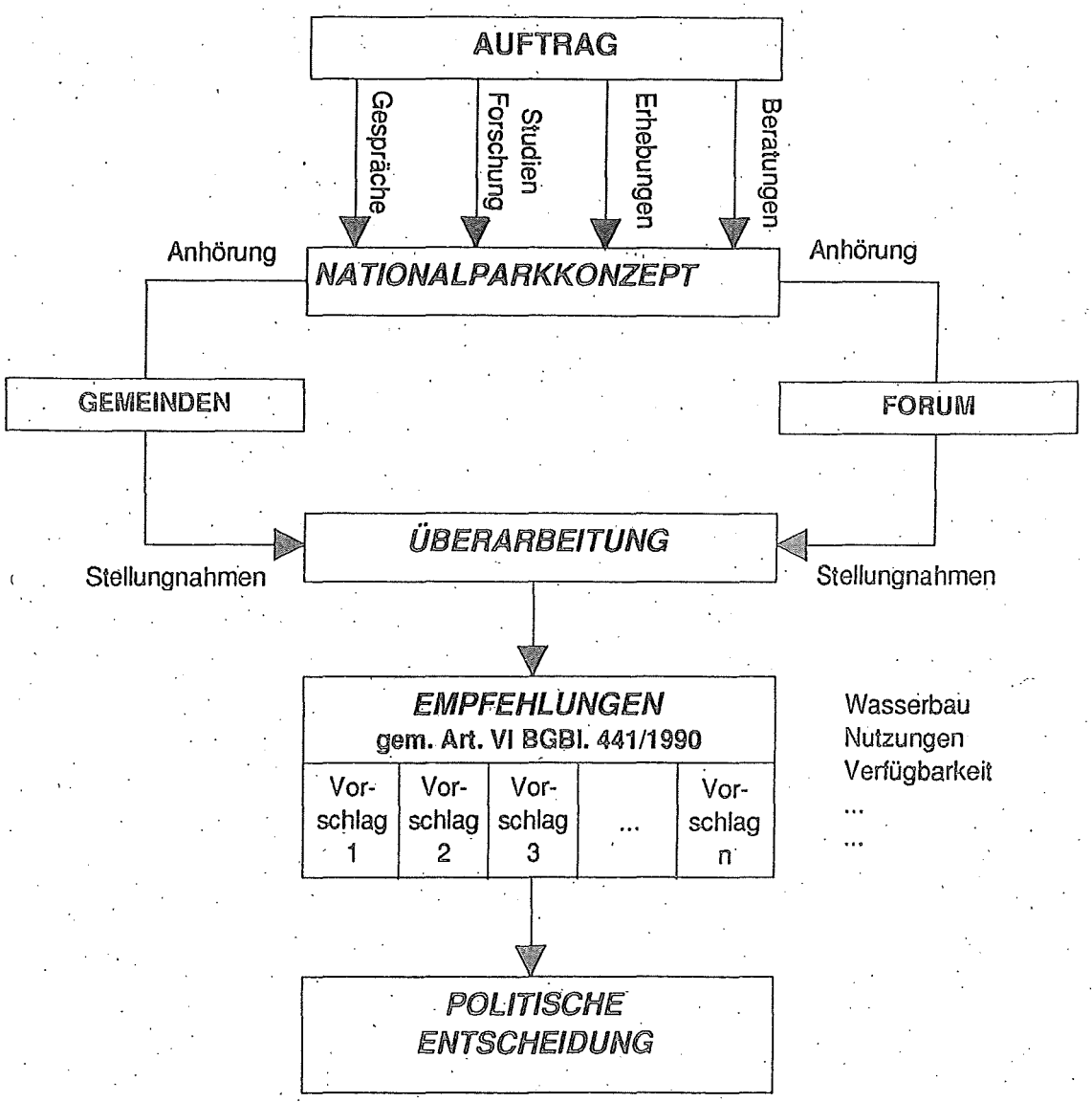


Abb. 1.2: PLANUNGSPROZESS



PLANUNGSPHILOSOPHIE - METHODISCHER ANSATZ

Die Realisierung eines Nationalparks Donau-Auen östlich von Wien beruht auf der These, daß bei Sicherung und langfristigen Verbesserung bestehender Rahmenbedingungen vor allem auch in Form einer Verbesserung der Auendynamik die endogenen Kräfte dieses Landschaftsraumes ausreichen, die dem Standortpotential entsprechende natürliche Entwicklung sicherzustellen.

Die Umwandlung in nationalparkgerechte Bestände und Lebensräume muß nicht in einem kurzen Planungszeitraum erfolgen. Dieser Prozeß kann der natürlichen Sukzession unterliegen und muß nur in relativ geringem Umfang steuernd vom Menschen beeinflußt werden (Kap. 4). Dies bedeutet, daß sich der wirtschaftende (und planende) Mensch sehr rasch aus einzelnen Bereichen der Aulandschaft zurückzieht und diese dem Wechselspiel der Naturkräfte überlassen kann.

Der nicht unterbrochene Kontakt eines funktionierenden Auenökosystems mit dem Hauptstrom und die episodisch auftretenden Hochwässer sind die ökologisch bedeutendste Rahmenbedingung. Die Donau-Auen oberhalb von Greifenstein (ausgenommen Wachau) sind durch Kraftwerke von der Flußdynamik abgeschnitten und haben kaum noch natürliche Stromufer. Sowohl die Hochwasserabflußmenge als auch die Grundwasserschwankungen im Augebiet sind nach dem Kraftwerksbau z.B. in Greifenstein erheblich reduziert, und ein Gießgang wie in Greifenstein, der diese Auswirkungen kompensieren sollte, hat sich nicht als geeignet erwiesen, die Vielfalt natürlicher Wechselwirkungen zwischen Fluß und Au zu ersetzen. (Im Bericht der Planungsgruppe Wasserbau - Auenökologie (1991) ist das fundiert dargestellt; Text im Anhang).

Die Rahmenbedingung "Aufrechterhaltung der Grundwasserdynamik bei gleichzeitiger Verbesserung der Wasserführung der Altarme" soll durch geeignete wasserbauliche Maßnahmen erreicht werden.

Die nationalparkwürdigen Flächen in den Donau-Auen sind nicht alle im Eigentum der öffentlichen Hand. Die Variante 1 (Status quo) sieht vor, den Nationalpark ausschließlich auf Flächen im Besitz der öffentlichen Hand zu errichten. Privateigentum kann auf freiwilliger Basis in den Nationalpark eingebracht werden.

Prämisse 1: Wasser für die Au

Die fortschreitende Eintiefung der Donau und die damit verbundene Absenkung der Grundwasserspiegel im Aubereich gefährden die Auendynamik. Zur Sicherung und mittelfristigen Verbesserung eines funktionierenden Auenökosystems sind verschiedene wasserbauliche Maßnahmen möglich.

Die vorliegenden Projektierungen und zweidimensionalen Modellversuche haben gezeigt, daß die Eintiefung der Donausohle auch ohne Stauhaltungen gestoppt werden kann. Eine Anhebung der Wasserspiegellagen (RNW auf 2,7-3,2 m) kann das Ausgangsniveau auf die Wasserspiegellagen 1956 bzw. 1893 verbessern (Kap. 2.3).

Das Flußbauliche Gesamtkonzept umfaßt daneben auch gezielte Maßnahmen zur Verbesserung der Vernetzung der Augewässer durch Absenkung der Ufer oder Öffnung von Durchlässen. Damit kann schon ab Mittelwasserständen eine Durchströmung der Au einsetzen, die Standortqualität im Aubereich kann nachhaltig positiv beeinflußt werden. Als begleitende Maßnahme im Flußbaulichen Gesamtkonzept ist die Verbesserung der Uferstrukturen vorgesehen (Kap. 2.3).

Das Flußbauliche Gesamtkonzept zielt auf eine optimale Abstimmung von Regulierungsmaßnahmen, Gewässervernetzung und Uferstrukturen ab. Faunistische oder floristische Besonderheiten, die durch wasserbauliche Maßnahmen gefährdet sein könnten, werden berücksichtigt. Gegenüber dem derzeitigen Zustand ist damit eine Verbesserung der Bedingungen für die Schiffahrt verbunden. Die Erhöhung des Grundwasserspiegels und die Erhaltung der Grundwasserdynamik schaffen geeignete Voraussetzungen zur Sicherung der Trinkwasserreserven (Kap. 5). Mögliche Auswirkungen und Probleme werden in den betreffenden Kapiteln dargestellt.

Prämisse 2: Eingriffe minimieren

Ein wesentliches Prinzip bei der Errichtung eines Nationalparks in den Donau-Auen in und östlich von Wien muß es sein, den Umfang der Eingriffe möglichst gering zu halten. Gerade die Notwendigkeit, in einem Nationalpark Naturnähe und Strukturvielfalt anzustreben sind ein Argument dafür, der Natur ihren Handlungsspielraum, der durch den wirtschaftenden Menschen eingeschränkt wurde, wieder zurückzugeben. Unter geeigneten Rahmenbedingungen und ohne zeitlichen Druck kann beispielsweise der Waldumbau mit minimalen menschlichen Eingriffen erfolgen (Kap. 4).

Dort, wo der Mensch sehr nachhaltig den Landschaftshaushalt der Auen beeinflußt hat, im konkreten Fall durch die Veränderung der Geschiebeführung durch den Kraftwerksbau und die Regulierung der Donau in einem Hauptstrom, sind aber Eingriffe sehr wohl erforderlich. Eine irreversible Unterbindung der Geschiebeführung erfordert Kompensationsmaßnahmen, eine umfangreiche Donauregulierung macht Rückbaumaßnahmen notwendig (Kap. 2.3).

Insgesamt gilt aber auch hier, den technischen Eingriff auf die notwendigsten Maßnahmen zu reduzieren. Alle Maßnahmen können in Form von Lenkungseingriffen erfolgen, die die notwendigen Voraussetzungen initiieren. Langfristige und umfangreiche Maßnahmen und Eingriffe sollten nach Möglichkeit ausgeschlossen sein.

Die Maßnahmen zur Errichtung eines Nationalparks, die auch wirtschaftliche Einschränkungen nach sich ziehen können, beschränken sich auf des Waldgebiet. Landwirtschaftliche Flächen außerhalb des Waldbereiches, die zur Zeit intensiv genutzt sind, sind keinesfalls in einen Nationalpark einzubeziehen.

Prämisse 3: Sicherung bestehender Einrichtungen

Die bisherige Nutzung dieses Raumes hatte die Errichtung von Bauwerken, Anlagen und Straßen zur Folge. Die enge Verzahnung mit der europäischen Kultur- und Naturlandschaft erfordert auch im Nationalpark die Berücksichtigung solcher gewachsenen Strukturen. So weist auch die IUCN in ihren Nationalparkkriterien darauf hin, daß innerhalb der Nationalparkgrenzen Siedlungen einschließlich der damit zusammenhängenden Tätigkeiten vorhanden sein können, sofern diese keine herausragenden Teile des Gebietes einnehmen (IUCN, 1990).

Die Beibehaltung bestehender technischer und baulicher Einrichtungen und die notwendigen Maßnahmen zu deren Erhaltung sind mit der Errichtung eines Nationalparks in Einklang zu bringen.

Prämisse 4: Nutzung bestehender Organisationsstrukturen

Ein Nationalpark bedeutet keine abrupte oder einschneidende Veränderung von Personal- und Organisationsstrukturen der Institutionen und Betriebe, die in die Nationalparkverwaltung und -betreuung einbezogen werden. Für alle Tätigkeiten bei der Planung und Einrichtung eines Nationalparks ist es vorteilhaft, auf bestehenden Strukturen aufzubauen und Qualifikation und Ortskenntnis des derzeit hier beschäftigten Personals zu nutzen.

Im Zuge waldbaulicher Maßnahmen und Strukturveränderungen im Nationalparkgebiet können sich die Aufgaben verändern. Anstelle von vorwiegend wirtschaftlich bedingten Eingriffen werden Betreuungsmaßnahmen überwiegen. Trotzdem kann eine weitgehende Übereinstimmung der Personalprofile derzeitiger Forstbediensteter mit künftigem Nationalparkpersonal festgestellt werden. Den sich ändernden Anforderungen ist durch entsprechende Schulung Rechnung zu tragen.

Prämisse 5: Öffentlichkeitsarbeit

Politische Vorgabe für die Planungstätigkeit ist die Einbeziehung der Öffentlichkeit (Nationalparkforum). Dieser Forderung wird dadurch entsprochen, daß neben der Diskussion im Forum auch Sachinformation an Zielgruppen vermittelt wird.

Hauptziel einer mitwirkungsorientierenden Öffentlichkeitsarbeit, wie sie bei der Vorbereitung des Nationalparks Donau-Auen vorgesehen war, war die Einbindung aller Zielgruppen bei der Suche nach einem gemeinsamen Konsens während der Planung bis zur Entscheidungsphase, um den gesamten Planungsprozeß transparent zu gestalten. Entscheidungen und deren Abläufe werden somit nachvollziehbar und glaubwürdig.

Als wichtiger Teil der Öffentlichkeitsarbeit nimmt die Bürgerbeteiligung breiten Raum in der Vorbereitung des Nationalparks ein.

Prämisse 6: Planungsmethodik

Entsprechend den Ausführungen zur Planungsphilosophie wurde methodisch so vorgegangen, daß durch Erhebung wichtiger Grundlagen, Fakten und Daten mit hohem Erklärungswert rasch und mit relativ geringem Aufwand Aussagen zum derzeitigen Zustand und zu den möglichen Maßnahmen gewonnen werden konnten.

Wichtig erschien es dabei, innerhalb eines vertretbaren Zeitraums die Daten so zu erheben:

- vollständig
- gleichzeitig
- kostengünstig und
- aussagekräftig.

Die Arbeiten wurden, soweit dies möglich war, von der Betriebsgesellschaft selbst durchgeführt. In allen anderen Fällen wurden in Abstimmung mit dem Wissenschaftlichen Beirat bzw. dessen Arbeitsgruppen und der Nationalparkvorbereitungskommission Studien und Erhebungen an Wissenschafter und wissenschaftliche Institutionen vergeben.

Vorhandene Studien und Grundlagenerhebungen, insbesondere auch die Arbeiten des Nationalparkinstituts, bildeten eine wichtige Arbeitsgrundlage. Die relevanten Ergebnisse wurden dem Wissenschaftlichen Beirat vollständig zur Kenntnis gebracht.

Die Stellungnahmen der Gemeinden und des Nationalparkforums zeigen, daß der Schutz der Au allen ein wichtiges Anliegen ist. Tourismus wird aber in einigen Gemeinden abgelehnt.

Die Ergebnisse des Anhörungsverfahrens sind zu respektieren und im Konzept zu berücksichtigen. Wo dies inhaltlich und widerspruchsfrei möglich war, wurden die Stellungnahmen integriert. Wo diese den fachlichen Inhalten oder den Zielen des Auftrags widersprachen, wurden sie gegebenenfalls unter Angabe der Bandbreiten der unterschiedlichen Aussagen gesondert zitiert.

2. DIE DONAU-AUEN - ZUSTAND UND ENTWICKLUNGS-MÖGLICHKEITEN

2.1 DAS GEBIET

Die Donau-Auen in Wien und östlich von Wien sind die größte zusammenhängende Aulandschaft Mitteleuropas. Von der Wiener Lobau erstreckt sich ein Auwaldsaum entlang der Donau bis zur Staatsgrenze bei Wolfsthal-Berg. Insgesamt sind 11.500 ha Augebiet - Auwälder mit Altarmen der Donau, Wiesen - und die Donau selbst Planungsgebiet des Nationalparks Donau-Auen (Abb. 2.1 und Tab. 2.1).

Tab. 2.1: FLÄCHE DES PLANUNGSGEBIETS NATIONALPARK DONAU-AUEN

Gesamtfläche		11.500 ha	100 %
davon	Wald	7.100 ha	62 %
	Wiesen, Äcker[1)]	1.300 ha	11 %
	Gewässer	450 ha	4 %
	Donau	1.600 ha	14 %
	Sonstiges[2)]	1.050 ha	9 %

Flächenangaben gerundet

1) Von den rund 500 ha Ackerfläche liegen mehr als 400 ha in der Oberen Lobau
2) Sonstiges umfaßt den Hochwasserschutzdamm (ca. 300 ha), Verlandungsflächen von Augewässern, die keiner Kategorie zugeordnet wurden (ca. 500 ha), Leitungstrassen (ca. 50 ha), Straßen, Wege, die nicht der Waldfläche zugerechnet wurden, Bauflächen und sonstige Flächen (ca. 200 ha). Außerdem entstanden Unschärfen durch die Planimetrierung aus dem Kataster.

Der Wiener Anteil an diesem Nationalpark sind die Obere und die Untere Lobau. Die Obere Lobau wird durch Hochwasserschutzanlagen von der Donau getrennt und nicht mehr überflutet. Die Untere Lobau, die sich auf niederösterreichischem Gebiet fortsetzt, wird über den Schönauer Schlitz rückstauend überschwemmt.

Am linken Donauufer in Niederösterreich bildet die Feld-Wald-Grenze die Außengrenze des Planungsgebietes. Der größte Teil der Auwälder gehört aber zur dynamischen Au, in der noch der ungestörte Kontakt zwischen dem Donaustrom und dem Auwald über das schwankende Grundwasser und über die regelmäßigen Überschwemmungen besteht. Kleinere, ins Vorland reichende Waldflächen sind nicht mehr berücksichtigt. Auch hier sind die Teile des Auwaldes außerhalb des Marchfeldschutzdammes vor Überschwemmungen der Donau sicher.

Am Südufer bildet überwiegend der Steilabfall zur Donau die natürliche Trennlinie zwischen Auwald und agrarisch genutztem Umland. In den anderen Bereichen ist - ebenso wie am Nordufer - die Feld-Wald-Grenze auch Grenze des Planungsgebietes.

Die drei größten Grundbesitzer, das sind die Österreichischen Bundesforste (ÖBF - Forstverwaltung Eckartsau), Gemeinde Wien (Forstverwaltung Lobau), Republik Österreich (Donau) verfügen über 77 % des Planungsgebietes. Die restlichen 23 % der Fläche befinden sich im Eigentum von Gemeinden, Agrargemeinschaften, Privaten und der Forschungsgemeinschaft Auenzentrum Petronell (Tab. 2.2 und Abb. 2.2).

Tab. 2.2: BESITZVERHÄLTNISSE IM PLANUNGSGEBIET NATIONALPARK DONAU-AUEN

Gesamtfläche			11.500 ha	100 %
davon	Österr. Bundesforste	4.450 ha		39 %
	Republik Österreich	1.650 ha		14 %
	Bund insgesamt		6.100 ha	53 %
	Gemeinde Wien		2.800 ha	24 %
	Gemeinden in NÖ		800 ha	7 %
	Forschungsgemeinschaft Auen-Zentrum-Petronell		400 ha	4 %
	Agrargemeinschaften, Private		1.400 ha	12 %

Flächenangaben gerundet

DONAU UND HYDROLOGIE

Die Donau-Auen östlich von Wien liegen hydrologisch gesehen am Oberlauf der Donau. Im Bereich dieser ausgedehnten Weich- und Hartholzauen verzweigte sich die Donau ursprünglich (vor der Regulierung) in unzählige Arme (Furkationstyp).

Ein Kennzeichen der Au sind die immer wiederkehrenden Hochwässer. Die Kraft des strömenden Wassers gestaltet - früher noch viel stärker als heute - die Landschaft. Ufer werden durch die Wucht des Wassers angerissen, abgetragen. An anderen Stellen folgen Anlandungen in Form von feinem Sand, aber auch in Form von Schotterbänken und Inseln im Strom. Diese Anlandungen schaffen neue Standorte und Lebensräume für spezialisierte Tier- und Pflanzenarten.

Das zweite Element des Auwaldes sind die starken Grundwasserschwankungen. Steigendes Grundwasser durchdringt die Poren des Bodens, Niederwasserperioden bewirken Durchlüftungen.

Die abtragenden und anlandenden Kräfte des Wassers sind heute abgeschwächt. Auch die Spiegellagen der Donau sind tiefer als noch vor 30-40 Jahren.

Geschiebesperren stromauf des Planungsgebietes verursachen Geschieberückhalt, der zu einer zunehmenden Eintiefung der Donausohle im Untersuchungsraum führt.

Abb. 2.1: PLANUNGSGEBIET UND NATURRAUM

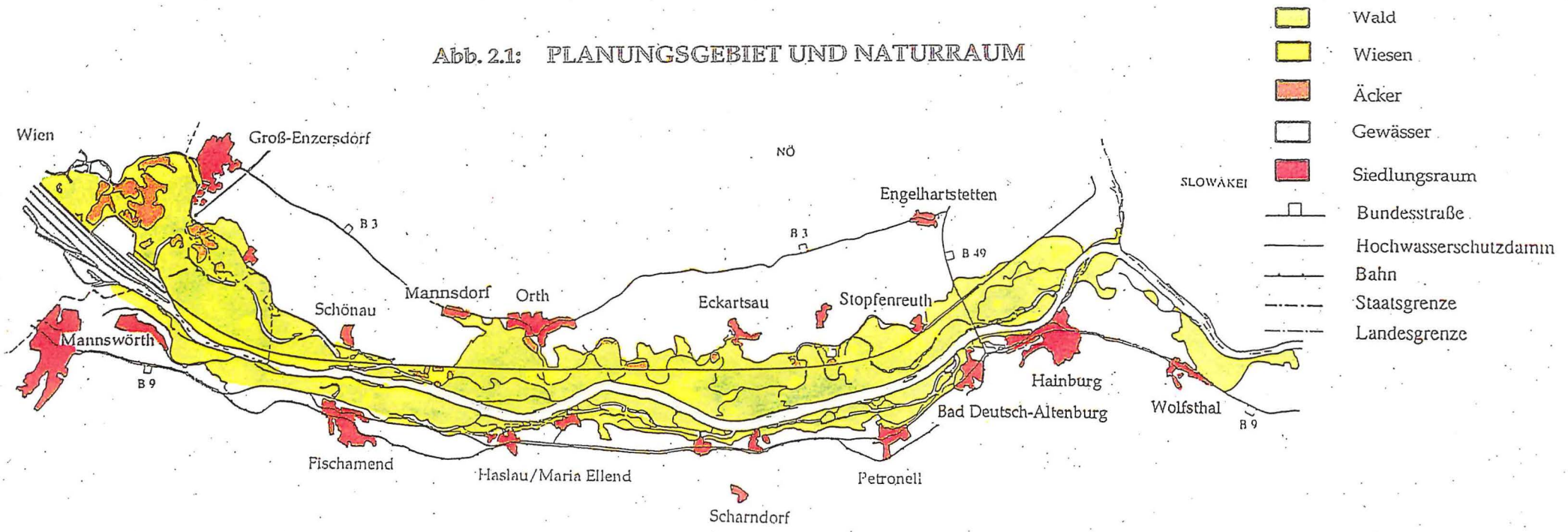
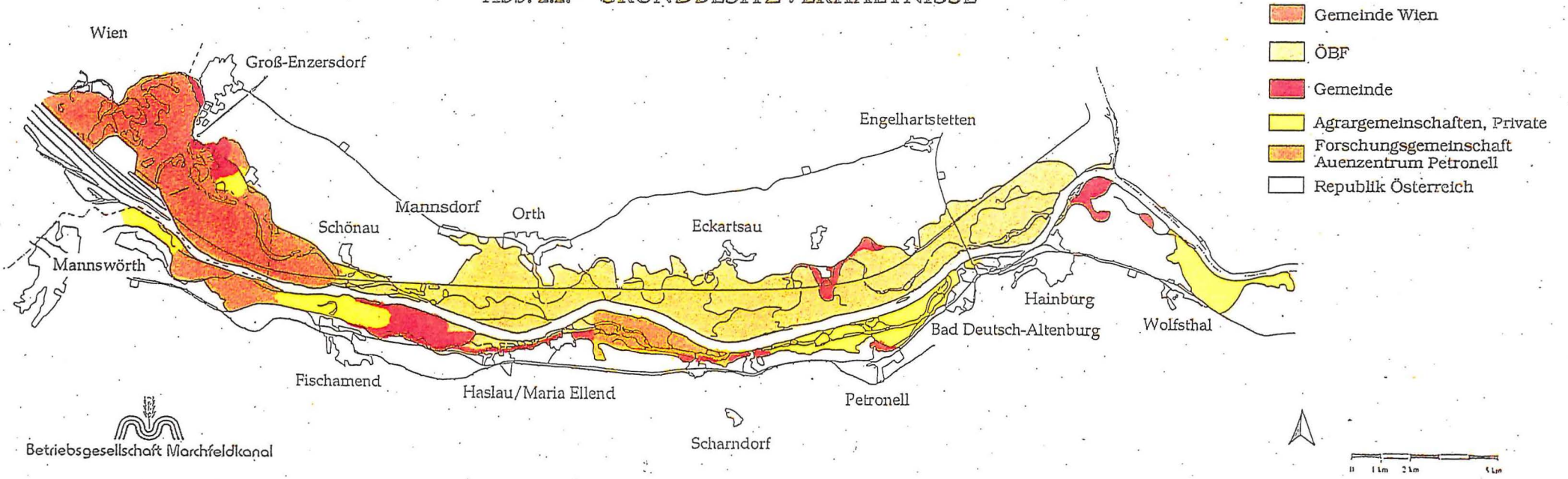


Abb. 2.2: GRUNDBESITZVERHÄLTNISSE



Die sinkenden Wasserspiegellagen der Donau haben auf Dauer negative Auswirkungen auf das Ökosystem der Auen. Das Ausmaß der Absenkung der Wasserspiegel ist seit 1956 gewässerkundlich verläßlich dokumentiert und beträgt von 1956 bis 1989 16-84 cm bei Niederwasser. Der langjährige Schnitt im Pegel Hainburg (1938-1986) beträgt jährlich 1,19 cm. Die Wasserspiegelabsenkung 1893-1956 liegt bei rund 25 cm im Abschnitt Wien - Fischamend bzw. 25-40 cm im Abschnitt Fischamend - Hainburg (KRESSER).

Vgl. dazu auch Grobkonzept, Kap. 3.

Hydrographische Kennzahlen für die Donau östlich von Wien

Abflüsse (Wien gesamt):

Niederwasserabfluß:	900 m^3/s
Mittelwasserabluß:	1.890 m^3/s
Abfluß bei höchstem schiffbaren Wasserstand:	5.270 m^3/s

Gefälle (Wien-Wolfsthal) bei Mittelwasser:

Durchschnittliches Gefälle:	0,416 °/oo
minimales Gefälle:	0,300 °/oo
maximales Gefälle:	0,500 °/oo

Strömung (durchschnittliche Profilgeschwindigkeit im Meßprofil Theben):

Regulierungsniederwasser (RNW):	1,43 m/s
Mittelwasser (MW):	1,82 m/s
Höchster schiffbarer Wasserstand (HSW):	2,45 m/s

Einzugsgebiet (Marchmündung): 104.726 km^2

Ausbaubreite Bordwasserbett: 370-410 m

Anzahl der Furten (Wien-Wolfsthal): 24

Garantierte Schiffahrtsrinne (derzeit):

Tiefe (t) bei RNW (94 % des Jahres)	2,2 bis 2,5 m
die Schiffahrt kalkuliert derzeit mit 2,25 m Minimalfurttiefe	
Breite (b)	120 m

Ausbaunormen gemäß Schiffahrtsmemorandum der österreichischen Bundesregierung 1992

kurzfristige Maßnahmen:	Fahrwassertiefe 2,5 m
mittelfristige Maßnahmen:	Fahrwassertiefe 3,2 m

Ausbaunormen gemäß Donaukommission (Stand 1988):

freie Fließstrecke:	Fahrwassertiefe 2,5 m, Breite 120 m
gestaute Abschnitte:	Fahrwassertiefe 3,5 m, Breite 150 m

In ihren Empfehlungen bezeichnet die Donaukommission die Errichtung einer Staustufenkette als wirksamstes Mittel zur Verbesserung der Schiffahrtsbedingungen an einer Wasserstraße (Empfehlungen der Donaukommission, 1988).

2.2 ZUSTAND DES NATURRAUMES

Der Naturraum Donau-Auen in und östlich von Wien war trotz der Besiedlung und der sich ausbreitenden Landwirtschaft bis in das 19. Jahrhundert von technischen Eingriffen unbeeinflußt. Kennzeichnend waren

- die großräumige Aufspaltung in Haupt-, Neben- und Altläufe, deren Abflußkapazität wechselte;
- größere Abtragungs- und Anlandungsvorgänge, die sich mosaikartig ineinander verflochten;
- immer wiederkehrende große Hochwasserereignisse und Eisstauhochwässer.

Durch die erste Donauregulierung (Mittelwasserregulierung) in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts, den Bau der Hochwasserschutzdämme (Jahrhundertwende) und die Niederwasserregulierung (erste Hälfte des 20. Jahrhunderts) kam es in den Donau-Auen östlich von Wien zu Veränderungen. Auch der Kraftwerksbau an der Donau und ihren Nebenflüssen und andere technische Maßnahmen (Geschieberückhalt) zeigen Auswirkungen.

Daraus resultiert der heutige Zustand:

- Abfluß in einem mit Steinbauten fixierten Hauptstrom (Leitwerke, Buhnenfelder),
- Abdämmung der Nebengerinne,
- zunehmende Verlandung der Nebengewässer und deren flächenmäßige Reduktion durch Sedimentationsvorgänge,
- langsame Absenkung der Wasserspiegel infolge der Eintiefung der Donausohle infolge des Geschiebedefizits.

Die Erhöhung der Besiedlungsdichte in den letzten 150 Jahren und die wirtschaftliche Intensivierung wirkten sich auch auf die Donau-Auen aus: Neben der Regulierung der Donau und dem Ausbau des Hochwasserschutzes haben hauptsächlich Forst- und Landwirtschaft, Industrie und Verkehr Auswirkungen auf den Naturhaushalt des Gebietes. Diese Eingriffe haben das Ökosystem der Donau-Auen erheblich beeinflußt.

"Allerding ist die Abflußsituation des Stromes, die Grundwasserdynamik und der Hochwassereinfluß, die Geländemorphologie und der Bodenaufbau, die Flora und Fauna des Auengebietes noch von einem so hohen Natürlichkeitsgrad, daß die Gesamtsituation im Sinne der internationalen Nationalparkkriterien und im Rahmen der Verfügbarkeit von Naturlandschaften in Europa als unbedingt nationalparkwürdig einzustufen ist" (Planungsgruppe Wasserbau - Auenökologie, 1991).

Das Marchfeld wurde zu einer intensiv genutzten Agrarlandschaft, die Auwälder wurden auf einen schmalen Teil an der Donau eingeengt. Systematische Bewirtschaftung bewirkte eine Vereinheitlichung der Waldbestände, schnellwüchsigere Hybridsorten ersetzten zum Teil heimische Baumarten.

Der Hafenausbau und die Errichtung des Tanklagers in Wien, die Einleitung industrieller und kommunaler Abwässer und Verkehrsbauten veränderten den Raum. Die Donau-Auen unterhalb der Lobau blieben, abgesehen von Leitungstrassen und der Donaubrücke bei Hainburg, von derartigen Eingriffen aber weitgehend verschont.

AQUATISCHER LEBENSRAUM

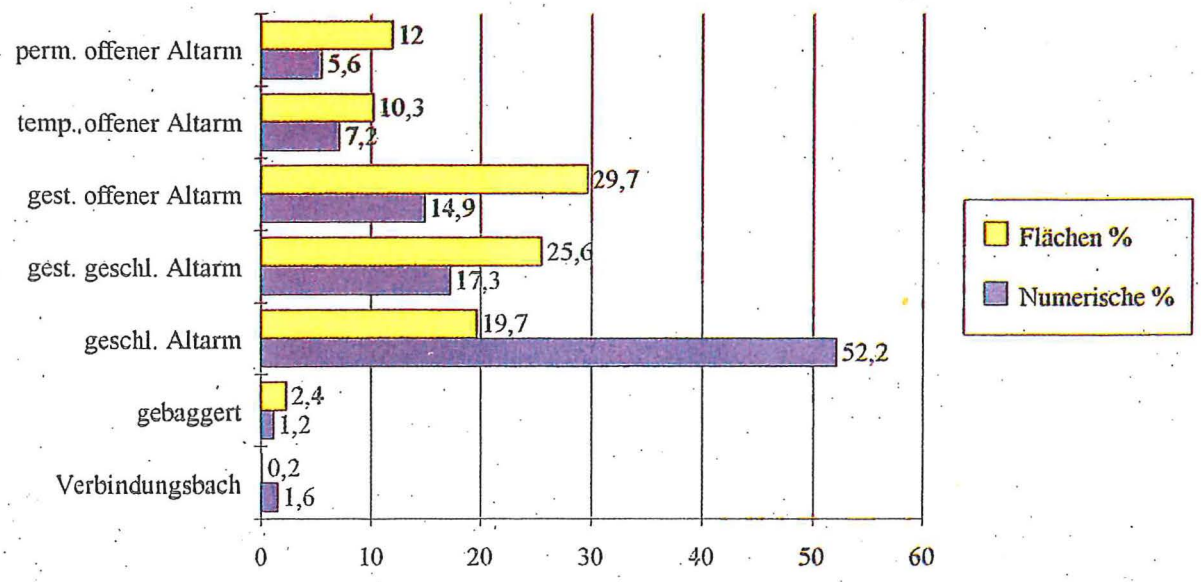
In der Studie "Flächendeckende Biotopkartierung des aquatischen Lebensraumes im Aubereich des zukünftigen Nationalparks Donau-Auen" (JUNGWIRTH M. et al., 1991) wurden die Augewässer des Planungsgebietes typisiert und quantitativ erfaßt (Abb. 2.3).

Die Augewässer haben derzeit im Jahresdurchschnitt eine Gesamtwasserfläche von rund 450 ha. Diese Situation wurde im wesentlichen durch die große Donauregulierung Ende des 19. Jhdts. geprägt, wodurch Altarme vom Hauptstrom abgetrennt wurden und zusehends verlandeten. Allein im Bereich zwischen Schönau und der Rußbachmündung reduzierte sich der Flächenanteil der Altarme zwischen 1860 und 1988 um 61 %. Außerdem kam es zu einer Verschiebung der Anteile einzelner Gewässertypen. So wurde der fischökologisch besonders wertvolle Gewässertyp des "offenen Nebenarmes", der ursprünglich den größten Teil an Augewässern ausmachte, auf einen Flächenanteil von nur 12 % reduziert. Dies bedeutet einen großräumigen Habitatsverlust der aquatischen Biozönosen, der aus ökologischer Sicht ausschließlich durch eine stärkere Vernetzung von Fluß und Nebenarmen und die Erhöhung der hydrologischen Dynamik zu stoppen ist (vgl. Grobkonzept, Kap. 4.1.1.1).

Die Bewertung der naturräumlichen Verhältnisse der Gewässer (SPINDLER, 1992) ergab, daß besonders die hydrologisch sehr dynamischen Altarme in den Kernbereichen der Regelsbrunner und Petroneller Au ebenso wie Teilbereiche bei Schönau, im Roßkopfarm und im Spittelauer Arm besonders wertvoll sind. Naturnahe Uferzonen der Donau selbst sind nur mehr auf 10 km Länge, das entspricht 10 % des linken und rechten Ufers, vorhanden (Abb. 2.4).

Abb. 2.3: VERTEILUNG DER GEWÄSSERKATEGORIEN

Numerische und flächenbezogene Prozentverteilung innerhalb der verschiedenen Gewässerkategorien



Derzeitige fischereiliche Nutzung

Im gesamten Nationalparkgebiet ist die Fischerei innerhalb von 28 Eigenrevieren geregelt, die derzeit in 47 Bewirtschaftungseinheiten aufgeteilt sind. Die Verwaltung der Fischereireviere im Wiener Bereich obliegt zur Gänze der MA 49 (Forstamt). In Niederösterreich gehören die Fischereirechte der linken Donau und ihrer Nebengewässer fast zur Gänze den Österreichischen Bundesforsten (FV Eckartsau). Ausgenommen sind die kleinen Reviere in Orth und Eckartsau sowie das Donauufer unterhalb von Stopfenreuth. Im südlichen Teil sind neben den Bundesforsten (Maria Ellend und Alte Fischa) die Gemeinde Fischamend, der Verein Auen- und Gewässerschutz, die Gutsverwaltung Abensperg-Traun, die Stadtgemeinde Hainburg und der Verband der Österreichischen Arbeiter-Fischerei-Vereine fischereiberechtigt.

Das Fischereirevier March I/I (Marchmündung und anschließende Donau) gehört dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft und ist an die Österreichische Fischereigesellschaft verpachtet. Aus fischökologischer Sicht wird vorgeschlagen dieses Revier in das Nationalparkgebiet einzubeziehen, weil die March als Reproduktionsgebiet von essentieller Bedeutung ist.

Der Befischungsdruck auf die Nationalparkgewässer konnte nicht eindeutig ermittelt werden, da die Fischereiberechtigten sowie deren Interessenvertretungen nur unzureichende Angaben über Lizenzvergaben machen konnten. Aufgrund der Gespräche und Diskussionen läßt sich die Anzahl der vergebenen Jahresfischerkarten (Lizenzen) auf etwa 5000 schätzen.

Der durchschnittliche Ausfang liegt bei 20 kg pro Lizenz und Jahr. Im gesamten Nationalparkgebiet werden demnach rund 100.000 kg Fische pro Jahr entnommen. Dem steht ein jährlicher Fischbesatz von rund 27.000 kg gegenüber. Als Besatzfische werden zu 80 % Karpfen verwendet, die restlichen 20 % verteilen sich im wesentlichen auf Hecht, Zander, Schleie und Wels.

WALD

Die ausgedehnten Waldflächen prägen, im Wechsel mit eingesprengten Wiesen und Gewässern entscheidend die Qualität des Ökosystems Aulandschaft.

Unter Beachtung bereits vorhandener Arbeiten brachte eine im gesamten Auwald durchgeführte Waldstrukturkartierung (BETRIEBSGESELLSCHAFT MARCHFELD-KANAL, 1991) zusammengefaßt folgende Ergebnisse über den Zustand des Auwaldes (vgl. Grobkonzept, Kap. 4.1.2.1):.

Fast zwei Drittel der Fläche des Planungsgebietes sind mit Wald bedeckt, das sind etwa 71 km^2. Davon sind 97 % Auwald, 3 % nehmen die Hangwälder am Südufer zwischen Fischamend und Bad Deutsch-Altenburg ein.

Laut Kartierung der Forstlichen Bundesversuchsanstalt Wien gehören etwa 43 % der Waldfläche der Weichen und ca. 47 % der Harten Au an, knapp 5 % sind Heißländs und 3 % des Waldes sind Hangwald am rechten Donauufer (Abb. 2.5). Zwei Prozent der Standorte wurden nicht kartiert.

Häufigste Baumarten in der Oberschicht sind Silberpappel (inkl. Graupappel) und Kulturpappel mit je 24 % Anteil an der Überschirmung. Weitere wichtige Baumarten sind Esche (15 %), Baumweide (6 %), Robinie (5 %), Schwarzpappel (4 %), Grauerle (3 %) und Stieleiche (3 %).

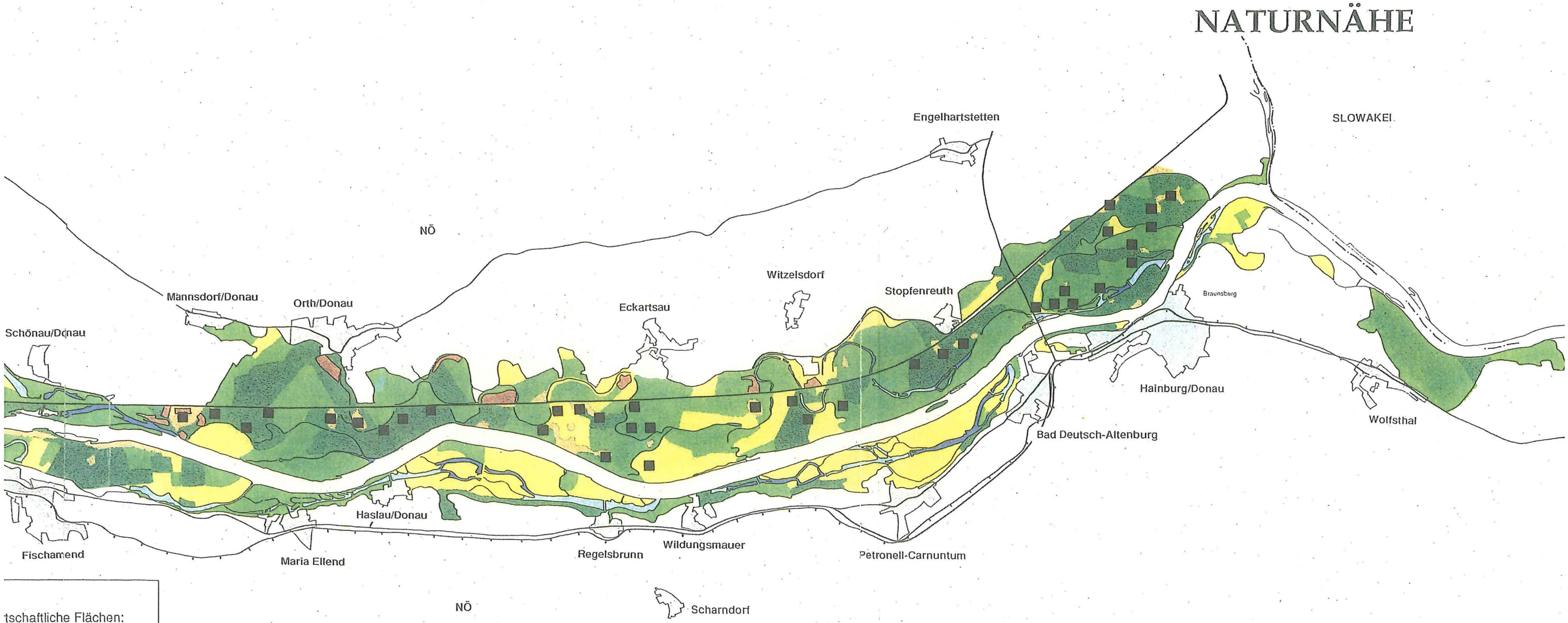
Fremdländische Baumarten nehmen bereits ein Drittel der Waldfläche ein, zwei Drittel sind mit heimischen Gehölzen bestockt (Abb. 2.6)

In der Strauchschicht dominieren Roter Hartriegel (29 %), Schwarzer Holunder (8 %), Hasel (7 %) und Weißdorn (6 %). Häufigste Baumart in der Naturverjüngung ist die Esche mit 19 %, gefolgt von Feldahorn (13 %), Silberpappel (11 %), Bergahorn (8 %!), Eschenahorn (7 %!), Grauerle und Eiche (je 6 %).

Abb. 2.4

NATIONALPARK DONAU-AUEN

NATURNÄHE



tschaftliche Flächen:

- Wiesen
- Ackerflächen
- Erhaltenswerte Wiesen

Wegen des kleinen Maßstabs ist diese Darstellung vereinfacht. Genauere Aussagen sind in den Detailplänen für die einzelnen Nationalparkgemeinden enthalten. Diese können bei der Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal oder bei den Gemeinden selbst eingesehen werden.

100ha = 1km²

M 1:67 000

0m 1000m 2000m 3000m 4000m 5000m

BETRIEBSGESELLSCHAFT MARCHFELDKANAL

Abb. :



Wald:
- gering
- mittel
- hoch

Gewässer:
- durchschnittlich
- hoch

Landwirtschaftliche Flächen:
- Wiesen
- Ackerflächen
- Erhaltenswerte Wiesen

Wegen des kleinen Maßstabs ist diese Darstellung vereinfacht. Genauere Aussagen sind in den Detailplänen für die einzelnen Nationalparkgemeinden enthalten. Diese können bei der Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal oder bei den Gemeinden selbst eingesehen werden.

Abb. 2.5: WALDSTANDORTE

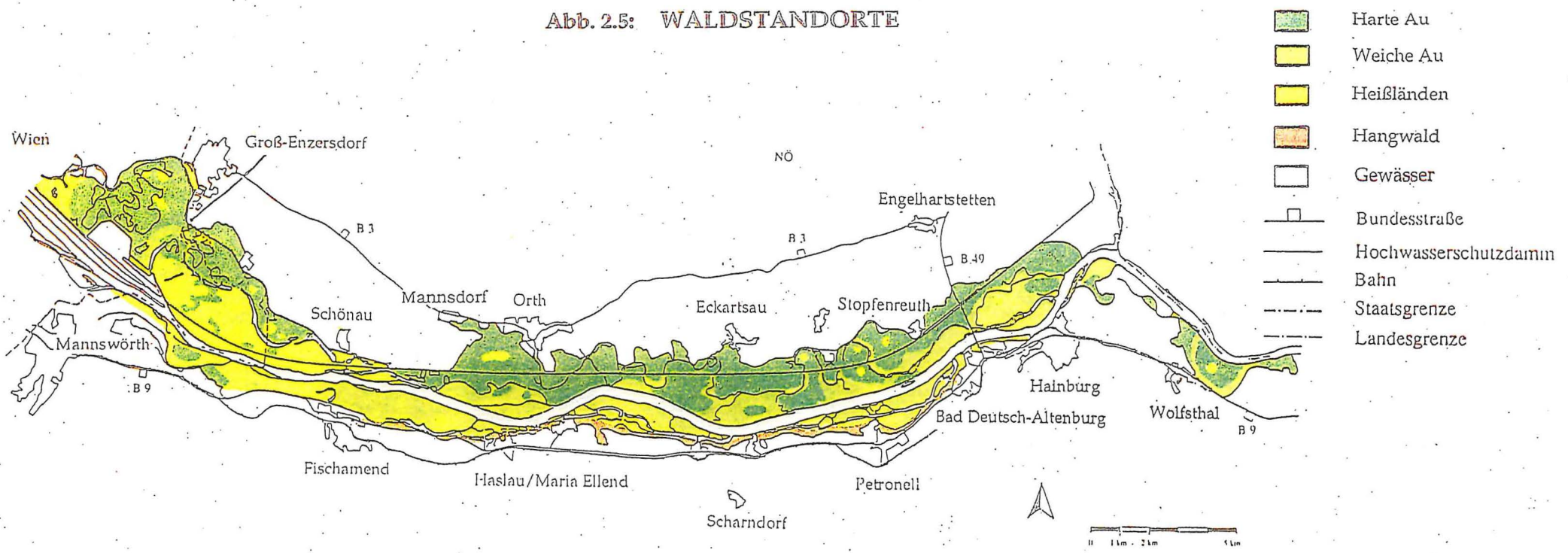


Abb. 2.6: BAUMARTENVERTEILUNG IM OBEREN DRITTEL

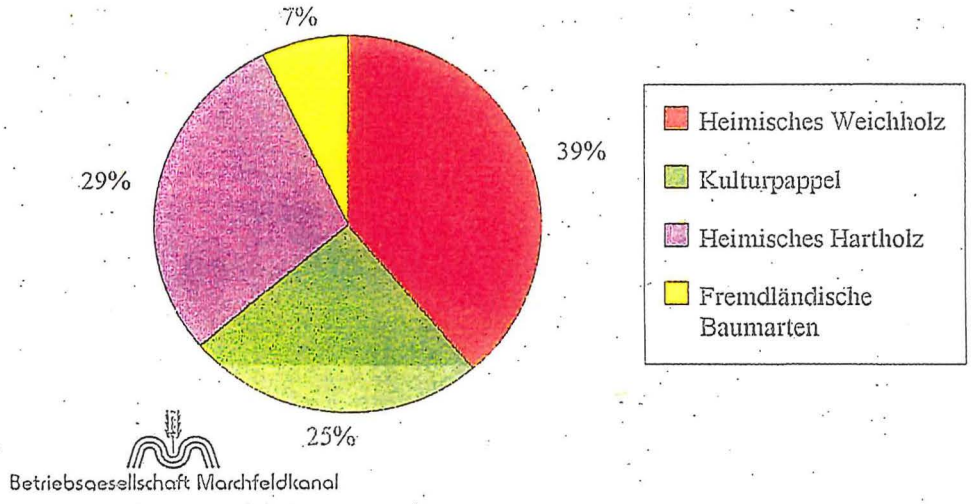
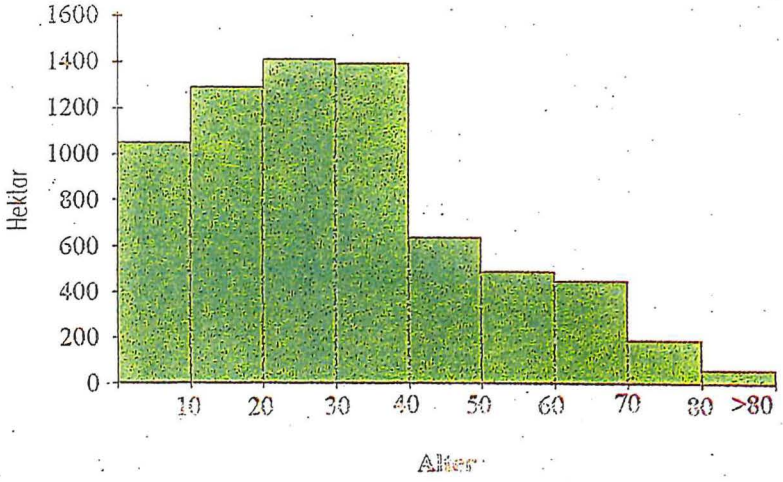


Abb. 2.7: ALTERSSTRUKTUR DES WALDES



Der Altersaufbau (Abb. 2.7) ist für die derzeitige Auwaldbewirtschaftung charakteristisch. Der Großteil der Waldbestände gehört, bedingt durch die etwa 40-jährige Umtriebszeit des Weichholzes, zu den vier jüngsten Altersklassen (1-40 Jahre). In der fünften bis achten Altersklasse sind meist Wälder der Harten Au (ca. 80-jährige Umtriebszeit) vertreten. Ältere Bestände sind seltene Ausnahmen. Das mittlere Alter beträgt für den gesamten Wald 32 Jahre, der älteste Bestand ist 149 Jahre alt.

Mit zunehmendem Bestandesalter erhöht sich der Totholzanteil und die ursprünglich einschichtigen Bestände beginnen sich vertikal zu strukturieren, d.h. es bilden sich Strauch- und Mittelschicht.

Der Gesundheitszustand des Auwaldes insgesamt kann im gesamtösterreichischen Vergleich (neuartige Waldschäden, Immissionsschäden, etc.) als einigermaßen zufriedenstellend beurteilt werden. Allerdings ist die Vitalität der verschiedenen Baumarten sehr unterschiedlich bewertet worden:

Die am stärksten geschädigte Baumart ist die Eiche. Auf 22 % ihres Areals findet man viele absterbende Bäume. Es folgen die Robinie (18 %), Schwarzpappel (15 %). Bereits deutlich vitaler sind Weide und Silberpappel (je 6 %) und die Kulturpappel (4 %).

Der von den Auswirkungen der Grundwasserabsenkung stärker betroffene Auwald des Nordufers weist etwa doppelt so viele Bestände mit geringerer Vitalität auf wie das Südufer.

Daneben hat vor allem der Befall mit Mistel einen entscheidenden Einfluß auf den Gesundheitszustand des Auwaldes. So ist fast ein Fünftel aller Bestände mit der immergrünen Mistel (Viscum album) befallen. Die am stärksten betroffene Baumart ist die Kulturpappel.

Auf etwa ein Prozent der Fläche wurde die Eichenmistel (Loranthus europaeus), die nur heimische Eichen parasitiert, festgestellt. Im Vergleich mit Viscum album ist eine weitaus geringere Fläche befallen, weil der Baumartenanteil der Eiche gering ist. Die Gradation ist aber bereits viel weiter fortgeschritten. Es sind durchschnittlich 29 % aller mit Eiche bestockten Flächen vermistelt, im Gebiet der Lobau sind es sogar 42 %!.

Die für jeden Bestand erhobenen Parameter wie standortgerechte Baumartenmischung, Schichtung, Totholzanteil stehend und liegend, Bestandesalter etc. wurden mit Wertziffern belegt und daraus die Naturnähe der Bestände hergeleitet. In Abb. 2.4 ist die für den Bestand (= Unterabteilung) ermittelte Naturnähe abteilungsweise zusammengefaßt und in drei Naturnähestufen dargestellt.

Derzeitige forstliche Nutzung

Die Endnutzung erfolgte bis vor einigen Jahren meist in Form von Kahlschlägen.

Durch die intensive Zusammenarbeit der Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal mit den Waldbesitzern bei der forstlichen Nutzungsplanung konnten schon während der Planungsarbeiten zahlreiche schützenswerte Waldbestände erhalten werden. Der Anteil von Kahlschlägen an der Endnutzung ging deutlich zurück.

Bei der Erneuerung der Bestände werden die Naturverjüngung (Stockausschlag, Wurzelbrut, Samen) ausgenützt bzw. Aufforstungen durchgeführt.

Der durchschnittliche jährliche Holzzuwachs für den gesamten Auwald beträgt ca. 50.000 Festmeter (Fm). Davon werden allerdings nur etwa zwei Drittel, nämlich 32.000 Fm tatsächlich geschlägert. Dabei werden jährlich rund 150 ha Althölzer genutzt und dadurch Jungwuchsflächen geschaffen. Von der anfallenden Holzmasse sind ca. 40 % Blochholz, 30 % Industrieholz und 30 % Brennholz. Die jährliche Brennholzmenge von etwa 10.000 Raummeter wird großteils in der Region verfeuert.

WIESEN

Aus der Sicht des Naturschutzes liegt die Bedeutung der vom Menschen geschaffenen Auwiesen in zahlreichen botanischen Raritäten und in ihrer Eigenschaft als Nahrungs- und Lebensraum für die Fauna. Ohne regelmäßige Mahd würden diese Flächen langsam zu Wald werden und die genannten Eigenschaften verlieren.

Zur Einschätzung der Wiesen nach ihrer Bedeutung und Erhaltenswürdigkeit wurde eine Studie zur Kartierung und Bewertung der Wiesen der nicht abgedämmten Au durchgeführt (SCHRATT, 1991). Etwa ein Drittel aller Wiesen in den Donau-Auen östlich von Wien wurde dabei erfaßt. Die Bewertung erfolgte ausschließlich nach vegetationskundlichen Kriterien und berücksichtigt nicht die Bedeutung als Lebens- und Nahrungsraum für die Fauna. Sie brachte folgende Ergebnisse (bezogen auf kartierte und bewertete Wiesen):

* 25 Wiesen mit ca. 130 ha (52 %) sind botanisch besonders wertvoll und daher unbedingt zu erhalten.

* 19 Wiesen mit ca. 60 ha (24 %) sind botanisch wertvoll und sollen daher erhalten bleiben.

* 53 Wiesen mit ca. 60 ha (24 %) weisen keine auenspezifischen Besonderheiten auf und könnten daher der Wiederbewaldung überlassen werden.

* 17 Wiesen sind bereits verbuscht oder verstaudet und beginnen, sich zu bewalden.

Geeignete Maßnahmen zur Erhaltung der Wiesen der Kategorie 1 bzw. 2 sind:

1. Aufrechterhaltung der regelmäßigen Mahd
2. Unterlassung der Düngung
3. Sicherung des Grundwasserspiegels

Anm.: In Abb. 2.4 sind jene Wiesen, die aus botanisch-pflanzensoziologischen Gründen erhaltenswert sind, besonders gekennzeichnet.

Derzeitige landwirtschaftliche Nutzung

Ca. 1.300 ha des Planungsgebietes werden landwirtschaftlich genutzt. Ackerflächen (insg. 500 ha) liegen zum überwiegenden Teil (ca. 80 %) in der Oberen Lobau, während ca. 800 ha Wiesenfläche weitgehend gleichmäßig am linken Ufer bzw. am rechten Ufer zwischen Alberner Hafen und Fischamündung verteilt sind. Unterhalb der Fischamündung gibt es rechtsufrig kaum Auwiesen.

Der Großteil der Acker- und Wiesenflächen (ca. 80 %) gehört der Gemeinde Wien und den Österreichischen Bundesforsten, die sie an örtliche Landwirte verpachten.

Die Wiesen werden meist in Form einer zweimaligen Mahd zur Heugewinnung genutzt und teilweise gedüngt. Die Ackerflächen werden überwiegend intensiv landwirtschaftlich genutzt. Einige wenige Flächen sind Wildäcker.

FAUNA

Die artenreiche Fauna der Donau-Auen ist aufgrund ihrer großen Bedeutung seit längerem Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen (vgl. Grobkonzept, Kap. 4.1.1).

Die Vielfalt der Tierwelt in den Donau-Auen läßt sich in Zahlen ausdrücken: Für 5.000 Tierarten ist die Au Lebensraum. Von den über 200 Wirbeltierarten sind 68 akut bedroht. Die mehr als 100 beobachteten Brutvogelarten benötigen in einer durchschnittlichen europäischen Landschaft 800 km^2 Lebensraum. Im Planungsgebiet leben sie aufgrund der hohen Lebensraumqualität auf nur 100 km^2 Fläche.

Greifvögel

Vorkommen und Häufigkeit von Greifvogelarten, die an der Spitze der Nahrungspyramide stehen, ermöglichen Rückschlüsse auf die Biotopqualität für die Greife und ihre Beutetiere.

Die "Greifvogelstudie im Bereich des geplanten Nationalparks Donau-Auen" (GAMAUF A. und HERB B., 1989, 1991, 1993) bestätigt erneut den hohen Anteil intakter Lebensräume im Planungsgebiet (Tab. 2.3).

Tab. 2.3: ARTENZUSAMMENSETZUNG UND ANZAHL DER GREIFVOGEL-PAARE IM BEREICH DES GEPLANTEN NATIONALPARKS DONAU-AUEN 1989 UND 1990

Greifvogelart	Anzahl der Paare	Anzahl der Paare/100 km²
Wespenbussard (Pernis apivorus)	21	24,7
Schwarzmilan (Milvus migrans)	19	22,4
Rotmilan (Milvus milvus)	1	
Rohrweihe (Circus aeroginosus)	1	
Sperber (Accipiter nisus)	5	5,9
Habicht (Accipiter gentilis)	16	18,8
Mäusebussard (Buteo buteo)	97	114,1
Turmfalke (Falco tinnunculus)	18	21,2
Baumfalke (Falco subbuteo)	10	11,8
Sakerfalke (Falco cherrug)	1	
Summe	**189**	**222,4**

Die ungewöhnlich hohe Siedlungsdichte und das außerordentlich große Artenspektrum an brütenden und durchziehenden Greifvogelarten weisen das künftige Nationalparkgebiet der Donau-Auen als ökologisch besonders hochwertig aus.

Kriterien für die Abgrenzung von Bereichen unterschiedlicher Wertigkeit waren Artenvielfalt und Paardichte der Greifvögel.

Ornithologisch sehr hochwertige Bereiche:

Ornithologisch sehr hochwertige Bereiche (Abb. 2.8) haben ein ausgedehntes Gewässernetz mit größeren Altholzkomplexen in enger Nachbarschaft. Diese beiden Landschaftselemente sind, eine weitgehende Störungsfreiheit vorausgesetzt, die wesentlichsten Parameter für eine hohe Siedlungsdichte baumbrütender Großvögel.

Ornithologisch potentiell sehr hochwertige Bereiche:

Ornithologisch potentiell sehr hochwertig sind alle jene Teilgebiete, die in enger Lagebeziehung zu größeren Nebengewässern liegen, aufgrund ihres geringen Altholzanteils jedoch gegenwärtig in einer geringeren Dichte besiedelt werden. In diesen Auabschnitten kann durch entsprechende Maßnahmen (Erhöhung des Altholzanteils, Entstörung, etc.) eine ähnlich hohe Arten- und Individuendichte der Greifvögel, aber auch anderer, in erster Linie gewässergebundener Großvogelarten (Graureiher, Störche, Kormorane) erreicht werden.

Jagdbare Wildtiere und Lebensraum

Gemeinsam mit der Waldstrukturkartierung wurde von der Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal im Sommer 1991 die Wildhabitatkartierung unter fachlicher Beratung des Wissenschaftlichen Beirats durchgeführt (vgl. Grobkonzept, Kap. 4.1.2).

Von den jagdbaren Wildtieren sind vor allem die Schalenwildarten für den Zustand und die Entwicklung des geplanten Nationalparks von Bedeutung. Reh- und Rotwild (und ca. 30 Mufflons in der Lobau) nutzen vor allem im Winter Zweige und Knospen von jungen Bäumen und Sträuchern als Nahrungsquelle.

Zum Schutz der Jungpflanzen sind derzeit 67 % der 1-5-jährigen Waldbestände gezäunt bzw. die Bäume mit Einzelschutz versehen.

Wie insgesamt in Ostösterreich haben die Schwarzwildbestände und Abschüsse von 1985 bis etwa 1991 stark zugenommen, derzeit dürfte ein leichter Rückgang zu verzeichnen sein. Die Wildschweine verursachen im Auwald keine Schäden, wohl aber auf den angrenzenden Äckern.

Aufgrund von Befragungen und Erhebungen (Abschußpläne 1989) ist mit dem folgenden Wildbestand bzw. -abgang im Planungsgebiet zu rechnen (die Zahlen in Tab. 2.4 gelten für ca. 11.500 ha Jagdgebietsfläche mit 29 ganz oder teilweise betroffenen Jagdrevieren):

Tab. 2.4: WILDBESTAND UND ABSCHUSSZAHLEN

	Rotwild	Rehwild	Muffelwild	Schwarzwild
Winterbestand	700	2.100	30	keine Angaben
Abgang (= Fallwild + Abschuß)	350	970	18	560

Abb. 2.8: GREIFVOGELHABITATE

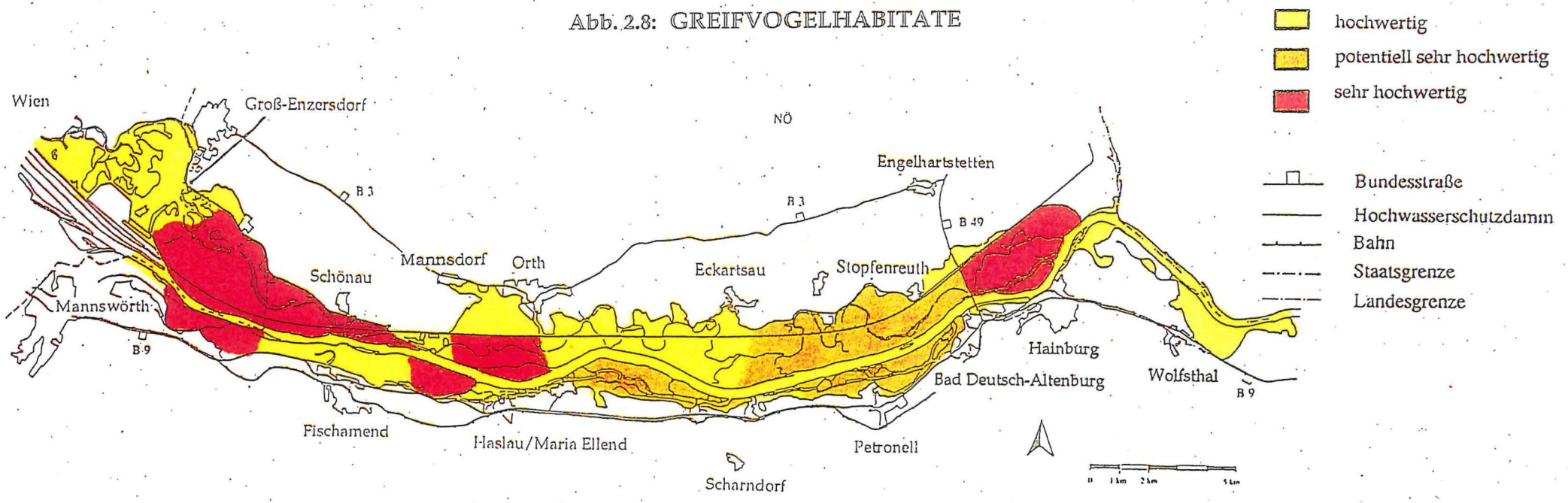
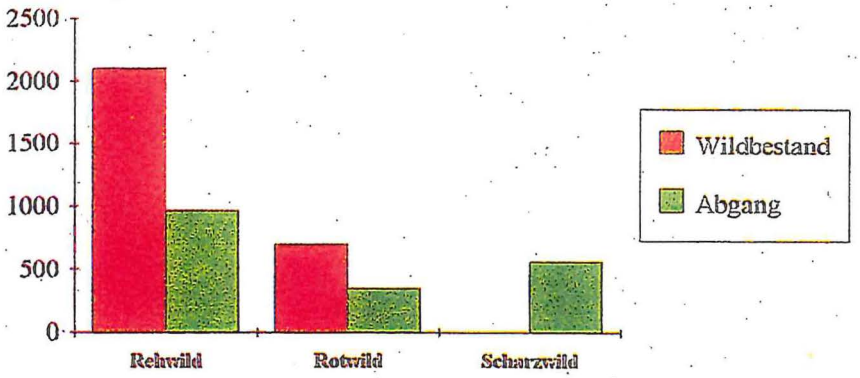
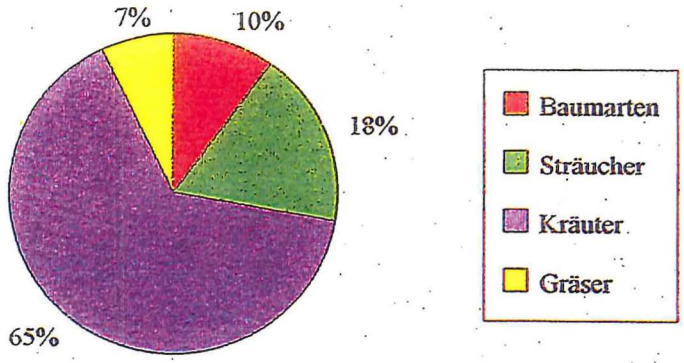


Abb. 2.9: SCHALENWILD IM NATIONALPARK-PLANUNGSGEBIET



Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal

Abb. 2.10: ÄSUNGSANGEBOT



Das sommerliche Äsungsangebot für die wiederkäuenden Schalenwildarten besteht durchschnittlich zu 7 % aus Gräsern, zu 65 % aus Kräutern, zu 18 % aus Sträuchern und zu 10 % aus Bäumen (Abb. 2.10).

Derzeitige jagdliche Nutzung

Besonders der Auhirsch, aber auch Reh- und das in der letzten Zeit stark zunehmende Schwarzwild machen die Jagd in den Donau-Auen attraktiv. In der Unteren Lobau gibt es darüber hinaus noch ca. 30 Stück Mufflons (Abb. 2.9).

Aufgrund der guten Qualität der Jagdreviere werden Pachtpreise bis zu öS 1.000,--/ha/Jahr erzielt. Der durchschnittliche Pachtschilling liegt um öS 500,--/ha/Jahr.

Die Jagd auf Niederwild wird in der Au wenig und meist nur auf landwirtschaftlich genutzten Flächen ausgeübt. Insgesamt ist diese Jagdart mit der Schußzeit im Herbst von untergeordneter Bedeutung. Im Herbst und frühen Winter hat die Entenjagd regional stark unterschiedliche Attraktivität.

Die jagdliche Nutzung erfolgt während des ganzen Jahres mit Ausnahme des Spätwinters und des zeitigen Frühjahrs (Notzeit des Wildes; Brut- bzw. Setzzeit) mit einer eindeutigen Spitze im Spätsommer. Aber auch während der jagdfreien Zeit werden die Reviere für Fütterung, Kontrollgänge (-fahrten), Ausfährten von Wild etc. betreten.

SONSTIGE NUTZUNGEN

Sonstige Nutzungen in der Au und flächenbeanspruchende Eingriffe, insbesondere solche technischer Art, werden in Kap. 5 behandelt.

2.3 ENTWICKLUNGSMÖGLICHKEITEN IM NATIONALPARK

Um optimale Voraussetzungen für einen Nationalpark Donau-Auen und die ökologischen Rahmenbedingungen zu schaffen, sind wasserbauliche Maßnahmen möglich oder notwendig, deren Auswirkungen auch andere Bereiche berühren (Schiffahrt, Fischerei, ...). Dafür wurde im Rahmen der Nationalparkplanung ein Flußbauliches Gesamtkonzept ("Flußbau-Konzept") ausgearbeitet (ZOTTL et al., 1991), das versucht, unter Beachtung der international festgelegten Nationalparkkriterien (IUCN) und unter Berücksichtigung des Potentials der Donau-Auen auch für andere Bereiche (Schiffahrt, Trinkwassergewinnung, ...) optimale Voraussetzungen für die Entwicklung des Naturraumes zu schaffen (Gesamtnutzen).

DAS FLUSSBAULICHE GESAMTKONZEPT

Das Flußbauliche Gesamtkonzept sieht ein ganzes Maßnahmenpaket zur Verbesserung und Dynamisierung des Naturhaushalts der Donau-Auen vor. Es besteht aus vier aufeinander abgestimmten Teilprojekten (vgl. Grobkonzept, Kap. 3, und Bericht der Planungsgruppe Wasserbau - Auenökologie, 1991):

- **Vernetzung** von Strom und Nebengewässern zur Verbesserung des Wasserhaushalts und der Hochwasserabfuhr. Dies geschieht durch Absenkung von Uferbegleitdämmen, Schaffung von Durchlässen oder Rückbau von Traversen.

- **Niederwasserregulierung** mit dem Ziel, die Spiegellagen der Donau früheren Verhältnissen anzugleichen. Dies geschieht durch Einengung des Niederwasserbettes mittels Buhnen oder Leitwerken. Gleichzeitig werden damit die Fahrwassertiefen für die Schiffahrt vergrößert (je nach Umfang der Maßnahmen auf 2,7 m bzw. 3,2 m Fahrwassertiefe). Die Grundwasserspiegel steigen entsprechend der Spiegelanhebung im Strom.

- **Uferstrukturierungen** im Hauptstrom zur ökologischen Verbesserung der Uferzonen und Renaturierung der Uferbauten.

- **Sohlstabilisierung** durch Zugabe von grobem Schotter. Durch diese Grobkornzugabe (Sohlrollierung) wird ein Steinteppich eingebracht, der bei hohen und höchsten Hochwässern weitgehend stabil sein muß.

DIE MASSNAHMEN DES FLUSSBAULICHEN GESAMTKONZEPTS

Gewässervernetzung

Im Jahr 1987 sind am rechten Ufer insgesamt 26, am linken Ufer 16 Gewässervernetzungen (unterhalb des HSW) kartiert worden (LEBERL S. und WÖSENDORFER H., 1987). Durch die Anhebung und Stabilisierung der Spiegellagen, durch Abbau der Uferwerke im Einströmbereich etwa auf Mittelwasserniveau und die Anordnung von Durchlässen (in verschiedenen Höhenlagen) zu den Altwässern oder trockengefallenen Gräben wird insgesamt die Verbindung zwischen Hauptstrom und Nebengewässern wesentlich verbessert. Die Anzahl der Gewässervernetzungen und die Häufigkeit der Durchströmung (Anschlußdauer) werden erhöht (Tab. 2.5).

Durch diese Maßnahmen kommt es zu einer stärkeren Wirksamkeit des Stromes in der Au, einer verstärkter Feststoffdynamik, einem Prozeß von Abtrag und Anlandung, der die natürliche Auwaldentwicklung wesentlich fördert und - was von weitreichender Bedeutung ist - zu einer gelegentlichen stärkeren Durchströmung der Altarme, die deren Verlandung entgegenwirkt. In Abb. 2.11 ist ein Gestaltungsvorschlag für den Bereich Haslau-Maria Ellend dargestellt.

Tab. 2.5: ANSCHLUSSDAUER IN TAGEN/JAHR (d/a)

	derzeitiges Ufer	Uferabsenkung um 0,75 m	Uferabsenkung um 1,5 m
Wasserspiegel 1989	8	35	102
Wasserspiegel 1956	18	49	158
Wasserspiegel 1893/97	30	88	180

Konkrete Projekte und Detailstudien zur Gewässervernetzung sind nicht Teil des Planungsauftrags. In den Planungsgrundlagen wurden aber Varianten der Gewässervernetzung (Minimal- bis Maximalvariante) ausgearbeitet (ZOTTL et al., 1991).

Niederwasserregulierung

Zur Wiederaufhöhung der Wasserspiegel auf Niveaus, wie sie vor Beginn der Sohleintiefung charakteristisch waren, und zur Herstellung einer Fahrwassertiefe von 2,7 - 3,2 m bei RNW ist ein Ausbau der bestehenden Niederwasserregulierung durch die Errichtung neuer oder in Form einer Aufhöhung der bestehenden Buhnen und Leitwerke erforderlich. Der geschätzte Steinbedarf für diese Baumaßnahmen beträgt bei der Variante 2,7 m Fahrwassertiefe 12.000 m^3 je Laufkilometer. Gemäß den bisherigen hydraulischen Berechnungen (ZOTTL et al., 1991) kann sich die Fließgeschwindigkeit bis zu 10 Prozent erhöhen.

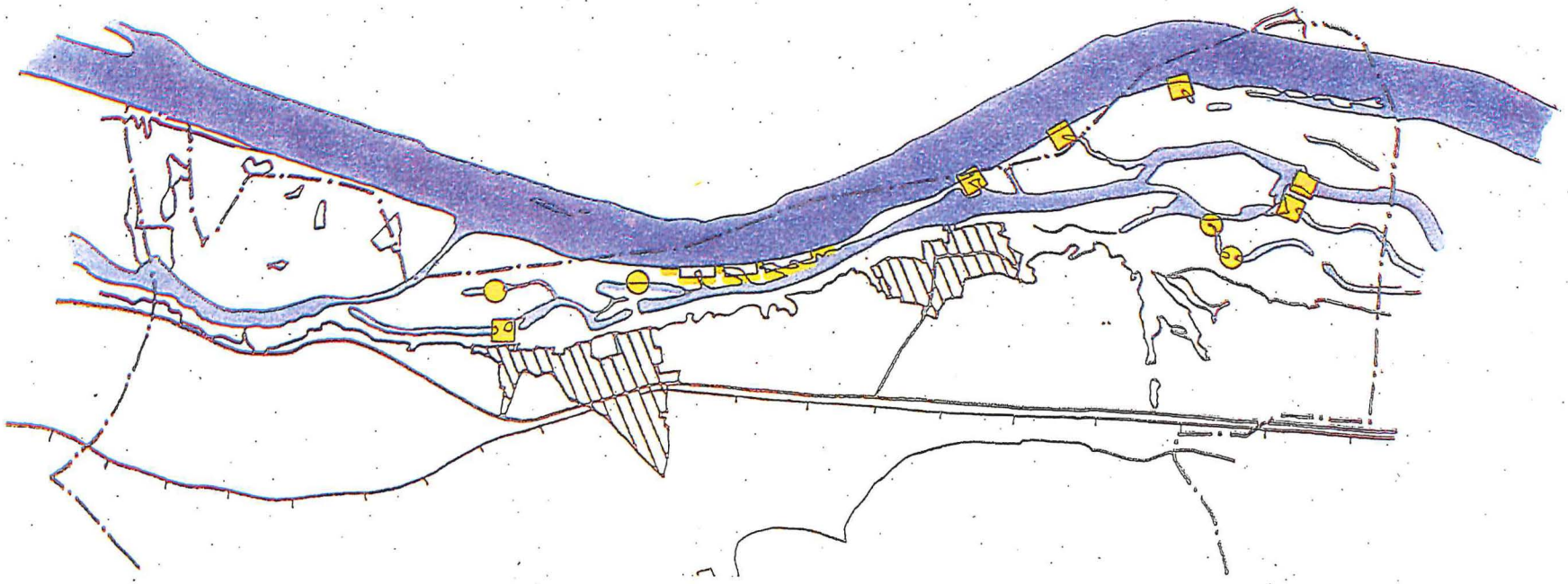
Die Niederwasserregulierung ist in Abb. 2.12 schematisch und in Abb. 2.13 für einen Donauabschnitt bei Strom-Km. 1900 dargestellt.

Uferstrukturierung

Abhängig von den angestrebten Fahrwassertiefen und Wasserspiegelaufhöhungen sind vor dem Einbau der Sohlschichte Ausgleichsbaggerungen in der Schiffahrtsrinne vor allem entlang der Gleitufer erforderlich, die gemäß dem derzeitigen Projektierungsstand bis zu 50.000 m^3 pro Laufkilometer betragen können. Mit diesem Material können in den Buhnen- und Leitwerkfeldern Inseln, Kiesbänke und sonstige Uferstrukturen geschüttet werden, die bei höheren Durchflüssen durch die Strömung überformt werden und insgesamt eine Verbesserung der Vielfalt der Uferstrukturen bewirken. Der Gestaltungsbereich ist in Abb. 2.13 gelb dargestellt. Ansätze zur Gestaltung finden sich in ZOTTL et al., 1991.

Generelle und detaillierte Planungen der Ergänzung der Niederwasserregulierung, Ausgleichsbaggerungen und Gestaltung der Uferstrukturen sind aber ebenfalls nicht Teil des Planungsauftrages der Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal.

Abb. 2.11: GEWÄSSERVERNETZUNG HASLAU - MARIA ELLEND



L E G E N D E

Durchlaß klein

Durchlaß, groß

Überströmstrecke, abgesenkt

Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal

Abb. 2.12: NIEDERWASSERREGULIERUNG - QUERPROFILE FÜR FAHRWASSERTIEFEN VON 2,7 UND 3,2 m

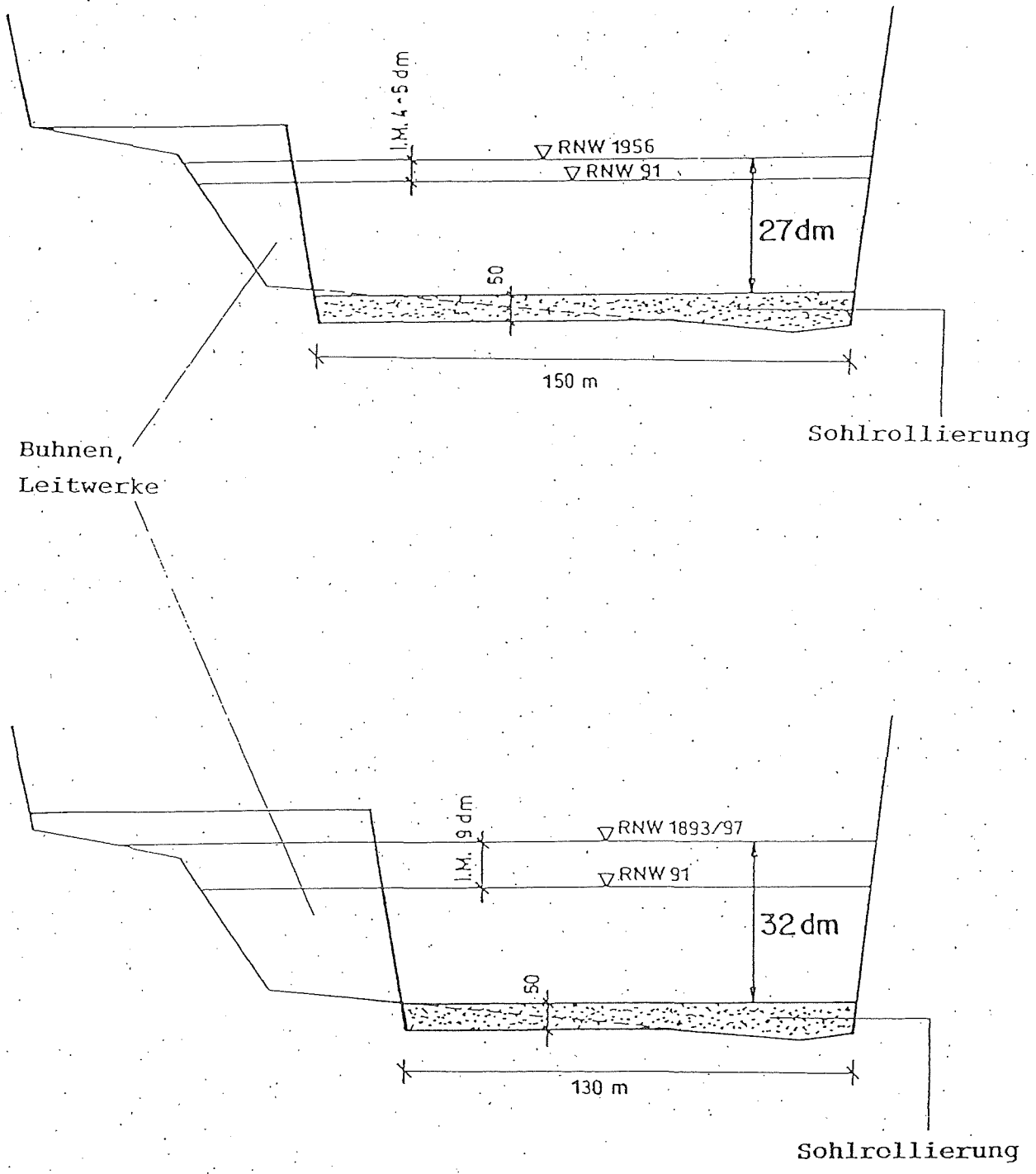
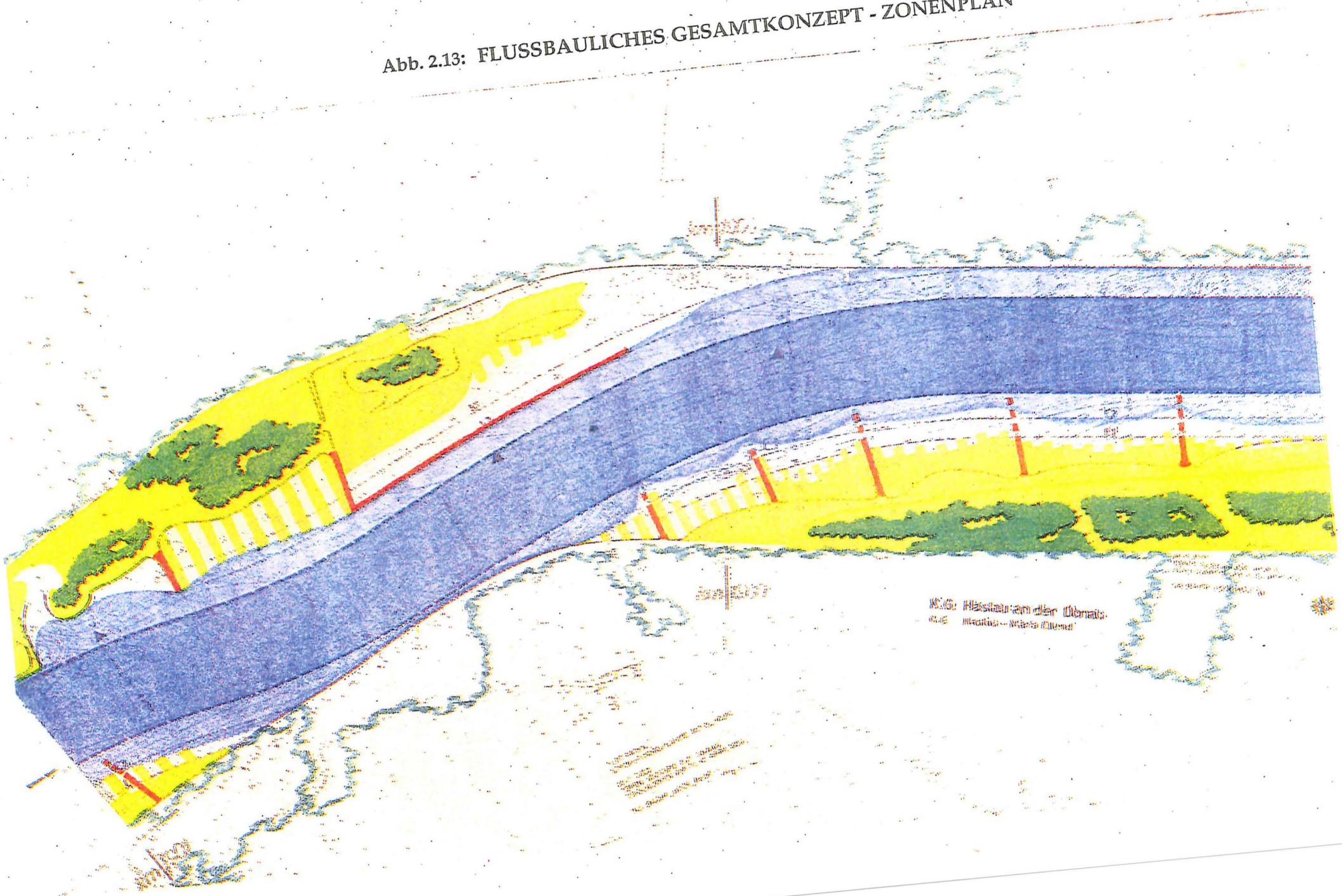


Abb. 2.13: FLUSSBAULICHES GESAMTKONZEPT - ZONENPLAN



Sohlstabilisierung

Aufgrund der bestehenden Tendenz der Sohleintiefung (die durch eine verstärkte Niederwasserregulierung geringfügig beschleunigt werden könnte) sind mittelfristig Maßnahmen zur Sohlstabilisierung erforderlich. Die Sohlstabilisierung kann durch Zugabe von Grobschotter erreicht werden. Diese "Grobmaterialzugabe zur Deckschichtbildung" versteht sich als Anpassung des Sohlgerölles an maximale Schleppspannungen, also an größte Hochwasserereignisse.

In der Schiffahrtsrinne (rund 150 - 170 m breit) soll die Sohlrollierung in einer Schichtstärke von 0,5 m, seitlich auslaufend auf 0,2 m aufgebracht werden. Erforderlich sind dafür rund 84.000 m^3 je Laufkilometer.

Die zweidimensionalen Modellversuche, die an der Technischen Universität Wien durchgeführt wurden, haben ergeben, daß eine Sohlschichte mit einer Sieblinie von 6 bis 13 cm Korndurchmesser bei einem 1000-jährlichen Hochwasser von 12.000 m^3/sec. stabil bleibt (ZOTTL/OGRIS, 1989). Diese Ergebnisse müssen jedoch durch noch durchzuführende dreidimensionale Modellversuche bestätigt werden, da in der Natur dreidimensionale Strömungsverhältnisse vorherrschen.

Die Kosten für solche Versuche betragen nach damaligen Schätzungen rund öS 50 bis 70 Mio. Deren Durchführung war nicht Auftrag an die Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal.

Im Herbst 1992 veranstaltete die Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal ein zweitägiges Workshop Sohlstabilisierung, bei dem abschließend und einvernehmlich festgestellt wurde:

"Das Verfahren der Sohlerollierung ist nicht Stand der Technik, wird aber als Stand der Wissenschaften (grundsätzlich machbar) eingeschätzt. Allerdings war im Kreise der Teilnehmer des Workshops die Meinung über die praktische Machbarkeit der Rollierung geteilt. Ein Teil zeigte sich skeptisch, ein anderer Teil zeigte Zuversicht.

Die dreidimensionalen Modellversuche, Planungen und 1:1-Versuche sind geeignet, alle wichtigen Fragen für eine politische Grundsatzentscheidung zu klären. Für dieses Programm sollte eine Kostenschätzung erarbeitet werden.

Es ist prinzipiell möglich, das Grobgeschiebematerial zu gewinnen (rd. 300.000 m^3 jährlich bei 10 Jahren Ausbauphase), die Kosten sind anhand der im Abschluß befindlichen Studie der Geologischen Bundesanstalt (auch Transportszenarios) näher bestimmbar. Nach Schätzungen vom Dezember 1992 betragen die Kosten von Regulierung und Stabilisierung rund öS 700 - 800 Mio. für 10 km Lauflänge der Donau.

Der gerätetechnische Einbau des Grobgeschiebes im Fluß konnte nicht geklärt werden. Dafür müssen Beratungen im Kreis von Wasserbaupraktikern Donau erfolgen, in denen die gerätetechnischen Möglichkeiten detailliert ausgelotet werden. Voraussichtlich ist jedoch für einen Einbau größerer Mengen die Beschaffung geeigneter schwimmender Geräte oder der Umbau bestehender notwendig.

Nach einem allfälligen Abschluß derartiger Maßnahmen sind weiterhin laufende Instandhaltungsarbeiten, vor allem unmittelbar nach Einbringung der Sohlerollierung, erforderlich und absehbar; ihr Umfang und event. technische Probleme (z.B. Verletzung der Sohlerollierung) sind heute noch nicht abschätzbar."

Aus: Protokoll des Workshops Sohlstabilisierung; vgl. Anhang

Derzeitiger Stand der Untersuchungen

Zur Klärung noch offener schiffahrtstechnischer und ökologischer Fragen im Zusammenhang mit einer solchen Sohlrollierung werden vom Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten und dem Bundesministerium für Jugend und Familie Naturversuche durchgeführt werden.

Dazu wird im Jahre 1994 ein Probefeld bei Wildungsmauer (Strom-km 1893) im Ausmaß von 300 x 70 m mit einer Menge von 12.000 m^3 Grobgeschiebe geschüttet. Dabei werden folgende Untersuchungen durchgeführt:

* Auswirkungen des Schraubstrahls auf die Donausohle bzw.
* Auswirkungen der Donausohle auf die Schiffschraube bei An- und Überfahrversuchen bei unterschiedlichen Wasserständen,
* Haltekraft der Anker,
* ökologische Vergleichsuntersuchungen der Fischfauna der Stromsohle und der Sedimentfauna (vorher/nachher; befestigt/unbefestigt).

Damit sollen offene Fragen über die Auswirkungen einer Sohlstabilisierung durch Grobkornzugabe auf die Schiffahrt geklärt (Kap. 5.1) und Aussagen zur Sohlkolmatierung und Stromsohlenökologie gemacht werden.

Die Frage der Stabilität der Deckschichte bei hohen und höchsten Hochwässern kann jedoch nur in einem dreidimensionalen hydraulischen Modell untersucht werden, wobei auch die Sieblinie des Grobgeschiebes (6 bis 13 cm oder 6 bis 18 cm) festzulegen wäre. Dazu ist die Nachbildung eines Stromabschnittes von 6 bis 8 km erforderlich (Empfehlungen des Workshops Sohlstabilisierung, 1992). Nach Ansicht der Vertreter des Bundes in der Nationalparkvorbereitungskommission sind klare Aussagen über die Stabilität der Sohle bei Grobkornzugabe und die Kosten dafür zum gegenwärtigen

Zeitpunkt nicht möglich. Die Klärung der offenen Fragen ist nicht im Auftrag an die Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal enthalten (18. Sitzung der NPVK).

Die Frage einer möglichen Kolmatierung der Deckschichte und deren Auswirkungen auf den Austausch von Donauwasser und Grundwasser im angrenzenden Augebiet wird im Rahmen der Naturversuche zur Sohlstabilisierung bzw. einer derzeit in Arbeit befindlichen Ökotonstudie auf wissenschaftlicher Ebene untersucht werden. Nach Expertenmeinung (Workshop vom 02.06.1992) sind Beeinträchtigungen dieser Austauschbeziehungen aber nicht zu erwarten.

Eine Studie (GEOLOGISCHE BUNDESANSTALT, 1992) über die Möglichkeit der Gewinnung des erforderlichen Materials hat ergeben, daß die jährliche Bedarfsdeckung von ca. 350.000 m^3 Geschiebe aus bestehenden Betrieben im weiteren Donauraum möglich ist, wenn als Sohlrollierungsmaterial Geschiebe mit einem Durchmesser zwischen 6 und 13 cm eingebracht werden kann. Es wurden elf Vorkommen mit einem jährlichen Förderpotential von mehr als 50.000 m^3 genannt. Auch Material aus den Flußbaggerungen auf der oberösterreichischen Donaustrecke kann nach notwendigen Siebungen verwendet werden.

Die möglichen Unsicherheiten sind im Protokoll zum Symposium Sohlstabilisierung 1992 (Protokoll im Anhang) und in der Kosten-Nutzen-Analyse (1994), die ökologischen Chancen des Flußbaulichen Gesamtkonzeptes im Bericht der Planungsgruppe Wasserbau - Auenökologie (1991) dargestellt.

Alternative Normalgeschiebezugabe

Als Alternative zur Sohlstabilisierung durch Grobkornzugabe wird die Methode der Normalgeschiebezugabe angesehen, die am Oberrhein (unterhalb der Staustufe Iffezheim) praktisch durchgeführt wird.

Diese Methode impliziert die permanente Zugabe von bis zu 300.000 m^3 Schotter pro Jahr. Das entspricht dem durchschnittlichen jährlichen Transportvermögen der Donau. Sie scheint deshalb im Vergleich zur Grobkornzugabe beim derzeitigen Wissensstand ökologisch und ökonomisch als Dauerlösung nicht sinnvoll, wird aber von der Donaukraftwerke AG für die Stabilisierung der Unterwasserstrecke des Kraftwerks Freudenau angestrebt (Wasserrechtsbescheid Zl. 14.570/182-I 4/91 vom 31.07.1991).

AQUATISCHER LEBENSRAUM

Im Zuge der Realisierung des Flußbaulichen Gesamtkonzeptes kommt es zu einer Vergrößerung der Wasserflächen in der Au. Dies führt zu einer Erweiterung der Flachwasser- und Ruhezonen. Gleichzeitig erhöht sich die Strukturvielfalt der Gewässerränder und Uferzonen, deren Naturnähe damit wesentlich verbessert wird.

Diese Maßnahmen bedeuten für die Fischfauna bessere und ausreichende Laichplätze. Folglich kann die Reproduktionsrate erhöht werden, wodurch wieder mehr Arten bzw. seltenere Fische in der Au ausreichende Ressourcen zum Überleben finden.

WALD

Der Wald soll sich im Nationalpark auf möglichst großen Flächen frei von menschlicher Einflußnahme entwickeln können. Allein durch die Einstellung der Forstwirtschaft auf einem Großteil des Waldgebietes wird dieses Ziel aber nicht erreicht, denn der natürliche Auwald lebt mit und von periodischen Überschwemmungen und den damit verbundenen kleinen Katastrophen wie An- und Ablandung, Entwurzelung, Eisschub etc.

Vor allem die großen Umlagerungen schaffen laufend Rohböden mit hohem Lichtangebot und somit die notwendigen Keim- und Aufwuchsbedingungen für die wichtigen Pionierbaumarten der Weichen Au, nämlich Weiden und Pappeln.

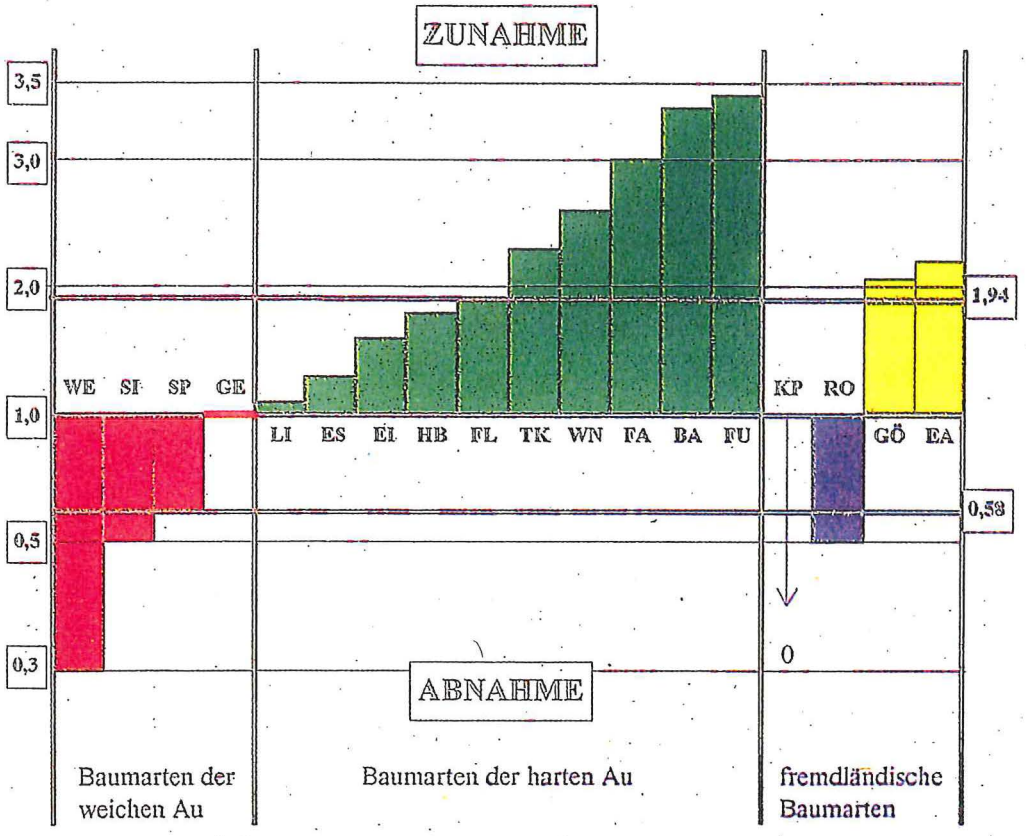
Die derzeitige forstliche Bewirtschaftung simuliert durch Kahlschläge bewußt solche Katastrophensituationen, vor allem um genügend Licht für die Verjüngung der vielen Pionierbaumarten zu schaffen und dadurch die standorttypischen Baumarten zu erhalten. Bei ausbleibenden Katastrophen und somit fehlenden Rohböden (durch Dammbauten, Kraftwerkskette und/oder Einstellung der forstlichen Eingriffe) entwickeln sich die Standorte mit ihren Böden und Waldgesellschaften zu reiferen Stadien. Das bedeutet in der Praxis einen langsamen Rückgang von Weiden und Pappeln und die Zunahme von Harthölzern in der Weichen Au.

Wie das künftige Baumartenmischungsverhältnis aussehen könnte und wie die ungünstige Entwicklung eines sinkenden Weichholzanteiles bereits jetzt in den Donau-Auen abläuft, zeigt eine Auswertung der Waldkartierung von 1991: Danach ist das Verhältnis von Häufigkeit in der Naturverjüngung zu Häufigkeit im Bestand für die Baumarten der Weichen Au im Durchschnitt 0,58 (das bedeutet künftige Abnahme) und für die Baumarten der Harten Au im Durchschnitt 1,94 (künftige Zunahme) (Abb. 2.14).

Daraus kann gefolgert werden, daß neben der Einstellung der forstlichen Holznutzung die Realisierung des Flußbaulichen Gesamtkonzeptes mit der Möglichkeit stärkerer Hochwasserereignisse in der Au (und damit größerer Pionierflächen) notwendig ist, um die natürliche Verjüngung standortgerechter Baumarten im Nationalpark zu ermöglichen.

Unter der Voraussetzung, daß die beiden Rahmenbedingungen, nämlich Realisierung des Flußbaulichen Gesamtkonzeptes und Wildstandsregulierung, für eine Waldentwicklung ohne menschliche Eingriffe im Nationalpark geschaffen werden, sind folgende Entwicklungen im Wald zu erwarten:

Abb. 2.14: VERJÜNGUNGSRATEN DER BAUMARTEN



LEGENDE: WE = Weide, SI = Silberpappel, SP = Schwarzpappel, GE = Grauerle, LI = Linde, ES = Esche, HB = Hainbuche, FL = Flatterulme, TK = Traubenkirsche, WN = Walnuß, FA = Feldahorn, BA = Bergahorn, FU = Feldulme, KP = Kulturpappel, RO = Robinie, GÖ = Götterbaum, EA = Eschenahorn

* Erhöhung des durchschnittlichen Alters von derzeit 32 Jahren. (Die Silberpappel, die derzeit mit ca. 40 Jahren genutzt wird, kann bis zu 400 Jahre alt werden, ein ca. 100-jähriger Silberpappelbestand in den Donau-Auen weist einen zufriedenstellenden Gesundheitszustand auf!).

* Mit dem Alter nehmen der durchschnittliche Holzvorrat, der Totholzanteil und die Schichtung der Bestände zu.

* Die durch die Bewirtschaftung bedingte oft schachbrettartige Anordnung der Bestände wird sich langsam auflösen, künftige Bestandesgrenzen werden sich zunehmend an natürlichen Grenzlinien orientieren.

* Die Kulturpappel kann sich als Hybride nicht natürlich vermehren und wird langsam aus dem Auwald verschwinden.

* Schatten ertragende Baumarten werden zunehmen, da der Anteil von Jugendstadien mit guten Lichtverhältnissen im Wald abnehmen wird.

* Welche Waldgesellschaften sich auf den einzelnen Standorten entwickeln werden, kann aus der für das gesamte Planungsgebiet vorliegenden forstlichen Standortkartierung (FORSTLICHE BUNDESVERSUCHSANSTALT, JELEM, MARGL, MADER und ZUKRIGL, 1961 ff.) einigermaßen vorausgesagt werden, da jedem einzelnen Standorttyp eine natürliche Waldgesellschaft entspricht (JELEM, 1974).

* Auch bei entsprechenden hydrologischen Rahmenbedingungen (Flußbauliches Gesamtkonzept) wird eine Zunahme des Hartholzanteiles erfolgen. Denn derzeit kultiviert die Forstwirtschaft auf 61 % der Waldfläche Weichhölzer, obwohl nur 43 % der Fläche Standorte der Weichen Au sind.

In Teilen des Auwaldes werden durch die heutige forstliche Bewirtschaftung Waldbilder und Lebensräume geschaffen, die für den Naturschutz von Bedeutung sind. Sie sollen weiter bewirtschaftet werden und können gleichzeitig den Brennholzbedarf der örtlichen Bevölkerung decken (Kap. 4).

Forstschutzmaßnahmen

Nach dem Auslaufen der Forstwirtschaft unterbleiben neben der Holznutzung auch die im Wirtschaftswald notwendigen Pflege- und Forstschutzmaßnahmen, wie z.B. Schutz der Jungpflanzen vor Wildverbiß, Förderung der jungen Bäume gegenüber der Konkurrenzvegetation (Waldrebe, Wilder Hopfen, etc.) und die Entnahme stark vermistelter Bäume.

Die mit Abstand bedeutendste Wirtspflanze für die immergrüne Mistel (Viscum album) ist die Kulturpappel, die sich als Hybrid nicht natürlich verjüngen kann und deshalb aus dem Nationalpark langsam verschwinden wird.

Der Befall der Eiche mit der Eichenmistel (Lauranthus europaeus) hat den Höhepunkt der Kalamität bereits überschritten. Das bedeutet in Zukunft ein Abklingen des Befalls mit und ohne Gegenmaßnahmen.

Waldrebe und Hopfen, die sich an jungen Bäumen emporranken, diese beschatten und teilweise zu Boden ziehen, sind extrem lichtbedürftige Pflanzen. Nach Einstellung der Holznutzung wird es im Nationalpark weniger freie Flächen (Schläge, Lagerplätze, etc.) geben und dadurch auch weniger Lichtangebot. Aus diesem Grund ist eine Zunahme der beiden Kletterpflanzen im Nationalpark nicht zu befürchten.

Durch jagdliche Regulierung wird im Nationalpark eine ökologisch tragbare Schalenwilddichte hergestellt, wodurch sich die natürlichen Auwaldbaumarten ohne technische Wildschutzmaßnahmen ausreichend verjüngen können. Durch den Wegfall der Zäune wird die derzeitige Äsungsfläche vergrößert (vgl. Grobkonzept, Kap. 7.1.2.1).

Auch eine Massenvermehrung forstlicher Schadinsekten in einem Ausmaß, das den Bestand des Auwaldes großflächig gefährden würde, ist nicht zu befürchten, denn:

* Größere, durch Insekten verursachte Kalamitäten, treten im Auwald im Gegensatz zum Nadelwald kaum auf.

* Lediglich in den Kulturpappelbeständen könnten kleinere Massenvermehrungen von Großem und Kleinem Pappelbock, bzw. Weidenbohrer stattfinden. Da aber der Kulturpappelanteil im Nationalpark laufend abnimmt und Gegenmaßnahmen schon bei der Kulturbegründung erfolgen müssen (richtige Sorten- bzw. Standortwahl) ist auch in dieser Hinsicht im Nationalpark wenig Anlaß zu Besorgnis.

Im Nationalpark soll die Selbstregulation von Tier- und Pflanzengesellschaften vom Menschen weitgehend unbeeinflußt ablaufen. Deshalb finden die im Forstgesetz vorgesehenen Forstschutzmaßnahmen im Nationalpark keine Anwendung. Die notwendigen gesetzlichen Ausnahmebestimmungen sind im Nationalparkgesetz bzw. im Forstgesetz festzulegen (Kap. 11).

Auszug aus den Stellungnahmen

> Die Regulierung von Reh- und Rotwild ist notwendig, um die Auwaldverjüngung auf natürlichem Wege zu gewährleisten. Ziel ist es, alle heimischen Wildarten zu erhalten (Stellungnahme der ÖGNU).

WIESEN

Würde man die Wiesen im Nationalpark künftig nicht mehr mähen, würde sich der Großteil der Flächen natürlich bewalden. Da aber ein großer Teil dieser Wiesen botanisch interessante Pflanzengesellschaften aufweist und gleichzeitig ein wichtiger Nahrungs- und Lebensraum für zahlreiche Tiere ist, sollen alle Wiesen im Nationalpark weiter gemäht und dadurch erhalten werden.

Durch die Einstellung der Düngung wird die Konkurrenzkraft seltener und schützenswerter Pflanzenarten innerhalb der Wiesengesellschaft verbessert (Kap. 4).

ACKERFLÄCHEN

Für die Ackerflächen im Besitz der Gemeinde Wien in der Lobau (ca. 400 ha) besteht seitens der Eigentümer die Absicht, je ein Drittel aufzuforsten oder in Wiesen umzuwandeln. Die restlichen Flächen sollen biologisch bewirtschaftet werden.

Für alle derzeit genutzten Ackerflächen, unabhängig davon, ob sie Eigentum oder Pachtgründe sind, wird "Nutzung im heutigen Umfang" festgelegt. Ziel eines Nationalparks muß es sein, langfristig diese Flächen im Kauf zu erwerben oder Tauschgründe außerhalb des Nationalparks dafür anzubieten. Alle Änderungen bei der Bewirtschaftung der Ackerflächen, Kauf oder Nutzungsbeschränkungen können nur auf freiwilliger Basis vereinbart werden. Zwangsmaßnahmen gibt es nicht.

Auszug aus den Stellungnahmen

> Verhandlungen über Grundstückstausch und Entschädigungen sind erwünscht, bevor diese Grundstücke in den Nationalpark einbezogen werden (Stellungnahme der Wiener Landwirtschaftskammer).

FAUNA

Durch die künftig zu erwartende, verstärkte vertikale Strukturierung der Waldbestände, höheren Altholz- und Totholzanteil usw., kommt es allgemein zu einer Lebensraumaufwertung für die Mehrzahl der waldbewohnender Tierarten. Bei einigen Arten, welche Jungwuchsstadien des Auwaldes bevorzugen, könnte auch eine leichte Bestandsabnahme eintreten. Insgesamt aber und im speziellen bei den seltenen, bedrohten Arten ist mit zunehmender Naturnähe des Gebietes mit positiven Auswirkungen zu rechnen.

Greifvögel

Geschlossenes Waldbild mit nur mehr einzelnen Jugendstadien, Besucherlenkung und ein Wegenetz unter Rücksichtnahme auf ornithologisch sensible Bereiche vorausgesetzt, wird sich der Nationalpark auf die Bestandsentwicklung bei der Mehrzahl der Greifvogelarten positiv auswirken. Lediglich bei einer Art wird eine geringfügige Abnahme zu erwarten sein (Tab. 2.6).

Tab. 2.6: BESTANDSVERÄNDERUNG DER GREIFVÖGEL

Erwartete Bestandszunahme	gleichbleibend	Bestandsabnahme
Schwarzmilan Rotmilan Sperber Habicht Turmfalke Baumfalke	Wespenbussard	Mäusebussard

Dazu kommt die mögliche Wiederbesiedlung der Donau-Auen durch Sakerfalke (Brutverdacht 1991, Brutnachweis 1992) und Seeadler.

Jagdbare Wildarten

Wildtiere sollen sich im Nationalpark unter geringstmöglichem menschlichen Einfluß entwickeln. Sie werden nicht mehr bejagt und der Selbstregulation überlassen.

Bei Rot-, Reh- und Schwarzwild allerdings funktioniert die Selbstregulation aufgrund des zu kleinen und veränderten Lebensraumes und des Fehlens der natürlichen Feinde (Wolf, Bär, Luchs) nicht mehr. Die zu erwartende Vermehrung von Reh- und Rotwild würde die natürliche Verjüngung des Auwaldes unmöglich machen. Es ist daher aus Naturschutzgründen erforderlich, diese beiden Arten jagdlich zu regulieren.

Zunehmende Schwarzwildbestände würden auf Feldern, die an den Nationalpark angrenzen, bedeutende Wildschäden verursachen, weshalb auch Wildschweine weiter bejagt werden müssen.

Die Regulierung bestimmter Arten kann auch notwendig sein, wenn

* bedeutende ökologische Schäden im Nationalpark oder
* bedeutende ökologische und/oder ökonomische Schäden außerhalb des Nationalparks verursacht.

Auszug aus den Stellungnahmen

> Fremdländische Wildarten sollen durch geeignete Maßnahmen aus dem Nationalpark entfernt werden (Stellungnahme des WWF und der ÖGNU) (Kap. 4).
>
> Die Notwendigkeit einer jagdlichen Regulierung könnte sich auch für andere jagdbarer Wildarten ergeben (Stellungnahme des NÖ und des Wiener Landesjagdverbandes), von denen man derzeit annimmt, daß ihre Selbstregulation im Nationalpark funktionieren wird.

2.4 NATIONALPARKWÜRDIGKEIT

Die Schutzwürdigkeit der Donau-Auen wurde von der Planungsgruppe Wasserbau - Auenökologie[1)] prägnant zusammengefaßt.

Bewertung der derzeitigen Entwicklungen aus auenökologischer Sicht:

"Es ist unbestritten, daß die Auenlandschaft östlich von Wien in ihrem Erscheinungsbild und ihrer Zustandsform von der 1. Donauregulierung des 19. Jahrhunderts, einschließlich der Hochwasserschutzbauten, zum einen und von der Holznutzung der Auwälder zum anderen überformt ist. Die Landwirtschaft hat im Zuge der Intensivierung und des Strukturwandels zu einer starken Beeinflussung der Randbereiche der Auen (Verlust von Wiesen, Weiden, Augewässern) geführt.

Allerdings sind die Abflußdynamik des Stromes, die Grundwasserdynamik und der Hochwassereinfluß, die Geländemorphologie und der Bodenaufbau, die Flora und Fauna des Auengebietes noch von einem so hohen Natürlichkeitsgrad, daß die Gesamtsituation im Sinne der internationalen Nationalparkkriterien und im Rahmen der Verfügbarkeit von Naturlandschaften in Europa als unbedingt nationalparkwürdig einzustufen ist.

Der maßgebliche Faktor der Entwicklung, wenn keine flußbaulichen Maßnahmen erfolgen, sind die Sohlerosion und die damit verbundene Spiegelabsenkung im Strom. Dies führt zur Verringerung der Gewässervernetzung von Strom und Augewässern, zum weiteren Absinken der (weiterhin stark schwankenden) Grundwasserspiegel, zur weiteren Verlandung und zum Verschwinden von Augewässern und zur Verringerung des Hochwassereinflusses. Aus vegetationsökologischer Sicht kommt es zur Veränderung der Flächenanteile der Auwaldgesellschaften (insbesonders Zunahme der Harten Au) und zur maßgeblichen Einengung bzw. zum Verlust von auentypischen Standorten.

Aus landschaftsökologischer Sicht - und auch in den Detailbefunden - sind diese Tendenzen als negativ zu bewerten, und die Untersuchungen unterstreichen den Handlungsbedarf zur Verbesserung der hydrologischen Situation" (Planungsgruppe Wasserbau - Auenökologie, 1991).

Nach Fertigstellung des Kraftwerks Freudenau sind in der Wachau und östlich von Wien die letzten freien Fließstrecken der Donau. Insgesamt sind das 20 % der österreichischen Donaustrecke.

---

1) In der Planungsgruppe Wasserbau - Auenökologie waren folgende Experten tätig: G. Grabherr, G. Janauer, H. Schacht, F. Schiemer, H. Winkler, H. Zottl. Koordination: H. Wösendorfer

NATIONALPARK DONAU-AUEN - INTERNATIONALE ANERKENNUNG

Die Planungsarbeiten orientierten sich neben den gesetzlichen Bestimmungen stark an den Kriterien der IUCN, weil die Erreichung der internationalen Anerkennung eine wesentliche Vorgabe des Auftrags an die Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal ist. Zweifellos haben alle mitteleuropäischen Landschaften, auch solche, die zu Nationalparks erklärt wurden, im Laufe der letzten Jahrhunderte unterschiedlich starke Nutzungseingriffe erfahren.

Trotzdem können Gebiete von besonders schöner natürlicher Landschaft oder von besonderer Bedeutung für Wissenschaft, Bildung und Erholung zu Nationalparken erklärt werden.

Anläßlich eines Besuches der Donau-Auen hat Dr. BIBELRIETHER, Vizepräsident der IUCN erklärt, daß bei Realisierung des damals in wesentlichen Teilen vorliegenden Planungskonzeptes (Grobkonzept 1991) einschließlich geeigneter Maßnahmen zur Verbesserung des Wasserhaushaltes der Donau-Auen die internationale Anerkennung erreicht werden könnte.

Gerade Auenlandschaften, die nicht nur in Österreich, sondern europaweit zu den Raritäten zählen, sind nach Ansicht der IUCN besonders schützens- und erhaltenswert. So gibt es in Europa vergleichsweise eine große Anzahl von Nationalparks in Hoch- und Mittelgebirgslagen, der Anteil von Nationalparks im Tiefland oder Feuchtgebieten ist dagegen relativ gering.

Die Prüfung

Die internationale Anerkennung eines Nationalparks durch die zuständigen Gremien der IUCN erfolgt nach Einrichtung eines Nationalparks, also nach der Beschlußfassung der dafür erforderlichen Nationalparkgesetze für Niederösterreich und Wien.

Neben den Konzepten für die naturräumliche Entwicklung sind dabei vor allem die Kompetenzen der Nationalparkverwaltung und ein Zeitkonzept für die Entwicklung bzw. Nutzungseinstellung bedeutend. Nach übereinstimmenden Aussagen nimmt die Überprüfung der Nationalparks auf die spezifische Situation einer Ausweisung solcher Schutzgebiete in Kulturlandschaften mit ihrer engen Verzahnung von intensiven Nutzungen und Schutzgebieten Rücksicht. Diese Auskünfte sind aber unverbindlich.

Berücksichtigung bestehender Nutzungen

Bestehende Nutzungen beruhen häufig auf Rechtsnormen, deren Stellenwert durch geänderte Schutzbestimmungen nicht verändert werden kann. Solche Nutzungen gibt es nicht nur in europäischen Nationalparks, sondern auch in Nationalparks der USA, die häufig als Musterbeispiel zitiert werden (z.B. Talsperren in Gebirgsnationalparks, Schilifte oder Trinkwasserbrunnen).

Kriterien

Die Größe von Nationalparks ist an sich kein Kriterium, weil es dazu nur Empfehlungen der IUCN, aber keine konkreten, verbindlichen Vorgaben gibt. Die Prüfung der Nationalparks nimmt aber auf die ökosystemaren Zusammenhänge Rücksicht. Ein Auennationalpark ohne entsprechende Einbeziehung des für seine Existenz erforderlichen Hauptgewässers oder die Reduktion auf Minimalflächen zwischen zwei Kraftwerken würde eine Nationalparkerrichtung bzw. eine Anerkennung behindern oder gar unmöglich machen.

Maßnahmen, die zur Erhaltung der Ökosysteme erforderlich sind, beispielsweise die Jagd zur Regulierung des Wildbestandes, sind mit den Kriterien der IUCN vereinbar. Maßnahmen, die dem Naturschutzziel des Nationalparks nicht widersprechen, beispielsweise das Mähen von Wiesen oder eine Fischerei, die auf die natürliche Reproduktion Rücksicht nimmt, sind - wie internationale Beispiele zeigen - im Nationalpark möglich.

Der Ausbau der Wasserstraße Donau im Rahmen des flußbaulichen Gesamtkonzeptes für eine Fahrwassertiefe von 2,7 bzw. 3,2 m, sowie die laufende Instandhaltung dieser Ausbaumaßnahmen einschließlich der Betreuung der für die Schiffahrt erforderlichen Anlagen werden als "nationalparkverträglich" bewertet. Eine definitive Klärung wird erst im Rahmen der Prüfung durch die IUCN möglich sein.

3. DIE VARIANTEN

Die Donau und die Donau-Auen östlich von Wien haben unterschiedliche Funktionen und Nutzungsmöglichkeiten. Die Donau selbst ist Verkehrsweg, Energieträger und Lebensraum. Die Auwälder werden wirtschaftlich genutzt. Sie sind aber gleichzeitig die letzten großen geschlossenen Auwälder an der Donau in Mitteleuropa. Die Wiesen und Ackerflächen im Nationalparkgebiet sind für manchen Landwirtschaftsbetrieb unverzichtbare Flächen.

Nach dem Auftrag an die Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal sind Vorschläge zur Verwirklichung eines Nationalparks Donau-Auen unter Vorlage verschiedener Varianten auszuarbeiten. Dabei ist auch auf andere im öffentlichen Interesse gelegene Aspekte wie Schiffahrt, energetische Nutzung, Sohlstabilisierung, Wasserwirtschaft, Wasserversorgung, Verkehrspolitik, Land- und Forstwirtschaft, Bergbau, Tourismus, Gewerbe und Industrie Rücksicht zu nehmen (Kap. 1).

BESTIMMUNGSGRÖSSEN

Bestimmungsgrößen für die Varianten sind daher
- die Eignung des Gebietes (Kap. 2),
- die Verfügbarkeit (Kap. 2),
- die internationale Anerkennung (Kap. 2.4),
- die energetische Nutzung (Kap. 2.3),
- die Schiffahrt (Kap. 5.1),
- der Hochwasserschutz (Kap. 5),
- die Möglichkeit eines Naturerlebnisses (Kap. 6),
- Information und Bildungsmöglichkeiten (Kap. 6) und
- die Abstimmung mit bestehenden Nutzungsgewohnheiten und Nutzungsrechten (Kap. 4).

Aus dem Konzept bzw. den Varianten sind die Kosten eines Nationalparks abzuleiten. Darauf baut die Kosten-Nutzen-Analyse für den Nationalpark Donau-Auen auf, die als wichtige Entscheidungsgrundlage für die Empfehlungen nach Art. VI der Vereinbarung gem. Art. 15a B-VG (BGBl. 441/1990) vor allem von den Vertretern des Bundes in der Nationalparkvorbereitungskommission gefordert wurde.

Auch die Organisationsform eines künftigen Nationalparks unter Berücksichtigung bestehender Organisationen wird für eine Entscheidung über einen künftigen Nationalpark Donau-Auen wesentlich sein.

Besitzverhältnisse

Eigentümer des Planungsgebietes sind vorwiegend Gebietskörperschaften. Die größten Grundeigentümer sind die Österreichischen Bundesforste und die Gemeinde Wien

(vorwiegend am linken Donauufer) und die Republik Österreich (Donau). Neben den Gemeinden gibt es aber eine Vielzahl privater Eigentümer: Agrargemeinschaften, die Forschungsgemeinschaft Auenzentrum Petronell, private Großgrundbesitzer und kleinteiligen landwirtschaftlichen Besitz (Abb. 2.2). Mit Grundeigentümern sind im Falle der Realisierung des Nationalparks Verhandlungen zu führen, in denen die Bereitschaft, ihre Flächen in den Nationalpark einzubringen, Nutzungseinschränkungen, notwendige Maßnahmen und Entschädigungen zu klären sind.

Die unterschiedlichen Besitzverhältnisse, Nutzungsansprüche und Interessen sind daher ein wichtiger Ansatzpunkt für die Ausarbeitung von Varianten, welche unter Berücksichtigung der Ziele eines Nationalparks, insbesondere der Kriterien der IUCN, auf die unterschiedlichen Interessenlagen differenziert Rücksicht nehmen.

Wasserbau

Ein anderer wichtiger Ansatzpunkt sind die wasserbaulichen Maßnahmen, die zur Verbesserung der Standortbedingungen des Auwaldes analog den Standortvoraussetzungen von 1956 bzw. 1893/94 führen. Alternativ dazu wurde die mögliche energetische Nutzung der Donau in Form von Kraftwerksvarianten untersucht.

Nach Diskussion der wasserbaulichen Szenarien und von etwa 30 darauf aufbauenden Varianten, die sich aus den Besitzstrukturen, den Nutzungsmöglichkeiten und den eingelangten Stellungnahmen ergeben haben, wurde die Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal von der Nationalparkvorbereitungskommission beauftragt, folgende Varianten für den Gesamtbericht näher zu untersuchen:

* Variante 1: Status quo Variante unter Berücksichtigung der Auswirkungen des Kraftwerks Freudenau
* Variante 2: Flußbauliches Gesamtkonzept
* Variante 3.1: Kraftwerk Wolfsthal-Bratislava II mit Nationalpark von Wien bis zur Stauwurzel bei Bad Deutsch-Altenburg
* Variante 3.2: Kraftwerk Wildungsmauer mit Nationalpark von Petronell bis zur Staatsgrenze

Gleichzeitig wurde beschlossen, für diese Varianten eine Kosten-Nutzen-Analyse zu beauftragen. Detailliert war in allen Plänen die Variante Flußbauliches Gesamtkonzept (Variante 2) darzustellen.

(Nationalparkvorbereitungskommission, Protokolle der 12. und 15. Sitzung)

NATIONALPARKVARIANTE 1 "STATUS QUO" [1)]

Bei der ersten Definition möglicher Varianten wurde vorgeschlagen, eine Variante ohne Maßnahmen bei fortschreitender Entwicklung (Sohlerosion, Austrocknen der Au, ...) als Nullvariante zu Vergleichszwecken heranzuziehen. In der weiteren Diskussion (Nationalparkvorbereitungskommission, Protokolle der 12. und 15. Sitzung) wurde die Nullvariante in dieser Form ausgeschieden. An ihrer Stelle trat die Variante 1 unter Berücksichtigung der Entwicklung unter den derzeitigen Voraussetzungen und vorgesehenen Maßnahmen im Rahmen der Errichtung des Kraftwerks Freudenau, der kurzfristigen Maßnahmen gemäß dem Schiffahrtsmemorandum und ersten Projekten zu einer Verbesserung der Gewässervernetzung.

Sie umfaßt den Grundbesitz mit "Öffentlichkeitscharakter", also der ÖBF (Forstverwaltung Eckartsau), der Gemeinde Wien (Forstverwaltung Lobau), der Republik Österreich (Donau) und der Forschungsgemeinschaft Auenzentrum Petronell (WWF-Schutzkauf Regelsbrunn-Haslau) mit einer Gesamtfläche von 9.300 ha, das sind 81 % des Planungsgebietes (Abb. 3.1 und Kap. 2.1).

Andere Grundeigentümer können ihren Besitz freiwillig in den Nationalpark einbringen. Sie sind nach den gesetzlich festgelegten Regelungen für alle Nutzungseinschränkungen zu entschädigen. Mit den Grundbesitzern ist diesbezüglich zu verhandeln. Zwangsmaßnahmen sind nicht vorgesehen, Freiwilligkeit ist Voraussetzung.

Erwartete Entwicklung

Die Ausgangsbedingung dieser Nationalparkvariante ist die Erhaltung der freien Fließstrecke unterhalb des in Bau befindlichen Kraftwerks Freudenau, mit einer Stabilisierung der Bestandssohle der ersten elf Flußkilometer unterhalb des Kraftwerks durch die Donaukraftwerke AG (Wasserrechtsbescheid Zl. 14.570/182-I 4/91 vom 31.07.1991) auf Basis der beabsichtigten Normalgeschiebezugabe. Das Detailprojekt dazu ist 1995 vorzulegen.

Seitens der Wasserstraßendirektion ist ein generelles Projekt für Sofortmaßnahmen, d.h. die Herstellung von 2,5 m Fahrwassertiefe, wie in den Empfehlungen der Donaukommission für Fließstrecken postuliert ist, für die Strecke östlich von Wien in Ausarbeitung und voraussichtlich ab 1994 in Durchführung. Dies entspricht den Forderungen des Schiffahrtsmemorandums der Bundesregierung vom August 1992.

Es wäre möglich, Teile des anfallenden Baggermaterials von insgesamt ca. 600.000 m^3 für erste Strukturierungsmaßnahmen in den Buhnenfeldern, anschließend an bestehende Uferstrukturen und entlang der Gleitufer zu verwenden.

1) Diese Variante wurde auch als Variante Verfügbarkeit oder Ausgangsvariante bezeichnet. Der Wissenschaftlichen Beirat hat vorgeschlagen, diese Variante sofort zu realisieren und sie als "Startvariante" zu bezeichnen.

Ebenso könnten verschiedene Projekte der Gewässervernetzung, wie sie im Nationalparkkonzept vorgeschlagen werden, auf Empfehlung des Nationalparkforums in Angriff genommen werden..

Die Geschiebedotation im Unterwasser des Kraftwerks Freudenau, die notwendige Stabilisierung der Bestandssohle auf den ersten elf Flußkilometern und erste Realisierung von Projekten zur Gewässervernetzung könnten eine wesentliche Verlangsamung der Sohlerosion mit sich bringen. Diese wasserrechtlichen Auflagen, ergänzt um punktuelle Stabilisierungen (Kolkbereiche) können mittelfristig die Erhaltung der Fließstrecke gewährleisten (vgl. Protokoll des Workshops Sohlstabilisierung im Anhang, insbesondere die Ausführungen von JÄGGI).

Übergangsformen

Die Übergänge von der Variante 1 - Status quo - zur Variante Flußbauliches Gesamtkonzept (Var. 2), die als Zielvariante definiert werden kann, sind möglich, weil Maßnahmen der Variante 1 die Variante 2 nicht verhindern und Teilmaßnahmen, die im Flußbaulichen Gesamtkonzept sinnvoll sind, vorwegnehmen. Der Umfang der Beteiligung privater Grundeigentümer am Nationalpark und die Bandbreiten der Maßnahmen des Flußbaulichen Gesamtkonzeptes definieren den räumlichen und zeitlichen Handlungsspielraum.

Nach Auffassung der Planungsgruppe Wasserbau - Auenökologie muß eine Gegensteuerung zur Eintiefungstendenz in den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren wirksam werden. Für die Gewässervernetzung wurden Minimal- und Maximalvarianten erstellt. Eine Niederwasserregulierung auf eine Fahrwassertiefe von 2,5 m soll im Sinne des Schiffahrtsmemorandums (1992) von den zuständigen Behörden rasch verwirklicht werden.

Weil bereits in der Variante 1 (Status quo) die Fläche des Nationalparks 9.300 ha ausmacht, ist die Einbeziehung privaten Grundbesitzes nicht vordringlich. Ein Nationalpark ausschließlich auf Flächen im Besitz der öffentlichen Hand hätte jedoch eine Zersplitterung der Nationalparkfläche am Südufer zur Folge. Zur Vermeidung negativer wechselseitiger Auswirkungen zwischen Nationalparkflächen und Umfeld im potentiellen Nationalpark sind Maßnahmen mit den Eigentümern angrenzender Flächen zu koordinieren. Das betrifft vor allem die Jagd und notwendige Forstschutzmaßnahmen (phytosanitärer Saum).

NATIONALPARKVARIANTE 2 "FLUSSBAULICHES GESAMTKONZEPT"

Diese Variante bezieht alle nationalparkwürdigen Flächen im Planungsgebiet in den Nationalpark ein (Abb. 3.2). Die Gesamtfläche beträgt 11.500 ha und reicht von Wien bis zur Staatsgrenze bei Wolfsthal. Im Norden und Süden ist meist die Wald-Feld-Grenze die Nationalparkgrenze, teilweise ist sie mit dem Schutzdamm ident.

Abb. 3.1: NATIONALPARKVARIANTE 1 - STATUS QUO

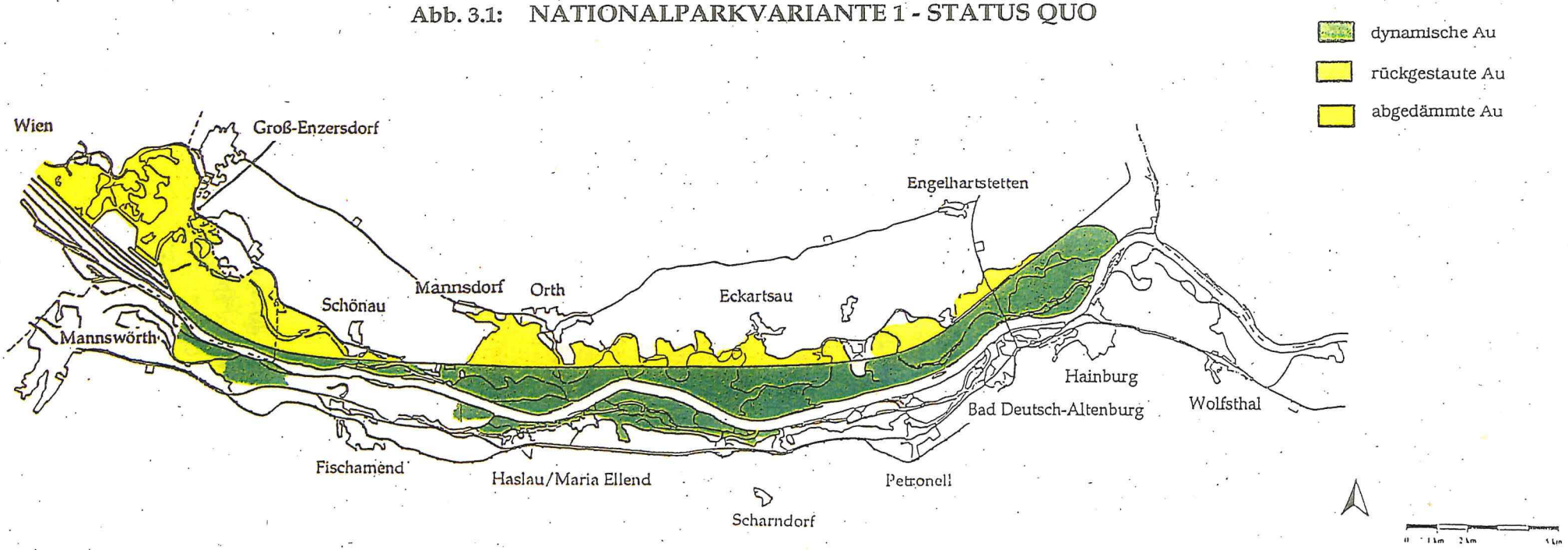
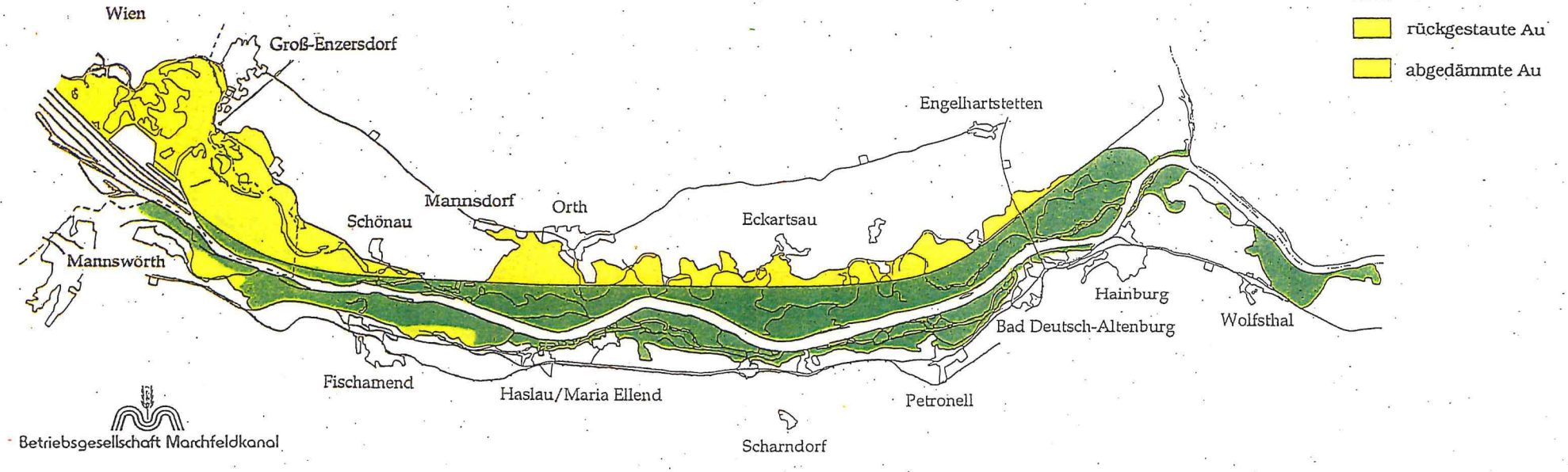


Abb. 3.2: NATIONALPARKVARIANTE 2 - FLUSSBAULICHES GESAMTKONZEPT



Die Realisierung des in Kap. 2.3 beschriebenen Flußbaulichen Gesamtkonzeptes bringt die positiven Wirkungen auf dem größtmöglichen Nationalparkgebiet zur Entfaltung; das sind:

* Verbesserung des Auenwasserhaushalts und der Hochwasserabfuhr durch Gewässervernetzung;
* Anhebung der Spiegellagen und des Grundwasserspiegels und Verbesserung der Schiffahrtsbedingungen durch Niederwasserregulierung auf eine Fahrwassertiefe von 2,7 m;
* Ökologische Verbesserung der Uferzonen durch Strukturierung;
* Sohlstabilisierung durch Grobschotterzugabe (zur Machbarkeit vgl. Kap. 2.3).

Die Möglichkeit einer Niederwasserregulierung mit einer Fahrwassertiefe von 3,2 m wurde im Flußbaulichen Gesamtkonzept untersucht (ZOTTL et al., 1991). Sie gilt auch als Option für die Schiffahrt.

Durch die Kombination von größtmöglicher Nationalparkfläche mit bestmöglichen hydrologischen Bedingungen für das Auensystem ist die Variante 2 als die "große Lösung" zu bezeichnen. Dabei bleibt die Fließstrecke der Donau zwischen dem Kraftwerk Freudenau und der Stauwurzel von Gabcikovo erhalten.

Die **Planungsgruppe Wasserbau - Auenökologie** stellt dazu fest:

"Das Flußbauliche Gesamtkonzept birgt ein großes Potential zur Verbesserung der ökologischen Situation der Donau-Auen östlich von Wien. Es ist voraussichtlich längerfristig die einzige Möglichkeit, Hoch- und Grundwasserdynamik sowie Gewässervernetzung als Grundlage der Auenökologie (sowie passable Bedingungen für die Schiffahrt in der Fließstrecke) zu sichern. Bei Abklärung der technischen Machbarkeit der Grobgeschiebezugabe und der Stabilität der zu erzielenden Deckschichte sollen begleitende ökologische Untersuchungen des Strombettes erfolgen".

Zur umfassenden und differenzierten Bewertung des Flußbaulichen Gesamtkonzeptes vgl. Kurzfassung im Kap. 3.1 und Anhang.

KRAFTWERKSVARIANTE 3 "NATIONALPARK UND KRAFTWERK"

Stauhaltungen

Die energiewirtschaftliche Nutzung der Donau östlich von Wien war auftragsgemäß als Variante zu prüfen. Die Auswirkungen von Stauhaltungen wurden von der Planungsgruppe Wasserbau - Auenökologie bewertet. Die Projekte wurden aus den Machbarkeitsstudien der Östereichischen Donaukraftwerke-AG bzw. REGIO/GP entnommen.

Gemeinsam ist den dargestellten Ausbauvorhaben:

- Stauerrichtung im Hauptstrom (Begleitdämme, Untergrunddichtungen, Hauptbauwerke) samt Anschüttung(en)
- Ufergestaltung im Stauraum und Bepflanzung der Dämme und Anschüttungen,
- Überströmwehre und Dotierstellen zur Verbindung Stauraum - Augewässer,
- Errichtung eines Aubach-Systems, das sind "Gießgänge" in erweiterter Form,
- z.T. Verlegung und Aufhöhung der Hochwasserschutzdämme.

Die technischen Daten der einzelnen Kraftwerksvarianten sind in Tab. 3.1 dargestellt. Sie sind der Machbarkeitsstudie der Österreichischen Donaukraftwerke AG entnommen.

Tab. 3.1: TECHNISCHE DATEN ZU DEN KRAFTWERKSVARIANTEN WOLFSTHAL-BRATISLAVA II UND WILDUNGSMAUER

	Variante 3.1	Variante 3.2
	KW Wolfsthal Bratislava II	KW Wildungsmauer
Engpaßleistung Megawatt (MW)	148	242
Regelarbeitsvermögen (GWh)	*) 901	1.397
Fallhöhe (bei Mittelwasser;m)	6,35	10,3
Ausbaudurchfluß (m^3/s)	3.200	3.150
Stauraumlänge (km)	19	29
Länge Rückstaudämme hochwasserfrei, gedichtet		
linkes Ufer (km)	6,7	14,8
rechtes Ufer (km)	2,7	13,6
Stauraumlänge March (MW/RNW) (km)	20/30	/
Gewässervernetzung:		
Dotierwehre links/rechts	/	2/1
Dotierstellen links/rechts	1/2	7/6
freispiegelnde Verbindungen links rechts	6/4	3/5
Überströmmulden links/rechts	0/1	/
Aushub (Mio. m^3)	18,3	16,9
(davon Unterwassereintiefung)	(6,7)	(1,2)
Aufschüttung (Mio. m^3)	19,7	17,7
Bauweise Hauptbauwerk	Naßbauweise	Naßbauweise
Bauzeit (Jahre)	6	6

*) Der österreichische Anteil beträgt 523 GWh

Ein räumliches Nebeneinander eines Auen-Nationalparks, der einen direkten Kontakt zu seinem Hauptstrom braucht, und eines Kraftwerks, dessen Dichtungsdämme weit in den Untergrund reichen und im Rückstaubereich den Wasseraustausch unterbinden, ist nicht möglich.

Die **Planungsgruppe Wasserbau - Auenökologie** hat dies begründet:

"Ein- und zweistufige Stauhaltungen verändern das Wesen der Aulandschaft und ihrer Ökologie über den Wasserhaushalt und andere steuernde Faktoren so stark, daß die Kriterien einer natürlichen Au nicht mehr erfüllt sind. Ökotechnische Begleitmaßnahmen und Landschaftsgestaltung an Stauräumen können die grundlegenden negativen Effekte eines Kraftwerks nicht aufwiegen. Die Errichtung eines Auennationalparks ist daher mit dem Ausbau der Donau gemäß diesen Varianten unvereinbar".

(Zur umfassenden und differenzierten Bewertung der Kraftwerksvarianten vgl. Kurzfassung der Planungsgruppe Wasserbau - Auenökologie in Kap. 3.1 und Anhang).

Auch die IUCN weist in ihren Kriterien zu Nationalparks darauf hin, daß Bauvorhaben zur Energiegewinnung mit einem Nationalpark nicht vereinbare wirtschaftliche Nutzungen darstellen (IUCN 1985, 1990).

Geprüft wurden in der Folge auch die Auswirkungen eines Kraftwerks Wildungsmauer mit einer freien Fließstrecke unterhalb des Kraftwerks bis zur Staatsgrenze und eines Kraftwerks Wolfsthal-Bratislava II mit freier Fließstrecke vom Kraftwerk Freudenau bis in den Raum Petronell-Carnuntum - Bad Deutsch-Altenburg.

Zur Erweiterung der Entscheidungsgrundlagen für die Vertragsparteien wurden die Nationalparkvarianten (Varianten 1 und 2) und die Kraftwerksplanungen Wolfsthal-Bratislava II und Wildungsmauer (Varianten 3.1 und 3.2) in einer Kosten-Nutzen-Analyse gegenübergestellt (Kap. 10). Zusätzlich wurde im Rahmen der Kosten-Nutzen-Analyse die Zwei-Stufen-Variante Wolfsthal-Bratislava II/Wildungsmauer außerhalb des Auftrages geprüft.

Für die beiden Kraftwerksvarianten 3.1 und 3.2 gibt es analog der Variante 1 (Status quo) auch die Möglichkeit, den Nationalpark in der Anfangsphase ausschließlich auf Flächen im Besitz der öffentlichen Hand zu errichten und - auf freiwilliger Basis - um Flächen im Privateigentum zu erweitern.

In Variante 3.2 hätte das vorerst allerdings eine Beschränkung des Nationalparks ausschließlich auf das linke Donauufer und auf etwa 1.700 ha Gesamtfläche zur Folge.

Abb. 3.3: KRAFTWERKSVARIANTE 3.1 - NATIONALPARK DONAU-AUEN UND KW WOLFSTHAL II

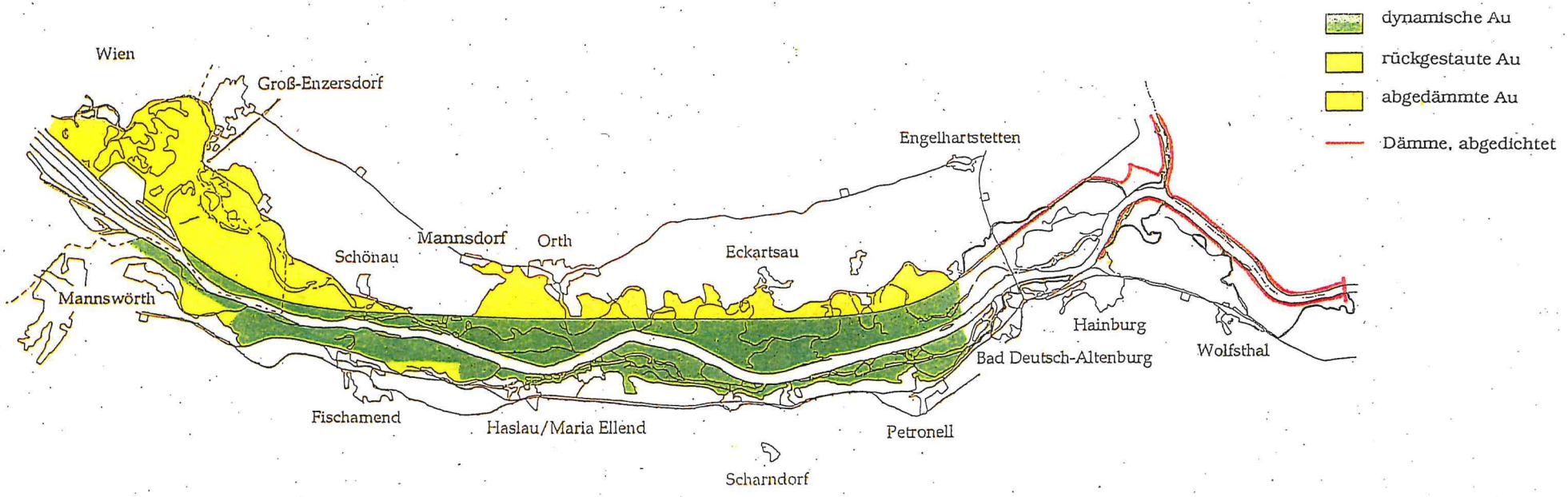
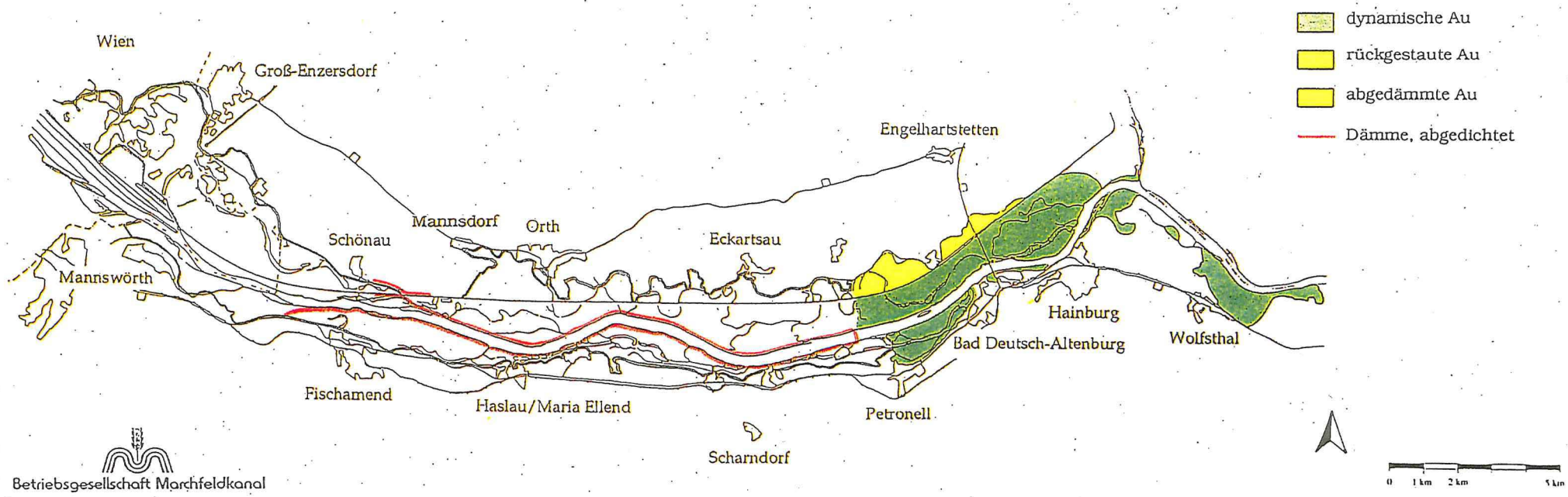


Abb. 3.4: KRAFTWERKSVARIANTE 3.2 - NATIONALPARK DONAU-AUEN UND KW WILDUNGSMAUER



KRAFTWERKSVARIANTE 3.1 "NATIONALPARK UND KW WOLFSTHAL-BRATISLAVA II"

In dieser Variante hat der Nationalpark eine Gesamtfläche von etwa 9.500 ha. Ein Kraftwerk Wolfsthal-Bratislava II bewirkt im Bereich der Stopfenreuther Au höhere Grundwasserspiegel. Die Schwankungen des Grundwassers werden reduziert und sind nur mehr nach oben möglich. Auswirkungen gibt es auch im Bereich der March, weil der Rückstau des Kraftwerks Wolfsthal-Bratislava II bis in den Raum Marchegg-Angern reicht. Hier sind Rückstaudämme erforderlich. Der Donau-March-Winkel wird durch höhere Grundwasserspiegel beeinflußt. Zusätzlich sind auf der verbleibenden freien Fließstrecke (ca. 30 km) Maßnahmen des Flußbaulichen Gesamtkonzepts, insbesondere zur Sohlstabilisierung (Kap. 2.3) erforderlich (Abb. 3.3).

In den Gemeinden Petronell-Carnuntum, Bad Deutsch-Altenburg, Hainburg, Wolfsthal-Berg und Engelhartstetten gibt es bei dieser Variante keinen Nationalpark.

KRAFTWERKSVARIANTE 3.2 "NATIONALPARK UND KW WILDUNGSMAUER"

Durch ein Kraftwerk Wildungsmauer werden erheblich größere Bereiche vom direkten Kontakt mit der Donau abgeschnitten. Die gesamte Nationalparkfläche beträgt etwa 2.700 ha. Darin sind aber die Flächen privater Eigentümer schon enthalten. Es erscheint höchst unwahrscheinlich, daß hier ein international anerkannter Nationalpark eingerichtet werden kann (Abb. 3.4).

Die Gemeinde Wien und alle niederösterreichischen Gemeinden zwischen Wien und Witzelsdorf (Gemeinde Eckartsau) bzw. Petronell hätten keinen Anteil am Nationalpark. Das betrifft die Gemeinden Groß-Enzersdorf, Mannsdorf a.d. Donau, Orth a.d. Donau, Eckartsau bzw. Schwechat (KG Mannswörth), Fischamend, Haslau-Maria Ellend und Scharndorf.

Wegen der geringeren Gesamtfläche muß bei der Zonierung auf die Ausweisung von (Wirtschafts-)historischen Zonen im Bereich der ÖBF verzichtet werden.

Diese Variante erfordert zusätzlich die Stabilisierung der Donausohle auf der verbleibenden freien Fließstrecke von etwa 12 km Länge.

Der Variante wurde von der Nationalparkvorbereitungskommission nur mit Vorbehalt zugestimmt (Protokoll der 12. Sitzung der Nationalparkvorbereitungskommission).

AUSGESCHIEDENE VARIANTEN

Die Kraftwerksvariante Engelhartstetten und die Zweistufen-Variante Wolfsthal/Bratislava II - Wildungsmauer wurden von der Nationalparkvorbereitungskommission wegen der negativen Auswirkungen auf die Auendynamik bzw. auf die Grundwassergewinnung in der Lobau ausgeschieden (siehe oben).

Der Vorschlag, lediglich eine Sohlstabilisierung durch Grobkornzugabe vorzunehmen und Altarme zu vernetzen, ohne eine Niederwasserregulierung durchzuführen, ist wegen der negativen Auswirkungen auf die Schiffahrt nicht weiter bearbeitet worden. Außerdem ist dafür nicht mit einer wasserrechtlichen Bewilligung zu rechnen. Aus den gleichen Gründen wurde eine Erhaltung der freien Fließstrecke ohne Baggerung im Donaustrom und ohne Vernetzung nicht weiter verfolgt.

EMPFEHLUNGEN UND STELLUNGNAHMEN

BERICHT DER PLANUNGSGRUPPE WASSERBAU - AUENÖKOLOGIE (KÜRZESTFASSUNG DER ÖKOLOGISCHEN BEWERTUNG)

"Das Szenario 1 - Entwicklung ohne flußbauliche Maßnahmen - führt aufgrund von fortschreitender Sohlerosion und Spiegelabsenkung mittel- bis langfristig zur maßgeblichen Einengung bzw. zum Verlust von auentypischen Standorten. Es ist daher als Perspektive einer Nationalparkerrichtung nicht wünschenswert. Eine Gegensteuerung zur Eintiefungstendenz sollte in den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren wirksam werden.

Das Szenario 2 - Flußbauliches Gesamtkonzept - birgt ein großes Potential zur Verbesserung der ökologischen Situation der Donau-Auen östlich von Wien. Es ist voraussichtlich längerfristig die einzige Möglichkeit, Hoch- und Grundwasserdynamik sowie Gewässervernetzung als Grundlage der Auenökologie (sowie passable Bedingungen für die Schiffahrt in der Fließstrecke) zu sichern. Bei Abklärung der technischen Machbarkeit der Grobgeschiebezugabe und der Stabilität der zu erzielenden Deckschichte sollen begleitende ökologische Untersuchungen des Strombettes erfolgen.

Das Szenario 3 - ein- und zweistufige Stauhaltungen - verändert das Wesen der Aulandschaft und ihrer Ökologie über den Wasserhaushalt und andere steuernde Faktoren so stark, daß die Kriterien einer natürlichen Au nicht mehr erfüllt sind. Ökotechnische Begleitmaßnahmen und Landschaftsgestaltung an Stauräumen können die grundlegenden negativen Effekte einer Kraftwerkserrichtung nicht aufwiegen. Die Errichtung eines Auennationalparks ist daher mit dem Ausbau der Donau gemäß Szenario 3 unvereinbar" (Kurzfassung des Berichtes der Planungsgruppe Wasserbau - Auenökologie im Anhang).

Anm: Die Bezeichnung der Szenarien ist nur bedingt mit den Variantenbezeichnungen vergleichbar. Das Szenario 3 bezieht sich auf den Vollausbau der Donau mit Kraftwerken und ist nicht als Na-

tionalparkvariante behandelt worden. Für die Bewertung des Szenarios 3 wurden die Machbarkeitsstudien der Donaukraftwerke AG als Grundlage herangezogen.

DIE EMPFEHLUNGEN DES WISSENSCHAFTLICHEN BEIRATS

In der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats am 10.12.1992 wurden die vorliegenden Varianten diskutiert. Das Ergebnis wurde in einer Empfehlung zusammengefaßt und in der Sitzung am 08.11.1993 bestätigt:

"Im Zuge der Diskussion um das Nationalparkkonzept wurden zahlreiche Varianten geprüft, wesentliche Daten, Merkmale und Auswirkungen dargestellt und diskutiert. Die Auswahl der hier vorgestellten Varianten erfolgte aufgrund von Empfehlungen der Nationalparkvorbereitungskommission bzw. des Wissenschaftlichen Beirates und seiner Arbeitsgruppen.

Der Wissenschaftliche Beirat schlägt zwei Varianten zur näheren Untersuchung vor, Kraftwerksvarianten sollten nicht weiter verfolgt werden:

Var. 1 Status quo ("Startvariante"):

Diese Variante nimmt auf die Flächenverfügbarkeit und die aktuelle wasserbauliche Situation Rücksicht. Rund 80 % der Nationalparkfläche gehören den drei größten Grundbesitzern (Österreichische Bundesforste, Gemeinde Wien, Republik Österreich). Diese Flächen sollen sofort in den Nationalpark einbezogen werden.

Schrittweise kann - freiwillig - auf Flächen privater Grundbesitzer die Nutzung den Nationalparkzielen angepaßt werden.

Nach der Fertigstellung des Kraftwerks Freudenau ist die Österreichische Donaukraftwerke AG verpflichtet, die Wasserspiegel der Donau unterhalb der Staustufe auf 11 km Flußlänge zu stabilisieren. Das wird die Sohleintiefung abschwächen.

Zusätzlich wird eine Verbesserung der Gewässervernetzung abgetrennter Altarme vorgeschlagen.

Variante 1 wird vom Wissenschaftlichen Beirat als "Ausgangsvariante" angesehen.

Var. 2 Flußbauliches Gesamtkonzept:

Mit der Realisierung eines Maßnahmenpaketes im Rahmen des Flußbaulichen Gesamtkonzeptes werden die Lebensbedingungen für den Auwald wesentlich verbessert. Alle Maßnahmen beziehen sich auf das Gesamtgebiet von der Lobau bis zur Staatsgrenze, das hinsichtlich Flora und Fauna nationalparkwürdig ist. Waldbauliche Maßnahmen sind in geringem Umfang erforderlich. Eine Niederwasserregulierung mit 2,7 m Fahrwassertiefe wird als ausreichend angesehen.

Der Wissenschaftliche Beirat empfiehlt die Errichtung des Nationalparks auf der Gesamtfläche von 11.500 ha.

Var. 3 Nationalpark und Kraftwerk:

Die Planungsgruppe Wasserbau - Auenökologie hat festgestellt, daß ein- und zweistufige Stauhaltungen das Wesen der Aulandschaft und ihrer Ökologie so verändern, daß die Kriterien einer natürlichen Au nicht mehr erfüllt sind.
Bei einem Kraftwerk Wolfsthal-Bratislava II, dessen Rückstau bis in den Raum Bad Deutsch-Altenburg reicht, verbleiben für den (Rest-) Nationalpark rund 9.500 ha nationalparkwürdiger Fläche.
Wegen der Auswirkungen auf die March und deren Ökosystem und wegen der technisch gesteuerten Grundwasserschwankungen in der Stopfenreuther Au ist dieses Gebiet im Rückstaubereich des Kraftwerkes Wolfsthal-Bratislava II nicht nationalparkwürdig.

Nach Errichtung eines Kraftwerks Wildungsmauer verblieben noch 2.700 ha nationalparkwürdiges Auengebiet.
Die Wahrscheinlichkeit der internationalen Anerkennung für einen (Rest-) Nationalpark ist relativ gering.
Die Lobau und der besonders dynamische Bereich der Regelsbrunner Au sind bei Realisierung dieser Variante nicht mehr Teil des Nationalparks.

Deshalb werden die Varianten Nationalpark und Kraftwerk vom wissenschaftlichen Beirat abgelehnt.

STELLUNGNAHME DER NATIONALPARKVORBEREITUNGSKOMMISSION

Die Vertreter des Landes Niederösterreich haben in der Stellungnahme vom 03.02.1993 betont, daß die Varianten 1 und 2 nationalparkkonform sind, und haben diese Varianten zur Weiterbearbeitung empfohlen. Kraftwerksvarianten sind nicht nationalparkgeeignet, die Chancen für eine internationale Anerkennung sind gering. Eine Nationalparkerrichtung schließt aber künftige energetische Nutzungen der Donau bei Verzicht auf einen Nationalpark nicht aus.

Die Vertreter des Landes Wien haben zu den Varianten nicht Stellung genommen.

Die Vertreter des Bundes verlangten die Darstellung aller Vor- und Nachteile, die mit den einzelnen Varianten verbunden sind (Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG).

STELLUNGNAHME DES NATIONALPARKFORUMS

Das Nationalparkforum hat keine der Varianten definitiv ausgeschieden, betont aber, daß aus Sicht der betroffenen Bevölkerung die Maßnahmen zur Verbesserung des Naturhaushaltes, insbesondere der wasserbaulichen Maßnahmen, unverzüglich und noch vor Errichtung des Nationalparks in Angriff genommen werden sollten.

Ab sofort ist darauf Wert zu legen, daß keine Verschlechterung der Natursubstanz eintritt (Protokoll der 5. Sitzung des Nationalparkforums, Pressepapier im Anhang).

Auszug aus den Stellungnahmen

Die mit der Variante 2 (Flußbauliches Gesamtkonzept) verbundenen flußbaulichen Maßnahmen tragen zur Verhinderung der Sohleintiefung und Verbesserung der Wasserversorgung der Au optimal bei (Stellungnahme der NÖ Landwirtschaftskammer und des Österreichischen Alpenvereins).

Das Prinzip der Freiwilligkeit ist bei der Einbeziehung von privatem Grundbesitz unbedingt sicherzustellen (Stellungnahme der NÖ und der Wiener Landwirtschaftskammer, des NÖ und Wiener Landesjagdverbandes und des Distelvereins).

Die Realisierung eines wie immer gearteten Kraftwerksprojektes unterhalb der Staustufe Wien wird mit einem Nationalpark als unvereinbar betrachtet (Stellungnahme Österreichischer Naturschutzbund, Landesgruppe NÖ).

Die Errichtung eines Donauausbaus östlich von Wien ist nicht unverzichtbar. Nach Ansicht der Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Wien sollte die Option dafür aber jedenfalls offengehalten werden (Stellungnahme der Wiener Handelskammer).

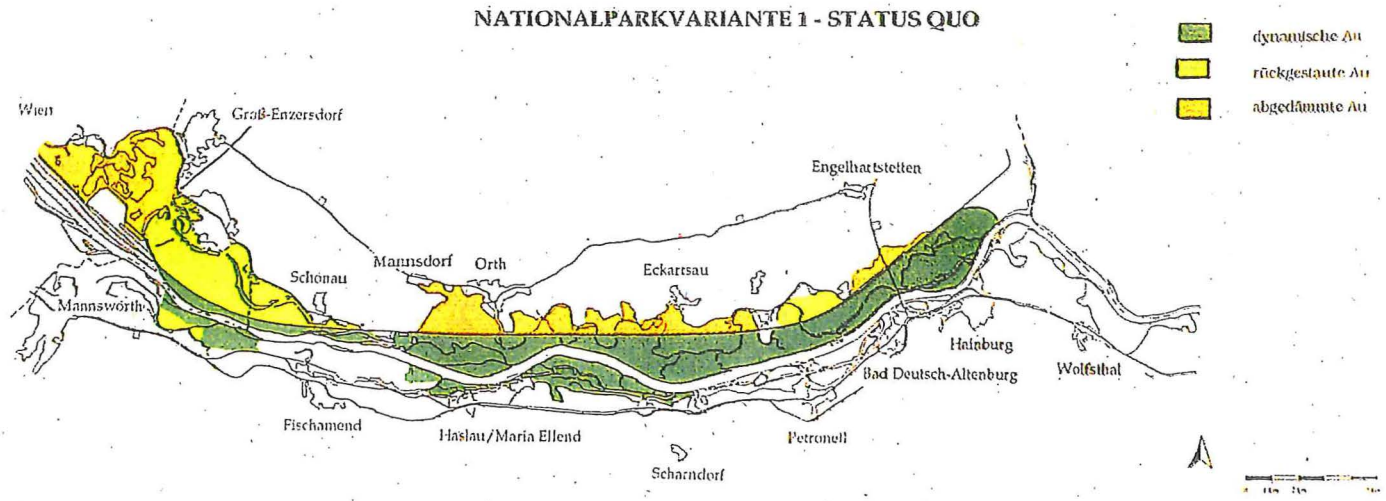
(Anmerkung der Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal: Dieser Forderung wurde auch durch die Darstellung von vier Varianten, zwei davon mit Kraftwerken und deren Auswirkungen, Rechnung getragen.)

Die klare Aussage über die Auswirkungen eines Nebeneinanders von Kraftwerk und Nationalpark wird begrüßt; das Prinzip Freiwilligkeit ist für die weitere Vorgangsweise wichtig (Stellungnahme des Distelvereins).

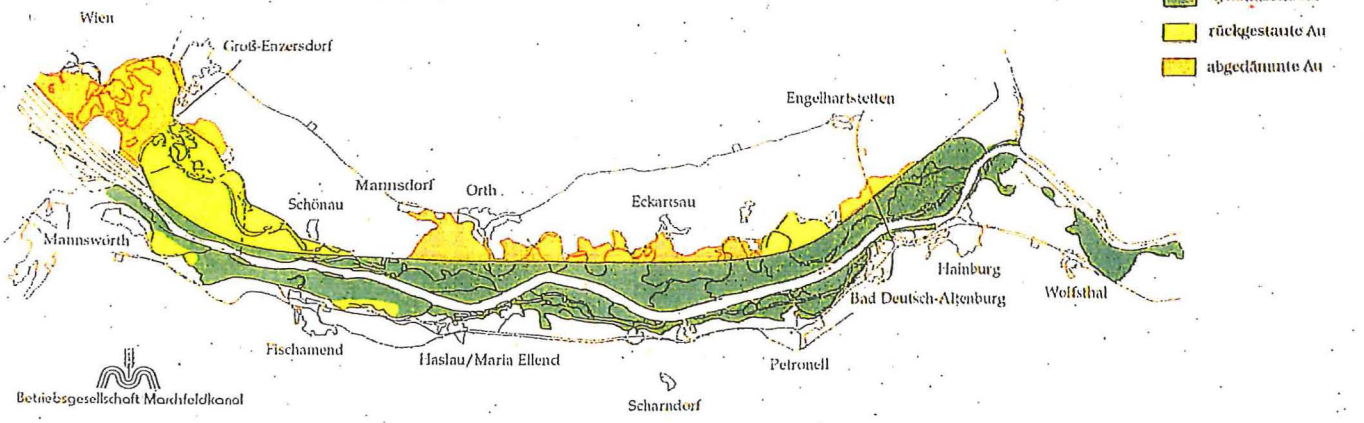
Von den zur Diskussion stehenden Varianten kann nur die Variante Flußbauliches Gesamtkonzept zur Realisierung befürwortet werden (Stellungnahme der Planungsgemeinschaft Ost (PGO)).

Die Österreichische Gesellschaft für Natur- und Umweltschutz schließt sich den Empfehlungen des Wissenschaftlichen Beirats an (Stellungnahme der ÖGNU).

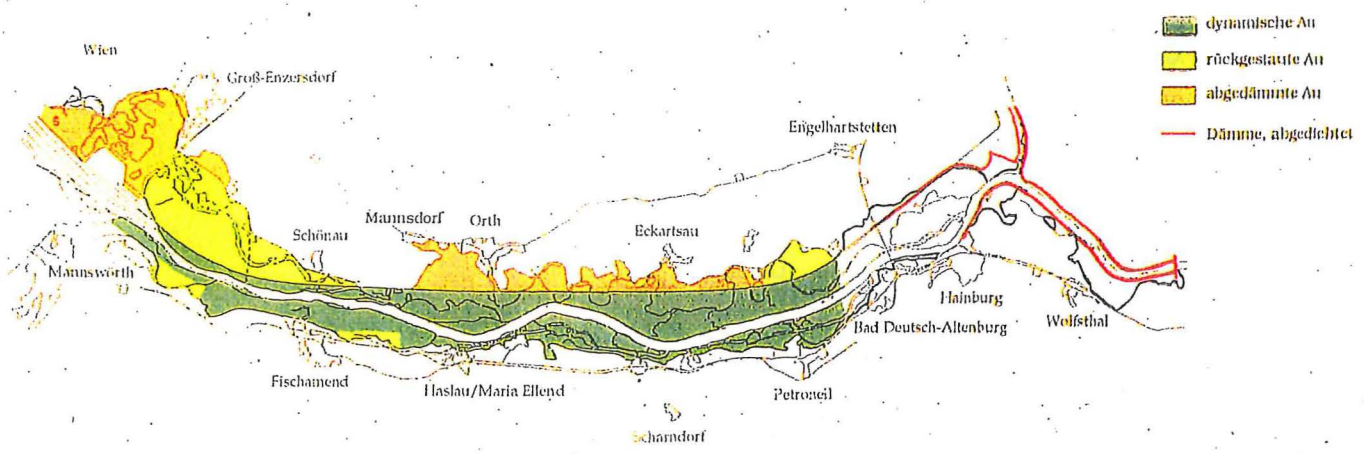
NATIONALPARKVARIANTE 1 - STATUS QUO



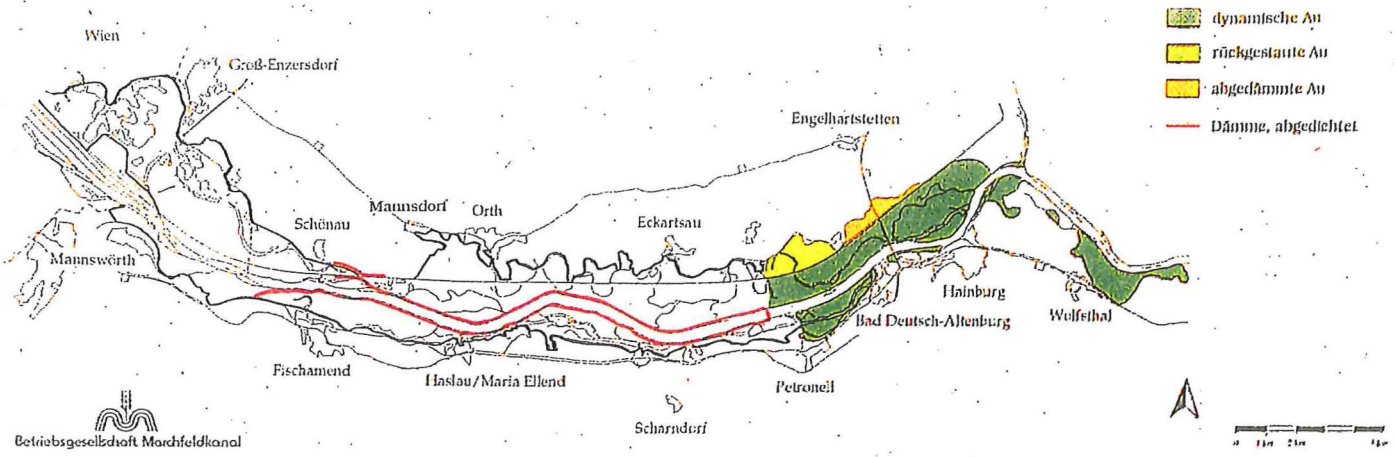
NATIONALPARKVARIANTE 2 - FLUSSBAULICHES GESAMTKONZEPT



KRAFTWERKSVARIANTE 3.1 - NATIONALPARK DONAU-AUEN UND KW WOLFSTHAL II



KRAFTWERKSVARIANTE 3.2 - NATIONALPARK DONAU-AUEN UND KW WILDUNGSMAUER



4. AUSSENABGRENZUNG, ZONIERUNG UND MASSNAHMEN

AUSSENABGRENZUNG

Die Außengrenze des Nationalparks soll klar erkennbar sein und nach Möglichkeit keine wirtschaftlich genutzten Flächen einschließen.

Dies erfordert eine Grenzziehung entlang physiognomisch klarer Grenzen, also entlang der Auwaldgrenze bzw. des Hochwasserschutzdammes. Bei Hochwasserereignissen fließend überschwemmte Flächen zwischen Hochwasserschutzdamm und Donau wurden in das Nationalparkgebiet auch dann einbezogen, wenn sie derzeit ackerbaulich genutzt sind. Langfristig sollen diese Flächen in Auwald rückgewandelt werden. Dieser Umwandlungsprozeß wird allerdings auf Privatbesitz nur mit Zustimmung der Grundeigentümer erfolgen.

Landwirtschaftliche Flächen außerhalb der Feld-Wald-Grenze bzw. des Hochwasserschutzdammes sind wegen ihrer intensiven Bewirtschaftung nicht Teil des Nationalparks. Die Landwirtschaft im Marchfeld ist daher von der Einrichtung des Nationalparks nicht betroffen. Wo Flächen innerhalb des Marchfeldschutzdammes liegen (z.B. Mannsdorf bei Realisierung von Variante 2), kann Nutzung wie bisher vorgenommen werden. Die Bewirtschaftung von Wiesen im Aubereich ist - mit Einschränkungen - weiterhin möglich und notwendig (vgl. Naturzone mit Managementmaßnahmen).

Die Realisierung der Variante 1 (Status quo) hat zur Folge, daß die Außengrenze nicht mit der Feld-Wald-Grenze ident ist, sondern fallweise auch innerhalb des Waldgebietes zu liegen kommt.

ZONIERUNG

Wichtigstes Ziel des Nationalparks ist es, die Natur sich frei und vom Menschen weitgehend unbeeinflußt entwickeln zu lassen. Alle Maßnahmen sind aus diesem Ziel abzuleiten bzw. mit diesem in Einklang zu bringen.

Deshalb wird im Nationalpark auf großen Flächen die wirtschaftliche Nutzung der Naturgüter eingestellt. Gleichzeitig sind aber Maßnahmen zu setzen, die für die Erhaltung der gewünschten Flora und Fauna, für die Gewährleistung des Zugangs und die Instandhaltung der Einrichtungen sowie für das Management des Gebietes notwendig und wünschenswert sind. Deshalb ist ein Nationalpark gemäß den Richtlinien der IUCN in Zonen eingeteilt, für die bestimmte Maßnahmen festgelegt werden, um so Interessenkonflikte innerhalb des Schutzgebietes zu vermeiden.

Grundlage der Zonierung sind die Ergebnisse der Zustandserhebung und die Entwicklungsmöglichkeiten des Naturraumes (Kap. 2 und Abb. 2.4), die erforderlichen

Maßnahmen und die künftigen Nutzungen. Aus diesem Grund sind die Zonengrenzen bei den einzelnen Varianten (Kap. 3), bezogen auf die jeweils verfügbare Fläche, gleich. Die Flächenangaben in der folgenden Beschreibung beziehen sich auf die Nationalparkvariante 2. In Abb. 4.1 sind die Zonen dargestellt (Allfällige Änderungen der Zonierung aufgrund von Gemeindestellungnahmen (vgl. Kap. 13) sind in diesem Plan nicht enthalten).

Unter den von der IUCN für Nationalparks vorgeschlagenen Zonen kommen die folgenden im Nationalpark Donau-Auen zur Anwendung:

* Strenge Naturzone
* Naturzone mit Managementmaßnahmen
* Geschützte historische Zone
* Fremdenverkehrs- und Verwaltungszone

Wegen des geringen Flächenausmaßes (unter 10 ha) wurde eine Wildniszone, das sind Gebiete in denen der Mensch noch nicht eingegriffen hat, nicht ausgeschieden. Die dieser Zone zuzuordnenden Flächen (v.a. Inseln) wurden der Strengen Naturzone zugerechnet.

Das Betreten des Nationalparks zu Erholungszwecken ist im Rahmen der derzeit gültigen rechtlichen Bestimmungen weiterhin erlaubt. Die Erholungsnutzung und die Maßnahmen der Besucherlenkung sind in den Kap. 5 und 6 erläutert.

Entschädigungen für Nutzungsbeschränkungen und Einnahmeverluste werden in Kap. 9 behandelt.

Die Darstellung in der Karte bezieht sich aufgrund des kleinen Maßstabs auf Abteilungen. Die Zuordnung zu den Zonen erfolgte unter dem Gesichtspunkt, möglichst großflächige Gebiete sofort außer Nutzung zu stellen (Empfehlung des Wissenschaftlichen Beirats).

STRENGE NATURZONE

Flächen dieser Zone haben zwar schon anthropogene Eingriffe erfahren, befinden sich aber in einem naturnahen Zustand. Diese größte Zone des Nationalparks umfaßt in Variante 2 ca. 7.820 ha und setzt sich aus 6.070 ha Wald, 1.300 ha Gewässern und etwa 450 ha verlandeten Altarmen, Schilfflächen etc. zusammen.

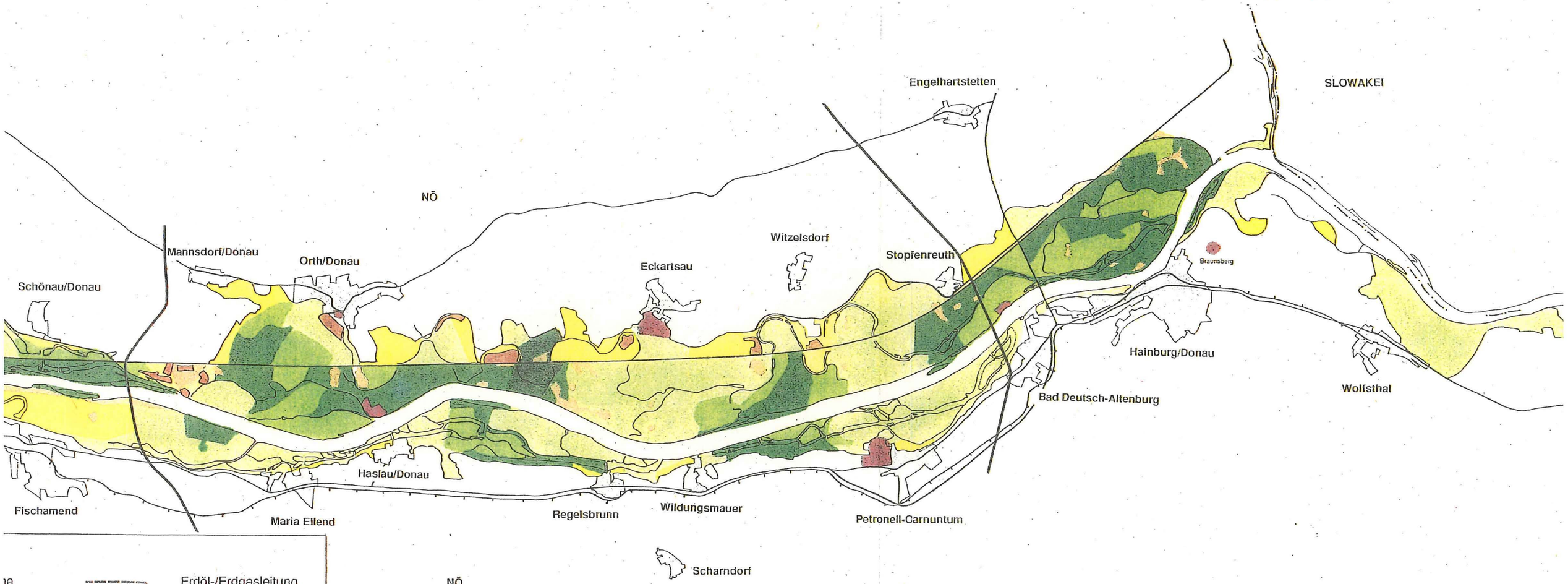
Die wirtschaftliche Nutzung von Naturgütern ist in dieser Zone verboten.

Die Wasserfläche der Donau, ausgenommen die Schiffahrtsrinne, zählt zur Strengen Naturzone. Vor allem die Ufer- und Flachwasserbereiche sind für die Fische und Vögel von hoher Bedeutung. Alle erforderlichen Eingriffe zur Aufrechterhaltung der

(2)

Abb. 4.1: NATIONALPARK DONAU-AUEN

ZONIERUNG



ne — Erdöl-/Erdgasleitung

— Hochspannungsleitung

ltungszone

Wegen des kleinen Maßstabs ist diese Darstellung vereinfacht. Genauere Aussagen sind in den Detailplänen für die einzelnen Nationalparkgemeinden enthalten. Diese können bei der Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal oder bei den Gemeinden selbst eingesehen werden.

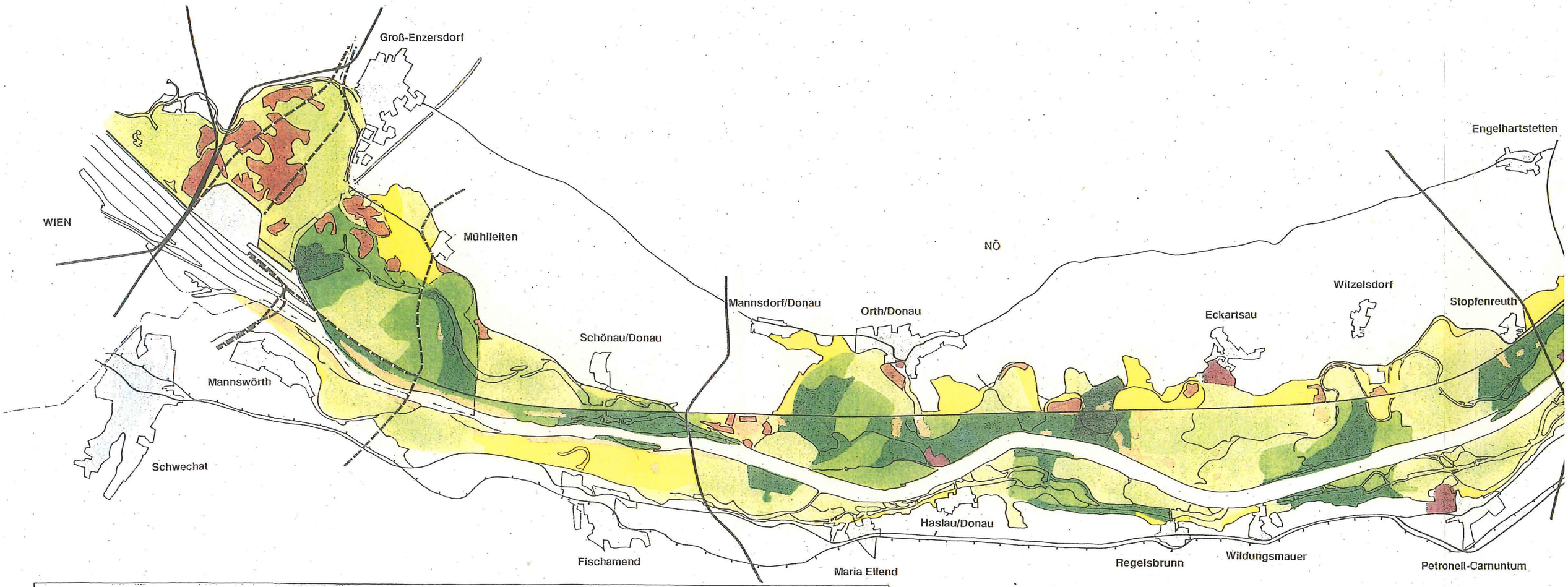
100ha = 1km²

M 1:67.000

0m 1000m 2000m 3000m 4000m 5000m

N

BETRIEBSGESELLSCHAFT MARCHFELDKANAL



Naturzonen:

- Strenge Naturzone I
- Strenge Naturzone IIa
- Strenge Naturzone IIb

Nutzungen:

- (Wirtschafts-) Historische Zone
- Wiesen
- Ackerflächen
- Sonderbereich
- Fremdenverkehrszone/Verwaltungszone
- Erdöl-/Erdgasleitung
- Hochspannungsleitung

Wegen des kleinen Maßstabs ist diese Darstellung vereinfacht. Genauere Aussagen sind in den Detailplänen für die einzelnen Nationalparkgemeinden enthalten. Diese können bei der Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal oder bei den Gemeinden selbst eingesehen werden.

Schiffahrt, insbesondere die Errichtung von Buhnen und Leitwerken sowie erforderliche Regulierungsarbeiten sind in jeder Zone möglich (Kap. 1).

Waldbauliche Maßnahmen

Den Maßnahmen liegt die Annahme zugrunde, daß im Nationalpark durch die Realisierung des Flußbaulichen Gesamtkonzeptes die Auendynamik entscheidend verbessert wird. Das bedeutet für die Umsetzbarkeit in den einzelnen Varianten (vgl. Grobkonzept, Kap. 7.1 und 7.4):

Var. 1: Waldbauliche Maßnahmen zeitlich begrenzt umsetzbar (unter der Annahme, daß in weiterer Folge durch wasserbauliche Maßnahmen die Wasserversorgung der Auen verbessert wird);
Var. 2: Waldbauliche Maßnahmen voll umsetzbar;
Var. 3: Waldbaukonzept inhaltlich und räumlich nur begrenzt umsetzbar; Art und Umfang können derzeit schwer abgeschätzt werden und sind den tatsächlichen hydrologischen Bedingungen nach Errichtung eines Kraftwerks anzupassen.

Über 30 % des Auwaldes bestehen aus fremdländischen Baumarten, zum Teil mit starker Ausbreitungstendenz. Aber nur auf einem begrenzten Anteil dieser Fläche im Auwald (ca. 15 %) besteht die Notwendigkeit, durch waldbauliche Maßnahmen die natürliche Rückentwicklung der Waldbestände zu naturnahen Waldgesellschaften zu beschleunigen (detaillierte Beschreibung im Grobkonzept, Kap. 7.1.1)

Grundsätzlich wird der natürlichen Sukzession der Vorzug gegeben. Wenn es aus Naturschutzgründen unbedingt notwendig ist, sollen waldbauliche Eingriffe möglichst in Jugendstadien erfolgen. In die anderen Bestände wird nicht eingegriffen.

Das bedeutet für die Praxis:
* keine Eingriffe in Bestände mit heimischen Baumarten;
* keine Eingriffe bei fremdländischen Baumarten ohne Ausbreitungstendenz (Kulturpappel, Schwarznuß, etc.), sofern sie nur unbedeutend am Bestandesaufbau beteiligt sind;
* Bestände, in denen fremdländische Baumarten ohne Ausbreitungstendenz dominieren, werden zugunsten heimischer Baumarten stark durchforstet;
* zur Ausbreitung neigende fremdländische Baumarten (Robinie, Eschenahorn, Götterbaum) werden soweit wie möglich eliminiert.

Zeitplan

Nicht auf allen Waldflächen kann die Holznutzung sofort eingestellt werden. Durch waldbauliche Maßnahmen, deren Umfang in Abhängigkeit von der Naturnähe festzulegen ist, kann über einen Zeitraum von etwa 30 Jahren die Erreichung eines nationalparkkonformen Zustandes beschleunigt werden. Besonders naturnahe, hochwertige Gebiete werden sofort, naturferne Flächen später behandelt, um sensible Bereiche

so schnell wie möglich der natürlichen Entwicklung zu überlassen und zu beruhigen. Für diese Eingriffe werden Zonen ausgeschieden.

Strenge Naturzone I:

Rund 1.190 ha Waldfläche (Strenge Naturzone I) befinden sich in einem sehr naturnahen Zustand. Sie sind fast ausschließlich mit heimischen und standortgerechten Baumarten bestockt und erfordern auf nur 8 % mit fremdländischen Baumarten überschirmter Fläche waldbauliche Renaturierungsmaßnahmen, die nach drei Jahren abzuschließen sind. Danach erfolgen in diesem Gebiet keine forstlichen Eingriffe mehr.

Strenge Naturzone II a:

Gleichzeitig beginnen waldbauliche Maßnahmen auf einer 1.200 ha großen Waldfläche (Strenge Naturzone IIa), deren Zustand weitgehend den Zielvorstellungen eines Nationalparks entspricht. Auf 16 % der Waldfläche stocken fremdländischen Baumarten. Die Eingriffe erfolgen ausschließlich in diesen Beständen und enden in spätestens zehn Jahren.

Strenge Naturzone II b:

Auf der verbleibenden Waldfläche mit einer Größe von 3.690 ha (Strenge Naturzone IIb) sind noch auf 18 % der Waldfläche fremdländische Baumarten durch waldbauliche Maßnahmen zurückzudrängen. Bei den Pflegemaßnahmen anfallendes Holz kann wirtschaftlich verwertet werden.

Der Zeitrahmen für die notwendigen Arbeiten beträgt 30 Jahre, der tatsächliche Zeitraum kann bei Bedarf verkürzt bzw. verlängert werden. Nach Abschluß dieser Maßnahmen gibt es im Wald der Strengen Naturzone keine Eingriffe mehr. Um die Wirksamkeit der waldbaulichen Maßnahmen überprüfen zu können, sind entsprechende Kontrollflächen anzulegen.

Auszug aus den Stellungnahmen

Der für die Umbaumaßnahmen vorgesehene Zeitraum scheint wesentlich zu lange. Außerdem ist es möglich, auch Hybridpappelbestände sofort außer Nutzung zu stellen. Auch sollte die Strenge Naturzone I (sofortige Einstellung der Holznutzung) etwa 50 % des Auwaldes umfassen (Stellungnahme des WWF).

Standortgerechte Altholzbestände sollen künftig nicht mehr genutzt werden (Stellungnahme des Österreichischen Alpenvereins).

Der Gedanke eines Zeitkonzeptes ist eine wichtige Grundlage für die Errichtung eines Nationalparks (Stellungnahme des Distelvereins).

Maßnahmen zur jagdlichen Regulierung

Alle heimischen Wildarten sollen im Nationalpark erhalten bleiben und möglichst geringem menschlichen Einfluß unterliegen. Aufgrund der derzeitigen Lebensraumsituation ist die Regulierung der Schalenwildarten notwendig (Kap. 2.3). Nicht autochthone Wildarten (z.B. Mufflons) sollen aus dem Nationalpark entfernt werden.

Bei Reh-, Rot-, Muffel- und Schwarzwild käme es ohne Bejagung zu einer starken Bestandesvermehrung, welche die natürliche Verjüngung des Auwaldes im Nationalpark unmöglich machen bzw. große Flurschäden auf den angrenzenden Feldern verursachen würde.

Die jagdliche Regulierung muß auf der gesamten Nationalparkfläche in allen Zonen erfolgen, da sich vor allem die weniger territorial gebundenen Arten in den nicht bejagten Gebieten einstellen und dort durch Massierung die beschriebenen Schäden verursachen würden.

Alle übrigen, nach den geltenden rechtlichen Bestimmungen jagdbaren Wildarten werden aufgrund der derzeitigen Situation der Selbstregulation überlassen und nicht bejagt.

Um auf die dynamischen Bestandesentwicklungen von Wildtierbeständen angemessen reagieren zu können, ist im Nationalpark ein permanentes Wildtiermonitoring-System zu installieren und daraus die Notwendigkeit und Art der Bejagung bestimmter Arten abzuleiten.

Die jagdliche Regulierung wird von der Jägerschaft nach wildbiologischen und ökologischen Gesichtspunkten durchgeführt. Vorrangig soll der Abschuß von der örtlichen Jägerschaft durchgeführt werden. Bei den jagdlichen Regulierungsmaßnahmen anfallendes Wildbret kann wirtschaftlich verwertet werden.

Fütterungen werden im Einklang mit der Wildstandsreduktion sukzessive eingeschränkt, der Wildzaun entlang der Wald-Feld-Grenze am linken Donauufer bleibt im derzeitigen Zustand erhalten.

Die Planung der jagdlichen Maßnahmen erfolgt durch die Nationalparkverwaltung in Zusammenarbeit mit der Jägerschaft, die Kontrolle durch die Nationalparkverwaltung und die zuständige Behörde. Das Jagdrecht bleibt weiterhin mit Grund und Boden verbunden. Der Jagdnutzungsentgang ist zu entschädigen.

Eine grundsätzliche Einigung über die Zusammenarbeit bei Planung und Betrieb des Nationalparks in jagdlichen Angelegenheiten wurde mit der Jägerschaft bereits erzielt. Die Originalfassung der "Resolution zu Jagd und Nationalpark", einer Grundsatzresolution zwischen den Landesjagdverbänden Niederösterreichs und Wiens und der Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal findet sich in Kap. 11.

Auszug aus den Stellungnahmen

Die Bejagung von Schalenwild ist nicht nur wegen der Waldverjüngung, sondern auch zur Vermeidung von Schäden in Gebieten, die an den Nationalpark angrenzen, notwendig. Die Einschränkung der Jagd auf alle übrigen heimischen Wildtiere scheint nicht gerechtfertigt (Stellungnahme des Wiener und NÖ Landesjagdverbandes).
Vgl. auch Stellungnahmen zu Kap. 2.3.

Die Jägerschaft darf nicht schlechter gestellt werden als die bisherigen Nutzer der Au (Stellungnahme des Wiener und NÖ Landesjagdverbandes).

Fischerei

Wie bei der Jagd ist es auch bei der Fischerei das oberste Ziel, alle heimischen Fischarten zu erhalten und ihre Lebensbedingungen zu verbessern. Durch das Flußbauliche Gesamtkonzept kommt es zur Vergrößerung des Lebensraumes und somit zur Förderung der natürlichen Reproduktion. Das Aussterben einzelner Fischarten kann verhindert werden, eine Wiederansiedlung ist möglich.

Die Ausübung der Fischerei ist zwar nicht wie die Regulierung des Schalenwildes aus ökologischer Sicht notwendig, doch zeigen die Erfahrungen mit anderen Nationalparks, daß deren Ausübung als Element der Landeskultur - unter Beachtung bestimmter Kriterien - dem Ziel eines Nationalparks kaum abträglich ist.

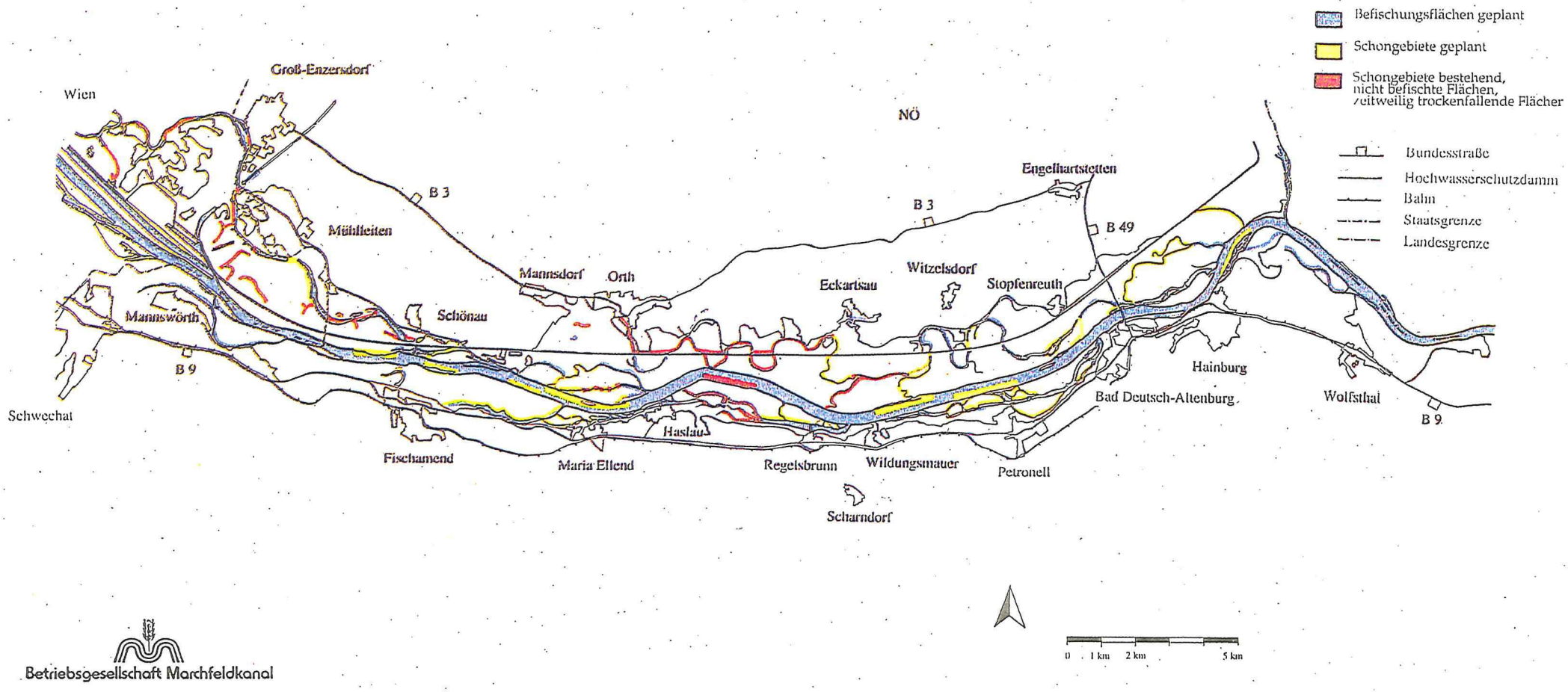
Diese Kriterien betreffen die Schongebiete, eine Entnahmeregelung, Festlegung von Lizenzzahlen bzw. Entnahmemengen, Besatzregelung und die Fischereiordnung.

Im Zuge der Errichtung des Nationalparks soll es zur Ausweitung der Schongebiete (Abb. 4.2) kommen. Eine daraus resultierende Verringerung der zu befischenden Fläche wird insoferne relativiert, als es im Zuge der Durchführung der Gewässervernetzung etc. zu einer Vergrößerung der zu befischenden Wasserfläche kommen wird.

Langfristig kann entsprechend der Verbesserung des Lebensraumes und der natürlichen Reproduktionsbedingungen der Besatz eingestellt werden. Bis zu diesem Zeitpunkt wird der Besatz ausschließlich nach gewässerökologisch und naturschutzrelevanten Gesichtspunkten, also mit donauheimischem Fischmaterial durchgeführt. Die Besatzmaßnahmen können dann enden, wenn die Reproduktion die natürliche Mortalität und den Ausfang durch die Fischer kompensiert.

Basis für die Entnahmebestimmungen sind der Fischbestand und die natürliche Produktivität des betreffenden Gewässers (-Abschnittes). Diese muß für jedes Fischwasser, ebenso wie die Artenzusammensetzung, ermittelt werden. Vom natürlichen jährlichen Zuwachs können ca. 10 % entnommen werden.

Abb. 4.2: FISCHEREISCHONGEBIETE



Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal

In kausalem Zusammenhang mit diesen Entnahmebestimmungen steht die Vergabe von Lizenzen. Grundsätzlich wird seitens der Nationalparkplanung eine Reduktion der Entnahmemenge angestrebt. Dies kann entweder durch eine Reduktion der Lizenzen bzw. durch eine Reduktion der Ausfangmenge pro Lizenz erreicht werden.

Eine Fischereiordnung, die ihre Richtlinien im Rahmen der Fischereigesetze festlegt, soll die praktische Ausübung der Fischerei so weit regeln, daß geringstmögliche Störungen verursacht werden und die Naturschutzziele im Nationalpark realisiert werden können.

Bestehende Fischereirechte bleiben grundsätzlich erhalten. Zur Erreichung der Ziele eines Nationalparks notwendige Veränderungen müssen in den Fischereigesetzen geregelt werden. Die Maßnahmen zur Ausübung der Fischerei plant die Nationalparkverwaltung. Die Fischereiberechtigten werden beigezogen. Auch hier obliegt die Kontrolle der Nationalparkverwaltung und den zuständigen Behörden.

Wie bei allen anderen Nutzungsentgängen muß auch bei der Fischerei jede finanzielle Beeinträchtigung entschädigt werden.

Eine grundsätzliche Einigung wie bei der Jagd wird mit den Fischereivertretern im Zuge der noch laufenden Gespräche angestrebt.

Auszug aus den Stellungnahmen

> Einer Einschränkung der Fischerei kann nicht zugestimmt werden (Stellungnahme des Wiener Fischereiausschusses).
>
> Fischereirecht und wirtschaftliche Fischereinutzung müssen bestehen bleiben (Stellungnahme des Fischereirevierverbandes II - Korneuburg).

Maßnahmen zur Gewässervernetzung

Um die Eingriffe in der Strengen Naturzone zeitlich einzuschränken sollen die im Kap. 2.3 beschriebenen Maßnahmen zur Gewässervernetzung bzw. erforderliche Regulierungsmaßnahmen rasch durchgeführt und abgeschlossen werden.

NATURZONE MIT MANAGEMENTMASSNAHMEN

Alle Auwiesen sollen wegen ihrer interessanten Pflanzengesellschaften und als Lebensraum und Nahrungsquelle für viele Tierarten erhalten bleiben. Deshalb müssen sie auch künftig gemäht werden.

Gleichzeitig sind Wiesen als Jagdgebiet für Greifvögel unbedingt notwendig. "Die Erhaltung der derzeit bestehenden Mähwiesen im Nationalpark - auch jene innerhalb der Strengen Naturzone - wird daher nachdrücklich gewünscht" (GAMAUF A. u. HERB B., 1993).

Entsprechend den IUCN-Kriterien erfolgen die Pflegeeingriffe aus Naturschutzgründen in der "Naturzone mit Managementmaßnahmen", die ausschließlich Wiesen im Ausmaß von ca. 800 ha umfaßt.

Maßnahmen

* Schrittweise Einstellung der Düngung der Auwiesen nach einem Zeitkonzept
* Aufrechterhaltung der Bewirtschaftung erhaltenswerter Wiesen, auch wenn sie wirtschaftlich nicht mehr genutzt würden (Mähprämien)

Die Pachtwiesen können daher weiterhin an die örtlichen Landwirte verpachtet und von diesen unter Beachtung der Ziele des Nationalparks in bisherigem Umfang und auf bisher übliche Art gemäht werden. Die Vergabe der Pacht ist Angelegenheit des Grundeigentümers. Wenn die Einstellung der Düngung zu einer Minderung der (Pacht-)erträge führt, ist dies bei den vorgesehenen Entschädigungsberechnungen zu berücksichtigen (Kap. 11).

Für die jagdliche Regulierung sind die für die Strenge Naturzone beschriebenen Maßnahmen anzuwenden.

Auszug aus den Stellungnahmen

> Die Erhaltung der Wiesen ist kein unmittelbares Ziel des Nationalparks. Nicht erhaltenswerte Wiesen können der Sukzession überlassen werden. Auch als Äsungsangebot sind sie nicht erforderlich. Vielmehr sollten sie ins Nationalparkvorland verlagert werden (Stellungnahme des WWF).

GESCHÜTZTE HISTORISCHE ZONE

In Teilen der Donau-Auen werden noch historische Formen der Auwaldnutzung, nämlich Mittel- und Niederwaldwirtschaft betrieben. Die Flächen befinden sich meist im Eigentum von Gemeinden und Agrargemeinschaften.

Beide Nutzungsformen wurden im Lauf der Zeit durch den wirtschaftlicheren Hochwaldbetrieb ersetzt und sind erhaltenswerte historische Waldwirtschaftsformen. Der Anteil solcher Ausschlagwälder beträgt in Österreich nur noch ca. 2,7 % der Gesamtwaldfläche und nimmt laufend ab.

Ein Ende der Mittel- und Niederwaldwirtschaft würde auch einen Verlust aus der Sicht des Naturschutzes bedeuten, da diese Wirtschaftsformen reich strukturierte Lebensräume für spezialisierte Tier- und Pflanzenarten schaffen.

Im Rahmen der IUCN-Richtlinien besteht die Möglichkeit, kulturgeschichtlich wichtige Landnutzungsformen in einer "Geschützten historischen Zone" zu erhalten.

Die 1.180 ha große Zone besteht aus 1.030 ha Wald, ca. 100 ha Gewässer und etwa 50 ha verlandeten Altarmen. In diese Zone sind vornehmlich Wälder im Eigentum der Gemeinden und Agrargemeinschaften und ortsnahe Teile der abgedämmten Au der Forstverwaltung Eckartsau einbezogen (Abb. 4.1). Auf diesen Waldflächen kann der Brennholzbedarf der Region von jährlich ca. 10.000 Raummeter Brennholz gedeckt werden.

Eine Änderung des Brennholzbedarfes hat eine Erweiterung bzw. Einschränkung dieser Zone zur Folge (Stellungnahme der Österreichischen Bundesforste und des WWF).

Maßnahmen

Die im Nieder- bzw. Mittelwald üblichen forstlichen Maßnahmen (vgl. Grobkonzept, Kap. 7.3.1) bleiben in dieser Zone aufrecht. Die künftige Holznutzung muß aber darauf Rücksicht nehmen, daß Aufforstungen bzw. Naturverjüngung mit heimischen und standortgerechten Baumarten erfolgt.

Für Fischerei und jagdliche Regulierung sind die Maßnahmen der Strengen Naturzone anzuwenden.

Auszug aus den Stellungnahmen

> Brennholznutzung sollte in den Wäldern des Vorlandes (Marchfeld) erfolgen (Stellungnahme des WWF).
>
> Die vorliegende Berechnung des Brennholzbedarfs und die Deckung des Bedarfs in den ausgewiesenen Zonen werden als nicht ausreichend angesehen (Stellungnahme der Forstverwaltung Eckartsau).

FREMDENVERKEHRS- UND VERWALTUNGSZONE

Sie ist Standort der Verwaltungs- und Fremdenverkehrseinrichtungen eines Nationalparks. In diese Zone fallen auch die bestehenden Restaurants und Ausfluggasthäuser an der Donau, Bootsanlegestellen und ähnliche Einrichtungen mit ihrer näheren Umgebung (Kap. 6; Abb. 6.2 und 6.3).

Diese Zone umfaßt nur ca. 90 ha, das sind 0,8 % der Nationalparkfläche. Verwaltungs- und Fremdenverkehrseinrichtungen werden nach Möglichkeit außerhalb des Nationalparkes untergebracht (Kap. 6).

Maßnahmen

Für den Waldbau, die Gewässervernetzung, die jagdliche Regulierung und die Fischerei sind, soferne erforderlich, die Maßnahmen der Strengen Naturzone sinngemäß anzuwenden. Für Wiesen gelten die Maßnahmen der Naturzone mit Managementmaßnahmen.

SONDERBEREICHE

Donau als internationale Wasserstraße

Für den Ausbau der Donau als internationale Wasserstraße gelten Empfehlungen der Donaukommission. Das Güterverkehrsaufkommen ist in den letzten Jahren stark rückläufig, Experten prognostizieren aber im Zusammenhang mit der Fertigstellung des Main-Donau-Kanals eine deutliche Zunahme (Kap. 5).

Der erforderliche Ausbau der Donau ist nach dem Schiffahrtsmemorandum der Österreichischen Bundesregierung kurzfristig geplant und wird auch nach den Konzepten für den Nationalpark abgesichert (Kap. 2.3 und 5.).

Die Maßnahmen beziehen sich jedoch vordringlich auf die Schiffahrtsrinne und die dafür notwendigen Regulierungsmaßnahmen. Die aus ökologischer Sicht wertvollen Uferzonen und Flachwasserbereiche, die mit den im Flußbaulichen Gesamtkonzept (Var. 2) vorgesehenen Maßnahmen erheblich verbessert bzw. vergrößert werden, können zur Strengen Naturzone gezählt werden.

Die Schiffahrtsrinne, Länden und der Schiffahrt dienende Einrichtungen sind als Sonderbereiche Teil des Nationalparks. Sie können aus betrieblichen und Sicherheitsgründen nicht den strengen Schutzbestimmungen der einzelnen Zonen unterliegen (Kap. 1).

Die Fläche der Wasserstraße Donau beträgt bei einer Gesamtlänge von 47 km und einer durchschnittlichen Breite von 150 m rund 650 ha. Die Grenzstrecke wurde dabei zur Hälfte berücksichtigt.

Äcker

Bei der Außenabgrenzung wurde versucht, Ackerflächen möglichst nicht in den Nationalpark einzubeziehen. Soweit Ackerflächen trotzdem im Nationalpark liegen gelten sie als Sonderbereiche mit "Nutzung im heutigen Umfang", d.h., keine Einschrän-

kung der derzeitigen landwirtschaftlichen Nutzung (vgl Kap. 2.3). Ihre Gesamtfläche umfaßt 500 ha.

Der Fadenbach

Die Dotierung und Reaktivierung des Fadenbaches ist ein wichtiges Anliegen einzelner Gemeinden am Nordufer und des Fadenbach-Wasserverbandes, der sich seit über 20 Jahren um diese Reaktivierung bemüht. Obwohl der Fadenbach teilweise außerhalb des Planungsgebietes liegt, wurde auf Initiative der Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal eine Projektstudie zur Sanierung des Fadenbaches beauftragt (BETRIEBSGESELLSCHAFT MARCHFELDKANAL, 1992).

Die Reaktivierung des Fadenbaches ist ein sinnvolles ergänzendes Projekt zur Verbesserung des Wasserhaushaltes am Rand der Au von Groß-Enzersdorf bis Witzelsdorf. In einer Studie wurden die Möglichkeiten der Dotierung vom Kühwörter und Schönauer Wasser ebenso untersucht, wie durch Spiegelanhebung des Grundwassers im Rahmen des Flußbaulichen Gesamtkonzeptes. Das Projekt hat positive Auswirkungen auf eine allfällige Trinkwasserentnahme im Bereich der linksufrigen Donau-Auen.

Die Dotierung des Fadenbaches ist aus Sicht des Nationalparkforums eines der wesentlichsten Projekte zur Verbesserung des Wasserhaushaltes im Nationalparkgebiet.

Eine Fadenbachsanierung allein kann aber keinesfalls die Probleme der Auenökologie am linken Donauufer lösen. Eine detaillierte Studie über die Möglichkeiten einer Fadenbachdotierung wurde im Auftrag des Landes Niederösterreich von der Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal erstellt (BETRIEBSGESELLSCHAFT MARCHFELDKANAL, 1992). Weitergehende Projektierungen sind einzuleiten.

Auszug aus den Stellungnahmen

> Die Dotierung des Fadenbaches wird - unabhängig von der Errichtung eines Nationalparks Donau-Auen - als vordringlich angesehen (Protokoll der 5. Sitzung des Nationalparkforums; Gemeindestellungnahmen (Kap. 13)).

Der Braunsberg

Der Braunsberg nordöstlich von Hainburg ist die einzige natürliche Erhebung direkt am Nationalpark, aber nicht Teil des Planungsgebietes. Der Braunsberg ist teilweise Naturschutzgebiet und pflanzensoziologisch besonders wertvoll. Das Nationalparkkonzept sieht vor, diesen Aussichtspunkt in die Planung einzubeziehen. Dadurch kann sichergestellt werden, daß der Braunsberg nicht stärker als bisher zu einer Touristenattraktion wird. Übermäßiger Besuch, höheres Verkehrsaufkommen auf der Braunsbergstraße und stärkerer Betritt der empfindlichen Trockenrasen könnte andernfalls zu nachhaltigen Schädigungen dieses Landschaftsraums führen.

5. NUTZUNGEN

5.1 NUTZUNGEN IM ÖFFENTLICHEN INTERESSE

Im Auftrag an die Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal ist als Ziel festgehalten, die Auswirkungen auf die Schiffahrt, die Aufrechterhaltung der konsensmäßigen Nutzungen die Sicherung der Trinkwasservorkommen und des Hochwasserschutzes und auf die wirtschaftliche Entwicklung des Gebietes zu beachten. Diese Nutzungen betreffen einzelne Gemeinden direkt, andere nur indirekt. Die Auswirkungen auf den Nationalpark sind klar abzugrenzen. Die regionalwirtschaftlichen Effekte sind in Kap. 8 dargestellt.

SCHIFFAHRT

Für die Nationalparkplanung wird in der Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG als Ziel formuliert, "die Funktion und Erhaltung der internationalen Wasserstraße Donau einschließlich des Unterlaufs der March für einen ungehinderten Betrieb der Schiffahrt zu gewährleisten."

Die verkehrspolitischen Zielsetzungen der Bundesregierung zur Binnenschiffahrt finden ihren jüngsten und prägnantesten Ausdruck im Schiffahrtsmemorandum, das anläßlich der Fertigstellung des Rhein-Main-Donau-Kanals im August 1992 formuliert wurde:

"Die Donau muß als Verkehrsweg verläßlich gestaltet werden.

Als Sofortmaßnahme ist in Österreich vor allem die Donaustrecke unterhalb von Wien durch Furtenbaggerungen so rasch wie möglich auf eine Fahrwassertiefe von 2,5 m bei Regulierungsniederwasser zu verbessern - eine Maßnahmen, die von der Donaukommission bereits 1962 beschlossen wurde - und durch ein effizientes Wasserstraßenmanagement sicherzustellen.

Mittelfristig ist der Ausbau der österreichischen Donau so zu gestalten, daß in Österreich keine strukturellen Engpässe Entstehen. Über die Fahrwasserverhältnisse der gesamten Rhein-Main-Donau-Donau-Wasserstraße ist ein internationaler Konsens anzustreben. Zufolge der in den Nachbarländern getroffenen Ausbaumaßnahmen soll dieser Verkehrsweg im Endausbau Schiffen eine Tauchtiefe von 2,7 m (d.i. eine Fahrwassertiefe von 3,2 m bei 0,5 m Flottwassertiefe) bei Regulierungsniederwasser ermöglichen" (Schiffahrtsmemorandum, 1992).

Die Empfehlungen der Donaukommission (Stand 1988) geben Richtwerte für die Fahrbahnabmessungen vor. Sie betragen für die vom Nationalpark betroffene Donaustrecke b = 120 m und t = 2,5 m für die Fließstrecke. Im Falle eines Aufstaus müßten b = 150 m Breite und t = 3,5 m Tiefe garantiert werden.

Das Flußbauliche Gesamtkonzept (Kap. 2.3) sieht bei stabilisierter Stromsohle eine Fahrwassertiefe von 2,7 m vor, die von der Schiffahrt gewünschte Option von 3,2 m ist in einer Variante des Flußbaulichen Gesamtkonzeptes vorgesehen.

Die Bedeutung der Donauschiffahrt äußert sich in folgenden Zahlen:

Auf der österreichischen Donau wurden 1990 in 10.700 Fahrten 8,14 Mio. Tonnen (t) Güter befördert. Auf die Nationalparkstrecke entfielen davon 6,3 Mio. t (1990). Zufolge des Kriegs im ehemaligen Jugoslawien und der politischen Veränderung im Osten ist die Transportleistung in Österreich auf 6,79 Mio. t (1991) und 6,70 Mio. t (1992) abgesunken.

Alle Prognosen sagen jedoch Steigerungen voraus: So wird der grenzüberschreitende Güterschiffsverkehr über die Nationalparkstrecke für 2000 auf 8,1 Mio. t bzw. für 2010 auf 9,36 Mio. t prognostiziert (ohne Maßnahmen auf der Nationalparkstrecke) bzw. auf 11,66 Mio. t (2000) und 15,47 Mio. t (2010) bei einem Ausbau der Donau in Österreich gemäß den Empfehlungen der Donaukommission (Schiffahrtsmemorandum 1992). Diese Zahlen gelten bei Beibehaltung des derzeitigen Modal splits im grenzüberschreitenden Güterverkehr.

Ob diese positiven Entwicklungen tatsächlich eintreten, hängt wesentlich von den nautischen Bedingungen im Gesamtverlauf der Rhein-Main-Donau-Wasserstraße ab. Für den Schiffsgüterverkehr nach Westen sind nautische Problemstellen am Rhein ("Gebirgsstrecke", von 1,9 auf 2,1 m bei RNW verbesserbar), am Main (Kurvenradien, Stauwurzeln) und an der bayerischen Donau (70 km Länge, dzt. rund 1,7 m bei RNW als Extremfall) neben der Wachau mit 2,5 m bei RNW (Seichtstellen auf 2,2 m bei RNW) von maßgeblicher Bedeutung.

Während im Westen die Fertigstellung des Main-Donau-Kanals im September 1992 von weitreichender Bedeutung war, gilt dies im Ostverkehr für die Eröffnung des KW Gabcikovo im November 1992, wodurch die Problemstrecke der gesamten Schüttinsel entschärft wurde. Dennoch warten in dessen Unterwasser und im Verlauf der pannonischen Tiefebene (Ungarn) sowie in Rumänien (Walachei) noch größere Strecken auf Verbesserungen durch Regulierungen.

Auch wenn an der bayerischen Donau das Planfestellverfahren 1993 (für mehrere Varianten) eingeleitet wurde, in Ungarn entsprechende Maßnahmen geplant und durchgeführt werden und am Main die Gestaltung der Schiffahrtsstraße voranschreitet, wird erst mittel- bis langfristig mit einer weitläufigen Durchgängigkeit die vollen Auswirkungen von nautischen Verbesserungen (Abladetiefe, Auslastungsmöglichkeit, Fahrsicherheit) im positiven Sinne zum Tragen kommen.

Vor diesem Hintergrund sind die Initiativen der ECE, CEMT und EU, sowie die Bemühungen in der Donaukommission und die verkehrspolitischen Zielsetzungen des Schiffahrtsmemorandums zu sehen.

Während die Wachau als zweite freie Fließstrecke Österreichs um 1986 von 2,0 auf 2,5 m Fahrwassertiefe bei RNW reguliert wurde, sind in der Fließstrecke östlich von Wien in der Regel rund 2,25 m bei RNW gegeben. Deshalb sind die im Schiffahrtsmemorandum geforderten Sofortmaßnahmen von der Wasserstraßendirektion nunmehr in Angriff genommen worden: Mit rund 600.000 m^3 Baggerungen und 4 - 6 Regulierungen (einzelne Furten) wird der Status quo auf die von der Donaukommission für Fließstrecken geforderten 2,5 m Fahrwassertiefe bei RNW verbessert. Diese Maßnahmen können voraussichtlich auch bei der Nationalparkvariante 1 (mit Normalgeschiebezugabe im Unterwasser des Kraftwerks Freudenau durch die DoKW) eine Fahrwassertiefe von 2,5 m bei RNW garantieren.

Bei Realisierung des Flußbaulichen Gesamtkonzeptes werden die Transportmöglichkeiten durch den umweltfreundlichen Verkehrsträger Schiff entscheidend verbessert. Anhand von Daten der DDSG wurden unter Berücksichtigung der Risikoabschätzung (Kalkulation veränderlicher Wasserstände) und Auslastungsannahmen (1/3 Motorgüterschiffe, 2/3 Schubleichter) die tatsächliche Befahrbarkeit der Donau errechnet. Theoretisch läge die Befahrbarkeit höher, in der Praxis müssen aber Sicherheitsspielräume gewahrt werden (Tab. 5.1).

Tab. 5.1: TATSÄCHLICHE BEFAHRBARKEIT DER DONAU ZWISCHEN WIEN UND BRATISLAVA

		Befahrbarkeit in Tagen pro Jahr bei einer Fahrwassertiefe von	
Tauchtiefe	Auslastung	RNW = 2,25 m (derzeit)	RNW = 2,70 m (Flußb. Gesamtkonz.)
2,70 m	100 %	182 d/a	247 d/a
2,50 m	90 %	212 d/a	277 d/a
2,25 m	78 %	247 d/a	312 d/a
2,00 m	66 %	277 d/a	342 d/a
1,75 m	54 %	302 d/a	365 d/a
1,50 m	43 %	365 d/a	365 d/a

Anm.: Die Tauchtiefe entspricht nicht der Fahrwassertiefe, weil dazu noch eine Flottwassertiefe (Abstand zwischen Schiffskörper und Stromsohle) von 0,5 m kalkuliert werden muß.

Auf dieser Basis wurden in der Kosten-Nutzen-Analyse die Kosteneinsparungen zufolge zusätzlichen Frachtaufkommens für die Güterschiffahrt durch bessere Auslastungsmöglichkeiten und volkswirtschaftliche Ersparnisse durch die potentiell mögliche Verlagerung von Teilen des Güterverkehrs von Bahn und LKW auf das Schiff berechnet (KNA, 1994).

Unsicherheiten dieser Ergebnisse resultieren aus Prognoseunsicherheiten insgesamt, aus der Frage der Gestaltung kritischer Donauabschnitte in den anderen Anrainerstaaten und aus der Einschätzung der Entwicklung des Modal splits im Güterverkehr.

Neben allgemeinen Diskussionspunkten bezüglich Machbarkeit und Hochwasserstabilität der Sohlschichte des Flußbaulichen Gesamtkonzeptes, das in Nationalparkvariante 2 vorgeschlagen wird, aber auch die Varianten 3.1 und 3.2 in Teilabschnitten betrifft, wurden seitens der Schiffahrt gegen die Sohlrollierung Bedenken geäußert. Die Klärung dieser Bedenken soll durch die vom Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten nun geplanten Naturversuche erfolgen (vgl. Kap. 2.3).

Auszug aus den Stellungnahmen

> Die ökologischen Vorteile des Verkehrsträgers Schiff sind zu beachten. Eine konkurrenzfähige Schiffahrt bedingt vernünftige und halbwegs kalkulierbare Transportzeiten. Die Frage der geeigneten Niederwasserregulierung und der Sohlstabilisierung ist zu sehr in den Hintergrund getreten (Stellungnahme der Wiener Handelskammer).
>
> Die Erfordernisse der Schiffahrt sind sicherzustellen (Stellungnahme der Planungsgemeinschaft Ost).
>
> Entgegen den Erwartungen ist das Güterverkehrsaufkommen auf der Donau im 1. Quartal 1993 gegenüber dem Vorjahr erneut um 15,5 % gesunken (Stellungnahme des WWF).
>
> Die Nationalparkverträglichkeit der Bau- und Erhaltungsmaßnahmen für das flußbauliche Gesamtkonzept mit einer vorgesehenen Fahrwassertiefe von 3.2 m wäre noch zu prüfen (Stellungnahme der Vertreter des Bundes in der Nationalparkvorbereitungskommission).

HOCHWASSERSCHUTZ

Die Anlagen des Hochwasserschutzes sind von der Errichtung eines Nationalparks nicht betroffen. Die erforderlichen Erhaltungs- und Kontrollmaßnahmen sind ebenso uneingeschränkt möglich wie notwendige Einsätze im Katastrophenfall.

Maßnahmen zur Verbesserung der Auendynamik in Form einer Vergrößerung der hochwasserbeeinflußten Augebiete sind denkbar, aber nicht Teil des Konzeptes. Überlegungen der Gemeinde Wien zu wasserbaulichen Maßnahmen in der Unteren Lobau sind noch nicht projektreif. Alle Maßnahmen zur Verbesserung der Wasserversorgung sind - soferne eine wasserrechtliche Bewilligung erreicht wird - aus Sicht des Nationalparks zu begrüßen.

HAFENAUSBAU WIEN

Von Hafenerweiterungsplänen sind in Wien Flächen in Albern, in der an Wien angrenzenden Gemeinde Schwechat (KG Schwechat und KG Mannswörth) betroffen.

Aufgrund der Felderhebungen und der ökologischen Bewertung des Naturraumes wurden in der Gemeinde Schwechat die Flächen am rechten Ufer der Schwechat sowie zwischen der Landesgrenze zu Wien, der Schwechat und dem Rückstaudamm der Schwechat (Oberer Haufen) nicht in das Nationalparkgebiet einbezogen. Die Flächen zwischen dem Rückstaudamm der Schwechat und der Donau sind bedingt nationalparkgeeignet. Sie sind in der Zonierung als Sondergebiet (mögliche Erweiterungsfläche) ausgewiesen.

Auch die Verlagerung des Hochwasserschutzdammes im Zuge einer Hafenerweiterung wurde bei der Abgrenzung des Nationalparkgebietes berücksichtigt (Stellungnahme der Wiener Handelskammer).

Die Hafenerweiterung Wien steht damit nicht im Widerspruch zu einem Nationalpark. Der Vollständigkeit halber muß darauf hingewiesen werden, daß die Flächen auf niederösterreichischem Gebiet zum Landschaftsschutzgebiet Donau-March-Thaya-Auen gehören. Das Blaue Wasser auf Wiener Gebiet ist ein geschützter Landschaftsteil.

Auszug aus den Stellungnahmen

> Die Erweiterungsmöglichkeit des Wiener Hafens muß von der Nationalparkplanung berücksichtigt werden (Stellungnahme der Wiener Handelskammer).

DONAU-ODER-(ELBE-)KANAL

Die vorliegende Planung (ZOTTL & ERBER, ÖIR, 1989) sieht zahlreiche mögliche Trassenführungen des Donau-Oder-Elbe-Kanals vor, wobei jedoch nur die Kanalvarianten 2.6 und 3.6 (Abb. 5.1) als realistisch anzusehen sind.

Kanalvariante 2.6

Führung des Donau-Oder-Elbe-Kanals abzweigend von der Donau über den Unterlauf der March (3 bis 6 km Länge), Weiterführung als Kanal auf slowakischem Gebiet.

Diese Variante erfordert die Errichtung einer Stauhaltung an der Donau (KW Wolfsthal-Bratislava II) oder an der March. Eine solche Stauhaltung verändert zumindest im Nieder- bis Mittelwasserbereich die Grundwasserverhältnisse im Bereich der donau- bzw. marchnahen Grundflächen, wenn nicht technische Maßnahmen zur weitgehen

den Aufrechterhaltung des Ist-Zustandes (Pumpwerke) vorgesehen werden. Die Nationalparkverträglichkeit solcher Maßnahmen wäre noch zu prüfen. Allenfalls müßten diese beeinflußten Grundflächen aus dem Nationalpark ausgeschlossen werden.

Kanalvariante 3.6

Führung des Donau-Oder-Elbe-Kanals abzweigend von der Donau in Wien (Lobau) über einen künstlichen Kanal quer durch die Lobau und das Marchfeld und Überbrückung der March bei Angern.

Eine Kanalverbindung durch die Lobau bildet aufgrund ihrer ökologischen und funktionellen Trennwirkung eine Barriere, die mit den Zielsetzungen eines Nationalparks nicht im Einklang steht. Außerdem kommt es zu Zerschneidungen eines bestehenden Wegenetzes und zusätzlichen Eingriffen während der Zeit der Bauführung (Manipulationsfläche, Baulärm).

Die Errichtung eines Donau-Oder-(Elbe)-Kanals durch die Lobau könnte daher im Hinblick auf die internationale Anerkennung die Ausweisung einer Nationalparkvorzone in der Oberen Lobau oder deren Ausschluß aus dem Nationalparkgebiet zur Folge haben. Die Nationalparkverträglichkeit kann erst bei Vorliegen eines Detailprojektes geprüft werden.

Auszug aus den Stellungnahmen *)

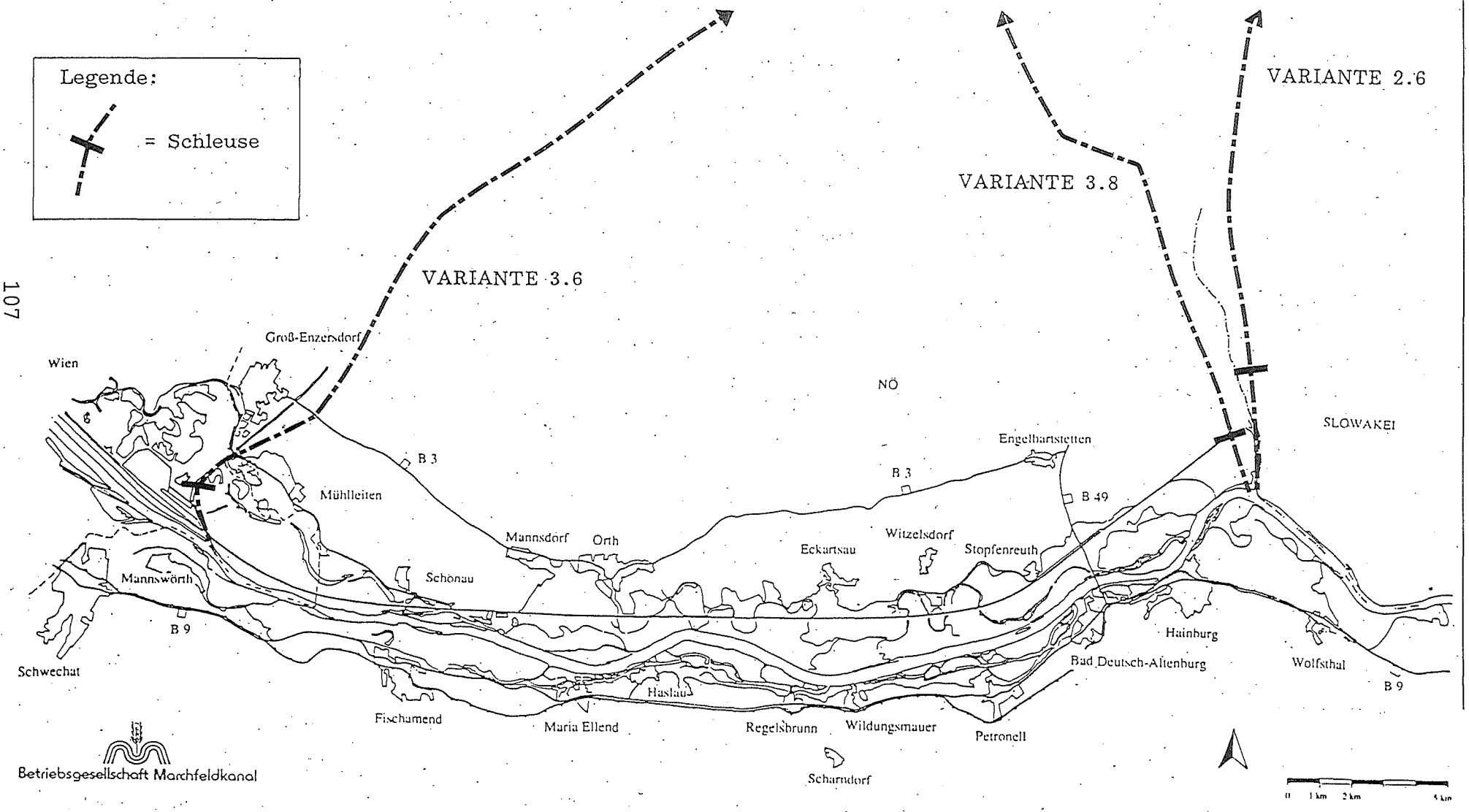
> Die Errichtung eines Donau-Oder-(Elbe)-Kanals durch die Lobau ist mit dem Nationalpark unvereinbar (Stellungnahme des Österreichischen Naturschutzbundes, Landesgruppe Niederösterreich, und der Wiener Naturwacht).
>
> Der Donau-Oder Kanal ist für die österreichische Wirtschaft von Bedeutung. Er sollte daher durch einen Nationalpark nicht verunmöglicht werden (Stellungnahme der Wiener Handelskammer).

GRUND- UND TRINKWASSER

Laut Planungsauftrag sind die wasserwirtschaftlichen Auswirkungen der Nationalparkvarianten, insbesonders auf den Grundwasserhaushalt und das daraus resultierende Potential für die Trinkwassergewinnung zu prüfen. Im Wiener Bereich gibt es durch die Beobachtungen und Planungen der MA 31 Wasserwerke, im niederösterreichischen Abschnitt durch die Beobachtungen der Errichtungsgesellschaft Marchfeldkanal und der Donaukraftwerke AG eine hervorragende Datenlage, die im Grund

*) Diese Stellungnahmen beziehen sich auf die im Konzept dargestellten Varianten der 1. Projektstufe des Donau-Oder-(Elbe)-Kanals.

Abb. 5.1: DONAU-ODER-(ELBE-)KANAL: TRASSENVARIANTEN



wassermodell DAGMAR der Errichtungsgesellschaft Marchfeldkanal und im "Expertensystem" der Obersten Wasserrechtsbehörde repräsentiert ist.

Im Rahmen der Nationalparkplanung wurden in einer Studie der BETRIEBSGESELLSCHAFT MARCHFELDKANAL (1991) die Auswirkungen des Flußbaulichen Gesamtkonzeptes auf die Grundwasserverhältnisse des gesamten linksufrigen niederösterreichischen Augebietes dargestellt und erstmals Phasenpläne im Maßstab 1 : 10.000 ausgearbeitet. Diese Berechnungen dienten der Abschätzung ökologischer Auswirkungen durch die Planungsgruppe Wasserbau - Auenökologie, in der der Zusammenhang zwischen Grundwasser, Bodenwasser und Wurzelraum der Auenvegetation ausführlich diskutiert wurde.

In einer weiteren Studie der BETRIEBSGESELLSCHAFT MARCHFELDKANAL (1992) im Auftrag des Amtes der NÖ Landesregierung wurden die Dotierungsmöglichkeiten des Fadenbaches behandelt. Dabei konnten auch die Auswirkungen beabsichtigter Trinkwasserentnahmen der NÖSIWAG bei Orth/Donau, bei der eine Entnahme bis zu 200 l/sec. angestrebt wurde, auf das Grundwasser dargestellt werden. Das Ausmaß der Absenkung bei Nieder-, Mittel- und Hochwasserphase, mit und ohne Aufhöhung der Grundwasserspiegel durch das Flußbauliche Gesamtkonzept, sowie mit und ohne Dotierung des Fadenbaches wurden dargestellt.

Obwohl diese Studie keine Detailstudie im Sinne der Planung einer Wasserversorgungsanlage sein kann (keine Auswertung der Pumpversuche, Maßstab etc.) zeigt sich im Vergleich zu den bekannten Absenkungen bei Vollbetrieb in der Unteren Wiener Lobau, daß eine derartige Anlage von rund 200 l/sec. durchaus nationalparkverträglich gestaltet werden kann.

Lobau

Die Situation des Wasserhaushaltes und der Auenökologie der Oberen Lobau sind gekennzeichnet durch den generellen Charakter der Lobau als "rückgestaute Au", die Trinkwasserbrunnen in der Oberen Lobau und das Brunnenfeld mit 5 Brunnen in der Unteren Lobau.

Nach LEINER (Expertengespräch der Nationalparkplanung über "Donau-Grundwasser-Trinkwasser" am 02.06.1992; Protokoll im Anhang) kam es zwischen 1965 und 1975 zu einer Auslastung des Grundwasserwerkes Lobau von 80 %. Durchschnittlich wurden pro Tag 75.000 m^3 (d.s. rund 870 l/sec.) gefördert. Dabei kommt es zu den Absenktrichtern mit 3,0 bis 1,5 m Tiefe und 300 m Durchmesser, wobei die Verfügbarkeit des Grundwassers für den Wurzelraum des Auwaldes stark eingeschränkt wird und es zu Störungen der Auenökologie kommen kann. Nach einem Verbrauchsrückgang von rund 500.000 auf rund 400.000 m^3 pro Tag (für Wien insgesamt) wird das Grundwasserwerk in der Unteren Lobau heute vor allem zur Abdeckung von Verbrauchsspitzen, als Ersatz bei den regelmäßigen Revisionsarbeiten an den beiden Wiener Hochquellwasserleitungen oder als Vorsorge für Katastrophenfälle verwendet.

Im überdurchschnittlich heißen Sommer 1992 wurden in der Lobau in mehreren Phasen Vollbetrieb gefahren, wobei insgesamt 6,2 Mio. m^3 Trinkwasser (580 l/sec.) gefördert wurden.

Dies zeigt auch, daß es über sehr lange Zeiträume in der Wiener Lobau zu keinem Zielkonflikt zwischen Auenökologie und Trinkwasserentnahme kommt, da nur episodisch größere Entnahmen erforderlich sind. Mittel- bis längerfristig ist eine zunehmende Inanspruchnahme der Entnahmekonsensmengen zu erwarten.

Insgesamt unterliegt das Gewässer- und Grundwassersystem einer Reihe unterschiedlicher Einflüsse, zudem sind mehrere Projekte zum Management des Wasserhaushaltes und zur Modifizierung der Hochwasserschutzanlagen in Ausarbeitung bzw. in Durchführung, zu denen die Wiener Stadtverwaltung (insbesondere die MA 45 und MA 31) ökologische Begleituntersuchungen durchführen läßt. Die Nationalparkplanung hat am 19.04.1993 in einem Expertenseminar versucht, die Probleme von Wasserwirtschaft und Auenökologie im Nationalparkgebiet Lobau zu recherchieren und zu beurteilen (Protokoll im Anhang).

Zur Verbesserung des Hochwasserschutzes für Wien kam es zum Bau der Donauinsel und zur Aufhöhung des Marchfeldschutzdammes, um 14.000 m^3/sec. schadlos durch Wien leiten zu können. Der Abschnitt zwischen Ölhafen und Schönauer Schlitz (Untere Lobau) ist noch nicht ausgebaut. Ein Amtsprojekt zur Aufhöhung des Hubertusdammes war vorgesehen.

Dabei muß insbesondere auf die gewässerökologische Situation der weitgehend biogen verlandeten Lobaugewässer sowie auf die Sicherung der Trinkwassergewinnung in der Unteren Lobau Bedacht genommen werden.

Alternativ dazu wurde seitens der MA 45 der Stadt Wien in einer Variantenstudie die Aufhöhung des Schönauer Rückstaudammes und die Überströmbarkeit des Hubertusdammes ins Auge gefaßt.

Aus Gründen des Hochwasserschutzes müßten im Falle einer solchen Altarmreaktivierung die Obere Lobau durch einen Hochwasserschutzdamm abgetrennt werden oder an deren Rand (sowohl Öltanklager als auch Groß-Enzersdorfer Damm) Dämme aufgehöht oder neu gebaut werden. In jedem Fall sind jedoch Umschließungsdämme rund um den Ölhafen neu zu bauen.

Für die Obere Lobau läuft derzeit ein Dotierungsversuch von der Neuen über die Alte Donau in das Mühlwasser und das Altarmsystem bis Groß-Enzersdorf zur Anhebung des Grundwasserniveaus. Voruntersuchungen haben ergeben, daß die Obergrenze der Dotiermenge bei rund 1,5 m^3/sec. liegen wird.

Entlang der westlichen Seite des Donau-Oder-Kanalbeckens in der Lobau wurde eine Sperrbrunnenkette mit Entwässerung in das Ölhafenbecken errichtet und in Betrieb genommen (rund 150 l/sec.). Dies dient der Sicherung der Altöllast östlich des Öltanklagers, bzw. der Abschirmung der Trinkwasserwasserbrunnen der Unteren Lobau. Die endgültige Sanierung ist derzeit noch im Planungsstadium.

Aus wasserwirtschaftlicher Sicht wird für die Lobau eine sorgfältige Planung und Realisierung verschiedener Maßnahmen notwendig, die unter gewässer- und auenökologischer Begleitforschung möglicherweise zu einem getrennten Management der Oberen und Unteren Lobau führen können. Wesentliche Randbedingung ist dabei die Erhaltung des Trinkwasserpotentials der Versorgungsanlage der Unteren Lobau.

Niederösterreich

Am linken Donauufer gibt es mit Ausnahme einer kommunalen Trinkwasserversorgung in Groß-Enzersdorf (Zielwert 60 - 65 l/sec.), in den Nationalparkgemeinden nur Hausbrunnen bzw. einzelbetriebliche Entnahmen. Im übrigen linksufrigen niederösterreichen Auengebiet besteht keine Trinkwasserversorgungsanlage.

Im rechtsufrigen Augebiet werden durch die NÖSIWAG in Petronell durchschnittlich 45 l/sec. (Konsenswassermenge: 60 l/sec.) gefördert, in Fischamend im Normalbetrieb 25 l/sec., in naher Zukunft 40 l/sec. Die maximale Fördermenge liegt hier bei 60 - 65 l/sec. Zufolge der nahen, stark verschlammten Fischa muß das Wasser (im Unterschied zu Petronell) aufbereitet werden.

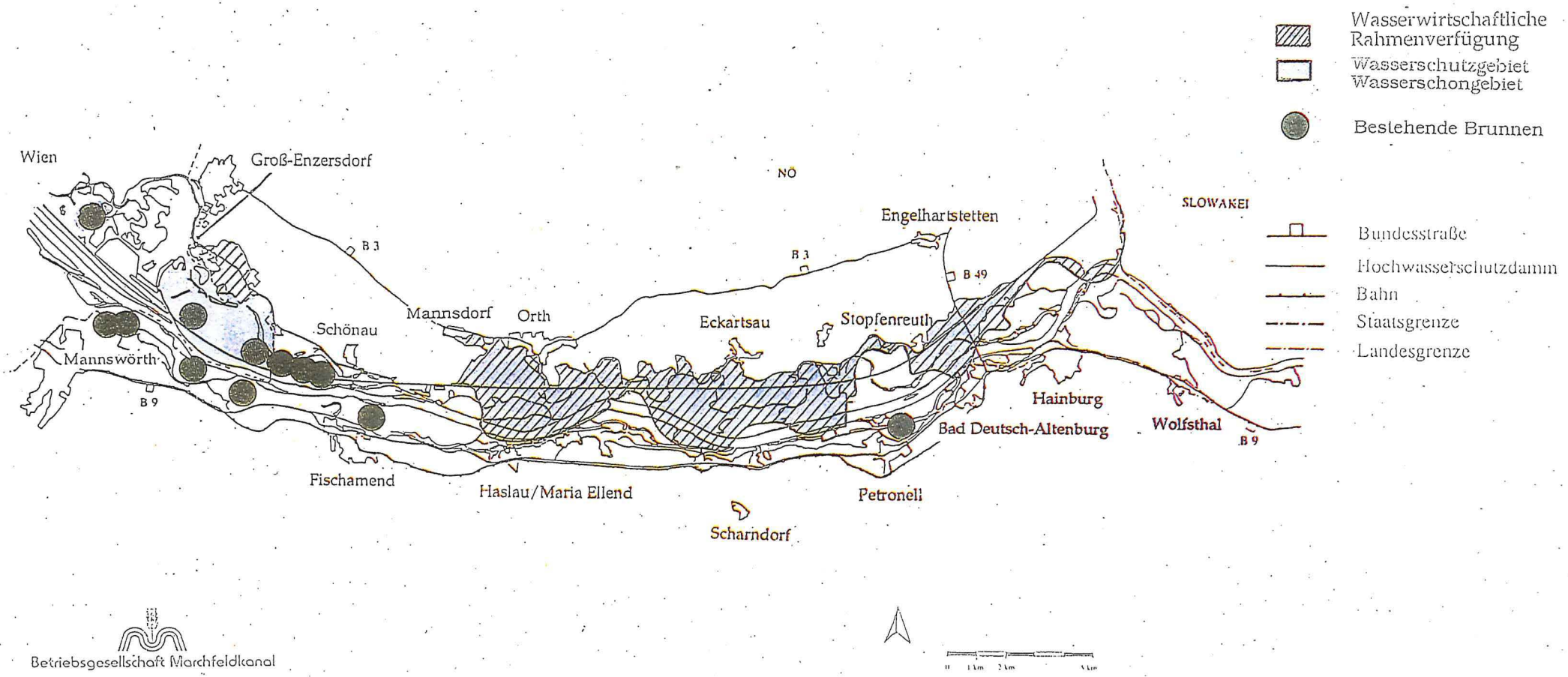
Für die Trinkwasserversorgung in Schwechat (Brunnen in der Zainetau) werden derzeit rund 70 l/sec. gefördert (Konsens: 150 l/sec. im Dauerbetrieb; 300 l/sec. im Spitzenbetrieb). Für den Flughafen Schwechat werden rund 30 l/sec. gefördert (Konsenswassermenge: 320 l/sec.; in einzelnen Betriebsphasen werden 170 l/sec. gefördert). Die Brunnen des Flughafens befinden sich in der Poigenau.

Die Nutzwasserbrunnen der ÖMV und der Petrochemie Schwechat liegen am Rande bzw. außerhalb des Nationalparkgebietes. Die ÖMV entnimmt im Schnitt (1991) 180 l/sec., die Konsenswassermenge beträgt 480 l/sec. Die Petrochemie entnimmt im Schnitt 140 l/sec., die Konsenswassermenge beträgt rund das Doppelte.

Zu den Wasserschutz- und -schongebieten sowie zur Lage der bestehenden Brunnen siehe die Abb. 5.2.

Konkrete Ausbaupläne für Trinkwasserversorgungen seitens der NÖSIWAG gab es in Orth/Donau, wo Probebohrungen bereits stattfanden, im Umfang von 200 l/sec., und in Petronell mit einer Erweiterung von 45 l/sec. auf 200 l/sec. Die Verhandlungen über die Probebohrungen in Mannsdorf deuten eher auf eine alternative Standortsuche zu Orth hin. Laut Angaben der Donaukraftwerke AG ist in Wolfsthal-Berg eine Versorgungsanlage mit rund 200 l/sec. in Diskussion.

Abb. 5.2: WASSERWIRTSCHAFTLICH RELEVANTE SCHUTZMASSNAHMEN UND WIDMUNGEN IM GEPLANTEN NATIONALPARK



Darüber hinaus gehende Planungen, etwa zur regionalen und überregionalen Trinkwasserversorgung, waren weder beim Amt der NÖ Landesregierung noch beim Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft zu eruieren. Die bestehenden Schutz- und Schongebiete, die wasserwirtschaftliche Rahmenverfügung 1964, die Verordnung zur Trinkwasserqualität (infolge der Wasserrechtsgesetznovelle 1990) und die hohen Nitratwerte im Grundwasser des Marchfeldes sind Argument für die Nutzung der quantitativ und qualitativ hochwertigen Trinkwasserserven in den Donau-Auen.

Da keine regionalen oder überregionalen Versorgungsplanungen bekanntgegeben wurden, kann das Mengenproblem so dargestellt werden:

Der Trinkwasserbedarf der rund 45.000 Einwohner der Region beträgt bei einem spezifischen Verbrauch von 50 m^3/Ew/Jahr insgesamt 65 l/sec. Zur Abdeckung des Spitzenbedarfs ist in diesem Fall eine Kapazität der Versorgungseinrichtungen von 200 l/sec. notwendig.

Wenn eine Versorgungsanlage mit 200 l/sec., wofür in Orth erste Versuche durchgeführt wurden, nationalparkverträglich geplant werden kann, sind für das Nationalparkgebiet rund 7 - 8 derartige Anlagen möglich, sodaß wahrscheinlich 1,5 m^3/sec. nationalparkverträglich gewonnen werden können (vgl. KNA, 1994), d.s. im Jahr 47,3 Mio m^3. Unter diesen Voraussetzungen könnten bei einem spezifischen Bedarf von 50 m^3/EW/Jahr rund 950.000 Einwohner versorgt werden, bei Spitzenbedarf immerhin rund 320.000 Einwohner.

Bei einer Infiltration der Donau von 100 l/sec. (Donaukraftwerke AG) bis 150 l/sec. je Laufkilometer und einer wirksamen Uferlänge von 50 km, liegt die maximale Infiltration von der Donau her bei 5 - 7,5 m^3/sec. Je nach Wasserstand variieren diese Infiltrationsvorgänge stark.

Eine Nutzung des gesamten Potentials könnte nicht nur die natürliche Auenökologie, sondern auch die forstlichen Wuchsbedingungen (unabhängig von der Errichtung eines Nationalparks) stark beeinträchtigen.

Die bestehenden Unsicherheiten bezüglich einer Beeinträchtigung der Austauschverhältnisse zwischen Strom und Grundwasser bei stabilisierter Donausohle (möglicherweise kolmatierte Deckschichte) und die befürchteten Beeinträchtigungen der Grundwasserqualität (vor allem Eisen-Mangan-Probleme zufolge von Sauerstoffarmut), die vor allem entlang bestehender Donaustauräume nachweisbar sind, wurden von der Nationalparkplanung Donau-Auen am 02.06.1992 in einem eintägigen Expertengespräch diskutiert (Protokoll im Anhang).

Ergebnis war, daß zufolge der Wasserstands- und Strömungsdynamik der Uferzonen - egal, ob die Sohlschichte in der Schiffahrtsrinne völlig, teilweise oder nicht kolmatiert - die Austauschbeziehungen von Donau- und Auengrundwasser weitestgehend unbehindert bleiben. Negative Stellungnahmen dazu kamen vor allem von Experten der

Donaukraftwerke AG. Mit Sicherheit kann das vorliegende Problem ohne weitergehende Untersuchungen und wissenschaftliche Diskussion nicht entschieden werden.

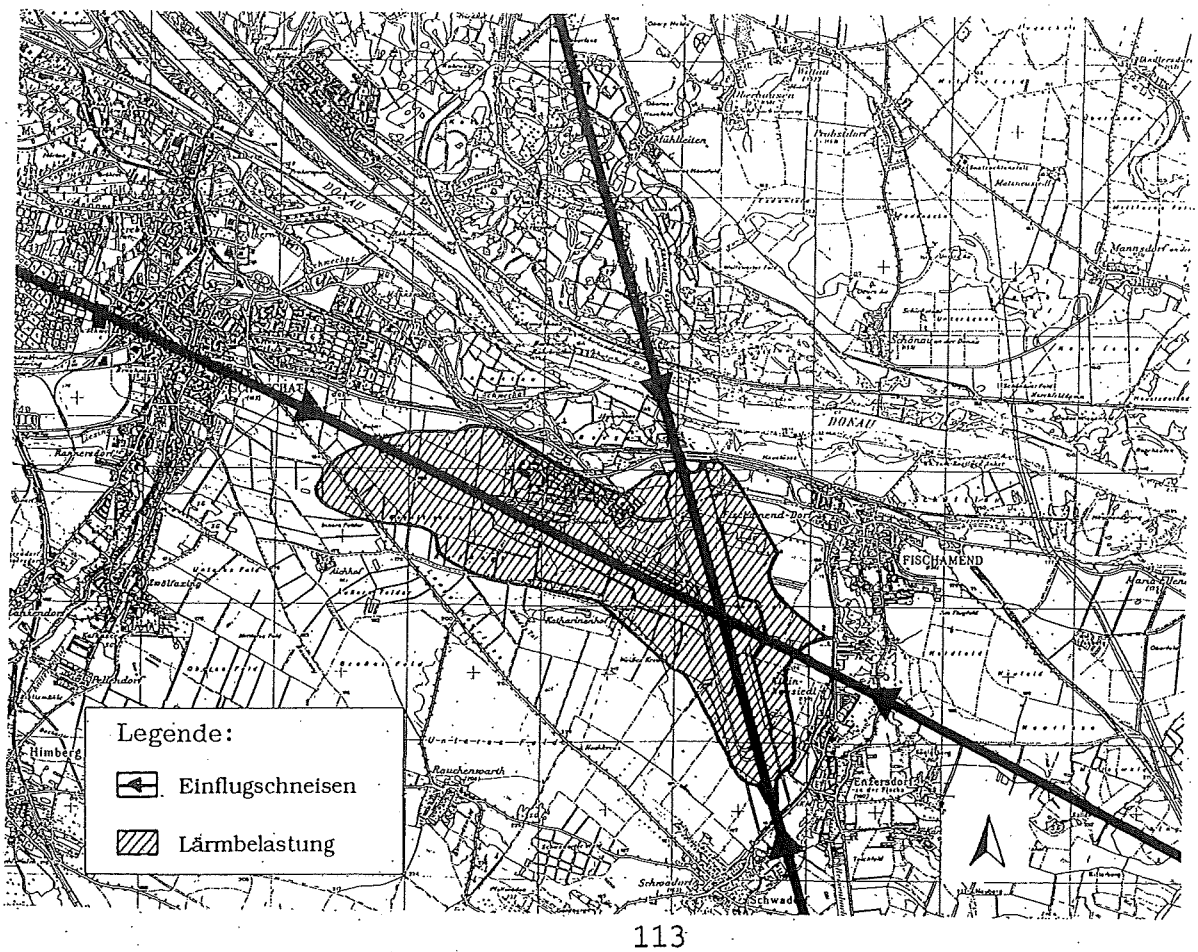
Die Befunde über qualitative Beeinträchtigungen stammen zum Großteil aus Untersuchungen entlang von Donaustauräumen und kommen dort vor allem im Nahbereich der mittleren und unteren Stauraumabschnitte vor. Vereinzelt sind solche Probleme auch entlang der Fließstrecke der Donau, z.B. in Fischamend entlang der verschlammten Fischa, festzustellen. Zusammenfassend kann geschlossen werden, daß die Wahrscheinlichkeit qualitativer Beeinträchtigungen des Grundwassers im Nationalparkgebiet bei Realisierung des Flußbaulichen Gesamtkonzeptes (einschließlich der Gewässervernetzung) abnimmt. Eine sorgfältige Planung von Wasserversorgungsanlagen im Auengebiet ist jedenfalls erforderlich.

INFRASTRUKTUR

Flughafen Wien-Schwechat

Die bestehenden Einrichtungen des Flughafens werden von einem Nationalpark nicht in Frage gestellt. In Abb. 5.3 sind die Anflugrouten und der Bereich dargestellt, in dem die Lärmbelastung über 66 dB(A) liegt.

Abb. 5.3: EINFLUGSCHNEISEN UND DURCHSCHNITTLICHE LÄRMBELASTUNG ÜBER 66 dB(A)



Erfahrungsgemäß sind gleichbleibende und nicht unvermutet auftretende Störungseinflüsse, beispielsweise durch startende und landende Flugzeuge, für die Tierwelt nicht erheblich. Untersuchungen über das Vogelschlagrisiko liegen vor (WOLF, 1991).

Leitungstrassen

Alle bestehenden Trassen von Stromleitungen, Gas-, und Öl- und Produktenleitungen werden in der Zonierung ausgewiesen. Die dafür festgelegten Auflagen zur Freihaltung der Trassen, notwendiger Kennzeichnungen und Sicherstellung der Zugänglichkeit aller damit verbundenen Einrichtungen werden im Nationalpark aufrechterhalten (Kap. 1). Im Zonierungsplan (Abb. 4.1) sind die Trassen gekennzeichnet, eine eigene Zone wurde nicht ausgewiesen. Betroffen sind etwa 50 ha Gesamtfläche.

Zusätzliche Leitungen müssen im Bereich bestehender Trassen errichtet werden. Bei einer Neuerrichtung sind die Vor- und Nachteile abzuwägen und die Auswirkungen auf den Nationalpark zu prüfen.

Auszug aus den Stellungnahmen

> Spielräume für den unbedingt notwendigen Bau von neuen Leitungen sind offenzuhalten (Stellungnahme der Wiener Handelskammer).

Strassen

Die Absichten, mit der Errichtung einer 6. Donaubrücke die Praterbrücke (A 23) zu entlasten, sind bekannt, doch liegen konkrete Pläne dazu nicht vor.

Eine Trassenführung durch die Lobau hat negative Auswirkungen auf die Ziele eines Nationalparks und würde die Obere Lobau stark beeinträchtigen. In diesem Falle wäre die Obere Lobau möglicherweise nicht Teil eines Nationalparks Donau-Auen.

Eine großräumige Umfahrung Wiens würde eine Zerschneidung des Nationalparkgebietes bedeuten. Deren Auswirkungen können aber erst nach Vorliegen eines Projektes genauer untersucht werden.

Auszug aus den Stellungnahmen

> Neue Überlegungen einer Stadtumfahrung (6. Donaubrücke) sind zu diskutieren (Stellungnahme der Wiener Landwirtschaftskammer).
>
> Die Notwendigkeit einer Stadtumfahrung ist nicht auszuschließen (Stellungnahme der Wiener Handelskammer).

BERGBAULICHE NUTZUNG

Im Planungsgebiet selbst bestehen keine bergbaulichen Nutzungen und Nutzungsrechte. Der Abbau von Rohstoffen ist mit einem Nationalpark unvereinbar.

Der Steinbruch Bad Deutsch-Altenburg beeinträchtigt zwar das Landschaftsbild aber nicht den Naturraum des Nationalparks Donau-Auen

DEPONIEN

In den Donau-Auen selbst gibt es keine genehmigte Deponien. Am Rande des Planungsgebietes gelegene Deponien sollen nicht erweitert werden, vor allem dürfen keine bedenklichen Stoffe im Nahbereich der Donau-Auen abgelagert werden.

Die Untertagedeponie Wolfsthal hat keine unmittelbaren Auswirkungen auf den Nationalpark. Eine neue Deponie für Problemstoffe in der Nationalparkregion ist für das Image einer Umwelt- und Nationalparkregion abträglich.

5.2 (FREIZEIT-)NUTZUNGEN UND NAHERHOLUNG

Für die Einwohner der Nationalparkgemeinden sind die Donau-Auen bereits heute wichtigstes Naherholungsgebiet. Anreiz für den Besuch ist weniger ein künftiger Nationalpark selbst, sondern die räumliche Nähe dieses Naherholungsgebiets. Daraus resultiert eine Erholungsnutzung im gesamten Planungsgebiet und im Vergleich zum Nationalparkbesucher ein intensiverer Anspruch in Form von

* Spazierengehen/Wandern
* Radfahren
* Bootfahren (ohne Motorantrieb)
* Eislaufen
(* Reiten).

Diese Erholungsnutzungen sind teilweise gesetzlich abgesichert, teilweise beruhen sie auf Duldungen des Grundeigentümers.

Diese Formen der (Nah-)Erholungsnutzung durch die Anrainer können im Nationalpark weiter ausgeübt werden, soferne diese keine nachhaltigen Störungen, Schädigungen oder Beeinträchtigungen des Naturhaushaltes bewirken. Derartige Beeinträchtigungen des Naturhaushaltes oder des Landschaftsbildes sind aber schon heute durch gesetzliche Bestimmungen geregelt bzw. verboten. Zusätzliche Einschränkungen sind aus Sicht des Nationalparks deshalb nicht erforderlich. Auswirkungen von Nutzungen, die auf Duldungen der Grundeigentümer erfolgen, sind im Einzelfall auf ihre Verträglichkeit mit dem Nationalpark zu prüfen.

Alle in einem Nationalpark erforderlichen Festlegungen, die die Nutzungen durch die Anrainer berühren, sind im jeweiligen Nationalparkbeirat (Kap. 11) zu behandeln.

MÖGLICHKEITEN DER FREIZEITNUTZUNG UND NAHERHOLUNG

Spazierengehen, Wandern

Der Nationalpark ist im Rahmen bestehender Gesetze frei betretbar. Der Zutritt zum Nationalpark ist über alle bestehenden öffentlichen Wege möglich.

Markierte und mit Informationseinrichtungen ausgestattet Wege leiten nicht nur den ortsunkundigen Nationalparkbesucher, sondern sind auch für die Naherholung attraktiv gestaltet. Den Besuchern - Anrainern wie Touristen - stehen jedoch alle Wege im Nationalparkgebiet offen.

Betreut und gepflegt wird langfristig nur das markierte Wegenetz. Das bestehende Wegenetz wird aufrechterhalten, weil es zum Betrieb des Nationalparks einschließlich aller erforderlichen Maßnahmen benötigt wird. Neue Straßen und Wege werden nicht geplant. Eine Asphaltierung oder ähnliche Befestigung ist keinesfalls vorgesehen.

Radfahren

Das Befahren von Wald, Forststraßen und Forstwegen ist nach dem Forstgesetz verboten und auch im Nationalpark nicht erlaubt. Die im geplanten Nationalpark bestehende überregionale Radroute, der Donauradweg Wien-Hainburg a.d.Donau (-Bratislava), wird aufrechterhalten.

Daneben wird in einzelnen Gemeinden von den Grundbesitzern das Radfahren auf Forststraßen geduldet. Eine Einschränkung oder Ausweitung dieser gewohnheitsmäßigen Nutzung ist nicht notwendig.

Paddeln

Paddeln ist in den Donau-Auen in den letzten Jahren immer beliebter geworden. Die in den letzten Jahren zunehmenden gewerblich geführten Bootstouren sind seitens der Nationalparkplanung aber auch örtlicher Sportvereine nicht erwünscht.

Für die Ausübung des Paddelsportes in einem Nationalpark Donau-Auen kann die Grundsatzresolution der Nationalparkplanung mit der Paddlergruppe des Touristenvereins Naturfreunde Hainburg als Richtlinie gelten.

Danach dürfen die Donau und ausgewählte Altarme ganzjährig befahren werden, wobei die Befahrbarkeit auch mit den betroffenen Gemeinden zu regeln ist. Dabei sollen nach Möglichkeit durchgehend befahrbare Routen vorgesehen werden

("Schleifen"). In ausgewählten, vom Naturraum her besonders sensiblen Altarmbereichen kann die Befahrbarkeit zeitlich eingeschränkt werden.

Gleichzeitig sollen Richtlinien für das Verhalten der Paddelsportler in den Donau-Auen ausgearbeitet werden, die insbesondere dazu dienen, empfindliche Bereiche zu schützen und keine übermäßige Beunruhigung für die Tierwelt zu verursachen.

Die Details dazu werden für die einzelnen Gemeinden ausgearbeitet. Im Nationalparkbeirat (Kap. 11) hat jede Gemeinde die Möglichkeit der Mitsprache und Mitgestaltung bei Änderungen dieser Regelungen.

Die Benutzung kleinerer, abgeschlossener Altarme, wofür der Transport des Bootes durch das Nationalparkgebiet abseits bestehender Wege erforderlich wäre, ist jedenfalls auszuschließen. Das Anlanden im freien Gelände soll vermieden werden.

Die Benutzung von Booten mit Motorantrieb ist im Nationalpark (ausgenommen die Donau) nicht gestattet, ebenso ein Anlanden solcher Boote auf Inseln. Außerdem sieht das Nationalparkkonzept das Verbot gewerblich geführter Touren im Aubereich (Altarme) vor.

Eislaufen

Die Möglichkeit, die Donaualtarme zum Eislaufen zu nutzen, wird in der oft kurzen Periode einer geschlossenen Eisbildung immer beliebter. Ähnlich wie beim Paddeln kommt es auch hier zu einer Beunruhigung der Tierwelt. In erster Linie sind daher Altarme in Ortsnähe für das Eislaufen zu benutzen. Im Einzelfall werden Empfehlungen für jede Gemeinde gemeinsam mit dem Nationalparkbeirat ausgearbeitet (Kap. 11).

Reiten

In der Lobau gibt es einige markierte Reitwege. Diese Wege können bestehen bleiben. Zusätzliche Reitwege wird es nicht geben.

Entnahme von Pflanzen

Das Sammeln von Pilzen oder die Entnahme von Blumen ist durch die schon derzeit geltenden Bestimmungen des Naturschutz- und Forstgesetzes eingeschränkt. Diese Bestimmungen gelten auch im Nationalpark. Sollte es trotzdem zu Schädigungen des Ökosystems kommen, so wird die Entnahme örtlich oder zeitlich stärker eingeschränkt.

Auszug aus den Stellungnahmen

Wassersport müßte mit Ausnahme weniger Nebengewässer verboten werden (Stellungnahme der ÖGNU).

Zur Vermeidung einer Beunruhigung der Vogelwelt ist das Paddeln stark zu reglementieren (Stellungnahme des WWF).

Einzelne Fahrrad- (keine Bike-) Routen sollten vorgesehen werden (Stellungnahme des Österreichischen Alpenvereins).

MITSPRACHE DER GEMEINDEN

Das Nationalparkkonzept sieht darüberhinaus keine zusätzlichen Beschränkungen der Nutzungen durch die Anrainer vor. Der Schutz des Naturhaushaltes durch angemessenes Verhalten und der Verzicht auf einzelne Freizeitnutzungen zumindest in besonders empfindlichen Bereichen sollen durch Information gefördert werden, indem die Bedeutung des Naturschutzes und der Wert des Landschaftshaushaltes der Donau-Auen für Besucher und Anrainer besonders hervorgehoben wird. Die Aufklärung über die Auswirkungen bestimmter Freizeitnutzungen soll verstärkt werden und Verbote überflüssig machen.

Die Abstimmung des Wegekonzeptes, Ausarbeitung von Empfehlungen für die Freizeitnutzung durch die örtliche Bevölkerung oder Einschränkungen bei einzelnen Freizeitformen werden von der Nationalparkverwaltung und den Gemeinden in den örtlichen Nationalparkbeiräten diskutiert und festgelegt (Kap. 11).

6. BESUCHER IM NATIONALPARK

Das Gebiet der Donau-Auen östlich von Wien ist bereits heute ein beliebtes Ausflugsziel vor allem für die Bevölkerung der Bundeshauptstadt und deren Umland. Zwar sind die Besucherzahlen im Vergleich zu anderen Ausflugszielen, wie z.B. dem Wienerwald, deutlich geringer, doch kommt es an Spitzentagen vor allem am Nordufer mitunter zu einem erheblichen Besucherandrang.

DERZEITIGES BESUCHERAUFKOMMEN

Hochrechnungen auf Grundlage von vorhandenem Datenmaterial sowie eigenen Zählungen haben ergeben, daß die Nationalparkregion derzeit pro Jahr von rund 900.000 Tagesausflüglern besucht wird.

Davon entfallen rund 640.000 auf die Lobau. Die verbleibenden rund 260.000 Tagesbesucher/Jahr verteilen sich auf den niederösterreichischen Teil der Region, wobei als besonders attraktive Ausflugsziele Orth/Donau, Fischamend sowie der Bereich Petronell/Bad Deutsch-Altenburg/Hainburg gelten.

Von den insgesamt etwa 900.000 Besuchern entfallen mehr als zwei Drittel (rund 700.000) auf Wochenenden. Die jahreszeitlichen Schwerpunkte des Besucherzuspruchs liegen im Frühjahr und im Herbst.

ERWARTETE ZUNAHME AN TAGESBESUCHERN

Durch die Einrichtung eines Nationalparks zwischen der Lobau und der Staatsgrenze (Varianten 1 und 2) und die damit verbundene Attraktivitätssteigerung der Region wird langfristig eine Zunahme um rund 160.000 bis 210.000 Tagesbesucher/Jahr prognostiziert. Dies entspricht einer Zunahme von etwa 20 % gegenüber dem bisherigen Besucheraufkommen (Abb. 6.1). Auch eine Verwirklichung von Variante 3.1 (KW Wolfsthal-Bratislava II) und folglich eine Verkleinerung des Nationalparkgebietes auf rund 9.500 ha läßt keine wesentliche Verringerung der prognostizierten Besucherzahlen erwarten.

Dieser Prognose des künftigen Besucheraufkommens liegt die Annahme zugrunde, daß jene Ausflügler, die bereits derzeit zu den Besuchern der Donau-Auen zählen, diese nach Einrichtung eines Nationalparks aufgrund des umfangreichen Freizeit- und Erholungsangebotes häufiger besuchen werden.

Außerdem werden durch einen Nationalpark zusätzliche Besucherpotentiale angesprochen. Es ist eine Tatsache, daß das Thema Umwelt und Natur bei der Freizeitgestaltung eine immer größere Rolle einnimmt. Erhebungen des Freizeitverhaltens

haben ergeben, daß die Motive "Erholung" und "Wandern" zu den am häufigsten genannten zählen.

Darüberhinaus spricht ein Nationalpark aufgrund seines vielfältigen Bildungs- und Informationsangebotes auch Bevölkerungsschichten an, die eher dem Kultur- und Bildungstourismus zuzurechnen sind. Dazu zählen auch Schülergruppen, denen im Rahmen von Tagesexkursionen oder Projektwochen Inhalte im Bereich der Umweltpädagogik vermittelt werden können. Unter der Annahme, daß jährlich etwa 350 Schulklassen den Nationalpark besuchen werden, ergeben sich allein daraus rund 10.000 zusätzliche Besucher. Darüberhinaus wird damit gerechnet, daß allein aus dem beträchtlichen Potential der Wien-Touristen (jährlich rund 2,8 Mio. Gäste) ein Anteil von etwa 15.000 - 20.000 für einen Besuch im Nationalpark gewonnen werden kann.

In Summe sind - wie bereits erwähnt - bei den Varianten 1, 2 und 3.1 rund 160.000 bis 210.000 zusätzliche Besucher pro Jahr zu erwarten. Durch die räumliche Nähe zum Ballungsraum Wien werden die Besucherzuwächse in der Lobau (absolut) höher sein als in den weiter stromabwärts gelegenen Bereichen. Während in der Lobau mit rund 100.000 bis 130.000 zusätzlichen Tagesbesuchern/Jahr gerechnet wird, werden im gesamten niederösterreichischen Anteil der Region 60.000 bis 80.000 zusätzliche Besucher erwartet (Tab. 6.1 und Abb. 6.1).

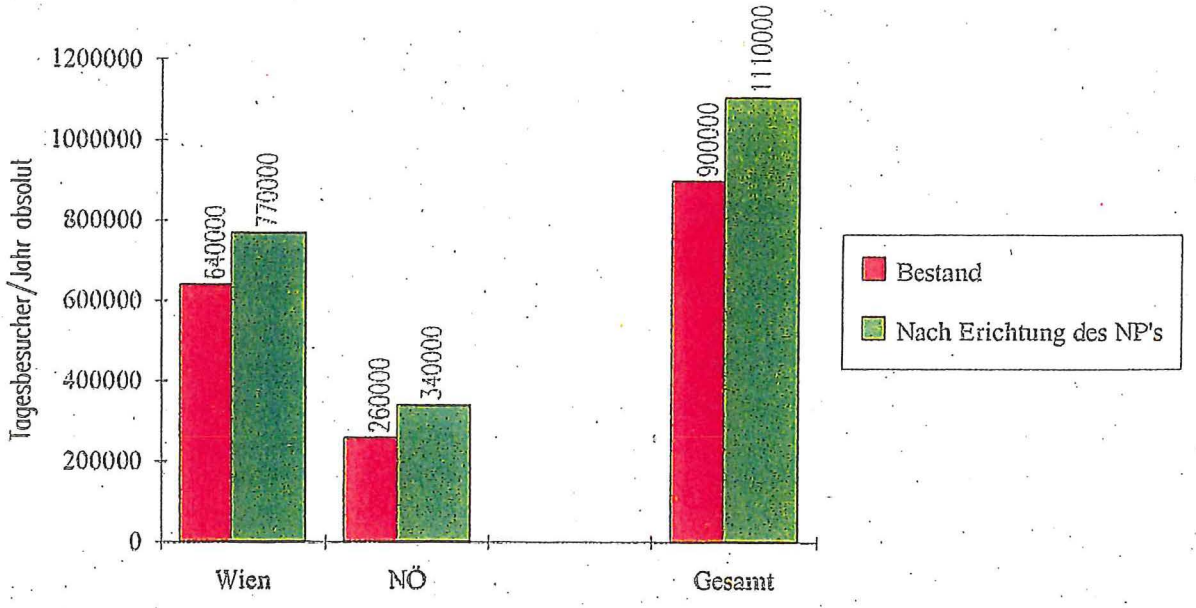
Tab. 6.1: TAGESBESUCHER JE JAHR IN DER NATIONALPARKREGION

	Im Wiener Anteil der Nationalpark-Region (Lobau)	Im NÖ-Anteil der NP-Region	In der gesamten NP-Region
Derzeitige Anzahl an Tagesbesuchern/Jahr	640.000	260.000	900.000
Erwarteter Zuwachs an Tagesbesuchern/Jahr aufgrund des Nationalparks	100.000 bis 130.000	60.000 bis 80.000	160.000 bis 210.000
Erwartete Gesamtzahl an Tagesbesuchern/Jahr	740.000 bis 770.000	320.000 bis 340.000	1,060.000 bis 1,110.000

Quelle: IFES, MA 49, eigene Erhebungen

In Variante 3.2 (KW Wildungsmauer) wird das Nationalparkgebiet auf 2.700 ha reduziert. Es ist zu erwarten, daß die absoluten Besucherzahlen im Vergleich zu den Varianten 1, 2 und 3.1 deutlich geringer sein werden. Gleichzeitig wird jedoch der Besucherdruck auf einen Nationalpark der Variante 3.2 aufgrund dessen geringer Fläche um einiges höher sein als bei den flächenmäßig größeren Varianten.

Abb. 6.1: TAGESBESUCHER JE JAHR IN DER NATIONALPARKREGION BESTAND UND ERWARTETE ZUNAHME IM NATIONALPARK



Quelle: IFES, MA 49, eigene Erhebungen

ERWARTETER ZUWACHS AN ÜBERNACHTUNGEN

Durch die Einrichtung eines Nationalparks Donau-Auen wird in der Region langfristig eine Steigerung um rund 17.000 bis 19.000 Nächtigungen erwartet. Diese Zuwächse begründen sich in erster Linie auf folgenden Überlegungen:

- Zusätzliche Nächtigungen durch Radtouristen:
  Der überregionale Donau-Radweg Passau - Wien - Hainburg - Bratislava führt durch das Nationalparkgebiet und wird bereits derzeit häufig befahren. Unter der Annahme, daß sich von den rund 200.000 jährlichen Radtouristen etwa 5 % zur Übernachtung in der Nationalparkregion bewegen lassen, ergibt sich daraus ein Zuwachs um rund 10.000 Nächtigungen/Jahr.

- Zusätzliche Nächtigungen durch Wochenendaufenthalte:
  Spezielle Wochenend-Angebote wie z.B. Kombinationsangebote Nationalpark/Kultur können dazu beitragen, den Nächtigungstourismus in der Region zu steigern. Bei einem entsprechend ausgebauten touristischen Angebot kann mit zusätzlichen 4.000 bis 6.000 Nächtigungen/Jahr gerechnet werden.

- Zusätzliche Nächtigungen durch Fachtouristen:
  Der Nationalpark stellt eine Attraktion ersten Ranges für ein spezifisches Fachpublikum wie Wissenschafter, Forscher oder Studenten dar. Durch Aufenthalte

zum Zweck der Naturbeobachtung und -erforschung, Teilnahmen an Seminaren und Workshops ist mit zusätzlichen 3.000 Nächtigungen pro Jahr zu rechnen.

VERTRÄGLICHKEIT DER ERWARTETEN BESUCHERZAHLEN FÜR DIE REGION

Um eine Größenordnung anzugeben, was ein langfristiger Zuwachs um rund 160.000 bis 210.000 Besucher für die Region bedeutet, seien als Vergleich die aktuellen Besucherzahlen ausgewählter und bereits bestehender touristischer Anziehungspunkte angeführt. So wurden die beiden Marchfeldschlösser Schloßhof und Niederweiden in den letzten Jahren durchschnittlich von rund 80.000 Personen/Jahr besucht. Dieser Wert entspricht dem gesamten zusätzlichen Besucheraufkommen, das bei Einrichtung eines Nationalparks für den niederösterreichischen Anteil der Nationalparkregion prognostiziert wurde. Die im Jahr 1986 (vom 22.04. bis 26.10.) in den beiden Marchfeldschlössern gezeigte NÖ-Landesausstellung "Prinz Eugen und das barocke Österreich" wurde von rund 375.000 Besuchern frequentiert. Das entspricht umgerechnet etwa dem Doppelten des für die gesamte Nationalparkregion prognostizierten Besucherzuwachses. Die "Elisabeth"-Ausstellung des Jahres 1993 besuchten rund 150.000 Personen.

Das Freilichtmuseum mit römischen Ausgrabungen in Petronell-Carnuntum sowie das Museum Carnuntinum in Bad Deutsch-Altenburg hatten in den letzten Jahren bedeutende Besucherzuwächse zu verzeichnen. Dies ist vor allem auf eine beträchtliche Attraktivitätssteigerung durch Umgestaltungen der Anlage im Rahmen des Projekts "Archäologischer Park Carnuntum" zurückzuführen. Die offiziellen Besucherzahlen stiegen von etwa 7.000 (1990) auf 20.000 (1991), 52.000 (1992) und etwa 70.000 (1993). Nach Angaben des wissenschaftlichen Leiters des Museums Carnuntinum, Prof. Dr. Jobst, betrug das tatsächliche Besucheraufkommen der römischen Ausgrabungen im Jahr 1993 rund 100.000 (d.s. zahlende und nichtzahlende) Personen. Dennoch blieben blieb das Besucheraufkommen damit vorerst deutlich unter dem in einer Studie (ÖIR & ÖGAF, 1988, Programmplanung Archäologischer Park Carnuntum) prognostizierten Wert von 190.000 Besuchern/Jahr. Der Abschluß der Ausbauphase ist aber erst für das Jahr 1995 geplant.

Grundsätzlich ist eine Beeinträchtigung der Region durch Massentourismus nach Einrichtung eines Nationalparks auch nach Erfahrungen anderer Nationalparks nicht wahrscheinlich. Die prognostizierten Besucherzahlen bewegen sich in ähnlichen Größenordnungen wie bei bestehenden vergleichbaren Einrichtungen in der Region, ohne daß Widerstände der Bevölkerung gegen diese Einrichtungen bekannt wären.

Andererseits ist als Besucher des Nationalparks in erster Linie der an Natur und Kultur interessierte, umweltbewußte und rücksichtsvoll agierende Gast zu erwarten. Darüber hinaus besteht ein breites Spektrum an Möglichkeiten zur Leitung der Besucher innerhalb der Region, um etwaige negative Auswirkungen zu vermeiden.

MASSNAHMEN DER BESUCHERLENKUNG

Die Errichtung eines Nationalparks bietet die Möglichkeit, durch Maßnahmen der Besucherlenkung touristische Nutzungen am Rand des Nationalparks bzw. in jenen Bereichen zu konzentrieren, in denen dies hinsichtlich des Naturraums vertretbar und von den betroffenen Gemeinden gewünscht ist. Gleichzeitig werden jene Bereiche und Gemeinden entlastet, in denen touristische Einrichtungen nicht angeboten werden.

Die wichtigsten Maßnahmen der Besucherlenkung umfassen:

* Ausweisung touristischer Bereiche, zweckentsprechende Ausstattung mit Nationalparkinfrastruktur.

* Verkehrslenkende Maßnahmen im Umfeld des Nationalparks (Verbesserung der Attraktivität bestehender / Angebot zusätzlicher öffentlicher Verkehrsmittel, Einrichtung von Zubringerdiensten).

* Besucherlenkung durch Information (Leitsystem, Broschüren, Karten).

* Integriertes Tourismuskonzept für die gesamte Region (Alternativ- und Ergänzungsangebote).

* Spezifische Werbemaßnahmen.

NATIONALPARKINFRASTRUKTUR

Die Lage zwischen den beiden Ballungsräumen Wien und Bratislava läßt eine erhöhte Nachfrage vor allem an den Endpunkten des langgestreckten Nationalparkgebietes erwarten. Im Falle einer Verwirklichung von Variante 1 oder 2, wahrscheinlich auch bei Variante 3.1, ist es notwendig, sowohl **im Westen als auch im Osten je einen touristischen Bereich mit hoher Erlebnisdichte** mit einem Nationalparkzentrum als Kernstück anzubieten (Abb. 6.2 und 6.3).

Nationalparkzentren bilden die Hauptanziehungspunkte für Besucher. Nach Erfahrungen im Nationalpark Bayerischer Wald bindet das dortige Nationalparkzentrum bis zu 80 % der Touristen. Voraussetzung ist ein entsprechend vielseitiges, auf die verschiedenen Besucher- und Altersgruppen abgestimmtes Angebot, wie z.B.

- Nationalparkmuseum, publikumsgerecht gestaltete Ausstellung mit Modellen der Flußlandschaft, Aquarien, Terrarien, Dioramen etc., Video- und Tondiaschauen;

- Verkauf von Videokassetten, Diaserien, Postern und sonstigen Erinnerungsstücken; Verleihmöglichkeit von Feldstechern etc.;

- spezielle Erlebnisräume für Kinder mit entsprechender pädagogischer Betreuung, wie z.B. Präsentation naturkundlicher Inhalte anhand von Demonstrationsobjekten (Skeletten, Bälgen von Tieren); Mikroskopierplätze mit Live-Übertragung, z.B. von Wasserproben auf große Bildschirme, Stereolupen etc.;

- eine gutsortierte naturkundliche Buchhandlung;

- Café/Imbiß; Sanitäranlagen.

Im Nahbereich der Nationalparkzentren wird dem Besucher eine vielfältige Palette an Attraktionen wie Naturlehrpfade, Rundwanderwege in unterschiedlicher Ausstattung und Länge, Plätze zur Tierbeobachtung, spezielle Einrichtungen für Kinder ("Grünes Klassenzimmer"), geführte Bootstouren, eine Aussichtswarte und eventuell ein Tierfreigehege angeboten werden. Geschultes Personal steht für Exkursionen sowie für Erläuterungen bei den einzelnen Einrichtungen zur Verfügung.

Im Anschluß an das Nationalparkzentrum kann eine Verleihstelle für Fahrräder eingerichtet werden. Bei Bedarf kann auch ein umweltfreundlicher Zubringerdienst (Elektrobus, ev. Pferdewagen) angeboten werden, der die Verbindung zu anderen Nationalparkeinrichtungen oder zu Haltestellen Öffentlicher Verkehrsmittel herstellt.

Als Standorte für ein Nationalparkzentrum West kommen die Ortsräume von Aspern oder Eßling bzw. Bereiche der Oberen Lobau in Frage. Für die Situierung eines Nationalparkzentrums Ost werden die Gemeinden Petronell, Bad Deutsch-Altenburg oder Hainburg vorgeschlagen. Eine Aufteilung einzelner Funktionen auf zwei oder drei dieser Standorte ist möglich.

Bei Variante 3.1 (KW Wolfsthal-Bratislava II) endet das Nationalparkgebiet bei Petronell. Das Nationalparkzentrum Ost ist in diesem Fall sinnvollerweise in dieser Gemeinde zu situieren, da Bad Deutsch-Altenburg und Hainburg schon zu weit vom Nationalpark entfernt lägen. Ein Nationalparkzentrum West ist wie bei den Varianten 1 und 2 beschrieben zu situieren.

Bei Variante 3.2 (KW Wildungsmauer) ist aufgrund des Wegfalls des Wiener Anteils am Nationalpark nur mehr ein Nationalparkzentrum vonnöten. Dieses kann entweder in Bad Deutsch-Altenburg oder Hainburg oder auch nördlich der Donau in Engelhartstetten angesiedelt sein.

Grundsätzlich ist die Unterbringung der Nationalparkzentren in bereits bestehenden Gebäuden gegenüber Neubauten vorzuziehen. Im Neubaufall ist auf eine funktionelle Ausführung nach zeitgemäßen architektonischen und baubiologischen Gesichtspunkten zu achten. Auf die behindertengerechete Gestaltung der einzelnen Einrichtungen ist besonderes Augenmerk zu legen.

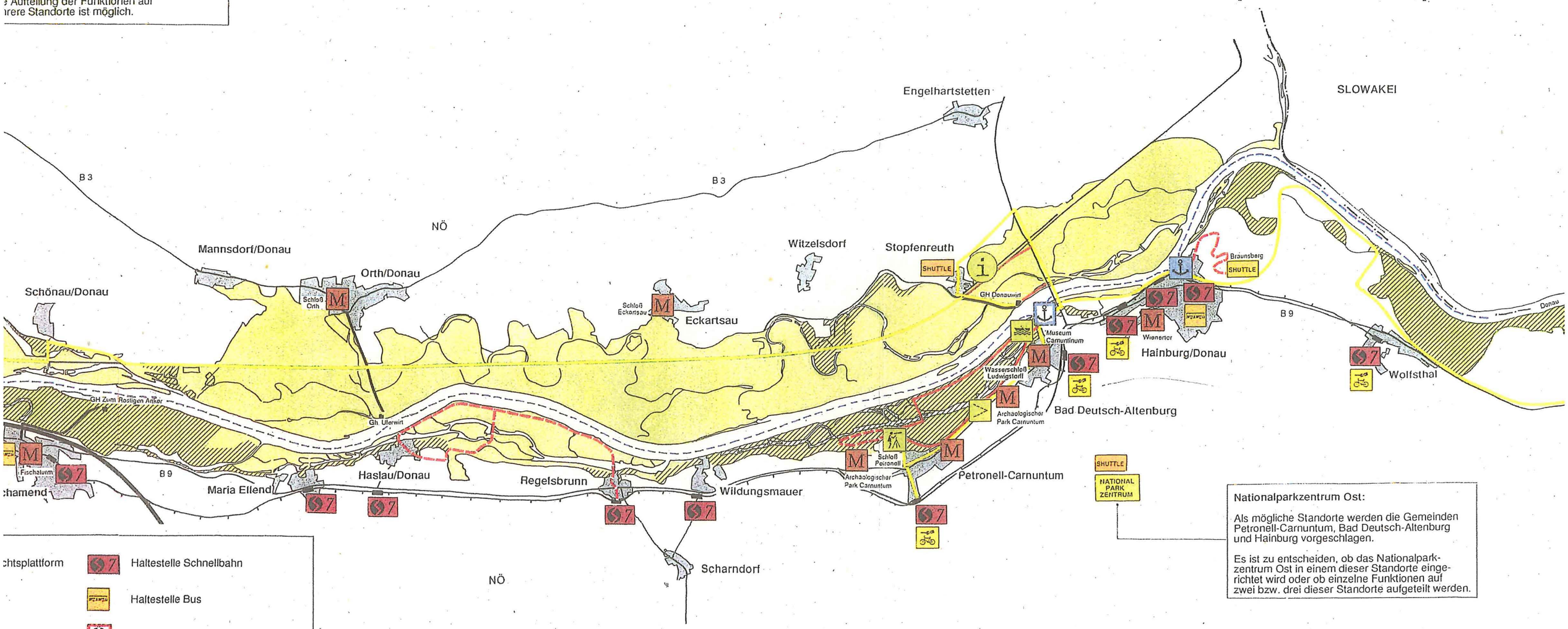
(3)

Abb. 6.2 NATIONALPARK DONAU-AUEN INFRASTUKTUR (VARIANTE 1)

ionalparkzentrum Lobau:

Standorte stehen die Ortsräume von Aspern
Essling sowie Bereiche in der Oberen Lobau
Diskussion.

e Aufteilung der Funktionen auf
rere Standorte ist möglich.



chtsplattform

- Haltestelle Schnellbahn
- Haltestelle Bus
- Haltestelle Straßenbahn (geplant)
- Anlegestelle für Passagierschiffe (bestehend/geplant)
- Staatsgrenze / Landesgrenze

te 2
ten,

Nationalparkzentrum Ost:

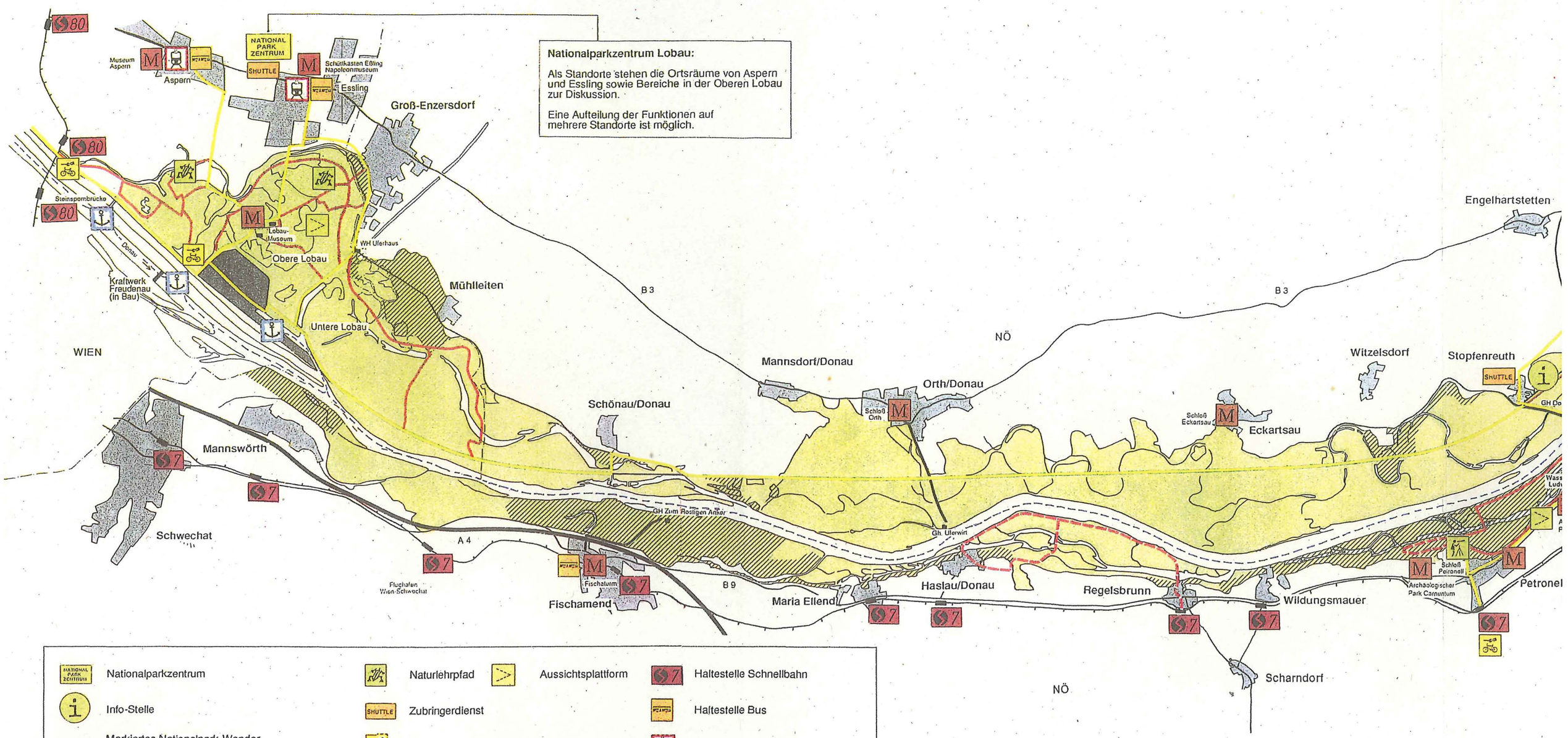
Als mögliche Standorte werden die Gemeinden Petronell-Carnuntum, Bad Deutsch-Altenburg und Hainburg vorgeschlagen.

Es ist zu entscheiden, ob das Nationalpark-zentrum Ost in einem dieser Standorte einge-richtet wird oder ob einzelne Funktionen auf zwei bzw. drei dieser Standorte aufgeteilt werden.

Wegen des kleinen Maßstabs ist diese Darstellung vereinfacht. Genauere Aussagen sind in den Detailplänen für die einzelnen Nationalparkgemeinden enthalten. Diese können bei der Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal oder bei den Gemeinden selbst eingesehen werden.

0m 1000m 2000m 3000m 4000m 5000m

BETRIEBSGESELLSCHAFT MARCHFELDKANAL



Wegen des kleinen Maßstabs ist diese Darstellung vereinfacht. Genauere Aussagen sind in den Detailplänen für die einzelnen Nationalparkgemeinden enthalten. Diese können bei der Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal oder bei den Gemeinden selbst eingesehen werden.

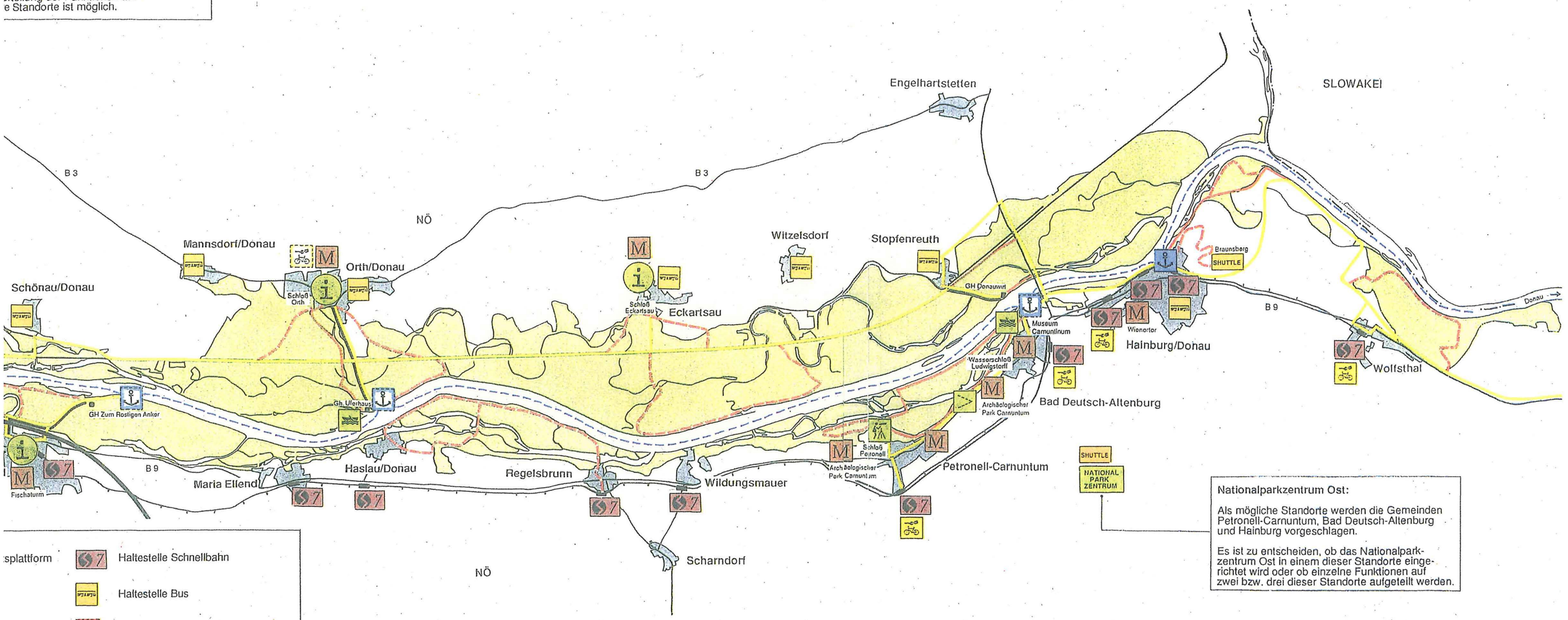
Abb. 6.3

NATIONALPARK DONAU-AUEN INFRASTUKTUR (VARIANTE 2)

alparkzentrum Lobau:

ndorte stehen die Ortsräume von Aspern
sling sowie Bereiche in der Oberen Lobau
kussion.

ufteilung der Funktionen auf
e Standorte ist möglich.



splattform

- Haltestelle Schnellbahn
- Haltestelle Bus
- Haltestelle Straßenbahn (geplant)
- Anlegestelle für Passagierschiffe (bestehend/geplant)
- Staatsgrenze / Landesgrenze

1

Wegen des kleinen Maßstabs ist diese Darstellung vereinfacht. Genauere Aussagen sind in den Detailplänen für die einzelnen Nationalparkgemeinden enthalten. Diese können bei der Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal oder bei den Gemeinden selbst eingesehen werden.

Nationalparkzentrum Ost:

Als mögliche Standorte werden die Gemeinden Petronell-Carnuntum, Bad Deutsch-Altenburg und Hainburg vorgeschlagen.

Es ist zu entscheiden, ob das Nationalpark-zentrum Ost in einem dieser Standorte einge-richtet wird oder ob einzelne Funktionen auf zwei bzw. drei dieser Standorte aufgeteilt werden.

100ha = 1km²

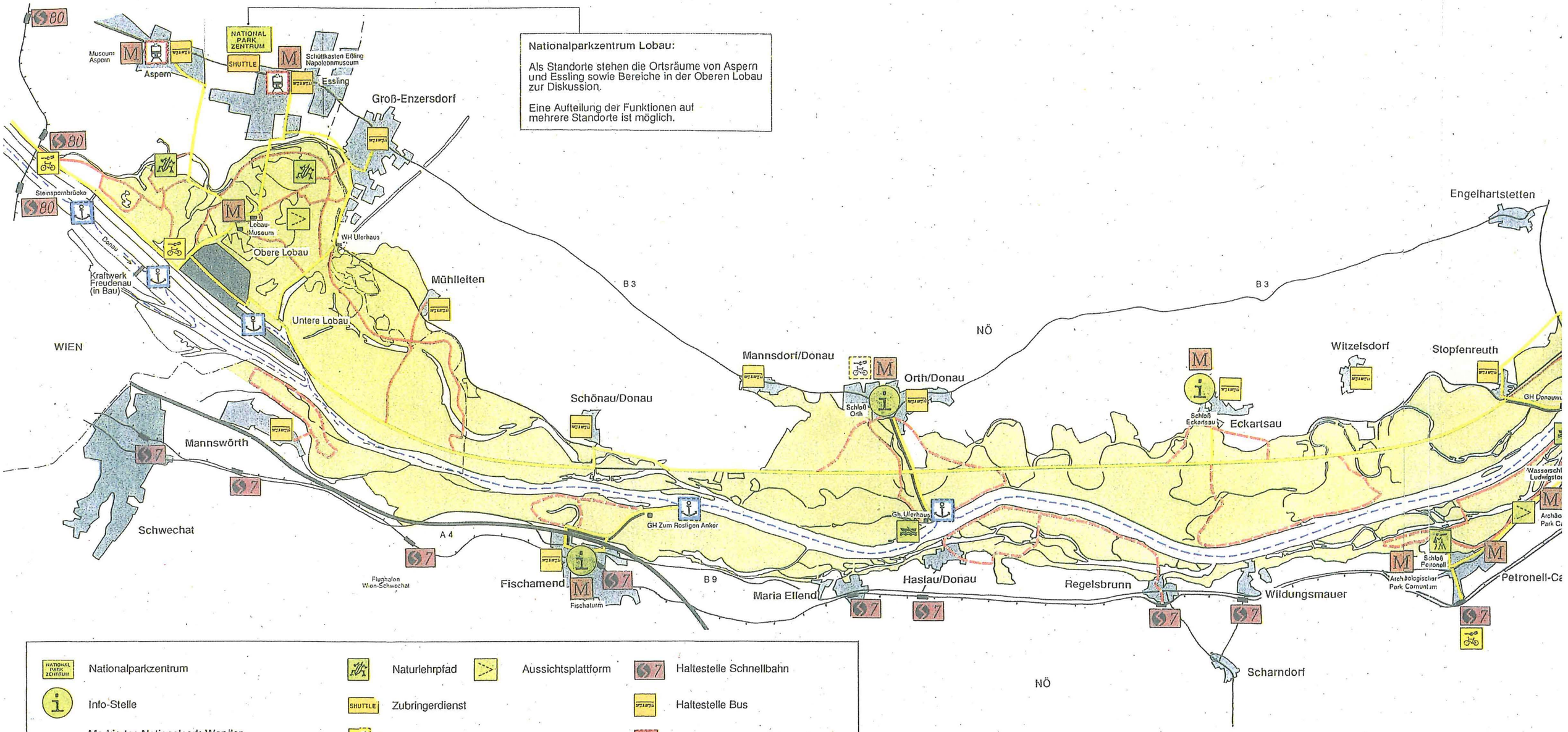
0m 1000m 2000m 3000m 4000m 5000m

BETRIEBSGESELLSCHAFT MARCHFELDKANAL

Nationalparkzentrum Lobau:

Als Standorte stehen die Ortsräume von Aspern und Essling sowie Bereiche in der Oberen Lobau zur Diskussion.

Eine Aufteilung der Funktionen auf mehrere Standorte ist möglich.



Nationalparkzentrum	Naturlehrpfad	Aussichtsplattform	Haltestelle Schnellbahn
Info-Stelle	Zubringerdienst		Haltestelle Bus
Markiertes Nationalpark-Wanderwegenetz für Fußgänger	Radverleih (bestehend/geplant)		Haltestelle Straßenbahn (geplant)
Markiertes Nationalpark-Wanderwegenetz für Fußgänger und Radfahrer	Museum (bestehend)		Anlegestelle für Passagierschiffe (bestehend/geplant)
Ausgangspunkt für Bootsführungen	Nationalparkgebiet gemäß Variante 1		Staatsgrenze / Landesgrenze

Wegen des kleinen Maßstabs ist diese Darstellung vereinfacht. Genauere Aussagen sind in den Detailplänen für die einzelnen Nationalparkgemeinden enthalten. Diese können bei der Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal oder bei den Gemeinden selbst eingesehen werden.

Während die Nationalparkzentren den Hauptstrom der Besucher aufnehmen und vor allem allgemeine Information über den Nationalpark Donau-Auen anbieten, werden an einigen ausgewählten Standorten in lokalen Info-Stellen orts- bzw. themenbezogene Inhalte präsentiert.

Lokale Info-Stellen sind vorrangig in Verbindung mit bereits bestehenden Ausstellungsorten (Museen, Schlösser) einzurichten. Neben der Präsentation naturkundlicher Inhalte wird dem Besucher hier Information über Zugangsmöglichkeiten in das Gebiet des Nationalparks geboten. Die Info-Stellen sind auch Ausgangspunkt für geführte Exkursionen.

Für Variante 1 (Status quo) werden drei Info-Stellen (eine in Engelhartstetten, je eine im Nahbereich der beiden Nationalparkzentren) vorgeschlagen. Je nachdem, wieviel der privaten Grundflächen auf freiwilliger Basis in den Nationalpark eingebracht werden, können ein bis zwei Info-Stellen zusätzlich eingerichtet werden (vgl. dazu Variante 1 der Infrastruktur).

Für die Variante 2 (Flußbauliches Gesamtkonzept) wird vorgeschlagen, in den Gemeinden Orth/Donau, Eckartsau und Fischamend und in Ergänzung zu den beiden Nationalparkzentren in deren Nahbereich je eine lokale Info-Stelle einzurichten.

Bei Variante 3.1 wird die Einrichtung von vier Info-Stellen, bei Variante 3.2 aufgrund der geringen Gebietsgröße die Einrichtung einer Info-Stelle vorgeschlagen (Tab. 6.2).

Tab. 6.2: AUSSTATTUNG MIT NATIONALPARKINFRASTRUKTUR (ANZAHL DER EINRICHTUNGEN JE VARIANTE)

	Var. 1	Var. 2	Var. 3.1	Var. 3.2
NP-Zentrum	2	2	2	1
Info-Stelle	3 - 5	5	4	1

Info-Tafeln an den wichtigsten Zugangspunkten zum Nationalpark dienen der Orientierung der Besucher sowie der Vermittlung von Sachinformation.

Ein übersichtlich **markiertes Wanderwegenetz für Fußgänger** erschließt dem Besucher attraktive Bereiche der Aulandschaft und bietet somit einen Anreiz, die angebotenen Wege nicht zu verlassen. Die Gestaltung erfolgt naturnahe, Asphaltierungen sind nicht vorgesehen.

Der derzeit bestehende und am Nordufer auf dem Marchfeld-Schutzdamm führende **markierte Donau-Radweg** Passau-Wien-Hainburg-Bratislava bleibt in seiner derzeiti-

gen Streckenführung erhalten. Von dieser überregionalen Radroute führen Verbindungen zu angrenzenden Gemeinden. Am Südufer wird die Führung einer Radroute zwischen Petronell und Bad Deutsch-Altenburg auf der ehemaligen Bundesstraße B9 vorgeschlagen.

In Verbindung mit den markierten Wanderwegen können an geeigneten Orten zusätzliche Attraktionen für den Besucher geschaffen werden:

Eine **Aussichtswarte** bietet dem Besucher Überblick über Teile des Nationalparkgebietes. Als möglicher Aufstellungsort kommt u.a. eine Geländeerhebung am Steilufer der Donau beim 2. Amphitheater in Petronell-Carnuntum in Frage.

Durch **Naturlehrpfade** kann dem Besucher in anschaulicher Weise Information über Fauna und Flora der Donau-Auen nähergebracht werden; entsprechend den örtlichen naturräumlichen Gegebenheiten sind die Routen der einzelnen Lehrpfade nach thematischen Schwerpunkten auszuwählen und zu gestalten.

Ins Gelände eingepaßte und zweckentsprechend ausgestattete (Fernrohre, etc.) **Plätze zur Tierbeobachtung** können an dafür geeigneten Orten angelegt werden.

Bootstouren in Begleitung von fachlich geschulten Betreuern im Nationalpark können in dafür vorgesehene Nebenarme der Donau, wo Störungen des Naturraums nicht zu befürchten sind, unternommen werden. Auch bei diesen "Naturlehrpfaden zu Wasser" ist auf eine möglichst anschauliche Präsentation (z.B. Boote mit Glasboden, Kombination mit Plätzen zur Tierbeobachtung) wertzulegen.

PLANUNGSGRUNDSÄTZE BETREFFEND TOURISTISCHE INFRASTRUKTUR

Wie bereits ausgeführt, sollen an den beiden Endpunkten des langgestreckten Nationalparkgebiets für den Besucher Bereiche hoher Erlebnisdichte mit einer entsprechend reichhaltigen Ausstattung an Nationalparkinfrastruktur eingerichtet werden. Im Nationalparkgebiet zwischen diesen beiden touristischen Hauptanziehungspunkten beschränkt sich das Angebot für Besucher vor allem auf markierte Wanderwege sowie auf Einrichtungen wie Naturlehrpfade, Plätze zur Tierbeobachtung u. ä. in deren Verlauf.

Die Situierung von Einrichtungen des Nationalparks erfolgt nicht unabhängig von dessen Zonierung. So wird es zwar markierte Wege geben, die durch die Strenge Naturzone führen, bei der Routenwahl der markierten Wege wurde aber sehr wohl darauf geachtet, die Durchquerung besonders sensibler Bereiche des Naturraums zu vermeiden.

Darüberhinaus sind für die Auswahl des markierten Wanderwegenetzes folgende Gesichtspunkte ausschlaggebend:

- seitens der Nationalparkplanung wird ein markiertes Wegenetz vorgeschlagen, an dem alle Nationalparkgemeinden Anteil haben; sollten einzelne Gemeinden keine Ausweisung markierter Wege wünschen, so ist dies durch Änderung von Routenführungen bzw. Verzicht auf diese Wege zu berücksichtigen;

- dem Besucher werden verschieden lange Rundwanderrouten angeboten, die wieder zum Ausgangspunkt zurückführen;

- das markierte Wegenetz soll sowohl die bestehenden Einrichtungen wie z.B. die drei Gaststätten am Donauufer und die Schiffsanlegestelle in Hainburg sowie auch die geplanten Einrichtungen wie die Schiffsanlegestellen in der Lobau oder an anderen Orten in Abstimmung mit den Gemeinden erfassen;

- soweit möglich sind markierte Wege nicht gleichzeitig an beiden Donauufern, sondern alternierend am linken oder rechten zu führen, um sensible Uferbereiche ruhig und Störungseinflüsse gering zu halten.

Grundsätzlich ist anzumerken, daß alle Wege, also auch die nicht markierten, weiterhin von allen Besucher begangen werden dürfen. Seitens der Nationalparkverwaltung sind jedoch für die nicht unbedingt benötigten Wege keine besonderen Pflegemaßnahmen vorgesehen (Kap. 5).

Wesentliche Voraussetzung für die Situierung der Einrichtungen des Nationalparks stellt die Verfügbarkeit der Flächen sowie die Zustimmung der betreffenden Gemeinde dar. In den Abb. 6.2 und 6.3 werden mögliche Szenarios zu den Varianten 1 und 2 dargestellt:

Infrastruktur-Variante 1

Diese Variante umfaßt alle Flächen mit Öffentlichkeitscharakter (insgesamt rund 9.300 ha), die kurzfristig für einen Nationalpark verfügbar sind. Alle übrigen nationalparkwürdigen Flächen können von deren Eigentümern auf freiwilliger Basis eingebracht werden.

Die infrastrukturellen Einrichtungen des Nationalparks wurden daher bei der in Abb. 6.2 dargestellten Variante 1 auf den kurzfristig verfügbaren Flächen situiert. Einzige Ausnahme bilden Grundflächen im Bereich von Petronell-Carnuntum und Bad Deutsch-Altenburg, mit deren Grundeigentümer die Verhandlungen bereits weit gediehen sind und deren kurzfristige Einbringung zu erwarten ist.

Die beiden Nationalparkzentren wurden im Westen und Osten des Nationalparkgebiets situiert. Unter Berücksichtigung der Stellungnahmen der Gemeinden und Interessenvertretungen sowie nicht zuletzt aufgrund der vier Volksbefragungen in Gemeinden am Nordufer (Mannsdorf, Eckartsau, Orth/Donau, Groß-Enzersdorf), in denen sich deren Bevölkerung gegen einen Nationalpark aussprach, werden am Nordufer zwischen Groß-Enzersdorf und Eckartsau keine Bildungs- und Erholungseinrichtungen für Besucher angeboten. In diesem Bereich soll dem Naturschutzziel des Nationalparks höchste Priorität eingeräumt werden. Dies berücksichtigt auch die vorhandenen Ängste vor einem Massentourismus.

Einrichtungen für Besucher sind am Nordufer nur im Bereich des Nationalparkzentrums West (Lobau) sowie in Engelhartstetten (Info-Stelle oder Teilzentrum Engelhartstetten/Stopfenreuth) vorgesehen. Dieses kann aus funktionalen Gesichtspunkten dem touristischen Bereich um das Nationalparkzentrum Ost zugerechnet werden.

Im Gegensatz zum in erster Linie der Natur vorbehaltenen Teilbereich am niederösterreichischen Nordufer sollen dem Besucher am Südufer Bildungs- und Erholungseinrichtungen geboten werden. Diese können bei Bedarf bzw. im Einvernehmen mit den Gemeinden erweitert werden, falls dies nach der freiwilligen Einbringung privater Grundflächen möglich ist.

Daher entfallen in dieser Variante auch die Anlegestellen einer Nationalparkschiffahrt in Orth/Donau und Fischamend.

Für eine Konzentration der Besuchereinrichtungen am Südufer spricht unter anderem auch die gute Erschließung durch den öffentlichen Verkehr sowie die gute Anbindung an das übergeordnete Straßennetz.

Infrastruktur-Variante 2

Dieser Variante liegt die Annahme zugrunde, daß alle nationalparkwürdigen Flächen (insgesamt 11.500 ha) verfügbar sind und die Gemeinden sowohl des Nord- als auch des Südufers dem Nationalpark grundsätzlich positiv gegenüberstehen.

Zwischen den beiden Nationalparkzentren im Westen und im Osten des Nationalparkgebietes ist (analog Variante 1) sowohl am Nord- als auch am Südufer die Anlage von Nationalparkeinrichtungen wie Info-Stellen, markiertes Wanderwegenetz, Naturlehrpfade, Plätze zur Tierbeobachtung etc. vorgesehen, das Einvernehmen mit den einzelnen Gemeinden vorausgesetzt.

Die Anlage zusätzlicher Landestellen für eine nationalparkorientierte Passagierschifffahrt ist an beiden Donauufern vorgesehen.

VERKEHRSLENKUNG IM UMFELD

Freizeit und Naherholung führen zunehmend zu stärkeren Verkehrsbelastungen in landschaftlich attraktiven Gebieten, insbesondere im Nahbereich von Ballungszentren. Dieser Tendenz muß generell gegengesteuert werden. Der Nationalpark ist eine zusätzliche Begründung für derartige Maßnahmen und ein geeigneter Partner zu deren Durchsetzung.

Folgende Maßnahmen sind, jeweils in Absprache mit den betroffenen Gemeinden, möglich:

* **Regionales Verkehrsleitsystem** mit einer übersichtlichen Beschilderung von den Besucherquellen (Wien, Bratislava) zu den touristischen Zielbereichen.

* **Attraktivierung der Öffentlichen Verkehrsmittel** (Schnellbahn, Linienbusse); Abstimmung der Fahrzeiten, Verkürzung von Intervallen, Berücksichtigung von Anschlußmöglichkeiten (Bus, Bahn, Schiff), um kurze Reisezeiten zu sichern. Einrichtung zusätzlicher attraktiver Öffentlicher Verkehrsmittel (eigene Nationalparkbusse), die auch ein Angebot für die örtliche Bevölkerung darstellen.

* **Einrichtung von Zubringerdiensten** (Elektrobus, Ruf-Taxi, Leihfahrräder, eventuell Pferdefuhrwerk) zwischen stark frequentierten Haltestellen und Bahnhöfen und den Nationalparkeinrichtungen vor allem an Wochenenden (Shuttleverkehr).

* **Nutzung bestehenden Parkraums** durch bessere Auslastung bestehender Stellplätze in Abstimmung mit anderen öffentlichen oder privaten Einrichtungen (Nutzung von Park & Ride-Plätzen, die an Wochenenden nicht ausgelastet sind; Parkplatz des Archäologischen Parks Carnuntum, Parkplätze von privaten Firmen).

* **Angebot einer nationalparkorientierten Personenschiffahrt** mit zusätzlichen Landestellen (z.B. bei den drei gastronomischen Betrieben am Donauufer sowie im Bereich der Oberen Lobau) und attraktiven Angebotspaketen (Natur/Kultur). Mitnahmemöglichkeit von Fahrrädern.

* **Stellplatzmanagement bei den drei gastronomischen Betrieben am Donauufer;** Zufahrt zum "Uferhaus" in Orth, zum "Donauwirt" in Stopfenreuth sowie zum "Rostigen Anker" in Fischamend für PKW grundsätzlich gestattet. Zur Vermeidung von "wildem Parken" Ausweisung einer fixen Anzahl von Parkplätzen bei den Gasthäusern; bei drohender Überlastung der ausgewiesenen Parkplätze rechtzeitige Signalisierung an der Zufahrtsstraße bzw. Umleitung zu Parkmöglichkeiten außerhalb; Angebot von umweltfreundlichen Zubringerdiensten.

BESUCHERLENKUNG DURCH ANGEBOT

Für die Region sind über die Nationalparkplanung hinaus integrierte Tourismuskonzepte erforderlich, die die Angebotspalette vom Archäologischen Park Carnuntum und den Marchfeldschlössern bis zum Nationalpark Neusiedler See berücksichtigen. Durch solche Angebotskonzepte kann auch ein Aufenthaltstourismus entwickelt werden, der heute in der Region praktisch nicht existiert (ausgenommen Kurtourismus in Bad Deutsch-Altenburg). Eine längere Aufenthaltsdauer von Besuchern führt zu einer höheren Wertschöpfung in der Region selbst. Gegenüber dem Ausflugtourismus ist das Verkehrsaufkommen wesentlich geringer.

Art und Intensität der Bewerbung des Nationalparks Donau-Auen in den Medien und touristischen Publikationen bieten eine Handhabe, die gewünschte Anzahl, Zusammensetzung und Verteilung der Besucher in der Region zu steuern.

Die touristische Entwicklung verläuft aber nicht unkontrolliert. Die Gemeinden haben im Flächenwidmungs- und im Bebauungsplan geeignete Kontrollinstrumente, mit denen sie künftige Entwicklungen entsprechend steuern können.

RICHTIGES VERHALTEN IM NATIONALPARK

Erfahrungen in anderen Nationalparks zeigen, daß der Großteil der Besucher umweltbewußt und vor allem am Natur- und Landschaftserlebnis sowie an der Kultur der Region interessiert ist. Beeinträchtigungen durch Besucher sind deshalb sowohl im Nationalpark selbst, als auch in den angrenzenden Gebieten kaum zu erwarten.

Aus diesem Grund wird auf die Erlassung von Verboten wie etwa Betretungsverboten, Wegegeboten und ähnlichem verzichtet. Vielmehr sollen den Besuchern die Grundsätze richtigen Verhaltens im Nationalpark durch Broschüren, Hinweise im Gelände oder persönliche Information durch geschultes Personal nähergebracht werden. Ziel dieser Informationstätigkeit ist es, die Besucher durch das Aufzeigen von natürlichen Zusammenhängen von der Sinnhaftigkeit rücksichtsvollen Verhaltens im Nationalpark zu überzeugen.

Sollte sich im Laufe des Betriebs des Nationalparks Donau-Auen herausstellen, daß diese Form der Besucherlenkung nicht zielführend ist und zu Schäden führt, so sind im Einvernehmen mit den Gemeinden entsprechende Gegenmaßnahmen wie etwa zeitlich und räumlich begrenzte Wegegebote zu erlassen.

Auszug aus den Stellungnahmen

> Grundeigentümer befürchten eine Beeinträchtigung ihrer Wirtschaftsflächen durch den vermehrten Zuzug des Besucherstromes. Die Verkehrssituation, die

durch die Errichtung eines Nationalparks entsteht, müßte vor Inangriffnahme des Projekts gelöst werden. Mangels geeigneter öffentlicher Verkehrsmittel als Zubringer, kommt es im Umfeld des Nationalparks zu Behinderungen durch parkende Autos (Stellungnahme der Wiener Landwirtschaftskammer).

Durch wohlüberlegte Infrastruktur- und Bildungseinrichtungen soll das Naturverständnis und die Rücksichtnahme für ökologische Vorgänge bei den Besuchern geweckt werden. Diesbezüglich ist das Konzept auf zielführendem Weg (Stellungnahme des Österreichischen Naturschutzbundes, Landesgruppe Niederösterreich).

Einzelne besondere Wege, etwa der Rundwanderweg durch die Regelsbrunner Au oder ein Weg von Orth nach Eckartsau (Weitwanderweg des Verbands alpiner Verbände Österreichs) sollten erhalten bleiben (Stellungnahme des Österreichischen Alpenvereins).

Die unter Verkehrslenkung im Umfeld beschriebenen Maßnahmen sind nicht nur löblich, sondern auch dringend notwendig. Es scheint dringend geboten, die Besucherzentren südufrig anzulegen und den Norden so weit wie möglich zu entlasten. Richtiges Verhalten im Nationalpark kann sicher nicht der Weisheit letzter Schluß sein. Aufgrund der derzeit bereits vorhandenen Besuchermassen im Bereich der Wiener Lobau sind die Zukunftsaussichten, insbesondere für die Obere Lobau, nicht allzu gut (Stellungnahme der Wiener Naturwacht).

7. ORGANISATION DES NATIONALPARKS

7.1 ZIELE

Die Ziele eines Nationalparks (siehe Kapitel 1) sowie daraus folgend Umfang und Bedeutung der wahrzunehmenden Aufgaben haben in Verbindung mit den Ausgangsbedingungen maßgeblichen Einfluß auf Organisations- und Personalstruktur (Anzahl und Qualifikation) des Nationalparks Donau-Auen.

7.2 AUFGABENGEBIETE DER NATIONALPARKVERWALTUNG

Ausgehend von den Zielen eines Nationalparks Donau-Auen ergeben sich folgende Aufgabengebiete (nicht zu verwechseln mit Abteilungen bzw. organisatorischen Einheiten, dazu Kapitel 7.3):

NATURRÄUMLICHES MANAGEMENT UND INFRASTRUKTUR

Dazu zählen die Organisation und - soweit nicht durch private Grundbesitzer, die örtliche Jägerschaft oder die Fischer selbst wahrgenommen (Kap. 11) - auch die Durchführung forstlicher, jagdlicher, fischereilicher und landwirtschaftlicher Maßnahmen sowie die Wahrnehmung technischer Funktionen (Betriebshof, Werkstätten, Maschinen und Fuhrpark, ...). Ebenso werden Forschungsarbeiten vor Ort mitbetreut.

Mit dem Bereich Planung besteht eine enge Zusammenarbeit, damit die bei der Durchführung der Maßnahmen gewonnenen Erkenntnisse Eingang in die modifizierten Planungsvorgaben finden können.

PLANUNG

Hier erfolgt unter maßgeblicher Einbeziehung des Naturräumlichen Managements die fachliche Vernetzung der einzelnen raumwirksamen Managementaufgaben sowie darauf aufbauend die Zielformulierung bzw. die Erstellung von aufeinander abgestimmten Managementkonzepten. Weiters werden Projekte im Rahmen des flußbaulichen Gesamtkonzepts koordiniert sowie Fragen der Raumplanung und der Regionalentwicklung behandelt.

FORSCHUNG

Jedenfalls wahrzunehmen sind Dauerbeobachtungsaufgaben (Monitoring) als Grundlage für die laufende Anpassung der erforderlichen Managementmaßnahmen. Sinnvoll wäre es auch im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitforschung neue Er-

kenntnisse über das Ökosystem der Donau-Auen zu gewinnen. Forschungsspezifische EDV, Archiv und Dokumentation zählen ebenfalls zu diesem Sachbereich.

BESUCHERBETREUUNG

Die Aufgabe der Bildung und Umwelterziehung ist durch ein umfangreiches Angebot an Infrastruktur (Besucherzentren, Infostellen, Lehrpfade, Orientierungstafeln, ...) und Veranstaltungen (Führungen, Projekttage, ...) sowie durch entsprechend didaktisch aufbereitete Information und (pädagogische) Betreuung der Besucher wahrzunehmen.

Besonders wichtig ist auch die Nationalparkaufsicht, deren Mitarbeiter den Besuchern im gesamten Gebiet hilfreich zur Seite stehen.

BÜRGERBÜRO UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Das (dezentrale) Bürgerbüro dient zur Akzeptanzsicherung als Anlaufstelle zur Abstimmung der Interessen der Grundeigentümer, der Nutzungsberechtigten, der Anrainer, der Gemeinden der Nationalparkregion sowie interessierter Bürger mit den Aktivitäten der Nationalparkverwaltung.

Für diese Zielgruppen werden eigene Veranstaltungen organisiert. Die gesamthafte Vertretung des Nationalparks nach außen, Kontakte zu Medien, die Erstellung von Lenkungskonzepten und Publikationen fallen in den Bereich der Öffentlichkeitsarbeit.

ALLGEMEINE VERWALTUNG

Dazu zählen das Finanz- und Rechnungswesen, das Controlling, die Behandlung rechtlicher Fragen, die Personalverwaltung, die interne Organisation, die Betreuung der Nationalparkkommission und das Sponsoring.

7.3 NATIONALPARKVERWALTUNG

Ziel der Nationalparkverwaltung muß es sein, die Nationalparkziele und die daraus abgeleiteten Konzepte einheitlich und flächendeckend im gesamten Nationalparkgebiet umsetzen zu können.

EINBINDUNG BESTEHENDER ORGANISATIONEN

Durch die vorgegebenen Besitzverhältnisse, die spezifischen Eigenschaften der Eigentümer mit ihren höchst unterschiedlichen Strukturen und durch die Zusatzbe-

dingung, auch Gemeinden und die Öffentlichkeit einzubeziehen, wird insbesondere die Entwicklung einer einheitlichen Organisationsstruktur über das ganze Gebiet zu einer höchst komplexen Anforderung.

Die im Abschnitt 7.5 aufgezeigte, mögliche Vorgangsweise kann daher erst zu einem späteren Zeitpunkt - d.h. nach grundsätzlicher Beschlußfassung zur Schaffung des Nationalparks - im Detail festgelegt werden.

VORAUSSETZUNGEN FÜR EINE EINHEITLICHE VERWALTUNG

Inhaltlich

- **langfristiger Managementplan,**
  der die Grundzüge der zu setzenden Maßnahmen enthält und mit allen beteiligten Gebietskörperschaften alle 10 Jahre zu akkordieren ist.

- **Jahresarbeitsprogramme,**
  die die konkrete Ausformulierung der aktuell erforderlichen Handlungen darstellen und von der Nationalparkkommission zu genehmigen sind.

Organisatorisch

- **Vorstand (kollegiales Führungsorgan),**
  der die Leitungsaufgaben bespricht und - einstimmig - beschließt.

  Nationalparkdirektor,
  der die Nationalparkgeschäftsstelle mit ihren (Fach-) Abteilungen leitet, den Nationalpark koordiniert und nach außen vertritt.

  Nationalparkforstmeister,
  der die Forstverwaltung Lobau und den ihm übertragenen (territorialen) Aufgabenbereich leitet.

  Nationalparkforstmeister,
  der die Forstverwaltung Eckartsau und den ihm übertragenen (territorialen) Aufgabenbereich leitet.

- **Personalhoheit**

  - Verbleib der Mitarbeiter in den bestehenden Einrichtungen

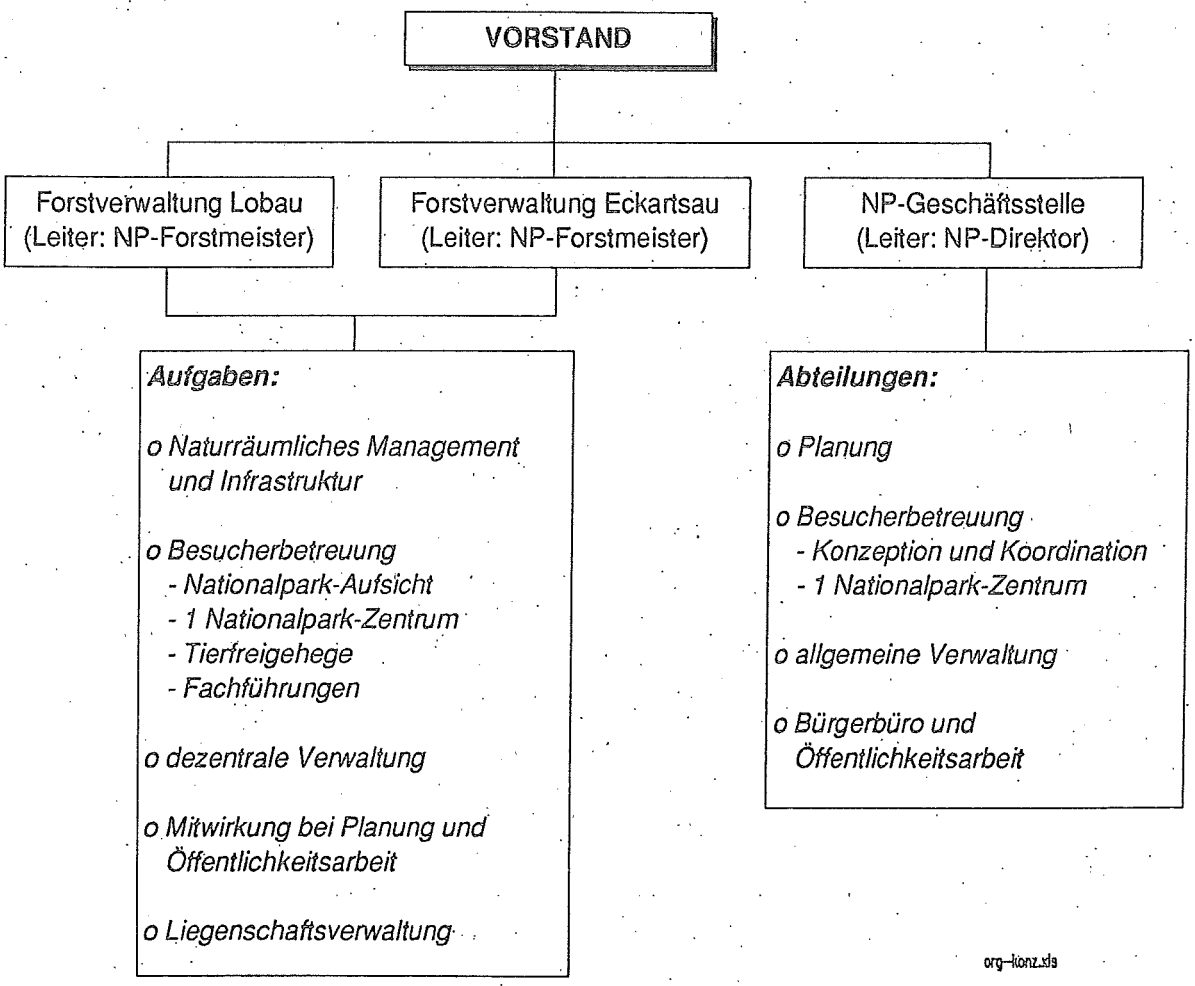
  - Aufnahme neuer Mitarbeiter für die einzelnen Verwaltungseinheiten durch das jeweils zuständige Vorstandsmitglied im Einvernehmen mit den Vorstandskollegen

- Adaptierung allfälliger Kollektiverträge bzw. Betriebsvereinbarungen im Hinblick auf die speziellen Erfordernisse des Nationalparks

- einstimmige Vorstandsbeschlüsse und - unter Beachtung dieser - direkter Zugriff (auch disziplinär) auf das Personal durch den Nationalparkdirektor oder die Nationalparkforstmeister (= Dienstvorgesetzte in ihren jeweiligen Kompetenzbereichen)

o **Finanzhoheit,**
die durch eine entsprechende Verankerung im Artikel 15a-Vertrag im erforderlichen Ausmaß gesichert werden kann.

Abb. 7.1: ORGANISATIONSSTRUKTUR DER NATIONALPARK-VERWALTUNG



ABTEILUNGEN

Ausgehend von den Aufgabengebieten (Kap. 7.2) und unter Berücksichtigung flächenbezogener Erfordernisse werden folgende organisatorische Einheiten bzw. Abteilungen vorgeschlagen:

- **2 Forstverwaltungen (Lobau, Eckartsau)**
  die auf dem Gebiet der Stadt Wien bzw. der Bundesforste dem Territorialprinzip entsprechend auch fachübergreifend agieren, im Falle des (freiwilligen) Einbeziehens privater Flächen bei Bedarf aber auch diese mitbetreuen.

- **1 Nationalparkgeschäftsstelle**
  zur Koordination und Vertretung nach außen mit Fachabteilungen und der allgemeinen Verwaltung
  (Es ist vorteilhaft, wenn die Geschäftsstelle in einem Nationalparkzentrum eingerichtet wird.)

GESCHÄFTSEINTEILUNG

Im folgenden werden ohne Anspruch auf Vollständigkeit die wichtigsten Aufgaben des Vorstandes sowie der Forstverwaltungen und der Nationalparkgeschäftsstelle aufgelistet.

Diese Zuordnung dient einer ersten Orientierung und soll Grundlage für spätere Verhandlungen über Realisierung und Betrieb eines Nationalparks Donau-Auen sein.

Wie die bei Erstellung des Organisationskonzepts intensiv damit befaßten Mitglieder der **Arbeitsgruppe Organisation** mehrfach betonten, wird es den in der Praxis Verantwortlichen überlassen bleiben müssen, Details zu regeln. Ebenso wird ihnen ein entsprechender Entscheidungsspielraum einzuräumen sein, um auf unvorhersehbare Entwicklungen flexibel reagieren zu können:

AUFGABEN DES VORSTANDES

- Gesamtverantwortung für die Nationalparkverwaltung
- Wesentliche Fragen der Geschäftsführung (Grundsatzentscheidungen)
- Berichte und Vorschläge an die Nationalparkkommission
- Personalfindung
- Vertretung nach außen
- Arbeitsprogramm und Managementpläne
- Jahresvoranschlag

AUFGABEN DER FORSTVERWALTUNGEN

Naturräumliches Management und Infrastruktur

- Organisation und Durchführung forstlicher Maßnahmen
- Kontrolle der Waldpflege und -schutzmaßnahmen
- Verwertung von Holz
- Nebennutzungen
- Grenzmarkierung und -sicherung
- Organisation und Durchführung jagdlicher Maßnahmen (nach Möglichkeit unter Einbeziehung der örtlichen Jägerschaft)
- Kontrolle der Regulierungsmaßnahmen
- Organisation und Kontrolle von Wiederansiedlungsmaßnahmen
- Wildpretverkauf
- Organisation und Durchführung fischereilicher Maßnahmen
- Kontrolle der Einhaltung der Fischereiordnung
- Organisation, Durchführung und Kontrolle landwirtschaftlicher Maßnahmen
- Allenfalls erforderliche Maßnahmen der Landschaftspflege (Ufergestaltung, Mähen von Wiesen, ...)
- Mitwirkung bei der Ausführung wasserbaulicher Arbeiten im eigenen Verwaltungsbereich
- Maschinen und Fuhrpark
- Werkstätten und Betriebshof
- Instandhaltung eigener Gebäude

Planung

- Mitwirkung bei der (Detail-) Planung der Managementkonzepte
- Mitwirkung bei der Konzeption der Besucherlenkung

Forschung

- örtliche Betreuung von Forschungsarbeiten
- örtliche Betreuung der Dauerbeobachtungsaufgaben

Besucherbetreuung

- Nationalparkaufsicht (Einsatzplanung, Durchführung, Vollzug relevanter Rechtsvorschriften, Zusammenarbeit mit Gendarmerie und Rettung)
- Fachführungen
- Organisation Besucherbetreuung
- Herstellung von Informations- und Leitsystemen (Orientierungstafeln, Schilder, ...)
- Wegebau und -instandhaltung (Ausführung, Maschineneinsatz, Materialeinkauf)
- Instandhaltung von Besuchereinrichtungen
- Verwaltung und (pädagogische) Betreuung eines Besucherzentrums

Öffentlichkeitsarbeit

- Betreuung von Gemeinden, Behörden, Anrainern und Nutzungsberechtigten im Rahmen der territorialen Verwaltung

Verwaltung im eigenen Bereich

- Zusammenarbeit mit der Personalvertretung
- Personalwesen
- Lohnverrechnung
- Buchhaltung
- Liegenschaftsverwaltung
- Bearbeitung von Stellungnahmen in Verwaltungsverfahren (z.B. Forstrecht, Jagdrecht, ...)
- interne Organisation (Dienstpläne, ...)
- Hausverwaltung

AUFGABEN DER NATIONALPARKGESCHÄFTSSTELLE

Planung

- Erstellung der mittelfristigen Leitlinien (Richtlinienkompetenz) und der Managementkonzepte
- Koordination des flußbaulichen Gesamtkonzepts
- Erfolgskontrolle der Maßnahmen
- Zusammenarbeit mit einschlägigen Behörden und Institutionen
- Fragen der Raumplanung und -ordnung
- Regionalentwicklung

Forschung

- Koordination von Begleitforschung und Monitoring
- EDV, Archiv und Dokumentation

Besucherbetreuung

- Verwaltung und (pädagogische) Betreuung eines Besucherzentrums
- Planung, Koordination und Organisation der Besucherbetreuung
- didaktische Bearbeitung von Informationsmaterial
- Erarbeitung zielgruppenorientierter Bildungsangebote
- Aus- und Weiterbildung, Projekttage bzw. -wochen

Bürgerbüros und Öffentlichkeitsarbeit

- Betreuung der dezentralen Bürgerbüros
- Geschäftsstelle des Nationalparkforums und der Nationalparkbeiräte
- Kontakte zu Nationalparkgemeinden, Grundeigentümern, Nutzungsberechtigten, Anrainern, interessierten Bürgern bzw. Institutionen
- Organisation von Veranstaltungen, Ausstellungen
- Erarbeitung von Informationsmaterial, Publikationen, Lenkungskonzepten, ...
- Zusammenarbeit mit Medien
- Allgemeine Vertretung des Nationalparks nach außen

Verwaltung
(im eigenen Bereich und soweit für die Nationalparkverwaltung von gesamthafter Bedeutung)

- Finanz- und Rechnungswesen (Budgetplanung und -gebarung, Abrechnung von Forschungs- und Bauprojekten, Vertragsverhandlungen)
- Controlling
- Personalwesen Nationalparkgeschäftsstelle
- interne Organisation (Einsatzplanung; Aus- und Weiterbildung Nationalparkverwaltung)
- Geschäftstelle für Gremien und Vorstand
- Sponsoring

PERSONELLE AUSSTATTUNG

Geht man von der o.a. Geschäftseinteilung aus, wonach die Forstverwaltungen v.a. die Flächenfunktion wahrnehmen und für das naturräumliche Management, die Nationalparkaufsicht und das Tierfreigehege verantwortlich zeichnen, so würden die Nationalparkforstmeister für rund 60 % des Personals Dienstvorgesetzte sein. (Würde zusätzlich auch ein Nationalparkzentrum mitbetreut werden, so erhöht sich der Anteil auf ca. 70 %). Das übrige Personal für Planung, Öffentlichkeitsarbeit, Bürgerbüros und (teilweise) Besucherbetreuung wäre dem Leiter der Geschäftsstelle persönlich unterstellt und würde diesen und die Forstmeister fachlich unterstützen.

7.4 PERSONALBEDARF

Läßt man den Personalbedarf für das Tierfreigehege (ca. 15 Personen) außer Betracht, handelt es sich de facto nur um eine Fortschreibung des Ist-Zustandes, werden im gesamten Planungsgebiet doch schon jetzt rund 70 Personen einschlägig beschäftigt. Der einzige Unterschied bestünde somit darin, daß bei der Neubesetzung einzelner Stellen auf die speziellen Erfordernisse eines Nationalparks verstärkt Rücksicht genommen werden sollte.

Tab. 7.1: PERSONALBEDARF - VARIANTEN

Aufgabengebiet	Variante 1 Status quo	Variante 2 Flußbau-Konzept	Variante 3.1 NP und KW Wolfsthal II	Variante 3.2 NP und KW Wildungsmauer
Naturräumliches Management	21	24	21	7
Planung	3	3	3	3
Besucherbetreuung	46	48	46	31
Bürgerbüro + Öffentlichkeitsarbeit	7	7	7	4
Allgemeine Verwaltung	4	4	4	3
GESAMT	**81**	**86**	**81**	**48**
Fläche in ha	9.300 (81 %)	11.500 (100 %)	9.500 (83 %)	2.700 (24 %)
Anzahl der Besucherzentren	2	2	2	1

var-pers

Bei allen Varianten wurde unter Berücksichtigung der budgetären Lage der Gebietskörperschaften darauf Bedacht genommen, den Personalbedarf möglichst gering zu halten.

Wie im Kapitel 9 näher erläutert wird, ist mit dem bei den einzelnen Varianten angeführten Personalstand ab dem 5. Jahr zu rechnen, da die erforderliche Infrastruktur (Nationalparkzentren, Tierfreigehege) erst nach einer mehrjährigen Übungsphase voll funktionsfähig ist.

In den nachstehenden Ausführungen wird zunächst der Personalbedarf für den Betrieb des Nationalparks auf dem gesamten Planungsgebiet (= Variante Flußbauliches Gesamtkonzept) für alle Aufgabengebiete und erforderlichen Einrichtungen ermittelt. Daraus kann der Personalbedarf für jede weitere Nationalparkvariante (Kap. 3) abgeleitet werden.

Es handelt sich dabei in allen Fällen um die Beschreibung eines (idealen) Ziel-Zustandes bzw. um Zielgrößen. In Beachtung der real gegebenen Strukturen sind im Zuge weiterer Verhandlungen konkrete Lösungen und Entwicklungsperspektiven zu erarbeiten.

Die Qualifikation der Mitarbeiter, die sowohl durch entsprechende Ausbildung als auch durch besondere praktische Erfahrungen erbracht werden kann, wird durch folgendes Schema dargestellt:

I Akademische Ausbildung
II Matura, spez. fachliche Ausbildung
III Handelsschule, spez. fachliche Ausbildung
IV ungelernter Arbeiter

Im Sinne einer interdisziplinären Nationalparkverwaltung ist bei der Besetzung einzelner Stellen eine möglichst breite Palette verschiedener Fachrichtungen sinnvoll und wünschenswert.

Die Mitglieder des Vorstandes sind aus finanziellen Gründen nicht nur für die Geschäftsführung, sondern gleichzeitig auch für die Leitung der Forstverwaltungen bzw. der Nationalparkgeschäftsstelle zuständig.

PERSONALBEDARF - VARIANTE FLUSSBAU-KONZEPT

NATURRÄUMLICHES MANAGEMENT UND INFRASTRUKTUR

2 Nationalparkforstmeister (I)
sind Mitglieder des Vorstandes und in ihrem Bereich für die Koordination des naturräumlichen Managements und das Personal verantwortlich.

6 Revierförster (II)

2 Kanzleiförster (II)

2 Bürokräfte (III)

12 Arbeiter (6 III/6 IV)

Der Personalbedarf für das Naturräumliche Management beträgt somit 2 Personen/1.000 ha.

PLANUNG

1 Leiter (I), mit einschlägiger Planungserfahrung

1 Sachbearbeiter (II)

1 Bürokraft (II)

In der ersten Realisierungsphase wird mit einem entsprechenden finanziellen Aufwand für extern zu vergebende Planungs- und Bauleistungen zu rechnen sein (siehe auch Kap. 9.4).

Zur Bewältigung des hohen konzeptiven und koordinativen Aufwands wird in dieser Phase ein zweiter Planer in der Nationalparkgeschäftsstelle erforderlich sein. Im Hinblick auf das breite fachliche Spektrum, das dabei zu bewältigen ist, wird eine Vergabe dieser Arbeiten an mehrere Experten im Wege von Werkverträgen empfohlen.

BESUCHERBETREUUNG

1 Sachbereichsleiter (Kommunikationsexperte) (I)

1 Pädagoge (II)

1 Bürokraft (II)

9 Personen je Nationalparkzentrum (7-Tage-Woche!):

- **1 Leiter (II) des Zentrums**
- **3 Rezeptionisten (1 II, 2 III)**
- **2 Hauswarte (IV)**
- **2 Besucherbetreuer (II)**
- **1 Pädagoge/Kinderbetreuer (II)**

12 Personen Nationalparkaufsicht:

- **2 Forstaufseher (II)**
- **10 Arbeiter (5 III/5 IV)**

1 Aufsichtsorgan hat durchschnittlich 1.000 ha zu betreuen.

15 Personen Tierfreigehege:

- **1 Wissenschafter (I)**
- **1 Sachbearbeiter (II)**
- **2 Besucherbetreuer (II)**
- **4 Facharbeiter (III)**
- **7 Arbeiter (IV)**

(in Anlehnung an die Erfahrungen im Nationalpark Bayerischer Wald)

Die Betreuung der (Fach-)Führungen erfolgt grundsätzlich durch die Beschäftigten des Nationalparks im Rahmen des jeweiligen Tätigkeitsbereiches. Zur Überbrückung saisonaler Schwankungen können weitere entsprechend qualifizierte Personen vorübergehend auf Werkvertragsbasis engagiert werden (siehe Kap. 9.3).

BÜRGERBÜRO UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

1 Nationalparkdirektor (I)
ist Mitglied des Vorstandes und vertritt den Nationalpark nach außen

2 Sachbearbeiter (II) Öffentlichkeitsarbeit

1 Leiter (I) Bürgerbüro

1 Sachbearbeiter (II) Gebietsbetreuung

2 Bürokräfte (1 II, 1 III)

ALLGEMEINE VERWALTUNG

1 Leiter (I) der Verwaltung

1 Bürokraft (II)

2 Sachbearbeiter (II)

Die folgende Übersicht (Tab. 7.2) stellt kein fix vorgegebenes Schema dar, sondern soll eine erste Orientierung bezüglich des Anforderungsprofils der einzelnen Aufgabengebiete ermöglichen. Eine definitive Festlegung ist erst im Zuge der konkreten Umsetzung des Nationalparkkonzepts erforderlich und bleibt somit weiteren Verhandlungen vorbehalten.

Tab. 7.2: PERSONALBEDARF - VARIANTE FLUSSBAU-KONZEPT

Aufgabengebiet	QUALIFIKATION														
	I			II			III			IV			Gesamt		
	Ges.	F	G	Ges.	F	G	Ges.	F	G	Ges.	F	G	Ges.	F	G
Naturräumliches Management	2	(2)	-	8	(8)	-	8	(8)	-	6	(6)	-	24	(24)	-
Planung	1	-	(1)	2	-	(2)	-	-	-	-	-	-	3	-	(3)
Besucherbetreuung	2	(1)	(1)	17	(10)	(7)	13	(11)	(2)	16	(14)	(2)	48	(36)	(12)
Bürgerbüro & Öffentlichkeitsarbeit	2	-	(2)	4	-	(4)	1	-	(1)	-	-	-	7	-	(7)
Allgemeine Verwaltung	1	-	(1)	2	-	(2)	1	-	(1)	-	-	-	4	-	(4)
GESAMT	8	(3)	(5)	33	(18)	(15)	23	(19)	(4)	22	(20)	(2)	86	(60)	(26)

Pers-H20

Legende: F bzw. G = mögliche Personalzuordnung zu den Forstverwaltungen (F) bzw. zur Nationalparkgeschäftsstelle (G) aufgrund oder vorgeschlagenen Geschäftseinteilung.

PERSONALBEDARF - ANDERE VARIANTEN

Bei der Schätzung des Personalbedarfs für die einzelnen Varianten sind vor allem flächen- und objektabhängige Größen zu berücksichtigen.

flächenabhängig:

Naturräumliches Management (Förster + Arbeiter):	18 Personen
Nationalparkaufsicht:	12 Personen

objektbezogen:

Besucherzentrum:	9 Personen
Tierfreigehege:	15 Personen

7.5 AUFBAU-ORGANISATION

ZIEL

Es soll ein Anforderungsprofil aus organisatorischer Sicht skizziert werden, um ein **länderübergreifendes, einheitliches Vorgehen** zu ermöglichen.

VERTRAGSRECHTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN

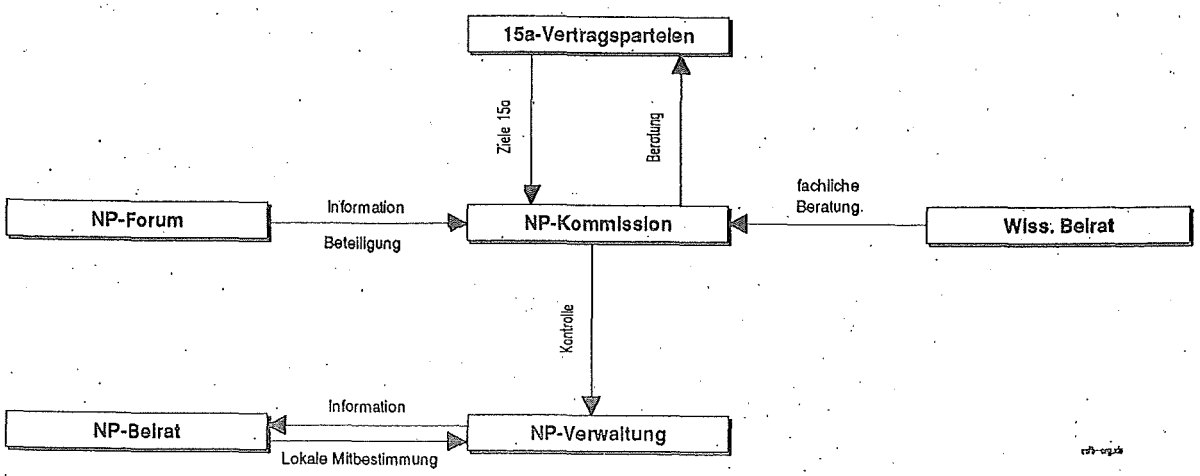
Wenn die Länder Wien und Niederösterreich sowie der Bund gemeinsam einen Nationalpark Donau-Auen einrichten und erhalten wollen, muß zwischen den genannten Gebietskörperschaften eine Vereinbarung abgeschlossen werden, die über die in den Nationalparkgesetzen näher definierten Bestimmungen hinausgeht und die **Schaffung gemeinsamer Gremien und Verwaltungsorgane** sowie die Beauftragung der Nationalparkverwaltung vorsieht.

GREMIEN

Nationalparkkommission

Zur Förderung, Unterstützung und Kontrolle der Zielsetzungen der Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG ist eine gemeinsame Nationalparkkommission einzurichten, der gegenüber der Nationalparkverwaltung die Funktion eines **Aufsichtsrates** zukommt (Abb. 7.2).

Abb. 7.2: AUFBAU-ORGANISATION



Die Kommission genehmigt somit die Geschäftsordnung der Nationalparkverwaltung, das von dieser vorgeschlagene Arbeitsprogramm sowie die Managementpläne und überwacht die finanzielle Gestion. Darüberhinaus empfiehlt sie die Freigabe der von den Vertragsparteien bereitgestellten finanziellen Mittel und dient diesen zur Beratung in wichtigen Fragen.

Die Kommission sollte sich aus jeweils **2-3 Vertretern der Vertragsparteien** und einem **Vertreter der privaten Grundbesitzer** zusammensetzen. Sie würde also - die Variante Nationalpark und Kraftwerk Wildungsmauer (Nationalpark ohne Wien) ausgenommen - 7 bis 10 Mitglieder aufweisen.

Nationalparkbeirat

Weiters ist in den einzelnen Nationalparkgemeinden jeweils ein Nationalparkbeirat einzurichten, dem Vertreter der Gemeinde, der Grundeigentümer, der Nutzungsberechtigten sowie der Nationalparkverwaltung angehören (Kap. 11). Ebenso können - mit beratender Stimme - Vertreter der Landesregierung an den Sitzungen teilnehmen und bei Bedarf Interessenvertretungen, Naturschutzorganisationen und einschlägig tätige Experten beigezogen werden.

Neben der Information und Diskussion dient der Beirat zumindest in Teilbereichen der **örtlich bedeutsamen Entscheidungen** (z.B. Situierung von Nationalparkeinrichtungen, Änderungen bei den örtlichen Freizeitnutzungen) auch der **Mitbestimmung** bzw. Mitwirkung.

In der Geschäftsordnung ist vorzusehen, daß betroffene Interessengruppen jedenfalls in ihrem Bereich nicht überstimmt werden können (**Vetorecht**). Die Geschäftsordnung des Nationalparkbeirates kann von diesem - innerhalb der Rahmenbedingungen des Nationalparkgesetzes - selbst beschlossen werden.

Nationalparkforum

Zur frühzeitigen Information und zum **regionalen Interessenausgleich** ist ein Nationalparkforum einzuberufen, das von der Nationalparkkommission in allen wichtigen Fragen zu hören ist. Dem Forum sollten Vertreter der Gemeinden, der Nutzungsberechtigten, der Sozialpartner, der Naturschutzorganisationen und sonstigen Interessenvertretungen mit regionaler Bedeutung angehören.

Wissenschaftlicher Beirat

Zur fachlichen Beratung der Nationalparkkommission sowie zur Begutachtung und Mitarbeit in wissenschaftlichen Fragen wird ein Wissenschaftlicher Beirat eingerichtet, dem jedenfalls Vertreter der wichtigsten von einem Nationalpark berührten Fachbereiche angehören.

Auszug aus den Stellungnahmen

Nur eine einheitliche Nationalparkverwaltung ist auch im Sinne einer internationalen Anerkennung zielführend (Auszug aus dem Protokoll der 7. Sitzung des Wissenschaftlichen Beirates am 13.09.1993).

Es muß den künftigen Vertragspartnern überlassen bleiben, in welcher Form ein Vertrag abgeschlossen wird. Es muß sich nicht zwingend um einen Vertrag gemäß Art. 15a B-VG handeln (Auszug aus der Stellungnahme des Bundes vom 10.11.1993 zum Entwurf des Endberichts).

Der Kreis von 2 bis 3 Vertretern der Vertragsparteien in der Kommission dürfte aus Sicht des Bundes zu klein sein, da nicht alle betroffenen Ressorts vertreten sind (Auszug aus der Stellungnahme des Bundes vom 10.11.1993 zum Entwurf des Endberichts).

Nach der letzten Sitzung der Arbeitsgruppe Organisation (am 25.11.1993) ging neuerlich eine Stellungnahme der Österreichischen Bundesforste (ÖBF) ein, die vom Ergebnis der Beratungen der Arbeitsgruppe und den bisherigen Stellungnahmen der Österreichischen Bundesforste abweicht. Die Position der ÖBF als Grundbesitzer wird dabei deutlich erkennbar.

Wesentliche Agenden der Nationalparkgeschäftsstelle werden dabei den ÖBF zugeordnet (Besucherbetreuung, Planung) bzw. in ihrer Bedeutung reduziert (Bürgerkontakte).

Eine endgültige Regelung dieser Fragen wird wohl Verhandlungen anläßlich der Errichtung eines Nationalparks Donau-Auen vorbehalten sein.

8. AUSWIRKUNGEN AUF DIE REGION

CHARAKTERISTIK DES PLANUNGSRAUMS

Die Region, in der das Planungsgebiet des Nationalparks Donau-Auen liegt, hat mit dem Fall des Eisernen Vorhangs und den folgenden Veränderungen der sozialen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen beträchtliche Entwicklungsimpulse erhalten.

Diese Region, die bislang immer im Entwicklungsschatten der Bundeshauptstadt Wien gelegen war, verbindet nun zwei prosperierende Ballungsräume und verfügt unter den österreichischen Grenzregionen über die besten Entwicklungschancen. Dies ist vor allem auf die geographische Nähe zum osteuropäischen Markt, die gute infrastrukturelle Erschließung sowie auf die eine interregionale Arbeitsteilung begünstigenden wirtschaftsstrukturellen Unterschiede zwischen Österreich und der Slowakei zurückzuführen. Die Entwicklungsachse Wien-Bratislava ist daher in Hinkunft in allen Planungsüberlegungen stärker zu berücksichtigen.

SOZIOÖKONOMISCHE ECKDATEN

Die sogenannte "Engere Nationalparkregion" umfaßt 13 Gemeinden in Niederösterreich sowie den 22. Wiener Gemeindebezirk mit der Lobau als Anteil der Stadt Wien am Nationalpark.

In den nachstehenden Ausführungen erfolgt an erster Stelle eine Kurzcharakteristik des niederösterreichischen Anteils der Engeren Nationalparkregion (Abb. 8.1 und Abb. 8.2). Der 22. Wiener Gemeindebezirk (Donaustadt) wird aufgrund seiner Sonderstellung (Struktur, unterschiedliche Art der Datenerhebung) gesondert diskutiert.

Engere Nationalparkregion (Niederösterreichischer Anteil)

Wohnbevölkerung:

Die Wohnbevölkerung beträgt 42.518 Einwohner (Volkszählung '91), das bedeutet gegenüber 1981 eine Zunahme um 3,7 %. Die Bevölkerungszuwächse sind zum Großteil auf Zuwanderungen zurückzuführen.

Regionale Zentren:

Die Gemeinden Schwechat, Groß-Enzersdorf und Hainburg erfüllen die Funktion regionaler Zentren.

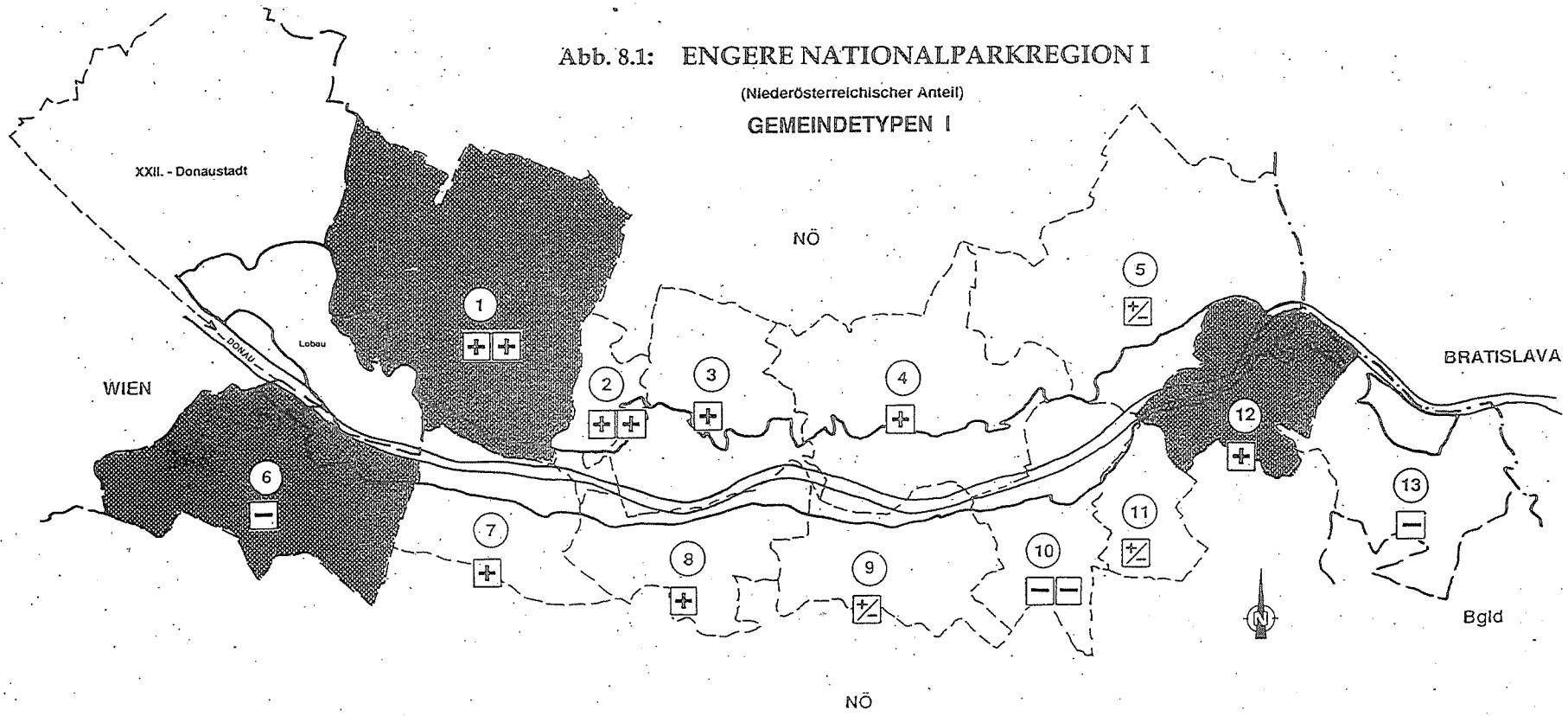
Landwirtschaft:

Die Region zwischen Wien und Bratislava zählt zu den ertragsstärksten Agrarregionen Österreichs. Im Marchfeld nördlich der Donau dominiert Gemüseanbau, südlich der Donau Getreideanbau.

Abb. 8.1: ENGERE NATIONALPARKREGION I

(Niederösterreichischer Anteil)

GEMEINDETYPEN I



Regionales Zentrum
(min. 5.000 Einwohner u. pos. Bev.entw. 1981-1991 und/oder über 1990 Beschäftigte am Arbeitsort 1981)

Ausgeprägte Wachtumsgemeinde
(Bev.zunahme 1981 - 1991 > 15% od. > 5% in Gemeinden mit mehr als 2.500 Einwohnern)

Wachstumsgemeinde
(Bev.zunahme 1981 - 1991 > 5% oder Gemeinden mit mehr als 2.500 Einwohnern bei positiver Bevölkerungsentwicklung)

Gemeinde mit annähernd ausgegl. Bevölkerungsentwicklung

Gemeinde mit rückläufiger Bevölkerungsentwicklung
(unter 0 bis - 2%)

Gemeinde mit stark rückläufiger Bevölkerungsentwicklung
(unter - 2%)

Staatsgrenze

Bundesländergrenze

Gemeindegrenze

Planungsgebiet NP-Donau-Auen

NP-Gemeinden

1 Groß-Enzersdorf
2 Mannsdorf
3 Orth/Donau
4 Eckartsau
5 Engelhartstetten
6 Schwechat
7 Fischamend
8 Haslau/Maria Ellend
9 Scharndorf
10 Petronell-Carnuntum
11 Bad Deutsch-Altenburg
12 Hainburg/Donau
13 Wolfsthal-Berg

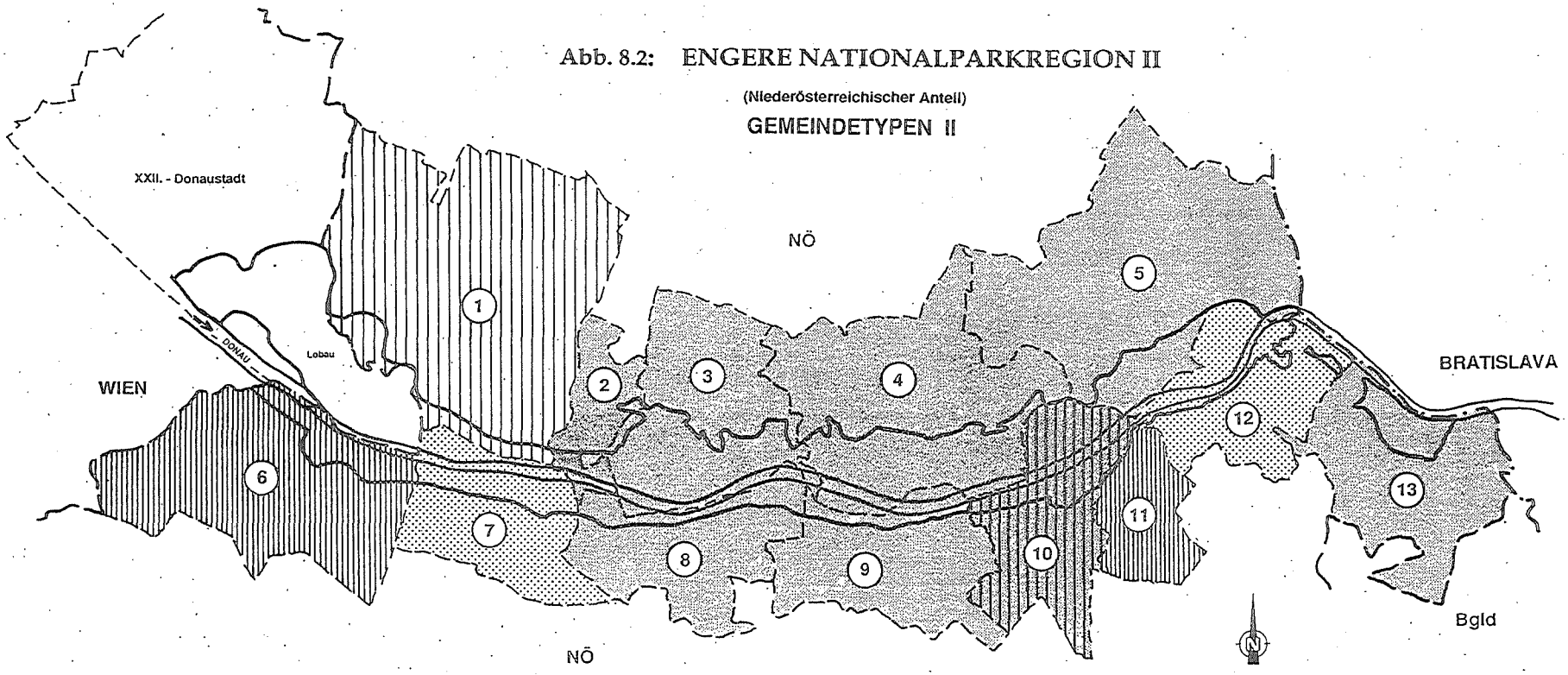
BETRIEBSGESELLSCHAFT MARCHFELDKANAL

Quellen: Regionskonzept OST (PGO)
ÖSTAT
Eigene Erhebung

Abb. 8.2: ENGERE NATIONALPARKREGION II

(Niederösterreichischer Anteil)

GEMEINDETYPEN II



Argrargemeinde
(Agrarquote 1981 15% bis 50%)

Fremdenverkehrsgemeinde
(600 - 1.200 Betten im Sommerhalbjahr)

Gemeinde mit geringerem Bettenangebot
(90 - 350 Betten im Sommerhalbjahr)

Gemeinde mit Agrarquote 1981 < 15%
und weniger als 90 Betten im Sommerhalbjahr

Staatsgrenze

Bundesländergrenze

Gemeindegrenze

Planungsgebiet NP-Donau-Auen

NP-Gemeinden

1 Groß-Enzersdorf
2 Mannsdorf
3 Orth/Donau
4 Eckartsau
5 Engelhartstetten
6 Schwechat
7 Fischamend
8 Haslau/Maria Ellend
9 Scharndorf
10 Petronell-Carnuntum
11 Bad Deutsch-Altenburg
12 Hainburg/Donau
13 Wolfsthal-Berg

Quellen: Regionskonzept OST (PGO)
ÖSTAT
Eigene Erhebung

BETRIEBSGESELLSCHAFT MARCHFELDKANAL

Tourismus:

Die Bedeutung des Tourismus in der Region ist gering. Nur die beiden Gemeinden Bad Deutsch-Altenburg (Kurtourismus) und Schwechat (Flughafen) weisen nennenswerte Übernachtungszahlen auf. Rund 260.000 Tagesausflügler besuchen pro Jahr den niederösterreichischen Teil der Nationalparkregion.

Engere Nationalparkregion (Wiener Anteil)

Wohnbevölkerung:

Der 22. Wiener Gemeindebezirk (Donaustadt) zählt 106.589 Einwohner (Volkszählung '91), d.s. + 6,8 % gegenüber VZ'81.

Bezirkszentrum:

Zentrum des 22. Bezirks ist Kagran (zentrale Einrichtungen, Anschluß an U1).

Stadtentwicklung:

In dem im Norden an die Lobau angrenzenden Stadtentwicklungsbereich Stadlau/Aspern/Eßling/Hirschstetten/Hausfeld/Flugfeld ist langfristig mit einem Mehr von etwa 70.000 bis 100.000 Einwohnern und rund 36.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen zu rechnen.

Tourismus:

Wien hatte 1991/92 rund 7,0 Mio. Nächtigungen bei etwa 2,8 Mio. Gästen zu verzeichnen. Auf den 22. Bezirk entfielen davon rund 125.000 Nächtigungen. Die Lobau als Wiener Anteil am Nationalpark Donau-Auen wird derzeit pro Jahr von rund 640.000 Tagesausflüglern besucht.

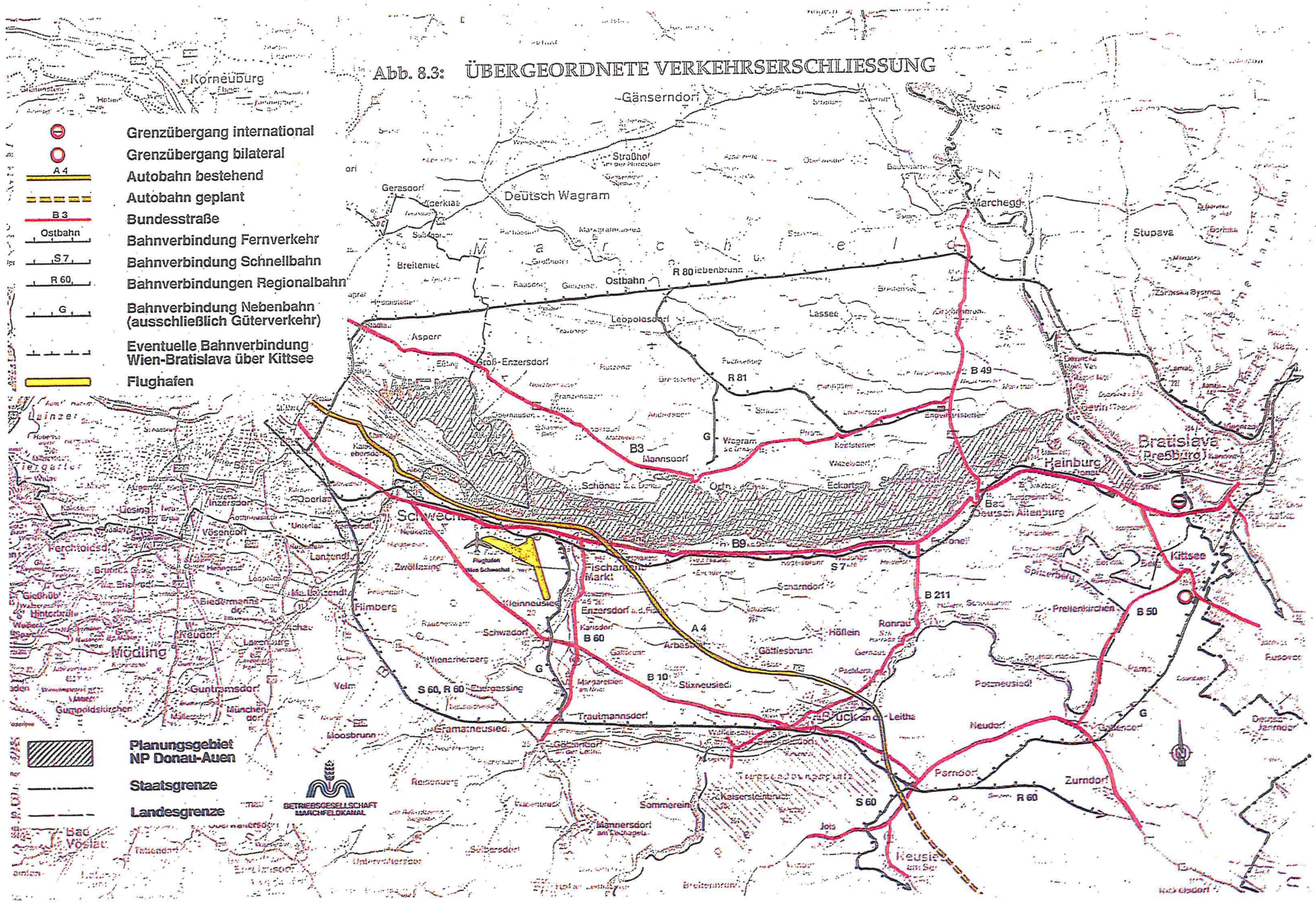
VERKEHR

Bestehende Verkehrserschließung

Der Bereich südlich der Donau ist sowohl durch den Öffentlichen als auch durch den Individualverkehr deutlich besser erschlossen als der Bereich nördlich der Donau (Abb. 8.3). Dies ist v.a. zurückzuführen auf:

- die direkte Erschließung der Ortschaften durch die Schnellbahnlinie S7;
- die direkte Erschließung der durchwegs in Ufernähe liegenden Ortschaften durch die B9-Preßburger Bundesstraße, die über den internationalen Grenzübergang Berg nach Bratislava führt;
- die günstige Anbindung an die A4-Ostautobahn sowie an die B10-Budapester Bundesstraße;
- die Nähe zum internationalen Flughafen Wien-Schwechat.

Abb. 8.3: ÜBERGEORDNETE VERKEHRSERSCHLIESSUNG



Am Nordufer verbindet die B3-Donau-Bundesstraße die Nationalparkgemeinden. Buslinien sind hier die wichtigsten öffentlichen Verkehrsmittel. Der stark frequentierte Donau-Radweg Passau-Wien-Hainburg-Bratislava verläuft entlang des Marchfelddammes.

Motorisierter Individualverkehr

Im Jahre 1990 betrug die Verkehrsbelastung der B9 bei Petronell rund 11.000 Kfz/24 Stunden, die der B3 im Abschnitt zwischen Orth/Donau und Wien (Zählstelle Wittau) rund 6.600 Kfz/24 Stunden. Diese ein Jahr nach Öffnung der Ostgrenzen ermittelten Werte lagen beträchtlich über jenen des Jahres 1985 (Abb. 8.4).

Zählungen im Jahr 1991 haben ergeben, daß das Verkehrsaufkommen auf der B9 im Bereich zwischen Petronell-Carnuntum und dem Grenzübergang Berg im Vergleich zum Jahr 1990 um rund 10 % zurückgegangen ist. Dies dürfte zum Großteil auf den Rückgang der nach der Grenzöffnung 1989 kurzfristig sehr hohen Reisebedürfnisse zurückzuführen sein.

Im gleichen Zeitraum sind auf der derzeit bis Parndorf ausgebauten A4-Ostautobahn beträchtliche Zuwächse (+ 28 %) zu verzeichnen, während die Verkehrsstärken auf der B3 sowie auf der B9 zwischen Wien und Petronell-Carnuntum annähernd gleich geblieben sind.

Öffentlicher Verkehr

Die S7-Preßburgerbahn ist das bedeutendste öffentliche Verkehrsmittel der Nationalparkregion. Sie verkehrt im Stundentakt zwischen den Bahnhöfen Wien/Nord und Wolfsthal und benötigt für diese Strecke derzeit rund 1:20 h. Laut NÖ-Landesverkehrskonzept (Dez.'91) ist zwischen Wien und dem Flughafen Schwechat der zweigleisige Ausbau der S7 sowie deren Führung im 15-Minuten-Takt vorgesehen. Die bereits mehrfach in Erwägung gezogene Verlängerung der S7 von Wolfsthal nach Bratislava ist kurzfristig nicht möglich, da die seinerzeit vorhandene Trasse nach Einstellung des Bahnbetriebs an private Grundbesitzer abgetreten wurde.

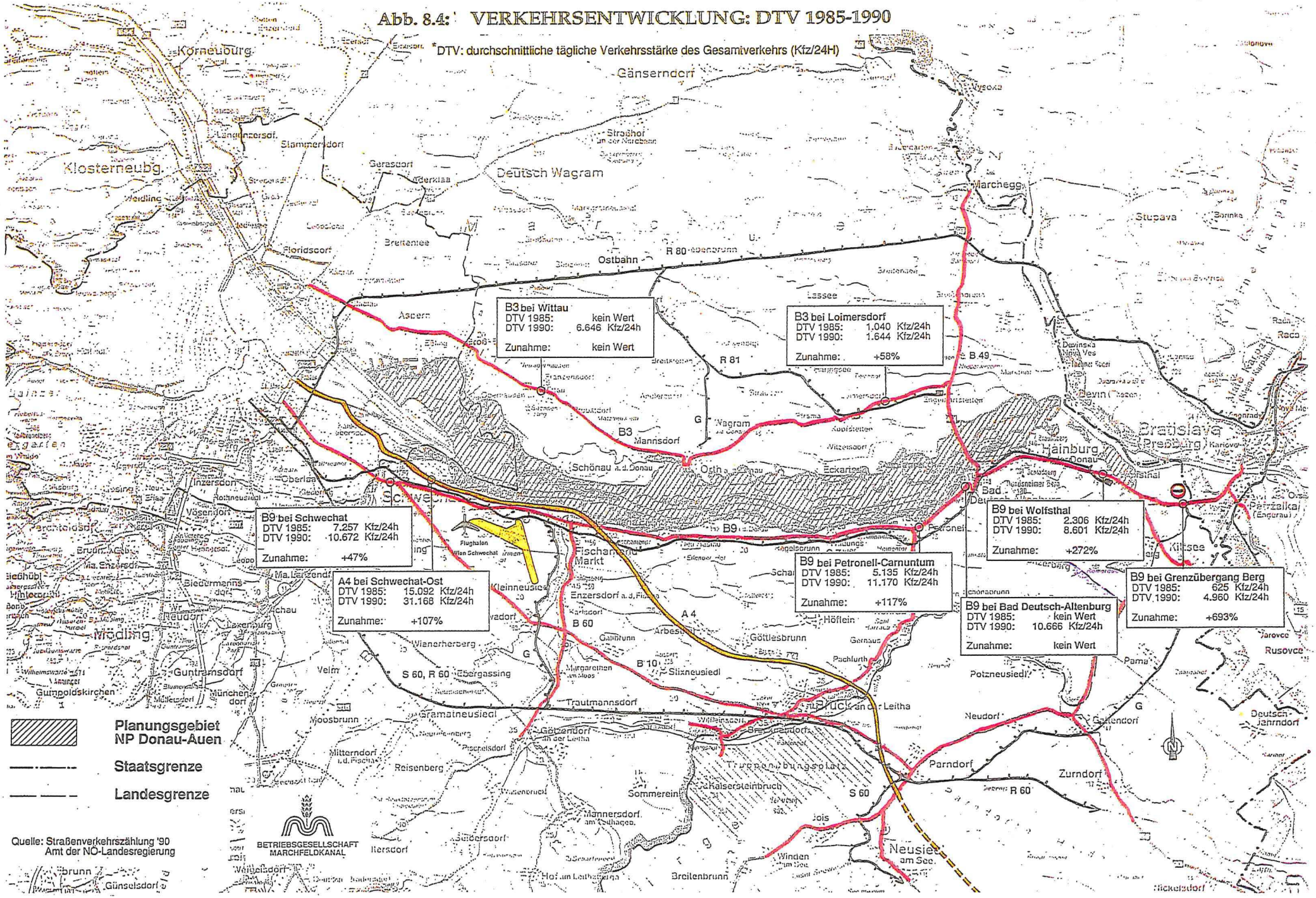
NATIONALPARK ALS FAKTOR DER REGIONALENTWICKLUNG

Ein Nationalpark hat nicht nur die Erhaltung und den Schutz ökologisch einzigartiger Naturlandschaften zum Ziel, sondern stellt darüberhinaus auch einen wesentlichen Faktor der Regionalentwicklung dar.

Wie jedes Projekt dieser Größenordnung bringt der Nationalpark Donau-Auen neben positiven Auswirkungen auch Einschränkungen mit sich. Wie bereits ausgeführt, werden durch das Schutzerfordernis des Nationalparks Nutzungsänderungen oder

Abb. 8.4: VERKEHRSENTWICKLUNG: DTV 1985-1990

*DTV: durchschnittliche tägliche Verkehrsstärke des Gesamtverkehrs (Kfz/24H)



-beschränkungen (z.B. bei der Forstwirtschaft, Jagd, Fischerei) notwendig. Alle Einschränkungen werden entschädigt. Angebote für Grundtausch auf freiwilliger Basis und Pflegeprämien sind nach diesem Konzept möglich.

Wie Beispiele anderer Nationalparks zeigen, ist eine Reihe positiver Auswirkungen zu erwarten. So konnte z.B. durch die Einrichtung des Nationalparks Bayerischer Wald Anfang der 70er-Jahre ein bis dato nicht vorhandener Aufenthaltstourismus entwickelt werden. Investitionen in die Infrastruktur (z.B. in den Ausbau Öffentlicher Verkehrsmittel) im Zusammenhang mit dem Nationalpark kamen der gesamten Region zugute. Ein Nationalpark bietet eine langfristige Entwicklungsperspektive und eröffnet der Region, den Gemeinden, den Wirtschaftstreibenden und dem Einzelnen eine Reihe von Chancen:

* **Imagegewinn:**
  Durch das Markenzeichen Nationalpark erhält die Region ein unverwechselbares Image. Für die Bevölkerung kann ein Nationalpark Donau-Auen zum identitätsbildenden und -fördernden Faktor werden, für Besucher zusätzlicher Anziehungspunkt. Die zahlreichen Kulturschätze der Region (Archäologiepark Carnuntum, Marchfeldschlösser, Museen) bilden eine passende Ergänzung und sind bereits heute beliebte Reiseziele für Besucher. Durch Kombinationsangebote (z.B. Natur/Kultur) kann für Besucher ein Anreiz zu längeren Aufenthalten in der Region gegeben werden.

* **Wirtschaftliche Impulse:**
  Die Wirtschaft profitiert bei der Errichtung und beim Betrieb eines Nationalparks durch zusätzliche Aufträge im Baugewerbe, im Handel sowie im Dienstleistungssektor. Die bessere Auslastung im Gastgewerbe und in Beherbergungsbetrieben schafft Anreize zur Qualitätsverbesserung. Der höhere Bekanntheitsgrad der Region bedeutet bessere Vermarktungschancen für Produkte aus der Region.

* **Arbeitsplätze:**
  Der Betrieb des Nationalparks sichert bestehende Arbeitsplätze durch Einsatz des dzt. tätigen Personals (v.a. aus den bestehenden Forstverwaltungen) und schafft zusätzliche Arbeitsplätze vor allem im Bereich der Besucherbetreuung und -information. Darüberhinaus sind langfristig beträchtliche Beschäftigungseffekte in der Tourismuswirtschaft zu erwarten.

* **Einnahmen für die Gemeinden:**
  Steigende Einnahmen für die Gemeinden resultieren vor allem aus der Getränkesteuer, der Gewerbe- und Lohnsummensteuer sowie aus Fremdenverkehrsabgaben. Durch die geplante Steuerreform 1994 kommt es voraussichtlich zur Abschaffung der Gewerbesteuer und Ersatz der Lohnsummensteuer durch eine Kommunalabgabe. Diese Änderungen konnten in den folgenden Berechnungen noch nicht berücksichtigt werden.

Die Einrichtung eines Nationalparks Donau-Auen kann aber auch für Land und Bund Anlaß bieten, in dieser "Umwelt-Musterregion" verstärkt finanzielle Mittel für Maßnahmen im Umweltbereich zur Verfügung zu stellen, wie etwa für Kanalisation, Kläranlagen, Fernwärme, Müllentsorgung oder Öffentliche Verkehrsmittel. Für die Gemeinden stellt ein Nationalpark ein entscheidendes Argument hiefür dar.

Entscheidend für die Wirksamkeit regionalwirtschaftlicher Effekte ist die Akzeptanz des Projekts Nationalpark Donau-Auen durch die betroffene Bevölkerung sowie deren Bereitschaft, die sich daraus ergebenden Möglichkeiten auch zu nützen. Dem Nationalpark kann hier die Rolle eines Partners oder Vermittlers zukommen, der bei bestimmten Vorhaben bzw. bei der Kontaktaufnahme zu Institutionen behilflich sein oder zumindest Auskunft über bestehende Möglichkeiten geben kann.

Auszug aus den Stellungnahmen

Die angeführten regionalwirtschaftlichen Auswirkungen werden in ihrer Gesamtheit und relativ betrachtet eher gering eingestuft, dies gilt sicher im besonderen für Wien. Schwer meßbare, aber äußerst positive Effekte könnten sich jedoch aus einer Verbesserung der Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Wien für internationale und hochrangige Betriebsansiedlungen (Stichwort: Headquarters zur Betreuung Mittel- und Osteuropas) ergeben, da der Freizeitwert ein in steigendem Ausmaß bedeutender Standortfaktor ist. Ein international bekannter Nationalpark innerhalb einer bedeutenden Wirtschaftsregion im Zentrum Europas dürfte ziemlich einmalig und ein entsprechender indirekter Standortvorteil für hochrangige Betriebsansiedlungen sein. Vergleichbare Wirkungen wären auch für den Städtetourismus denkbar (Stellungnahme der Wiener Handelskammer).

QUANTIFIZIERUNG REGIONALWIRTSCHAFTLICHER EFFEKTE

Auf Grundlage der Ausführungen in den Kap. 6, 7 und 9 wurde eine Quantifizierung der wichtigsten regionalwirtschaftlichen Effekte durchgeführt, die durch Errichtung und Betrieb eines Nationalparks Donau-Auen erwartet werden (Tab. 8.1 und 8.2).

In den nachstehenden Ausführungen werden die Aussagen betreffend die Varianten 1, 2 und 3.1 zusammengefaßt bzw. Bandbreiten angegeben, da sich diese drei Varianten hinsichtlich ihrer Struktur und Größe nicht wesentlich voneinander unterscheiden.

Variante 3.2 wird aufgrund ihrer deutlich geringeren Gebietsgröße (und damit geringeren Besucherzahlen, Ausstattung, Personalaufwand etc.) gesondert diskutiert.

Tab. 8.1: ERWARTETE REGIONALWIRTSCHAFTLICHE EFFEKTE BEI VERWIRKLICHUNG VON VARIANTE 1, 2 ODER 3.1

Umsatzeffekte in der Bauwirtschaft	**rund öS 45 - 70 Mio. (einmalig)**
Umsatzeffekte in der Tourismuswirtschaft	**rund öS 65 - 87 Mio. jährlich**
Mehreinnahmen für Gemeindehaushalte	**rund öS 1,19 - 1,60 Mio. jährlich**
davon aus	
o Getränkesteuer	rund öS 0,50 - 0,65 Mio. jährlich
o Lohnsummensteuer	rund öS 0,56 - 0,80 Mio. jährlich
o Fremdenverkehrsabgaben	rund öS 0,13 - 0,15 Mio. jährlich

Beschäftigungseffekte

o Durch die Einrichtung einer Nationalparkverwaltung

Sicherung von	**50 - 55 Dauerarbeitsplätzen**
Schaffung von zusätzlichen	**30 - 35 Dauerarbeitsplätzen** **12 saisonalen Arbeitsplätzen**

o Durch Umsatzzuwächse in der Tourismuswirtschaft

Schaffung von zusätzlichen.	**50 - 80 Dauerarbeitsplätzen**

Umsatzeffekte in der Bauwirtschaft

Bei den Varianten 1, 2 und 3.1 erfordern die Errichtung, Adaptierung und Ausstattung der erforderlichen Nationalparkinfrastruktur (2 Nationalparkzentren, 4-5 Info-Stellen, Naturlehrpfade etc.) Investitionen in Höhe von öS 28 bis 43 Mio. Dadurch können unter Berücksichtigung eines gewichteten volkswirtschaftlichen Umsatzmultiplikators von 1,6 Gesamtumsätze in Höhe von etwa öS 45 bis 70 Mio. ausgelöst werden. Es gilt als sicher, daß die regionale Bauwirtschaft von der Projektrealisierung in erheblichem Maße (Umsatz- und Beschäftigungseffekte) profitieren wird.

Bei Verwirklichung von Variante 3.2 ist aufgrund der geringeren Ausstattung mit Nationalparkeinrichtungen (1 Nationalparkzentrum, 1 Info-Stelle) ein Gesamtumsatz in Höhe von etwa öS 25 Mio. zu erwarten.

Tab. 8.2: ERWARTETE REGIONALWIRTSCHAFTLICHE EFFEKTE BEI VERWIRKLICHUNG VON VARIANTE 3.2

Umsatzeffekte in der Bauwirtschaft	**rund öS 25 Mio. (einmalig)**
Umsatzeffekte in der Tourismuswirtschaft	**rund öS 33 - 45 Mio. jährlich**
Mehreinnahmen für Gemeindehaushalte	**rund öS 0,54 - 0,76 Mio. jährlich**
davon aus	
o Getränkesteuer	rund öS 0,21 - 0,32 Mio. jährlich
o Lohnsummensteuer	rund öS 0,26 - 0,34 Mio. jährlich
o Fremdenverkehrsabgaben	rund öS 0,07 - 0,10 Mio. jährlich

Beschäftigungseffekte

o Durch die Einrichtung einer Nationalparkverwaltung

Sicherung von	**25 - 30 Dauerarbeitsplätzen**
Schaffung von zusätzlichen	**20 Dauerarbeitsplätzen**
3 saisonalen Arbeitsplätzen	

o Durch Umsatzzuwächse in der Tourismuswirtschaft

Schaffung von zusätzlichen	**20 - 35 Dauerarbeitsplätzen**

Umsatzeffekte in der Tourismuswirtschaft

Basierend auf den derzeitigen Besucherzahlen der Region (rund 900.000 Tagesgäste/Jahr; Tab. 8.1) wird langfristig ein erwarteter Zuwachs von 160.000 - 210.000 Tagesgästen/Jahr prognostiziert. Dazu kommt eine erwartete Zunahme der Nächtigungszahlen um 17.000 bis 19.000.

Durch Ausgaben von zusätzlichen Tages- und Logiergästen sind Umsätze in Höhe von rund öS 41 bis 54 Mio./Jahr zu erwarten. Unter Berücksichtigung eines gewichteten volkswirtschaftlichen Umsatzmultiplikators von 1,6 kann dadurch in der Region ein Gesamtumsatz von rund öS 65 bis 87 Mio./Jahr ausgelöst werden.

Bei Variante 3.2 werden trotz der vergleichsweise geringen Gebietsgröße erhebliche Zuwächse sowohl bei den Tages- als auch bei den Nächtigungstouristen erwartet. Das daraus resultierende Gesamtumsatzplus in der Region wird auf rund öS 33 bis 45 Mio. geschätzt.

Beschäftigungseffekte

Der Personalbedarf der Verwaltung eines Nationalparks Donau-Auen in den Varianten 1, 2 und 3.1 beträgt zwischen 83 und 86 Beschäftigten (Kap. 7). Ein großer Teil dieses Personalbedarfs kann durch die Integration bestehender Personalstrukturen (v.a. der Forstverwaltungen Eckartsau und Lobau) gedeckt werden.

Insgesamt werden neben der Sicherung bestehender Arbeitsplätze zusätzlich rund 30 bis 35 Dauerarbeitsplätze und etwa 12 saisonale Arbeitsplätze geschaffen, die vorwiegend mit einheimischen Arbeitskräften zu besetzen sind.

Aufgrund der erwarteten Umsatzzuwächse in der Tourismuswirtschaft ist langfristig mit zusätzlichen 50 bis 80 Dauerarbeitsplätzen zu rechnen. Darüberhinaus wird eine erhebliche Zahl vorhandener Arbeitsplätze in diesem Wirtschaftsbereich gesichert.

Bei Realisierung der Variante 3.2 wird der Personalbedarf der Nationalparkverwaltung auf 48 Personen geschätzt, von denen knapp 30 aus bestehenden Personalständen rekrutiert werden können. Neben den somit rund 20 zusätzlichen Dauerarbeitsplätzen besteht ein Bedarf an drei saisonalen Arbeitskräften.

Langfristig ist bei Variante 3.2 mit 20 bis 35 zusätzlichen Dauerarbeitsplätzen in der Tourismuswirtschaft zu rechnen.

Mehreinnahmen für die Gemeindehaushalte

Aus den Varianten 1, 2 und 3.1 sind für die Gemeinden der Region positive Effekte durch zusätzliche Einnahmen aus der Getränke- und Lohnsummensteuer sowie aus Fremdenverkehrsabgaben in Höhe von rund öS 1,2 bis 1,6 Mio./Jahr zu erwarten.

Aus Variante 3.2 werden für die Gemeinden aus o.a. Steuern bzw. Abgaben zusätzliche Einnahmen in Höhe von rund öS 540.000,-- bis 760.000,-- prognostiziert.

Eine Abschätzung zusätzlicher Einnahmen aus der Gewerbesteuer konnte aufgrund fehlender Ausgangsdaten (Unternehmensgewinn) nicht vorgenommen werden.

9. KOSTEN

GRUNDLAGEN UND RAHMENBEDINGUNGEN

Die zu erwartenden Kosten gliedern sich in:

* Errichtungskosten des Nationalparks
* Betriebskosten (inkl. Flächensicherung) des Nationalparks
* Investitionskosten wasserbaulicher Maßnahmen

Die Kostenschätzung wird bei den einzelnen Kostenarten zunächst für das gesamte Planungsgebiet als Referenz-Szenario durchgeführt. Davon ausgehend werden unter Berücksichtigung der wichtigsten Einflußfaktoren die Kosten für die weiteren Varianten ermittelt.

Unter Beachtung des zeitlichen Anfalls der Betriebskosten wird zur Erleichterung der Liquiditäts- bzw. Budgetplanung abschließend der Mittelbedarf für die ersten 30 Jahre angeführt.

Der Berechnung der Kosten liegen folgende Annahmen zugrunde:

- **dauerhafter Betrieb** des Nationalparks.
- **Eigenbearbeitung** soweit eine Vollauslastung bzw. Ganzjahresbeschäftigung absehbar ist
- **Überbrückung saisonaler Schwankungen** durch Abschluß von Werkverträgen
- **Auslagerung von Aktivitäten,** die extern kostengünstiger bearbeitet werden können
- **Gleichbehandlung von privatem und öffentlichem Grundbesitz**
- **Entschädigungszahlungen** auf Basis von **Netto-Ertragswerten**
- Abgeltung des **Verkehrswertes bei Grundstückstransaktionen bzw. bei Einlösungen** nach dem Nationalpark- bzw. Naturschutzgesetz

Die vorliegenden Zahlenangaben beruhen auf Erfahrungswerten der Forstverwaltungen Lobau und Eckartsau sowie der Nationalparkplanung, mündlichen Erhebungen bei privaten Grundbesitzern, Nutzungsberechtigten und einschlägig tätigen Experten. Ebenso wurden die fachlichen Stellungnahmen der Vertreter der Nationalparkvorbereitungskommission berücksichtigt.

KOSTEN DER ERRICHTUNG EINES NATIONALPARKS (einmalig)

Nationalparkzentren

Baukosten:

Um im Bereich Personal das erforderliche Raumprogramm festlegen zu können, wird ein Flächenbedarf von ca. 20 m² je Mitarbeiter inklusive anteiliger Nebenräume (Garderobe, WC, Teeküche) angenommen. Mindestens 30-35 Mitarbeiter werden in den Nationalparkzentren beschäftigt sein (die übrigen sind in den - bereits bestehenden - Forstverwaltungen tätig bzw. haben Außendienst), sodaß sich ein Flächenbedarf von 600 m^2 ergibt (Variante 3.2 ca. 400 m^2).

Vorzusehen sind weiters Räumlichkeiten für die Bibliothek, die Lagerung von Material und die Organisation von Veranstaltungen (Flächenbedarf: 200 m^2).

Der zweite Schwerpunkt des Raumprogramms betrifft den Ausstellungsbereich, für den allein in den Nationalparkzentren 700 m^2 bereitgestellt werden müssen, um ein entsprechendes Bildungsangebot ermöglichen zu können.

Geht man somit von einem Flächenbedarf von 1.500 m^2 aus, so sind bei einem Errichtungspreis von öS 20.000/m^2 für die Nationalparkzentren Baukosten von öS 30,0 Mio. zu erwarten. Bei der Variante 3.2 wird nur ein Besucherzentrum, allerdings mit einer Fläche von 1.000 m^2 vorgeschlagen (Kosten öS 20,0 Mio.). Diese Kostenrahmen können auch im Falle einer Generalsanierung bereits bestehender, historisch wertvoller Gebäude als Ausgangsbasis herangezogen werden.

Heizungsanlage:

Bei einer Gesamtfläche von 1.500 m^2 müssen die Heizungsanlagen über 120 kW verfügen, wofür rund öS 0,6 Mio. veranschlagt werden (Variante 3.2 öS 0,4 Mio.).

Büroeinrichtung:

Hier ist der Investitionsbedarf (Schränke, Regale, Schreibtische und Sessel) für die ständig in den Nationalparkzentren arbeitenden Personen mit öS 1,0 Mio. (durchschnittlicher Aufwand von öS 30.000,--/Person) enthalten. Hinzu kommt noch die Ausstattung für Rezeption sowie für Seminar- und Aufenthaltsräume. Insgesamt ist daher mit einem Aufwand von öS 1,6 Mio. (Variante 3.2 öS 1,0 Mio.) zu rechnen.

Telefonanlage:

Die Kosten für den Kauf einer Telefonanlage mit ca. 30 Nebenstellen und den erforderlichen Leitungen sind mit rund öS 0,5 Mio. zu budgetieren. Bei der Variante 3.2 werden öS 0,3 Mio. (ca. 15-20 Nebenstellen) angenommen.

EDV:

Die Software-Ausgaben für Forschung (Spezialprogramme) und die übrigen Aufgabenbereiche (insbesondere Textverarbeitungs-, Graphik-, Kalkulations- und Buchhaltungsprogramme) können mit öS 0,6 Mio. veranschlagt werden. Hinzu kommt noch der Ankauf von PC's, wofür weitere öS 0,3 Mio. (Variante 3.2 öS 0,2 Mio.) aufzuwenden sind.

Ausstellung:

Der Flächenbedarf für die Ausstellungen wurde auf 700 m^2 (ca. 350 m^2 je Besucherzentrum) geschätzt. Erfahrungswerte aus dem Bereich der Ausstellungsarchitektur zeigen, daß für die Grundausstattung mit einem Betrag von öS 3.000,--/m^2 zu rechnen ist. In Anlehnung daran wurden als Kosten öS 2,1 Mio. angesetzt.

Fuhrpark:

Der zur Durchführung des Arbeitsprogramms erforderliche Fuhrpark ist in den Forstverwaltungen weitgehend vorhanden. Zusätzliche Fahrzeuge sollten sukzessive angekauft werden (siehe Betriebskosten).

Infrastruktur

Lokale Informationsstellen:

Um an den wichtigsten Zugangspunkten eine Eingangssituation zu schaffen, werden 4 bis 5 Informationsstellen (Variante 3.2: 1 Info-Stelle) vorgeschlagen (Kap. 6).

Bei einem Flächenbedarf von ca. 40 m^2 und einer Ausführung in Holzbauweise sind inklusive der sanitären Einrichtungen Kosten in Höhe von öS 0,3 Mio. je Informationsstelle zu erwarten.

Naturlehrpfade:

Für Adaptierungs- und Gestaltungsarbeiten (Kennzeichnung, Wegesicherung, Gestaltung von Beobachtungsplätzen etc.) ist in Abhängigkeit von Lage, Größe und Ausstattung ein Aufwand von öS 0,4 Mio. pro Lehrpfad zu erwarten. Es ist mit der Einrichtung von 3 bis 4 Lehrpfaden (Variante 3.2: 1 Lehrpfad) zu rechnen.

Aussichtswarte:

Die Kosten für eine Aussichtsplattform in Holzbauweise mit entsprechenden Sicherheitseinrichtungen (z.B. Zwischenplattformen) können mit rund öS 0,6 Mio. veranschlagt werden.

Tierfreigehege:

Die Schaffung eines Tierfreigeheges ist als eine der Hauptattraktionen für die Besucher vorgesehen. Als Kostenfaktoren sind hier Lenkungsmaßnahmen, ein sicherer Zaun und diverse bauliche Maßnahmen anzuführen. Der Preis für einen 2 m hohen Metallzaun kann mit ca. öS 300,--/lfm beziffert werden, wodurch bei einem Umfang von rund 5 km inkl. Sachaufwand Kosten in Höhe von öS 1,8 Mio. entstehen. Bei der Variante 3.2 wird ein kleineres Areal mit einem Aufwand von öS 0,9 Mio. angenommen.

Parkplätze:

Für den Aushub und die Schotterung von zusätzlichen 100 Parkplätzen wurde ein Aufwand in der Höhe von öS 0,8 Mio. ermittelt (Variante 3.2: 25 Parkplätze).

Tab. 9.1: KOSTEN DER ERRICHTUNG EINES NATIONALPARKS (EINMALIG) IN MIO. öS

	Variante 1	Variante 2	Variante 3.1	Variante 3.2
I) Nationalpark-Zentren				
Baukosten	30,0	30,0	30,0	20,0
Heizung	0,6	0,6	0,6	0,4
Einrichtung	1,6	1,6	1,6	1,0
Telefon	0,5	0,5	0,5	0,3
EDV	0,9	0,9	0,9	0,8
sonstige Geräte	0,2	0,2	0,2	0,2
Ausstellung	2,1	2,1	2,1	1,2
SUMME I	**35,9**	**35,9**	**35,9**	**23,9**
II) Nationalpark-Infrastruktur				
lokale Info-Stellen	1,5	1,5	1,2	0,3
Naturlehrpfad	1,2	1,6	1,2	0,4
Aussichtswarte	0,6	0,6	0,6	0,6
Tierfreigehege	1,8	1,8	1,8	0,9
Parkplätze	0,8	0,8	0,8	0,2
Sonstiges	0,5	0,5	0,5	0,3
SUMME II	**6,4**	**6,8**	**6,1**	**2,7**
GESAMTSUMME	**42,3**	**42,7**	**42,0**	**26,6**

NP-kost

Sonstiges:

Im Nationalpark und in seinem näheren Umkreis ist mit einem Bedarf von rund 30-50 Informationsständen bzw. -schildern zu rechnen. Da die Förderung des öffentlichen Verkehrs ein wesentlicher Gesichtspunkt der Besucherlenkung ist, sollte diese Zahl verdoppelt werden, um die potentiellen Gäste schon frühzeitig bei den Besucherquellen informieren zu können. Je nach technischer Ausführung der erforderlichen Hinweisschilder bzw. Infotafeln können die Kosten mit öS 0,5 Mio. beziffert werden.

Wegenetz:

Da das Wegenetz gut ausgebaut ist, werden de facto nur für Rückbau bzw. Wegesicherung Kosten erwachsen, die aber dem laufenden Aufwand hinzuzurechnen sind.

KOSTEN DES BETRIEBS DES NATIONALPARKS DONAU-AUEN

Personal

Wie eine Analyse der Ist-Situation bei den bestehenden Einrichtungen ergab, ist mit einem durchschnittlichen Aufwand von öS 450.000,-- je Person (inkl. Lohnnebenkosten, aber ohne Abfertigung und allfälliger Pensionszahlungen) zu rechnen.

Für 12 auf Werkvertragsbasis während der besucherintensiven Zeit beschäftigte Mitarbeiter werden in Summe öS 1,2 Mio. sowie für Aus- und Weiterbildung öS 0,2 Mio. angesetzt.

Bei 86 ständig Beschäftigten und Überbrückung saisonaler Schwankungen durch Werkvertragnehmer ergeben sich somit für die Variante 2 jährliche Kosten in Höhe von öS 41,0 Mio. In Abhängigkeit vom jeweiligen Personalbedarf (Kap. 7.3) verringert sich dieser Betrag auf öS 38,6 Mio. (Variante 1 und Variante 3.1) bzw. öS 22,0 Mio. (Variante 3.2).

Zum Zeitpunkt der Entscheidung für einen Nationalpark Donau-Auen zu berücksichtigen sind überdies die bis dahin erfolgten Lohnerhöhungen, ebenso aber auch eventuelle Sondervereinbarungen mit der Arbeitsmarktverwaltung, die z.B. im Falle des Nationalparks Bayerischer Wald jährlich die Freistellung von 30 Arbeitern während der Wintermonate übernimmt.

Büro- und Sachaufwand

Hier werden für die gesamte Nationalparkverwaltung für verschiedene Positionen (Büromaterial, Porti, Energie, Telefon, ...) öS 4,0 Mio. aufgrund bisheriger Erfahrungswerte angenommen (Variante 3.2 lediglich öS 2,5 Mio., da der flächenabhängige Sachaufwand geringer ist).

Rund die Hälfte davon entfällt auf Fuhrpark sowie Maschinen- und Geräteeinsatz. Letzterer wird sich mit dem Auslaufen der waldbaulichen Maßnahmen sukzessive verringern.

Während bestimmte Kosten im Vergleich zur Ist-Situation überhaupt wegfallen, da z.B. Aufforstungen und Fütterungen der Nationalparkzielsetzung nicht entsprechen, werden andere steigen (z.B. Energie- und Materialverbrauch für die Besucherzentren).

Öffentlichkeitsarbeit

Da allein schon für Medien (Broschüren, Info-Falter, Nationalparkzeitung, Nationalparkführer) rund öS 3,0 Mio. anfallen werden und im Rahmen der Besucherbetreuung und Bürgerinformation zahlreiche Veranstaltungen (Exkursionen, Vorträge, Workshops, ...) durchzuführen sind, ist zumindest ein Budget von öS 4,0 Mio. (Variante 3.2: öS 3,0 Mio.) erforderlich.

Kern der Informationstätigkeit wird die Herausgabe schriftlicher Informationsmedien sein, die je nach Umfang, Auflage und Erscheinungsweise einen Aufwand von rund öS 1,5 Mio. verursachen werden.

Forschung

Mit einem Betrag von öS 3,0 Mio. (Variante 3.2 öS 1,0 Mio.) könnte für ergänzende Grundlagenarbeiten und Dauerbeobachtungsaufgaben das Auslangen gefunden werden. Ebenfalls darin enthalten sind die Kosten für spezifische wissenschaftliche Symposien sowie für den Aufbau von Archiv und Bibliothek.

Investitionen

Der laufende Aufwand der Nationalparkverwaltung für Instandhaltungsarbeiten und Ersatz-Investitionen kann - wie die bei den Forstverwaltungen schon jetzt regelmäßig anfallenden Kosten zeigen - durchschnittlich öS 4,0 Mio. (Variante 3.2 öS 2,0 Mio.) betragen und sich wie folgt zusammensetzen:

Gebäudeinstandhaltung (Fassadenarbeiten, Dachreparatur, ...)	öS 2,0 Mio.
Wegeinstandhaltung, Nationalparkinfrastruktur	öS 1,3 Mio.
Fuhrpark, Geräte, Büroeinrichtung	öS 0,7 Mio.
	öS 4,0 Mio.

Flächensicherung

Die Entschädigungszahlungen für Nutzungsänderungen bzw. -einstellung werden auf Basis von Netto-Ertragswerten berechnet, da

- eine **Einbeziehung privater Flächen nur auf freiwilliger Basis**
- bzw. ein Ankauf eben dieser auf Verkehrswertbasis (siehe Rücklage für Flächensicherung)

vorgesehen ist.

Die Abgeltung von Wirtschaftserschwernissen, Restbetriebsbelastungen und dgl. konnte mangels Auftrages für Detailverhandlungen nicht abgeschätzt werden. Wie die Gespräche mit den diversen betroffenen Zielgruppen bisher zeigten, sind diesbezüglich aber keine (hohen) Entschädigungsforderungen zu erwarten.

Wald

Die Waldfläche des Planungsgebietes umfaßt rund 7.100 ha, die zu 85 % der Strengen Naturzone und zu 15 % der Historischen Zone zugeordnet wurden (Kap. 4).

Als erntekostenfreier Erlös wurde - unter Berücksichtigung der durchschnittlichen Baumartenverteilung und -sortierung - ein Durchschnittswert von öS 1.700,--/ha ermittelt, der für die Strenge Naturzone schon von Beginn an von der Nationalparkverwaltung jährlich voll zu entschädigen wäre.

Zur Erreichung des nationalparkkonformen Zustandes in der Strengen Naturzone sind während eines Zeitraumes von etwa 30 Jahren auch Pflegemaßnahmen vorgesehen. Das dabei anfallende Holz kann von der Nationalparkverwaltung wirtschaftlich verwertet werden. Die daraus resultierenden Einnahmen wurden für die Variante 2 während der gesamten Übergangsphase mit durchschnittlich öS 1,0 Mio. jährlich abgeschätzt und würden den Aufwand in ebendiesem Ausmaß reduzieren (bei den anderen Varianten aliquot).

Für die Historische Zone, in der auf Dauer forstliche Maßnahmen bei gleichzeitiger Naturverjüngung mit heimischen und standortgerechten Baumarten durchgeführt werden, ist für die Abgeltung des dadurch bedingten Minderertrages ein Betrag von öS 400,--/ha jährlich vorgesehen. (Anm.: Die Erlöse aus Brennholzverkauf fließen den Grundbesitzern weiterhin direkt zu.)

Wiesen

Aus den im Kap. 2 näher angeführten Gründen sollen alle Wiesen im Nationalpark weiter gemäht werden. Als Mähprämie werden öS 1.000,--/ha angesetzt.

Äcker

Für Ackerflächen im Nationalpark sind keine Einschränkungen der derzeitigen landwirtschaftlichen Nutzung vorgesehen (vgl. Kap. 2.3 und Kap. 4) und daher auch keine Entschädigungszahlungen zu leisten.

Jagd

Der durchschnittliche Pachtschilling beträgt öS 500,--/ha/Jahr. Unterstellt man 50 % Ertragsminderung, so wären öS 250,--/ha bzw. für das gesamte Gebiet (= Variante 2) öS 2,9 Mio. jährlich zu entschädigen.

Dieser Aufwand ist vorsichtig geschätzt, da die Regulierung der Schalenwildarten (Anteil am Wildbestand ca. 90 %) weiterhin vorgesehen ist (Kap. 2, 3 und 4).

Auszug aus den Stellungnahmen

> Auch das Umweltbundesamt vertritt in seiner Stellungnahme zur Kosten-Nutzen-Analyse die Meinung, daß die angenommene Ertragsminderung aufgrund der sehr hohen jagdlichen Güte des Planungsgebietes nicht wirklich voll einzutreten brauche.

Fischerei

Bei der Fischerei wird es nationalparkspezifische Regelungen (z.B. Ausweitung der Schongebiete) geben, konkrete Auswirkungen konnten in den bisherigen Gesprächen mit Vertretern der Fischer aber nicht quantifiziert werden. Allfälligen Nutzungsänderungen stehen wesentliche (ökologische) Verbesserungen (zusätzlich befischbare Wasserflächen ca. 200 ha, Wegfall von Besatzkosten von derzeit öS 1,5 Mio.) gegenüber.

Aus Gründen der Vorsicht wird aber für das Gesamtgebiet - wo für die jährlichen Pachteinnahmen derzeit rund öS 4,2 Mio. betragen (Quellen: Fischereirevierverband II und Stadt Wien) der Pachtschilling je nach Nachfrage und Güte der Reviere aber unterschiedlich hoch ist - ein jährlicher Entschädigungsaufwand von öS 1,4 Mio. bzw. eine 30 %-ige Ertragsminderung angenommen.

Auszug aus den Stellungnahmen

> Das Umweltbundesamt vertritt in seiner Stellungnahme zur Kosten-Nutzen-Analyse hingegen die Meinung, daß durch den Nationalpark eine Bereicherung des Lebensraumes geboten werden kann und eine tendenziell höhere Zahlungsbereitschaft der Fischer damit verbunden ist.

Tab. 9.2: BETRIEBSKOSTEN DES NATIONALPARKS IN MIO. öS

	Variante 1	Variante 2	Variante 3.1	Variante 3.2
I) Betrieblicher Aufwand:				
* Personal	38,6	41,0	38,6	22,0
* Büro-/Sachaufwand	4,0	4,0	4,0	2,5
* Öffentlichkeitsarbeit	4,0	4,0	4,0	3,0
* Forschung	3,0	3,0	3,0	1,0
* Investitionen	4,0	4,0	4,0	2,0
SUMME I	**53,6**	**56,0**	**53,6**	**30,5**
II) Flächensicherung:				
* Wald	7,5	9,8	8,1	2,5
* Jagd	2,3	2,9	2,4	0,7
* Fischerei	1,3	1,4	1,0	0,5
* Wiesen	0,7	0,8	0,7	0,1
SUMME II	**11,8**	**14,9**	**12,2**	**3,8**
Betriebskosten	65,4	70,9	65,8	34,3
III) Rücklage Flächenankauf	10,0	10,0	10,0	10,0
GESAMTSUMME *)	**75,4**	**80,9**	**75,8**	**44,3**

betrkost

Rücklage für Flächenankauf

Der Anteil der privaten Grundbesitzer schwankt bei den einzelnen Varianten zwischen 17 % und 31 % (die Variante 1 wurde dabei ausgeklammert, da sie nur von Flächen im Eigentum der öffentlichen Hand und der Forschungsgemeinschaft Auenzentrum Petronell ausgeht) und beträgt (Kap. 3) bei der

Variante 2: 2.190 ha
Variante 3.1: 1.590 ha
Variante 3.2: 840 ha

Da bei diesen privaten Flächen mit freiwilligen Tauschwünschen und Verkaufsabsichten zu rechnen ist, wird die Einrichtung eines Sammelkontos zur Bildung von jährlichen Rücklagen für den - aperiodisch anfallenden - Flächenankauf vorgeschlagen. Diese Politik des sukzessiven Flächenerwerbes hätte folgende Vorteile:

- für die Gebietskörperschaften:
  - budgetmäßig leichter darstellbar,
  - kein verlorender Aufwand (wie bei Entschädigungszahlungen), sondern Eigentumserwerb (= Tausch von Aktiva),
  - günstige Gelegenheiten bzw. Marktsiuationen können - wie Erfahrungen im Bereich des Bundes zeigen - ausgenützt werden,

- mangels Nachfrageboom bleibt das örtliche Preisniveau (relativ) stabil,
- Ankauf ist im Hinblick auf die unbeschränkte Pachtdauer kostengünstiger.

o für die privaten Grundbesitzer:
- Verkehrswertminderung durch Naturschutzauflagen ist nicht zu fürchten, da der Nationalpark auf Wunsch als Käufer auftritt.

Wie der Flächenstatistik (Kap. 3) im Detail zu entnehmen ist, handelt es sich auch beim privaten Grundbesitz überwiegend um Waldflächen, für die bei Grundstückstransaktionen in vergleichbarer Lage in den Bezirken Bruck und Gänserndorf in den letzten zehn Jahren je nach Bonität Durchschnittspreise zwischen öS 10,--/m^2 und öS 15,--/m^2 erzielt wurden.

Orientiert man sich nun eher an der Obergrenze, so bedeutet das, daß bei einer jährlichen Dotierung der Rücklage in einer Höhe von öS 10,0 Mio. der Erwerb privater Flächen bei der Variante 2 nach 30 Jahren (ebenso bei der Variante 1 als "Übergangsvariante" zur Variante 2), bei der Variante 3.1 nach 20 Jahren und bei der Variante 3.2 nach 10 Jahren zur Gänze finanziert werden kann.

Auszug aus den Stellungnahmen

Im August 1993 fand eine Besprechung mit der im Bundesministerium für Finanzen (BMF) für Bewertungsfragen zuständigen Fachabteilung statt, in deren Verlauf von MR Dr. Lindemann die Bedenken des BMF bezüglich der in der ersten Fassung des Kostenkapitels als zu gering angesehenen Entschädigungsbeträge zum Ausdruck gebracht wurden.

Die daraus resultierenden Anregungen und sachdienlichen Informationen des BMF waren wesentlicher Bestandteil bei der weiteren Bearbeitung des Endberichtes, zu dem das BMF wie folgt Stellung nimmt:

> Der nunmehr auszugsweise vorgelegte Entwurf eines Endberichtes zeigt, daß die Entschädigungsansätze für Wald praktisch unverändert beibehalten wurden (Durchschnitt öS 1.700,00/ha/Jahr). Es werden auf Informationen des BMF beruhende Waldverkehrswerte angeführt, die sich zwischen öS 10,00 und öS 15,00 je m^2 bewegten.
>
> Die Entschädigungen für die Jagd wurden mit der früheren Obergrenze angesetzt (öS 2,9 Mio.).
>
> Für Wiesen soll nunmehr eine Mähprämie in Höhe von öS 1.000,--/ha statt eines Entgeltes von 50 - 100 % des ursprünglich veranschlagten Pachtzinses (öS 500,00 bis öS 1.000,00/ha) zuerkannt werden.

Bei der Fischerei wird nun ein jährlicher Entschädigungsaufwand von öS 1,4 Mio statt vorher öS 0,4 Mio. angenommen.

Es wird erneut darauf hingewiesen, daß nach den Erfahrungen der ho. Abt. I/9 jede Art von Grundbeanspruchungen für öffentliche Zwecke mit Entschädigungsforderungen verbunden ist, die sich stets am oberen Ende des vertretbaren Wertrahmens bewegen. Die Entschädigungsansätze für Wald auf Ertragswertbasis werden daher als eher optimistisch beurteilt, zumal seitens privater Grundeigentümer Entschädigungsforderungen auf Verkehrswertbasis zu erwarten sind.

In diesem Zusammenhang wird festgehalten, daß nach ho. Ansicht bei der Bewertung der aus Nationalparkauflagen resultierenden Nachteile methodisch grundsätzlich kein Unterschied zwischen privatem und öffentlichem Grundbesitz bestehen darf, umsomehr als die Österreichischen Bundesforste aufgrund gültiger gesetzlicher Vorschriften zu einer Betriebsführung nach kaufmännischen Gesichtspunkten verpflichtet sind.

Zeitlicher Verlauf des Anfalls der Betriebskosten

Für die Berechnung des jährlichen Mittelbedarfes wird von folgenden Annahmen ausgegangen:

- volle Personalkosten erst ab dem 5. Jahr, da
  - die Errichtung der Nationalparkzentren innerhalb von zwei Jahren (Personalbedarf = 9 Personen/Zentrum),
  - die Errichtung Tierfreigehege nach vier Jahren (Personalbedarf = 15 Personen) erfolgt
- Abschluß der waldbaulichen Maßnahmen in der Strengen Naturzone nach 30 Jahren, d.h. danach für die Nationalparkverwaltung keine weiteren Erlöse aus Holzverwertung (siehe auch Kap. 9 - Wald).

Tab. 9.3: ZEITLICHER ANFALL DER BETRIEBSKOSTEN (IN öS MIO.)

Mittelbedarf	Variante 1	Variante 2	Variante 3.1	Variante 3.2
1. Jahr	50,6	56,1	51,0	23,5
2. Jahr	50,6	56,1	51,0	23,5
3. Jahr	58,7	64,2	59,1	27,6
4. Jahr	58,7	64,2	59,1	27,6
5. Jahr	65,4	70,9	65,8	34,3
ab 31. Jahr	66,2	71,9	66,6	34,6

Etwas komplizierter gestaltet sich die Liquiditätsplanung, wenn die Rücklage für den Flächenankauf miteinbezogen wird. Es wird dabei - vereinfachend - folgendes angenommen:

- **Variante 1**
  bei der sogenannten Status quo - Variante wird nur die Rücklage (als Ansparkonto) angesetzt, um bei Ausweitung private Flächen ankaufen zu können.

- **Variante 2** (bzw. **Variante 3.1** bzw. **Variante 3.2**)
  - Dotierung der Rücklage (jährlich öS 10,0 Mio.) für 30 Jahre (bzw. 20 Jahre bzw. 10 Jahre)
  - jährliche Grundstückstransaktionen im selben Ausmaß bei gleichzeitiger Reduktion der Entschädigungszahlungen (pro Jahr zusätzlich ca. öS 0,1 Mio.)

Tab. 9.4: ZEITLICHER ANFALL DER BETRIEBSKOSTEN NACH VARIANTEN (inkl. Rücklage für Flächenankauf - in öS Mio.)

Mittelbedarf	Var. 1	Var. 2	Var. 3.1	Var. 3.2
1. Jahr	60,6	66,0	60,9	33,4
2. Jahr	60,6	65,9	60,8	33,3
3. Jahr	68,7	73,9	68,8	37,3
4. Jahr	68,7	73,8	68,7	37,2
5. Jahr	75,4	80,4	75,3	43,8
10. Jahr	75,4	79,9	74,8	43,3
11. Jahr	75,4	79,8	74,7	33,3
15. Jahr	75,4	79,4	74,3	33,3
20. Jahr	75,4	78,9	73,8	33,3
21. Jahr	75,4	78,8	63,8	33,3
25. Jahr	75,4	78,4	63,8	33,3
30. Jahr	75,4	77,9	63,8	33,3
31. Jahr	66,2	68,9	64,6	33,6

INVESTITIONSKOSTEN WASSERBAULICHER MASSNAHMEN

Um die betriebswirtschaftlich relevanten Kosten für die einzelnen Varianten ermitteln zu können, wird zunächst der Investitionsaufwand des Flußbaulichen Gesamtkonzepts für eine Länge von 10 km berechnet.

Kostenschätzung für 10 km Lauflänge

Sohlstabilisierung	öS	549,5 Mio.
Niederwasserregulierung	öS	47,0 Mio.
Uferstrukturierung, Ausgleichsbaggerungen	öS	71,4 Mio.
Gewässervernetzung	öS	38,4 Mio.
Zwischensumme	öS	706,3 Mio.
Planung, diverses	öS	92,8 Mio.
Gesamt	**öS**	**799,1 Mio.**

Bei der Ermittlung dieser Summe wurden folgende Annahmen getroffen:

Sohlstabilisierung

Gewinnung/Transport Grobgeschiebe

- Feiner Anteil/Kurztransport (LKW)
  o 6-10 cm/290.000 m^3 á öS 220,-- öS 63,8 Mio.

- grober Anteil/größerer Antransportweg, o 10-13 cm,
  geringfügiger Anteil 13-18 cm/550.000 m^3 á öS 379,-- öS 208,5 Mio.

  (Hier wurde bei den Transportkosten der Mittelwert von drei Transportszenarien - LKW/Schiff, LKW/Bahn, LKW - angenommen.)

Einbau Sohlstabilisierung/Grobgeschiebe

- 840.000 m^3 á öS 330,-- öS 277,2 Mio.

  (Bei den Einbaukosten wurde der Mittelwert von öS 330,--/m^3 - mangels ausreichender praktischer Erfahrungen - allgemein akzeptiert.)

Sohlstabilisierung insgesamt **öS 549,5 Mio.**

Niederwasserregulierung

Der Massenbedarf an Wasserbausteinen - im wesentlichen für Buhnen und Leitwerke - beträgt für den Ausbau auf 2,7 m Fahrwassertiefe 12.000 m^3 bzw. 21.600 t.

Für Ankauf, Antransport und Einbau der Steine wurde ein Preis von ca. öS 220,--/t angenommen, womit für 10 km Stromlänge ein Aufwand von öS 47,0 Mio. anfällt.

Uferstrukturierung, Ausgleichsbaggerung

Das Volumen der Ausgleichsbaggerungen beträgt durchschnittlich 47.500 m^3/km. Für 1 km Stromlänge wurden für Baggerungen, Verfuhr und Schüttungen Kosten in Höhe von öS 7,14 Mio. angesetzt.

Gewässervernetzung

Zur Gewässervernetzung gibt es noch keine detaillierten Planungen. Für eine Lauflänge von 10 km ergab eine grobe Abschätzung einen Wert von öS 38,4 Mio.

Planung

Für die Wasserbauplanung und ökologische Studien und Gutachten wurden aus Gründen der Vorsicht in Anlehnung an die aktuelle Gebührenordnung rund 13 % der Baukosten angesetzt.

Tab. 9.5: INVESTITIONSKOSTEN WASSERBAULICHER MASSNAHMEN - VARIANTEN

Kosten (in Mio öS)	Variante 1		Variante 2		Variante 3.1		Variante 3.2	
	km	Betrag	km	Betrag	km	Betrag	km	Betrag
Sohlstabilisierung		--	40	2.198,0	24	1.318,8	11	604,5
Niederwasserregulierung		--	51	239,7	35	164,5	22	103,4
Uferstrukturierung		--	44	314,2	35	249,9	15	107,1
Gewässervernetzung	44	169,0	44	169,0	35	134,4	15	57,6
Planung (13 %)		22,0		379,7		242,8		113,4
Summe der Kosten des Flußbau-Konzeptes		191,0		3.300,6		2.110,4		986,0

H2O-Kost

Die o.a. Zahlen des Flußbaulichen Gesamtkonzepts unterscheiden sich von jenen in der Kosten-Nutzen-Analyse, da hier eine betriebswirtschaftliche Betrachtung erfolgt. Bei der Sohlstabilisierung blieb der Unterwasserbereich des Kraftwerks Freudenau im Ausmaß von 11 km außer Ansatz, da auf dieser Strecke die Donaukraftwerke AG bereits bescheidmäßig zur Stabilisierung des Wasserspiegels verpflichtet wurde (Es ist prinzipiell vorstellbar, daß auch die Donaukraft die Sohlstabilisierung durch Grobkornzugabe anstrebt, da diese Methode im Vergleich zur permanenten Zugabe von Normalgeschiebe längerfristig betrachtet kostengünstiger ist.). Da anzunehmen ist, daß bei der Erteilung der wasserrechtlichen Bewilligung für ein Kraftwerk Wildungsmauer dem Konsenswerber eine vergleichbare Auflage vorgeschrieben wird, sind die 11 km auch bei der Variante 3.2 nicht enthalten. Die Kosten der Sohlstabilisierung für die Strecke Marchmündung. - Wolfsthal wurden zur Gänze berücksichtigt.

Ebenso jene für die Strecke Wolfsthal - Stauwurzel Gabcikovo, da Österreich aufgrund eines mit der Slowakei - als einer der Nachfolgestaaten der Tschechoslowakei - bestehenden Vertrags, die Kosten für die Durchführung von wasserwirtschaftlichen Maßnahmen, die ausschließlich seinen Interessen dienen, grundsätzlich selbst tragen müßte. Uferstrukturierung und Gewässervernetzung wurden nur für die österreichische Seite berechnet.

Zuordnung der Kosten

Die genaue Zuordnung der Kosten von Flußbau und Kraftwerkserrichtung (bei Variante 3.1 = öS 10,0 Mrd., Variante 3.2 = öS 15,0 Mrd.) zu Nutznießern bzw. Verursachern ist sehr schwierig.

Sohlstabilisierung und Niederwasserregulierung in dargestellter Form sind jedenfalls stark am Nutzen für die Schiffahrt orientiert, wie auch die Kosten-Nutzen-Analyse zeigt (ökologischen Anforderungen werden auch weniger aufwendige Maßnahmen gerecht).

Ebenso fallen wegen Ausgleichsbaggerungen für die Schiffahrtsrinne schon jetzt jährliche Aufwendungen in zweistelliger Millionenhöhe an.

Für den Betrieb des jeweiligen Donauabschnitts im Falle der Realisierung des Flußbaulichen Gesamtkonzepts wurde in der Kosten-Nutzen-Analyse aus Gründen der Vorsicht ein Satz von öS 1,5 Mio./km/a angesetzt. Dies entspricht in etwa einer Verdoppelung der derzeitigen Betriebskosten der Wasserstraßendirektion.

10. DIE KOSTEN-NUTZEN-ANALYSE

MOTIVATION

Nach der eingehenden Erhebung und Bewertung ökologischer Aspekte, nach Entwicklung technisch-organisatorischer Konzepte für den Nationalpark Donau-Auen (Flußbau, Naturraum, Besucher) und der Kostenabschätzung für Einrichtung und Betrieb des Nationalparks sowie für seine relevanten Auswirkungen auf andere Nutzungen (Wertschöpfungsverluste bzw. Entschädigungsforderungen), wurden die von der Nationalparkvorbereitungskommission (NPVK) ausgewählten Varianten einer weitergehenden ökonomischen Analyse unterzogen.

Der Einsatz der Kosten-Nutzen-Analyse (KNA) in Umweltprojekten ist nicht unumstritten. In Österreich gibt es dazu kaum vergleichbare Referenzprojekte. Der Wert der vorliegenden Analysen liegt daher in der umfassenden systematischen Aufbereitung der Inhalte und der vertieften Darstellung der Zusammenhänge des Gesamtsystems. Das Ergebnis ist auch im Lichte des vorgegebenen zeitlichen und finanziellen Projektrahmens zu sehen. Einige der zugrunde gelegten Annahmen und Daten sind noch in Diskussion.

METHODIK

Der Versuch, die Kosten und Nutzen komplexer Projekte wie etwa Nationalparks oder Kombinationen "Nationalpark und Kraftwerk" monetär zu bewerten, ist von zahlreichen Unsicherheiten geprägt.

Dies betrifft die weitere Entwicklung heute quantitativ gut bekannter Größen (Energiebedarf, Trinkwasserbedarf, ...) über die Dauer des Beobachtungszeitraums, ebenso die Zuordnung monetärer Größen bzw. die Entwicklung von Kosten und Preisen (vgl. die derzeit sprunghafte Entwicklung der Gaspreise, zu erwartende relative Preisveränderungen bei den Energieträgern, die Unvorhersagbarkeit künftiger Trinkwasserpreise etc.). Erst recht treten Probleme bei der Bewertung der externen Effekte bzw. der Bewertung von Umwelt- und Naturgütern auf.

Auch der Rahmen der Betrachtungsweise kann eine wesentliche Rolle spielen: So wurde in der vorliegenden Analyse beispielsweise der Nutzen der Wasserkraft in den meisten Szenarien durch die vermiedenen Kosten und externen Effekte entsprechender kalorischer Kraftwerke definiert. Es wird freilich auch argumentiert, daß unter

Anmerkung: Zu Kapitel 10 (Kosten-Nutzen-Analyse) wird festgehalten, daß die abgedruckte Zusammenfassung eine von Prof. Schönbäck approbierte Kurzfassung einer umfangreichen Studie (ca. 330 Seiten) darstellt. Aufgrund der Vielfalt der Problematik kann in einer Kurzfassung nur die inhaltliche Grundstruktur dargestellt werden, jedoch nicht auf alle Detailfragen eingegangen werden.

derzeitigen Rahmenbedingungen und Entwicklungstrends bei steigendem Strombedarf auch der Ausbau der Wasserkraft aufgrund der zusätzlich kalorisch bereitzustellenden Leistung mit zusätzlichen Emissionen verbunden ist. Diese wären jedoch wesentlich geringer als bei ausschließlich zusätzlicher kalorischer Stromproduktion.

Die Kosten einzelner Projektbestandteile, wie z.B. die Kosten der Kraftwerkserrichtung oder die Kosten der Errichtung des Nationalparks, sind relativ genau bekannt. Sie wurden ohne Anpassungen in das Kosten-Nutzen-Schema eingebaut. Aus theoretischer Sicht ist allerdings anzumerken, daß gegen die Verwendung von Marktpreisen eine Reihe von Einwänden besteht: So wird beispielsweise die Verwendung von Schattenpreisen in der Literatur nahegelegt, um allfällige Abweichungen des Marktpreises von den tatsächlichen volkswirtschaftlichen Knappheiten zu berücksichtigen. Insbesondere spiegeln sich beispielsweise Wert und Verknappung von Naturgütern in Marktpreisen nicht wider. In der vorliegenden KNA wurden für die Erfassung der direkten Projektkosten vereinfachend die jeweiligen Marktpreise (wie bei solchen Studien üblich immer ohne Mehrwertsteuer) verwendet.

Die Erfassung der Nutzeneffekte bzw. der externen Effekte stieß bei dieser Kosten-Nutzen-Analyse auf große Schwierigkeiten. Neben den großen Unsicherheiten bezüglich der tatsächlichen ökologischen Auswirkungen der einzelnen Projektvarianten und der vielfältigen Prognoseunschärfen ist grundsätzlich zu hinterfragen, ob eine Kosten-Nutzen-Analyse das geeignete Instrumentarium zur Bewertung von Natur- und Umweltgütern ist.

Dazu ist zunächst anzumerken, daß es das Ziel der KNA ist, möglichst viele Problemdimensionen zu monetarisieren, das heißt, die in der Gesellschaft vorhandenen Präferenzen und Bewertungen hinsichtlich der einzelnen Problemfelder in monetären Größen auszudrücken.

Auch bei der Bewertung von Umwelt- und Naturgütern kann versucht werden, die gesellschaftliche Präferenz durch monetäre Werte zu erfassen. Daraus entstehen aber Probleme: Einerseits bestehen begründete Bedenken gegen die Bewertung dieser Güter durch den Einzelnen aufgrund des geringen Informationsstandes und der Qualität von Umwelt- und Naturgütern als öffentliche und meritorische Güter.

Andererseits ist der Ausdruck von verschiedenen multidimensionalen Eigenschaften in einem eindimensionalen Wert (nämlich einem Schilling-Betrag) zu problematisieren: Beim gesellschaftlichen Umgang mit der Natur spielen nur zu einem geringen Teil monetäre Kosten- und Nutzenüberlegungen eine Rolle. Vielmehr sind z.B. ethische Fragen ausschlaggebend.

Allgemein wäre eine Beurteilung nach verschiedenen Investitionskriterien insbesondere im Hinblick auf Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte wünschenswert.

Durch eine im Juni 1993 vom Institut Fessel&GfK durchgeführten Repräsentativbefragung wurde die nicht direkt nutzungsbedingte Wertschätzung der Befragten für eine weitgehend naturnahe Auenlandschaft an einer permanent freien Fließstrecke bei den einzelnen Varianten erhoben. Die Befragten wurden ersucht, den Projektvarianten eine - theoretische - Zahlungsbereitschaft, die ihrer Präferenz für die Größe und ökologische Wertigkeit der einzelnen Varianten entspricht, zuzuordnen.

Für die Variante 2 (Flußbauliches Gesamtkonzept) haben 36,6 % der Befragten eine durchschnittliche Zahlungsbereitschaft von öS 1.128,90 bekundet (über 63 % haben keine Zahlungsbereitschaft geäußert). Die Streuung der Zahlungsbereitschaft beträgt öS 3.167,--. Umgerechnet auf die Gesamtzahl der Befragten (1.000) bedeutet dies eine durchschnittliche Zahlungsbereitschaft von öS 414.--.

Mit diesem Wert von öS 414,-- pro Person (älter als 14 Jahre) und Jahr für die Variante Flußbauliches Gesamtkonzept (Variante 2) ergab sich für die auf die österreichische Bevölkerung hochgerechnete Zahlungsbereitschaft ein unerwartet hoher Betrag von öS 2,7 Mrd., der aufgrund methodischer Mängel bzw. Unklarheiten nicht eindeutig interpretierbar erscheint.

Nach demselben Modus ergab sich für die Variante 3.1 - Kraftwerk Wolfsthal-Bratislava II eine Zahlungsbereitschaft von insgesamt öS 1.000 Mio., für die Variante 3.2 - Kraftwerk Wildungsmauer von öS 468 Mio. (Allerdings wird darauf aufmerksam gemacht, daß nicht alle positiven Funktionen der Kraftwerks/Nationalparkvariante befragt wurden.)

Diese Ergebnisse wurden daher nicht direkt für die Analyse verwendet, sondern es wird untersucht, welchen Einfluß unterschiedliche Höhen der Zahlungsbereitschaft auf die volkswirtschaftliche Rentabilität der einzelnen Projektvarianten haben.

SZENARIEN DER KÜNFTIGEN ENTWICKLUNG

Alle Berechnungen wurden sowohl für die **Grundannahme**, daß die Sohlerollierung funktioniert als auch, daß die Sohlerollierung nicht funktioniert und auch nicht begonnen wird, durchgeführt. Folgende Szenarien wurden berechnet:

- Im **Hauptszenarium** wurde der energiewirtschaftliche Nutzen der Flußkraftwerke als Einsparung der Volkswirtschaft im Vergleich zu einer rein kalorischen Bereitstellung der gleichen Strommenge definiert.

  Die realen Preise zur Bewertung der Mengenkomponenten der Kosten und Nutzenvariablen werden als über die gesamte Periode gleichbleibend angenommen. Einzige Ausnahme bilden die Brennstoffkosten pro Mengeneinheit und die externen Kosten der Schadstoffemissionen je Mengeneinheit, die als pro Jahr real um 2 Prozent steigend angenommen werden.

- **Alternativszenarium**, in dem die energiewirtschaftlichen Nutzeffekte der Flußkraftwerke als Einsparung an Kosten für Maßnahmen der Einsparung der in den Flußkraftwerken erzeugten Strommenge definiert werden.

  Der Vergleich mit Stromimporten wurde aus volkswirtschaftlichen Überlegungen und methodischen Abgrenzungsproblemen ausgeschieden (da der Stromimport ökonomisch die ineffizienteste Art der Strombereitstellung ist).

- Szenarium mit für einen **Nationalpark ungünstigen Annahmen**

- Szenarium mit für einen **Nationalpark günstigen Annahmen**

- **Nebenszenarium Trinkwasser**

ERGEBNISSE IM HAUPTSZENARIUM

Unter der Grundannahme, daß die Sohlerollierung funktioniert, beträgt der Barwert der volkswirtschaftlichen Kosten-Nutzen-Saldi (Tab. 10.1) im Hauptszenarium für Variante 2 öS 11.452 Mio. bzw. 7,76 % interner Zinssatz, für Variante 1 öS -802 Mio. (kein interner Zinssatz definiert), für Variante 3.1 öS 16.454 Mio. bzw. 5,60 % interner Zinssatz, für Variante 3.2 öS 37.727 Mio. bzw. 7,45 % interner Zinssatz. In diese Berechnung geht keinerlei Zahlungsbereitschaft der Österreicher für Augebiete an einer permanent freien Fließstrecke ein.

Zieht man das Kriterium des internen Zinssatzes (Maß für die Rentabilität des eingesetzten Kapitals)[1] heran, dann erweist sich die Variante 2 (Flußbauliches Gesamtkonzept) selbst bei Außerachtlassung der nicht direkt nutzungsbedingten Hauptvariablen als volkswirtschaftlich geringfügig besser als Variante 3.2 (Kraftwerk Wildungsmauer), die hinsichtlich dieses Kriteriums die wirtschaftlichste der Varianten mit Kraftwerk ist.

Im Hauptszenarium ist also keinerlei Zahlungsbereitschaft für Augebiete in Variante 2 erforderlich, damit diese Variante hinsichtlich des internen Zinssatzes der wirtschaftlichsten Varianten mit einem Kraftwerk entspricht.

Die berechnete erforderliche Zahlungsbereitschaft für die Augebiete in Variante 2 reicht bereits ab einer geringen Höhe aus, daß diese Variante hinsichtlich des Barwertes der volkswirtschaftlichen Kosten-Nutzen-Saldi im Vergleich zur wirtschaftlichsten Kraftwerksvariante gleich gut abschneidet: Ab einer jährlichen Zahlungsbereitschaft von öS 64.-- pro Österreicher über 14 Jahren für die Variante 2 (d.s. rund 15 % der Zahlungsbereitschaft, die in einer Repräsentativbefragung erfragt wurde) weisen im

1) Falls Mittelknappheit herrscht, ist das ein relevantes Kriterium; wann Mittelknappheit zutrifft, bedarf einer näheren Untersuchung.

Tab. 10.1: BARWERT UND INTERNER ZINSSATZ IM HAUPTSZENARIUM

Varianten	Grundannahme "Sohlstabilisierung funktioniert"		Grundannahme "Sohlstabilisierung funktioniert nicht und wird nicht durchgeführt"	
	Barwert* öS Mio.	Interner Zinssatz	Barwert* öS Mio.	Interner Zinssatz
Variante 1 Status quo	-802	n.d.	-802	n.d.
Variante 2 Flußbaukonzept	11.452	7,76 %	-1.000	n.d.
Variante 3.1 KW Wolfsthal II	16.454	5,60 %	1.578	2,53 %
Variante 3.2 KW Wildungsmauer	37.727	7,45 %	20.933	5,57 %

n.d. = nicht definiert

* In die Berechnung dieses Barwerts geht keinerlei Zahlungsbereitschaft der Österreicher für Augebiete an einer permanent freien Fließstrecke ein. (Der "Wert der Natur" wird in der Berechnung gleich Null gesetzt und als Ergebnisvariable behandelt, d.h. es wird berechnet, wie hoch die Zahlungsbereitschaft sein muß, damit der Barwert bzw. der interne Zinssatz der Variante gleich hoch ist wie jener der besten Kraftwerksvariante).

Hauptszenarium die Varianten mit Kraftwerk einen geringeren Nutzenüberschuß auf als die Varianten ohne Kraftwerk, d.h. es wird für die Variante 2 theoretisch der größte Barwert ausgewiesen. Die hier gewählte Methode der Zuordnung der Zahlungsbereitschaft zu den Projektsvarianten ist nicht unumstritten.

Unter der Grundannahme, daß die Sohlrollierung nicht funktioniert, wird der Barwert der Kosten-Nutzen-Saldi der Variante 2 negativ (der interne Zinssatz bleibt undefiniert). Die Varianten mit einem Kraftwerk (Variante 3.1 und 3.2) verlieren stark (weil der Schiffahrtsnutzen zur Gänze entfällt), jedoch sind sowohl deren Barwerte (öS 1.678 bzw. 20.933 Mio.) als auch deren interne Zinssätze (2,53 bzw. 5,57 %) positiv.

ERGEBNISSE ANDERER SZENARIEN

Alternativszenarium

Das Alternativszenarium und das Hauptszenarium unterscheiden sich dadurch, daß letzteres unter Ausschöpfung aller prognostischen Hilfsmittel auf absehbare Zeit einigermaßen realistisch anzusehen ist, während für das Eintreffen des Alternativszenariums keinerlei Wahrscheinlichkeit anzugeben ist. Insbesondere sind die langfristigen Kosten des Stromsparens gänzlich unbekannt (nachdem schon die kurz- bis mittelfristigen derzeit unbekannt sind). Aus diesem Grund kommen den Schlußfolgerungen aus den Ergebnissen des Alternativszenariums bezüglich langfristig (d.h. über die gesamte Betrachtungsperiode bis zum Jahr 2068) wirksamer Maßnahmen geringere Bedeutung zu als den Schlußfolgerungen aus dem Hauptszenarium.

Im Alternativszenarium "Stromsparen" sind unter der Grundannahme, daß die Sohlerollierung funktioniert, der Barwert der Kosten-Nutzen-Saldi und der interne Zinssatz der Variante 1 (Status quo - Variante) und 2 (Flußbauliches Gesamtkonzept) gleich wie im Hauptszenarium. Unterschiede ergeben sich bei den Kraftwerksvarianten: Im Alternativszenarium beträgt der Barwert der Kosten-Nutzen-Saldi in Variante 3.1 (Wolfsthal-Bratislava II) öS -186 Mio. bei einem internen Zinssatz von 1,94 %, in Variante 3.2 (Wildungsmauer) öS -6.054 Mio. bzw. -0,03 %. Variante 2 schneidet hier also sowohl hinsichtlich des internen Zinssatzes wie auch des Barwertes auch ohne Einbeziehung eines Wertes der Natur besser ab als die Kraftwerksvarianten.

Daher könnten (bei Außerachtlassung der Zahlungsbereitschaft der Österreicher (> 14 Jahre) für Augebiete entlang permanent freier Fließstrecken) administrative Kosten von bis zu 70 Groschen/kWh für die Beeinflussung der Konsumenten zum Erwerb stromsparender Haushaltsgeräte entstehen (entspricht etwa öS 1.000 pro erfaßtem Gerät!), ohne daß der interne Zinssatz der Variante 2 niedriger als jener der wirtschaftlichsten Kraftwerksvariante wäre (Break-even-point). Dieses Szenarium bedarf jedoch aufgrund der hohen prognostischen Unsicherheiten noch einer eingehenden und vertiefenden Untersuchung.

Szenarium mit gehäuft nationalparkgünstigen / nationalparkungünstigen Annahmen

Bei kumuliert günstigen Annahmen für den Nationalpark sind die Barwerte beider Kraftwerksvarianten negativ, die Variante 2 erreicht einen Barwert von öS 4.296 Mio. und eine internen Zinssatz von 7,78 %. Eine Zahlungsbereitschaft zur Erreichung des Break-even-points ist somit nicht erforderlich.

Bei kumuliert ungünstigen Annahmen sind die Barwerte für die Nationalparkvarianten 1 und 2 negativ. Den höchsten Barwert erreicht die Variante 3.2 - Kraftwerk Wildungsmauer (öS 29.245 Mio.; interner Zinssatz 5,93 %). Die erforderliche Zahlungsbereitschaft für Variante 2 beträgt hier öS 82.--.

SENSITIVITÄTSANALYSE FÜR DAS HAUPTSZENARIUM

Auch bei wesentlicher Veränderung der Eingangsparameter der Kosten-Nutzen-Analyse bleibt das Ergebnis stabil: Die Schwankungsbreite der für gleich gutes Abschneiden der besten Variante mit Kraftwerk (Variante 3.2) und der Variante Flußbauliches Gesamtkonzept (Variante 2) erforderlichen jährlichen Zahlungsbereitschaft liegt für die Grundannahme, daß die Sohlerollierung funktioniert, im Bereich zwischen öS 40,50 und öS 77,50 pro Österreicher über 14 Jahren (d.s. zwischen 9,8 und 18,7 % der erhobenen Zahlungsbereitschaft).

ANMERKUNGEN ZUR ERGEBNISDARSTELLUNG IM HAUPTSZENARIUM

Die unterschiedliche Datenherkunft (Versuch monetärer Quantifizierungen bei fast allen Hauptvariablen, Rückgriff auf Befragungsergebnisse beim "Wert der Natur") ließ es angezeigt erscheinen, anstelle der Berechnung von Barwerten und internen Zinssätzen in den einzelnen Szenarien für die ausgewählten vier Varianten jeweils "Wenn ..., dann ..."-Aussagen hinsichtlich erforderlicher Zahlungsbereitschaften zu definieren (Zahlungsbereitschaft als Ergebnisvariable).

Diese Form der Ergebnisse und ihre Darstellung führt anderseits durch ihre Komplexität leicht zu Mißverständnissen. Sie geht im ersten Berechnungsschritt von einem "Wert der Natur" = 0 aus, was zweifellos unrealistisch ist und eine Vergleichbarkeit der Varianten erst nach Interpretation der jeweils erforderlichen Zahlungsbereitschaft (Break-even-Analyse hinsichtlich des Barwertes und des internen Zinssatzes) ermöglicht.

Um einen überblicksmäßigen, direkten Vergleich der Varianten zu ermöglichen, wurde - mit allen Vorbehalten hinsichtlich des Informationsverlustes durch die von der Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal - Nationalparkplanung hiezu gewählte Vereinfachung - ein Vergleich der Barwerte und internen Zinssätze unter Miteinbeziehung der Zahlungsbereitschaften als Eingangsparameter dargestellt.

In Anbetracht des außerordentlich hoch anmutenden Befragungsergebnisses wurde dabei der nicht nutzungsbezogene Wert der Natur mit öS 80,-- pro Österreicher älter als 14 Jahre jährlich (ca. 20 % der Befragungsergebnisse) angesetzt. Es ist daher durchaus möglich, daß diese Annahme die Wertschätzung der Österreicher für einen Nationalpark nicht ausreichend berücksichtigt.

Dabei erreicht die Variante 2 (Flußbauliches Gesamtkonzept) unter Annahme einer funktionierenden Sohlstabilisierung den höchsten Barwert (öS 24.464 Mio.; interner Zinssatz 14,43 %), die Variante 1 (Status quo) den höchsten internen Zinssatz (32,09 %; Barwert öS 2.737 Mio.). Für die Variante 3.1 (Wolfsthal - Bratislava II) ist der Barwert öS 23.124 Mio., der interne Zinssatz 6,63 %, für die Variante 3.2 (Wildungsmauer) öS 18.243 Mio. bzw. 4,68 %.

Es wird festgehalten, daß diese Form der Darstellung jedoch auf methodischen Annahmen fußt, die noch einer weiteren Diskussion bedürfen (insbesondere ist die Vermengung von Marktpreisen und monetarisierten Werthaltungen problematisch).

11. NATIONALPARKGESETZ FÜR DIE DONAU-AUEN

RECHTLICHE VORGABEN UND RAHMENBEDINGUNGEN

Naturschutz fällt in Österreich in die Kompetenz der Länder. Für die Schaffung eines Nationalparks sind von den Ländern Niederösterreich und Wien dem Sinne nach gleichlautende Gesetze zu beschließen.

Zusätzlich sind Landes- und Bundesgesetze in Kraft, deren Bestimmungen für die freie Entfaltung der Natur in einem Nationalpark zu wenig Möglichkeiten sichern (z.B. Forstrecht, Jagdrecht). Für einen Nationalpark sind daher Ausnahmen zu definieren. Dies ist notwendig, weil die Nationalparks Mitteleuropas mit der Kulturlandschaft eng verzahnt sind und wechselweise negative Auswirkungen vermieden werden müssen.

Hinsichtlich Errichtung und Betrieb eines Nationalparks ist zwischen den beteiligten Gebietsköperschaften (Bund, Länder Wien und Niederösterreich) ein Staatsvertrag gemäß Art. 15a B-VG abzuschließen .

NATURSCHUTZGESETZE DER LÄNDER

Das Niederösterreichische Naturschutzgesetz

Das Niederösterreichische Naturschutzgesetz (in der gültigen Fassung, Novelle in Vorbereitung) definiert in § 8a Nationalpark:

"Gebiete, die durch ihr äußeres Erscheinungsbild und ihre ökologische Funktion oder ihren sonstigen wissenschaftlichen Wert gesamtösterreichische Bedeutung haben, in den der Erholung dienenden Teilen der Öffentlichkeit zugänglich sind und neben dem Erholungsraum auch noch eine mindestens 1.000 ha große, die wirtschaftliche Nutzung jedenfalls nach einer festzulegenden Übergangsperiode gänzlich ausschließende Naturschutzgebietsfläche umfassen, können nach Anhörung des Verfügungsberechtigten durch Landesgesetz zum Nationalpark erklärt werden. Dabei muß durch entsprechende gesetzliche oder verwaltungsbehördliche Regelungen sichergestellt sein, daß der für seine Bedeutung ausschlaggebende Charakter des Gebietes und dessen Erholungswert erhalten bleiben" (NÖ LGBl. 5500-3).

Das Wiener Naturschutzgesetz

Das Wiener Naturschutzgesetz definiert in § 18 Nationalpark:

"Gebiete, die durch ihre charakteristische Geländeform oder ihre Tier- und Pflanzenwelt überregional von Bedeutung sind und die zum Wohle der Bevölkerung und zum Nutzen der Wissenschaft zu erhalten sind, können durch Gesetz zum

Nationalpark erklärt werden. Das Gebiet des Nationalparks ist kartographisch festzulegen.

Der Nationalpark ist, soweit nicht bundes oder landesgesetzliche Beschränkungen gelten, allgemein zugänglich. Die Landesregierung kann durch Verordnung die Benützung zum Zweck der Erhaltung des Gebietes beschränken" (Wr. LGBl. 6/1985).

DIE INTERNATIONALEN KRITERIEN DER IUCN

Die Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern Niederösterreich und Wien gibt als Ziel vor, die internationale Anerkennung des Nationalparks zu erwirken. Maßgeblich dafür sind die Einhaltung der internationalen Kriterien und deren rechtliche Absicherung (vgl. Kap. 2).

EIN NATIONALPARKGESETZ

Die Angelegenheiten eines Nationalparks sind in einem eigenen Gesetz zu regeln. Die in einem Nationalparkgesetz zu regelnden Materien lassen sich trennen in:

a) Ziele der Nationalparks
b) Abgrenzung des Gebietes nach außen
c) erforderliche Maßnahmen zur Erreichung der Ziele in ihren Grundzügen
d) Organisation der Verwaltung
e) Aufsicht über die Nationalparkverwaltung
f) geeignete Formen der Beteiligung von Grundeigentümern, Berechtigten und der Allgemeinheit (Bürgerbeteiligung)
g) Förderungen und Entschädigungen

ENTSCHÄDIGUNG FÜR EINSCHRÄNKUNGEN

Das Niederösterreichische Naturschutzgesetz besagt: Einschränkungen, die durch Auflagen aus dem Naturschutzgesetz entstehen, sind zu entschädigen. Dieses Prinzip wird auch in einem Nationalpark eingehalten.

Das Nationalparkkonzept vermeidet Einschränkungen für die Grundbesitzer oder Nutzungsberechtigten nach Möglichkeit. Das wird aber nicht immer und überall möglich sein. Daher sind jede Beschränkung der Nutzung, die gänzliche Nutzungseinstellung oder verminderte Erträge zu entschädigen. Das betrifft sowohl Ertragsminderungen als auch verminderte Einnahmen bei Verpachtungen.

Für Pächter landwirtschaftlicher Flächen soll es nur unbedingt nötige Nutzungsbeschränkungen geben. Die Mahd von Wiesen ist weiterhin möglich und teilweise not-

wendig. Bei einer Ertragsminderung infolge der Auflagen in einem Nationalpark soll ein Ausgleich vorwiegend durch Angebot von Ersatzflächen geschaffen werden. Die Nutzung der Ackerflächen kann auch dort, wo die Flächen im Nationalpark liegen, im heutigen Umfang erfolgen. Es ist sicherzustellen, daß im Falle der Einstellung der landwirtschaftlichen Nutzung der Nationalpark für diese Flächen ein Vorkaufsrecht erhält (Kap. 9).

HAFTUNG

Im Nationalparkgebiet muß die Nationalparkverwaltung die Verantwortung für alle Maßnahmen tragen, die im Rahmen des Nationalparkbetriebes gesetzt werden bzw. erforderlich sind.

Die in Zusammenarbeit mit der Besucherlenkung besondere Fürsorge umfaßt dabei die infrastrukturellen Einrichtungen wie Wegenetz, Nationalparkzentren, Aussichtsplattformen und dgl.

Durch den Abschluß einer Betriebshaftpflichtversicherung seitens der Nationalparkverwaltung werden die Besucher des Nationalparks in all jenen Fällen schadlos gehalten, bei denen ein Verschulden des Nationalparkbetreibers vorliegt.

ANDERE BETROFFENE GESETZESMATERIEN

Die Errichtung eines Nationalparks kann auch andere landes- und bundesgesetzliche Bestimmungen betreffen, deren Novellierung erforderlich sein könnte, etwa:

- Forstrecht
- Bundesforstegesetz
- Jagdrecht
- Fischereirecht
- Raumordnungsrecht
- Internationale Abkommen

Der Gesetzgeber hat sicherzustellen, daß bei Anwendung dieser Gesetze auf den Nationalpark Rücksicht genommen wird. Sinnvoll ist etwa eine frühzeitige Einbindung der Nationalparkverwaltung in die raumordnungspolitischen Überlegungen (insbesondere zur verkehrlichen Infrastruktur) sowie Parteienstellung für jene Maßnahmen, die innerhalb oder außerhalb des Nationalpark gesetzt werden und Auswirkungen auf den Nationalpark haben.

Für einige Bereiche ist eine freiwillige Grundsatzresolution zwischen den Interessenvertretungen und der Nationalparkplanung bereits abgeschlossen oder in Vorbereitung.

FREIWILLIGE GRUNDSATZRESOLUTION MIT DEN LANDESJAGDVERBÄNDEN VON NIEDERÖSTERREICH UND WIEN

Ein Beispiel dafür ist die freiwillige Grundsatzresolution zwischen den Landesjagdverbänden von Niederösterreich und Wien und der Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal betreffend die Jagd im künftigen Nationalpark. Diese Grundsatzresolution kann als Empfehlung für künftige gesetzliche Regelungen der Jagd im Nationalpark angesehen werden.

1. Das Jagdrecht in seinem Grundsatz der Bindung an Grund und Boden muß in seiner bisherigen Form erhalten bleiben. Für die Erreichung des Zieles eines Nationalparks notwendige Änderungen müssen im Jagdgesetz geregelt werden.

2. Die Erhaltung autochthoner Wildarten muß als eines der obersten Ziele festgelegt werden.

3. Jede Einschränkung der Jagd darf nur unter dem Aspekt erfolgen, daß ein möglichst naturnaher Zustand (geringstmöglicher anthropogener Einfluß) erreicht werden kann.

4. Auferlegte Einschränkungen der Jagd dürfen nicht einer Enteignung gleichkommen.

5. Jeder Jagdnutzungsentgang oder jede Jagdnutzungseinschränkung ist zu ersetzen.

6. Notwendige Anpassungen von Wildbeständen sind im Rahmen der jagdlichen Strukturen zu erwirken, wobei die Gremien durch einschlägige Sachverständige (z.B. Wildökologischer Fachbeirat, Nationalparkverwaltung) zu erweitern sind.

7. Eingriffe des Menschen können im Rahmen der Zielsetzungen des Nationalparks gemeinsam festgelegt werden; die Durchführung liegt bei den Nutzungsberechtigten, die Kontrolle bei der Nationalparkverwaltung.

8. Nachteile für angrenzende Gebiete, die sich aus der Erklärung zum Nationalpark, seiner Realisierung und dem Betrieb ergeben, müssen ebenso wie die Nutzungsentgänge und Nutzungseinschränkungen im Nationalpark selbst abgegolten werden.

9. Die jagdliche Nutzung im Umfeld des Nationalparks ist unter Berücksichtigung von Pkt. 8 (Entschädigung) darauf auszurichten, daß dadurch die Realisierung und der Betrieb des Nationalparks nicht beeinträchtigt oder behindert werden.

10. Die Erarbeitung von Grundlagen und Konzepten für die Jagd, deren Umsetzung und Kontrolle erfolgen im Einvernehmen aller Betroffenen.

VORSCHLAG FÜR EINE GRUNDSATZRESOLUTION MIT DEN FISCHEREI-VERBÄNDEN VON NIEDERÖSTERREICH UND WIEN

Eine derartige Resolution soll auch mit den Fischereiverbänden bzw. mit den zuständigen Interessenvertretungen abgeschlossen werden. Ein erster Entwurf, der noch mit den zuständigen Gremien zu koordinieren ist, liegt vor.

1. Die Fischerei anerkennt die Zielsetzungen eines Nationalparks unter bestimmten Bedingungen.

2. Die Erhaltung und Förderung der heimischen Donaufischfauna und ihrer Lebensräume ist ein gemeinsames Ziel von Fischerei und Nationalparkplanung.

3. Die Fischerei soll aktiv an zukünftigen Aufgaben des Naturschutzes im Nationalpark mitwirken.

4. Die Angel- und Daubelfischerei sind ein Teil der Landeskultur sowie eine wichtige Erholungsform. Sie bleiben im Nationalpark Donau-Auen erhalten.

5. Die Verwirklichung des Flußbaulichen Gesamtkonzeptes hat eine deutliche Verbesserung der Gewässersituation und des Wasserhaushaltes durch Uferstrukturierung, Vernetzung von Strom und Nebengewässern, Anhebung der Wasserspiegel und Sohlstabilisierung im Interesse von Fischerei- und Nationalparkzielen zur Folge. Diese Maßnahmen werden auch von der Fischerei gefordert und befürwortet.

6. Die bestehenden Fischereirechte bleiben grundsätzlich erhalten.

7. Allfällige Nachteile bzw. finanzielle Beeinträchtigungen sind jedenfalls zu entschädigen.

8. Die zur Erreichung der Ziele des Nationalparks notwendigen Veränderungen müssen gleichsinnig in den Fischerei- und Nationalparkgesetzen geregelt werden.

9. Die Vertreter der Fischereiberechtigten und -ausübenden und ihre gesetzlichen Vertreter (Revierausschüsse, Landesfischereibeirat) werden in den zuständigen Nationalparkgremien, jene der Nationalparkplanung in den Fischereigremien angemessen vertreten sein.

10. Von den vorgeschlagenen Organisationsmodellen wird (gemäß einer vorliegenden Studie) ein Modell c) vereinbart, wobei Details noch zu klären sind.

    Die bisherige Form der Vergabe (Pacht) der fischereilichen Betreuung der Reviere wird beibehalten.

11. Die Daubelfischerei und der Bestand der Fischerhütten an der Donau sind gesichert. Die Objekte müssen den wasser- und naturschutzrechtlichen Bewilligungen entsprechen. Gemeinsam mit den zuständigen Behörden wird von den Nationalpark- und Fischereivertretern einer Entstehung von Erholungs- und Kleingartensiedlungen aus den Fischerhütten entgegengewirkt.

12. Schongebiete (ohne Befischung) umfassen Kleingewässer, Nebengewässer(teile) und Stromuferabschnitte von herausragendem Naturwert, der überwiegende Teil der Gewässer bleibt befischbar. Die Festlegung ständiger und zeitlich befristeter Schongebiete erfolgt in Detailverhandlungen zwischen Fischerei- und Nationalparkvertretern und gilt jeweils für den Zeitraum von 10 Jahren.

13. Hinsichtlich des Besatzes, der Entnahmeregelungen und der Fischereiordnung werden detaillierte Regelungen gemeinsam von Fischerei- und Nationalparkvertretern getroffen und festgelegt.

14. Die Lizenzzahlen sollen besser als bisher an die Uferlängen, Wasserflächen und die natürlichen Reproduktionsbedingungen angepaßt werden. Dies ist über Detailverhandlungen zu klären.

15. Auf Basis dieser Grundsätze und Empfehlungen stehen die Fischereivertreter der Errichtung des Nationalparks Donau-Auen positiv gegenüber.

12. BÜRGERBETEILIGUNG UND AKZEPTANZ

BÜRGERBETEILIGUNG

Der Bund und die Länder Wien und Niederösterreich haben die Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal im Werkvertrag betreffend den Nationalpark Donau-Auen beauftragt, die Planungsarbeiten in engstem Kontakt mit der Bevölkerung durchzuführen.

Die fachliche Planung wurde daher verzahnt mit Erhebungen von Bürgerwünschen, Zweiweg-Information, Diskussionen und Verhandlungen mit der örtlichen Bevölkerung der Nationalparkregion sowie mit Interessengruppen, insbesondere Mitgliedsorganisationen des Nationalparkforums.

Um die Bürgerbeteiligung auf eine gesicherte konzeptive Basis zu stellen, wurde ein umfassendes Konzept zur mitwirkungsorientierten Öffentlichkeitsarbeit erstellt. In der Nationalparkvorbereitungskommission wurde nur einzelnen Maßnahmen zugestimmt. Die Umsetzung aller in diesem Konzept erarbeiteten Vorschläge hätten zu einer deutlichen Überschreitung des Planungsbudgets geführt.

DIE AUFGABENBEREICHE DER MITWIRKUNGSORIENTIERTEN ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Grundlagen

Bürgerbeteiligung:

- Informationserhebung und -verteilung
- Gebietsbetreuung
- Sprechstunden und Bürgerbüros

Zielgruppenarbeit:

- Erhebungen (Fakten, Interessenlagen)
- Konzeptentwicklung
- Vertrauensbildung
- Verhandlungen zur Konsensfindung

Medienarbeit:

- Recherchen
- Pressebeobachtung
- Bereitstellen von Artikeln, Daten, optischen Umsetzungen (Fotos, Dias, Pläne, Grafiken)
- Presseaussendungen und -konferenzen

Begleitforschung:

- Sensitivitätsanalyse
- Mehrthemenumfragen
- eigene Befragungen und Einschätzungen
- Akzeptanzbeobachtung

Nationalparkforum

Eine zentrale Rolle der Bürgerbeteiligung spielte das Nationalparkforum (Kap. 1). Diese von gesetzlicher Seite vorgegebene Vertretung der Interessen der örtlichen Bevölkerung bei der Vorbereitung des Nationalparkprojektes ist in allen bei der Vorbereitung der Schaffung des Nationalparks auftretenden Fragen, die Zonierung und Nutzungsbeschränkungen betreffen, von der Nationalparkvorbereitungskommission zu hören. Mit ihren 37 Vertretern von Gemeinden bzw. Organisationen vertritt das Nationalparkforum in vielfacher Weise die Interessen der örtlichen Bevölkerung.

Mit ausführlichen Informationen an das Forum und vielfältigen Reaktionen, telefonischen, mündlichen und schriftlichen Stellungnahmen, Anregungen und Kritiken durch das Forum kann der Prozeß der Bürgerbeteiligung auf dieser Ebene als ausreichend und zufriedenstellend bezeichnet werden. In bisher sieben Sitzungen des Nationalparkforums war der Kontakt der Forumsmitglieder mit der Nationalparkplanung gegeben. Der jeweilige Stand der Planung, die aktuelle Entwicklung und die zukünftige Vorgangsweise wurden erläutert, Empfehlungen erarbeitet und beschlossen.

Gemeinden

Einen wichtigen Teil der Bürgerbeteiligung stellt die Informationserhebung und -verteilung direkt in den Nationalparkgemeinden dar. Während einer großen Zahl von Informations- und Diskussionsveranstaltungen sowie Ausstellungen, Exkursionen und Einzelgesprächen wurden Planungsinhalte und Planungsergebnisse besprochen. Die hiebei aufgenommenen Meinungen, Anregungen, Ideen und Kritikpunkte wurden protokolliert und auf direktem Weg in die Überarbeitung und Detaillierung des Nationalparkkonzeptes eingebracht.

Um den Beteiligungsprozeß zu intensivieren, wurde im Zuge von angekündigten **Nationalparksprechstunden** der persönliche Kontakt zwischen Bürgern und Planern intensiviert und vertieft. Nach der Devise "Planer kommen zum Bürger" konnte die Distanz verkürzt, die Planung auf eine neue, qualitativ höhere Ebene gestellt werden.

Zielgruppenarbeit

Beginnend mit den wichtigsten Gruppen in den Gemeinden wurden konzeptgetreu alle größeren und vor allem alle interessierten **Zielgruppen** in Gespräche einbezogen.

Über die im Nationalparkforum vertretenen Gruppen hinaus sind hier beispielsweise die örtlichen Vereine, Schulen, politische Gruppierungen, lokale Interessengruppen und Kulturvereine zu nennen.

Mit den **Landesjagdverbänden** von Niederösterreich und Wien konnte eine Grundsatzresolution in Form einer "Jagdresolution" erarbeitet werden (Kap. 11). Sie ist Basis des weiteren gemeinsamen Vorgehens bei der Erarbeitung detaillierter Jagdkonzepte.

Neben den Verhandlungen mit den Landesjagdverbänden wurde eine Vielzahl von Fachgesprächen mit den örtlichen **Jägerschaften** geführt. Hierbei wurden Detaillösungen für einzelne Bereiche des Nationalparkgebietes bearbeitet. Dieser Diskussionsprozeß ist noch nicht abgeschlossen.

Mit allen Grundbesitzern im Nationalparkgebiet, auch mit der Gemeinde Wien und den **Österreichischen Bundesforsten** (ÖBF), wurden Jahr für Jahr auf freiwilliger Basis unverbindliche Vereinbarungen getroffen, um bereits in der Vorbereitungsphase eine möglichst nationalparkkonforme Bewirtschaftung des Auwaldes - allerdings unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Ziele - sicherzustellen.

Mit einer großen Zahl **weiterer Zielgruppen** wie z.B. Vertretern der Landwirtschaft, Fischern, Paddlern, organisierten Freizeitnutzern wie Sportvereinen, Jugendgruppen, Reitern u.a. wurden Gespräche und Verhandlungen geführt.

Ersten Erhebungen von Wünschen und Bedenken von Gemeinden, Grundeigentümern und Nutzern im Jahr 1991 folgte die Erstellung des "Grobkonzeptes" für den Nationalpark Donau-Auen. Die Präsentation der Planungsergebnisse und ihre Diskussion fand in zahlreichen öffentlichen Veranstaltungen 1992 statt.

Die Überarbeitung und Ergänzung des Konzeptes dienten in einer vereinfachten Version als Grundlage der Anhörung der Gemeinden und des Nationalparkforums, die ab März 1993 abgewickelt wurde. Unter Berücksichtigung der Stellungnahmen und der Ergebnisse der öffentlichen Diskussionen wurde der Endbericht "Nationalpark Donau-Auen" erstellt.

Insgesamt wurden in diesem Prozeß der Bürgerbeteiligung rund 500 Anlässe wahrgenommen bzw. angeboten, darunter über 50 Gemeinderatssitzungen bzw. Veranstaltungen für Bürgermeister und Gemeinderäte und weit über 100 Gesprächs- und Informationsveranstaltungen in den Anrainergemeinden. Über 40 Ausstellungen wurden präsentiert. Das umfassende Angebot zur Mitwirkung wurde leider nicht im wünschenswerten Maß angenommen.

Es wurde mit großem Einsatz versucht, Konsenslösungen in allen konfliktträchtigen Fragestellungen zu finden, was freilich nicht immer gelingen konnte. Viele Anregungen, aber auch Bedenken und Ängste konnten bei der Erstellung des Endberichts des Nationalparkkonzeptes Donau-Auen berücksichtigt werden.

In konsequenter Verfolgung des Konzeptes der bürgernahen Planung wurden direkt in den Gemeinden **Bürgerbüros** angestrebt, von denen eines seit Sommer 1993 mit großem Erfolg arbeitet.

AKZEPTANZ

Die Entwicklung der Stimmungslage und des Informationsgrades wurde in einer die Planungsarbeiten begleitenden Meinungsforschung beobachtet. Weitere Aufschlüsse konnten aus den öffentlichen Veranstaltungen, Verhandlungsrunden etc. gewonnen werden. Für die Planung verbindlich sind schließlich die Stellungnahmen der Mitglieder des Nationalparkforums, in welchem auch die Gemeinden des Nationalparkplanungsgebietes vertreten sind.

Trotz einer schwierigen Ausgangssituation (langjährige Diskussion und Auseinandersetzung, stark emotional getönte Atmosphäre) zeigt sich ein vergleichsweise günstiges, in manchen Aspekten überraschend positives Bild:

Im Bereich der Stadt Wien ist ein außerordentlich hoher Zustimmungsgrad zu beobachten. Im niederösterreichischen Teil des Planungsgebietes sind unterschiedliche Auffassungen und Haltungen anzutreffen. Die Meinungsforschung zeigt auch hier insgesamt ein klar positives Bild. Die für die Planer maßgeblichen Stellungnahmen der Gemeinden im Anhörungsverfahren haben gezeigt, daß die Mehrheit der Gemeinden das Konzept nicht grundsätzlich ablehnt, sondern durchaus integrable und berücksichtigenswerte Wünsche dazu äußert. Von vier Gemeinden liegt eine ablehnende Stellungnahme vor mit Bezug auf die durchgeführten Befragungen.

Neben vielen positiven oder grundsätzlich konstruktiven Stellungnahmen ist daher genauso auf strikte Gegnerschaft (vor allem am Nordufer sowie bei Interessengruppen aus den Bereichen Jagd, Landwirtschaft, Forstwirtschaft) zu verweisen.

Vertreter der **Landwirtschaft** äußern sich derzeit beispielsweise skeptisch, obwohl die Landwirtschaft durch das Nationalparkprojekt kaum betroffen ist (Ackernutzung wie bisher; Wiesenbewirtschaftung). Vielmehr zeichnen sich gute Chancen für die (Direkt-)Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte durch ein gehobenes Image der gesamten Region ab. Grundlage für die Skepsis sind - wie von der Landeslandwirtschaftskammer bestätigt - nicht das Nationalparkkonzept, sondern Bedenken außerhalb der Planung, z.B.

- die Sorge um das Weiterbestehen von Beregnungsmöglichkeiten,
- Diskussionen mit umweltbewußten Touristen,
- Druck in Richtung Extensivierung wegen der unmittelbaren Nachbarschaft intensiver Landwirtschaft zum Nationalpark.

Im zweiten Halbjahr 1993 wurden überdies starke Aktivitäten der Elektrizitätswirtschaft deutlich spürbar. Das Aufheizen der unerwünschten Kraftwerksdebatte zeigte sich als äußerst problematisch für ein sachliches Arbeiten der Nationalparkplaner.

EINIGE FAKTEN IM ÜBERBLICK

Meinungsforschung

Zur begleitenden Beobachtung von Stimmungslage und Informationsgrad der Bevölkerung wurde 1992 und 1993 in Panel-Befragungen zweimal der gleiche Personenkreis umfassend zum Nationalpark Donau-Auen befragt. Um eine allfällige Beeinflussung durch die Interviews zu überprüfen, wurde zusätzlich durch ein anderes Meinungsforschungsinstitut 1993 eine Kontrolluntersuchung im NÖ Teil des Planungsgebietes durchgeführt. Von den rund 20 Fragen befaßte sich eine mit der Haltung zum Nationalpark. Konkret wurde gefragt: "Wie stehen Sie eigentlich zum geplanten Nationalpark? Sind Sie ....."

Tab. 12.1: DIE HALTUNG ZUM NATIONALPARK (IN %)

	Wien		NÖ		
Haltung	1992	1993	1992	1993	1993 (Kontrolle)
sehr dafür	73	76	34	26	36
eher dafür	23	21	44	45	34
eher dagegen	4	3	13	14	12
sehr dagegen	0	0	6	12	17
keine Antwort	0	0	3	3	

Auch im Zuge der Erstellung der Kosten-Nutzen-Analyse zum Nationalpark Donau-Auen wurde eine Meinungsumfrage durchgeführt. Das primäre Ziel war es dabei, als Orientierungshilfe zur Dimensionierung des "Wertes" der Natur in dieser ökonomischen Vergleichsrechnung Zahlungsbereitschaften der Österreicher für einen Nationalpark Donau-Auen zu erheben. Dabei wurde jedoch auch die Haltung zum Nationalpark Donau-Auen erfragt (österreichweit 1000 Befragte). 88 % der Befragten traten für den Nationalpark Donau-Auen, nur 7 % waren dagegen ein.

Informationsquellen

Primäre Informationsquelle sind die großen Massenmedien. Deutlich sichtbar wurde im Vergleich 1992 und 1993 die Informationstätigkeit der Nationalparkplanung: 19 %

geben an, über die Nationalparkzeitung, 17 % über Zusendungen und 11 % über Veranstaltungen der Planungsgesellschaft Informationen zu beziehen. Erkennbar ist 1993 aber auch die steigende Informationstätigkeit von Gegnern des Nationalparks sowie von Bürgermeistern und Lokalpolitikern.

Bekanntheit von Planungsbeauftragten

1993 geben 12 % der Befragten (1992: 6 %) an, einen der Planungsbeauftragten für den Nationalpark persönlich zu kennen. Im Unterschied zu 1992 werden dabei nun Personen genannt, die eine Planungsfunktion auch tatsächlich ausüben.

Interessenvertretung

Als Vertreter ihrer Interessen in Nationalparkfragen nennen in Wien 69 %, in NÖ 50 % Naturschutzorganisationen (v.a. Nationalparkbefürworter und Städter), in NÖ 18 %, in Wien 40 % die Planungsgesellschaft, in NÖ 7 %, in Wien 26 % das Nationalparkforum. In Niederösterreich nennen überdies 20 % den Bürgermeister (v.a. Nationalparkgegner; Gemeinden nördlich der Donau).

Nationalpark und Kraftwerk

Aufgrund der besonderen Bedeutungen in der bisherigen Diskussion und wegen der wechselseitigen Ausschließung von Nationalpark und Kraftwerk wurde die Haltung der Bevölkerung im Planungsgebiet hiezu detaillierter befragt als zu anderen Nutzungen.

Niederösterreich:

40 % der Befragten meinen, daß auch im Nationalpark eine Staustufe mit Kraftwerk errichtet werden kann.
52 % meinen, daß dies nicht vertretbar ist.

Wien:

68 % meinen, daß Nationalpark und Kraftwerk vereinbar sind,
30 % meinen, daß Nationalpark und Kraftwerk nicht vereinbar sind.

Unter der Annahme, daß Kraftwerk und Nationalpark nicht vereinbar sind, treten

in NÖ:

58% für die Errichtung des Nationalparks,
24% für die Errichtung des Kraftwerks ein,
16% sind unentschieden.

in Wien:

81 % für die Errichtung des Nationalparks,
14 % für die Errichtung des Kraftwerks ein,
4 % sind unentschieden.

(Fehlende Prozent oder Überschreitungen von 100% sind jeweils auf Rundungsfehler bzw. auf "keine Angabe" zurückzuführen.)

Stimmungsbild bei Veranstaltungen

In Wien zeigen Meinungsforschungsergebnisse, Stellungnahmen der Mitglieder der Nationalparkvorbereitungskommission (NPVK) und der Magistratsabteilungen sowie Aussagen der Bevölkerung bei Veranstaltungen insgesamt ein sehr positives Bild für den Nationalpark Donau-Auen.

In Niederösterreich waren bei Veranstaltungen hitzige Diskussionen, vehemente - oft auch ins persönliche gehende - Angriffe auf die Nationalparkplaner und diverse Kampagnen von Nationalparkgegnern zu beobachten, denen in letzter Zeit auch einige Aktivitäten von nationalparkbefürwortenden Initiativen gegenüberstehen. Skepsis und Gegnerschaft konzentrieren sich in den Gemeinden am Nordufer, waren aber auch bei etlichen Veranstaltungen am Südufer zu beobachten.

STELLUNGNAHMEN DES NATIONALPARKFORUMS UND DER GEMEINDEN

Nationalparkforum

Das Nationalparkforum hat in seinen Sitzungen am 16.06.1993 und 08.09.1993 das Nationalparkkonzept als ausreichend und vollständig bezeichnet und damit als Entscheidungsgrundlage für die Politik anerkannt. Im Hinblick auf die unklare, z.T. problematische Situation der Akzeptanz im niederösterreichischen Teil des Planungsgebietes empfiehlt das Forum jedoch, nicht sofort einen Nationalpark einzurichten, sondern in der nächsten Zeit vor allem vertrauensbildende Maßnahmen zu setzen. Dies soll geschehen durch:

- Informationstätigkeit der Planer (Bürgerbüros, Planungswerkstätten, mitwirkungsorientierte Öffentlichkeitsarbeit)
- Realisierung erster Maßnahmen dort, wo Konsens erzielt werden kann (Wasser in die Au, Naturschutz, Besucherangebote)

Gemeinden

Zur Berücksichtigung der Interessen der Stadt Wien wurden die Stellungnahmen einzelner Magistratsabteilungen als Mitglieder der NPVK als Planungsgrundlage heran-

gezogen und in den Endbericht eingearbeitet. In den niederösterreichischen Gemeinden wurde ein umfassendes Anhörungsverfahren durchgeführt. Es liegen aus 11 Gemeinden Stellungnahmen vor, z.T. beruhend auf Gemeinderatsbeschlüssen, die sich ihrerseits in vier Fällen auf durchgeführte Befragungen beziehen (Kap. 13; Stellungnahmen im Anhang).

Gemeindebefragungen

Von Dezember 1992 bis September 1993 fanden in vier Gemeinden des Planungsgebietes Befragungen statt. Von diesen vier Befragungen waren 23,6 % der Bewohner des niederösterreichischen Teils des Planungsgebietes, das sind 6,7 % des Planungsgebietes insgesamt (inkl. Wien-Donaustadt), betroffen. Elf Prozent der Bevölkerung im NÖ Nationalparkgebiet (3 % des Planungsgebietes insgesamt) haben daran teilgenommen.

Tab. 12.2: ERGEBNISSE DER GEMEINDEBEFRAGUNGEN

GEMEINDE	Wahl-berechtigte	Beteiligung (in %)	Ja		Nein	
			Stimmen	%	Stimmen	%
Mannsdorf/D.	333	93,4	44	14,19	267	85,81
Eckartsau	1039	87,8	206	23,09	696	76,97
Orth/Donau	1560	68,0	213	20,08	848	79,92
Groß-Enzersdorf	6329	39,42	642	25,86	1841	74,14

Die Beteiligung ist relativ hoch, auch in der Stadtgemeinde Groß-Enzersdorf mit knapp 40 %. Dies dürfte z.T. durch persönliches Absammeln der Stimmzettel (Mannsdorf), durch intensive Mundpropaganda und Aufforderung zur Beteiligung sowie im Falle Groß-Enzersdorf durch einen klaren und intensiven Aufruf der absoluten Mehrheitspartei bewirkt worden sein.

Die Sachfrage "Nationalpark: Ja oder Nein" war dabei von intensiven Kampagnen überlagert. Ängste und Gerüchte bestimmten in vielen Fällen Entscheidungen. Durch gezielte Streuung von Gerüchten und Falschmeldungen wurde eine sachliche Information über die Planungsergebnisse zum Nationalpark Donau-Auen sehr erschwert oder sogar unmöglich gemacht.

In allen bisher zum Thema Nationalpark Donau-Auen befragten Gemeinden Niederösterreichs wurden diese "Volksbefragungen" von deklarierten Nationalparkgegnern initiiert. Dies erklärt einerseits den tendenziellen Ablauf der Befragungen selbst, andererseits zumindest teilweise ihren Ausgang.

Festzuhalten ist auch, daß drei Befragungen vor Fertigstellung des Nationalparkkonzeptes erfolgten.

13. STELLUNGNAHMEN DER GEMEINDEN

Die Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über den Nationalpark Donau-Auen (BGBl. 441/1990) sieht die Anhörung der betroffenen Gemeinden vor. Für dieses Anhörungsverfahren wurde in Abstimmung mit der Nationalparkvorbereitungskommission eine Fassung des Nationalparkkonzeptes ausgearbeitet, die vor allem auf die Situation der Gemeinden, die Auswirkungen eines Nationalparks für die Bevölkerung, den Naturraum und die wirtschaftliche Situation der Gemeinden abgestimmt ist.

Schon in der Anfangsphase der Planungsarbeiten wurden die Gemeindevertretungen um eine Darstellung der spezifischen Gemeindesituation gebeten. Nach Vorliegen des Grobkonzeptes nahmen im Jänner 1992 die Gemeinden Eckartsau, Fischamend, Mannsdorf/Donau schriftlich zu diesen Grundlagenarbeiten Stellung. Anschließend daran wurde das Konzept in öffentlichen Veranstaltungen in jeder Gemeinde präsentiert.

Nach Vorliegen der gemeindespezifischen Konzeptfassung, der auch jeweils Zonierungs- und Infrastrukturpläne beigegeben waren, wurden in jeder Gemeinde der Gemeinderat (Stadtrat) und die Bevölkerung über die aktuellen Ergebnisse informiert. Sprechstunden ergänzten das Informationsangebot.

Gleichzeitig wurden die Gemeinden ersucht, Stellungnahmen zum Konzept abzugeben, insbesondere was die Zonierung und die Nutzungsbeschränkungen betrifft. Bis zum 27.10.1993 sind Stellungnahmen folgender Gemeinden eingelangt: Bad Deutsch-Altenburg, Groß-Enzersdorf, Eckartsau, Engelhartstetten, Fischamend, Hainburg, Haslau-Maria Ellend, Mannsdorf, Orth, Petronell und Scharndorf. Stellungnahmen der Gemeinden Schwechat und Wolfsthal-Berg sind bisher nicht eingelangt.

Daneben haben auch Privatpersonen, Interessenvertretungen, Agrargemeinschaften und lokale Initiativen Stellungnahmen vorgelegt. Gemeinsam mit den Stellungnahmen des Forums bildeten die eingelangten Äußerungen die Basis für eine Überarbeitung des Konzeptes unter Berücksichtigung der Wünsche der betroffenen Bevölkerung.

Die Gemeinden Mannsdorf, Orth a.d. Donau und Eckartsau haben aufgrund der Ergebnisse der Bürgerbefragungen generell die Ablehnung des Nationalparks Donau-Auen ausgedrückt und im Anhörungsverfahren keine Stellungnahme zum Konzept abgegeben. Seitens der Gemeinden Mannsdorf und Eckartsau liegen aber Äußerungen zum Grobkonzept (Jänner 1992) vor.

Die Stadtgemeinde Groß-Enzersdorf hat aufgrund der Bürgerbefragung in ihrer Stellungnahme die Ausgliederung der Flächen im Besitz der Gemeinde Groß-Enzersdorf bzw. von Privaten aus dem Planungsgebiet verlangt.

ÜBERSICHT ÜBER DIE GEMEINDESTELLUNGNAHMEN

BAD DEUTSCH-ALTENBURG

Die Gemeinde Bad Deutsch-Altenburg tritt grundsätzlich für den Schutz der Donau-Auen ein, der auch durch die Errichtung eines Nationalparks Donau-Auen sichergestellt werden kann. Oberste Priorität hat die Sicherung der Heilquellen von Bad Deutsch-Altenburg, die durch eine zusätzliche Donaueintiefung gefährdet sein könnten. Dieser Schutz ist noch höher zu bewerten als eine internationale Anerkennung des Nationalparks.

Voraussetzung ist weiters die Zusage eines Rechtes, die Auen am südlichen Donauufer zu betreten sowie die Altarme mit Booten zu befahren. Außerdem wünscht die Gemeinde die Errichtung eines Nationalparkzentrums, weil aufgrund der Infrastruktur für den Fremdenverkehr bereits gute Voraussetzungen dafür bestehen.

Forstwirtschaftliche Nutzungen, Jagd und Fischerei sollen unter größtmöglicher Bedachtnahme auf die Ökologie weiterhin möglich sein.

Übereinstimmung mit dem Nationalparkkonzept

Die Stabilisierung der Wasserspiegel der Donau bzw. eine Wiederherstellung der Spiegellagen des Jahres 1956 wird als geeignete Maßnahme angesehen, die Heilquellen zu sichern.

Gemäß dem Nationalparkkonzept ist das freie Betretungsrecht gewährleistet. Bei Ausübung anderer Freizeittätigkeiten ist die Zustimmung des Grundeigentümers erforderlich. Weil die möglichen Nationalparkflächen in Bad Deutsch-Altenburg Privateigentum sind, ist die Einbeziehung dieser Flächen in der Variante 1 (Status quo) nur aufgrund freiwilliger Zustimmung des Eigentümers vorgesehen.

Die Errichtung eines Nationalparkzentrums im Raum Hainburg - Bad Deutsch-Altenburg - Petronell entspricht dem Konzept, das auch eine Funktionsteilung eines Zentrums zwischen mehreren Standorten oder die Errichtung gut ausgestatteter Info-Stellen vorschlägt.

Jagd ist in einem Nationalpark notwendig, um den Wildbestand in einer dem Lebensraum angemessenen Höhe zu halten. Unter Beachtung ökologischer Zielsetzungen (Festlegung von Entnahmenmengen, Ausweisung von Schongebieten in Abstimmung mit den Betroffenen) ist auch die Ausübung der Fischerei gesichert.

ECKARTSAU

Der Gemeinderat lehnt aufgrund der Ergebnisse der Bürgerbefragung vom 27.03.1993 die Errichtung eines Nationalparks, vor allem aber eine Einschränkung der Bewirtschaftung und Benutzung der Donau-Auen durch die Bevölkerung ab. Die örtliche Wirtschaft bedauert diese Ablehnung, schließt sich aber aufgrund der klaren Befragungsergebnisse dem Votum an.

Wichtiger Ablehnungsgrund sind die Befürchtungen vor einer Zunahme des Verkehrsaufkommens und des Fremdenverkehrs.

In der Stellungnahme zum Grobkonzept haben sich Gemeindevertreter und Nutzungsberechtigte für die Errichtung eines Nationalparks unter bestimmten Bedingungen ausgesprochen. Das betrifft vor allem den Ausschluß der Flächen privater Grundeigentümer und der Gemeinde Witzelsdorf aus dem Nationalpark, die Beibehaltung der Jagd in Witzelsdorf ohne Einschränkungen, die Ausübung der Fischerei und die Sicherstellung der Brennholzversorgung für die Gemeindebürger.

Dabei wurde auch der Tausch gemeindeeigener Flächen südlich des Hochwasserschutzdammes gegen Flächen nordseitig des Dammes vorgeschlagen.

Übereinstimmung mit dem Nationalparkkonzept

Den Forderungen nach einer Ausgrenzung des Gemeindegebietes Witzelsdorf aus dem Nationalpark wurde in der Variante 1 entsprochen. Damit sind auch die Nutzungen in diesem Gebiet weiterhin ohne Einschränkungen möglich. Auf freiwilliger Basis können die Flächen aber in den Nationalpark eingebracht werden, wofür Entschädigungen oder Tauschflächen angeboten werden.

Aufgrund der Befürchtungen bezüglich hoher Verkehrsbelastung und unkontrolliertem Fremdenverkehr wurde eine Variante 1 der Nationalparkinfrastruktur entwickelt, die nicht nur die Ausgrenzung der Flächen in Privat- oder Gemeindeeigentum berücksichtigt, sondern auch sicherstellt, daß in der Gemeinde Eckartsau keine Einrichtungen geplant werden, die zusätzlichen (Fremden-)Verkehr induzieren.

Die Brennholzversorgung ist durch die Ausweisung einer (wirtschafts-)historischen Zone sichergestellt. Für die Fischerei sind Lösungen in Ausarbeitung, die es erlauben, die Lizenzzahlen in der derzeitigen Höhe zu belassen. Eine Einigung auf bestimmte Schongebiete und Entnahmemengen ist aufgrund der bisherigen Gespräche wahrscheinlich im Konsens zu erreichen.

ENGELHARTSTETTEN

Die Gemeinde Engelhartstetten hat im Anschluß an die Beratungen in der Gemeinde und die öffentliche Gemeindepräsentation der Nationalparkplanung einen Forderungskatalog übermittelt, dessen Beantwortung seitens der Gemeinde als zufriedenstellend anerkannt wurde. Die Gemeinde erhebt somit keine zusätzlichen Einwendungen gegen das Konzept.

In diesem Katalog wurden vor allem Forderungen nach einer Vertretung der Gemeinde in den Nationalparkgremien und nach Mitspracherecht, die Sicherstellung der Trinkwasser- und der Brennholzversorgung, die Aufrechterhaltung der Jagd und der Fischerei, der freie Zugang zur Au und die Schaffung einer Besuchereinrichtung erhoben. Bei Jagd und Fischerei sollen Gemeindebürger bevorzugt werden. Ferner wünscht die Gemeinde, der Nationalpark solle vordringlich Personal aus der Region beschäftigen, öffentlichen Verkehr und Förderungen für Umweltmaßnahmen sicherstellen. Die Errichtung eines Kraftwerks im Nationalpark wird abgelehnt, die Feld-Wald-Grenze als Außengrenze festgelegt.

Übereinstimmung mit dem Nationalparkkonzept

Die Mitsprache der Gemeinde ist sowohl im Nationalparkforum als auch in den Beiräten, die für gemeindespezifische Belange zuständig sein werden, gesichert.

Personal der bestehenden Forstverwaltungen wird auch künftig die erforderlichen waldbaulichen Maßnahmen durchführen und betreuen. Die spezifischen sachlichen und örtlichen Kenntnisse können dafür genutzt werden. Ähnliches gilt auch für die Aufnahme von Personal. Gute Ortskenntnis ist für Bewerber aus der Region von erheblichem Vorteil.

Auch bei Vergabe von Jagd und Fischerei soll die örtliche Kenntnis bei entsprechender Qualifikation mit für die Vergabe ausschlaggebend sein.

Durch Maßnahmen des Flußbaulichen Gesamtkonzeptes kann die Trinkwassersituation qualitativ und quantitativ erheblich verbessert werden. Die Sicherung der Trinkwasserreserven ist dadurch auftragsgemäß möglich. Die Brennholzversorgung wird in der (wirtschafts-)historischen Zone sichergestellt.

Der freie Zugang zur Au ist durch das Konzept gewährleistet. Dem Wunsch der Gemeinde nach einer Besuchereinrichtung kann entsprochen werden, zumal sich alle anderen Gemeinden am Nordufer keine derartigen Einrichtungen vorstellen können. Ein markierter Wanderweg ist bereits Bestandteil des Konzeptes.

Im Sinne einer umweltfreundlichen Verkehrserschließung wird die Verdichtung des Busverkehrs am Nordufer in Variante 2 vorgeschlagen. Aufgrund der Stellungnahmen der anderen Gemeinden ist aber die Realisierung der Infrastrukturvariante 1 eher

wahrscheinlich. In diesem Falle wird Engelhartstetten (Stopfenreuth) direkt (z.B. durch einen Shuttlebus) mit den Gemeinden Hainburg bzw. Bad Deutsch-Altenburg verbunden.

Für Förderungen von Umweltprojekten selbst ist der Nationalpark allerdings nicht zuständig.

FISCHAMEND

Die Gemeinde Fischamend verzichtet derzeit auf einen Gemeinderatsbeschluß, ersucht aber um Berücksichtigung der Punkte der Gemeindestellungnahme.

Die Außenabgrenzung sollte so gewählt sein, daß Privateigentum nicht betroffen ist. Zur Zonierung wird festgestellt, daß weder Gemeindeeigentum noch Privateigentum in die Strenge Naturzone einbezogen werden soll. Die Aufrechterhaltung des Liegeplatzes für Motorboote entspricht nach Auffassung der Gemeinde nicht der Zonierung. Touristische Einrichtungen werden generell abgelehnt, wasserbauliche Maßnahmen zur Verbesserung der Auendynamik werden unterstützt.

Gefordert werden die Sicherstellung der Trinkwasserversorgung und einvernehmliche Regelungen mit Jägern und Fischern. Dies ist nach Ansicht der Gemeinde eine wesentliche Voraussetzung für den Nationalpark.

Übereinstimmung mit dem Nationalparkkonzept

Analog Variante 1 (Status quo) und Infrastrukturvariante 1 werden Flächen in Privat- und Gemeindeeigentum nur auf freiwilliger Basis in den Nationalpark einbezogen. Aufgrund der Ablehnung seitens der Gemeinde werden Infrastruktureinrichtungen für den Nationalpark in Fischamend nicht vorgesehen.

Weil die Gemeinde der Ausweisung einer (wirtschafts-)historischen Zone auf den Flächen im Eigentum der Gemeinde (unter Voraussetzung einer Abgeltung wirtschaftlicher Einbußen) zustimmt, wird eine Änderung des Zonierungskonzeptes erforderlich. Die Ausweisung der Strengen Naturzone am nördlichen Donauufer kann dagegen bestehen bleiben.

Die Nationalparkplanung hält die Forderung der Gemeinde nach Einstellung des Liegeplatzes für Motorboote für konzeptkonform. Zur Beruhigung des gesamten Gebietes unterstützt die Nationalparkplanung diese Gemeindeforderung und berücksichtigt auch den Wunsch nach Ausweisung eines Laichschongebietes.

Das vorliegende Konzept kann zwar die Frage der Entschädigungen prinzipiell behandeln, der Einzelfall ist jedoch mit den jeweils betroffenen Eigentümern und Nutzungsberechtigten auszuverhandeln. Forderungen der Gemeinde nach äquivalenten

Entschädigungen sind berechtigt, konnten aber bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht besprochen werden. Die Entschädigung für Einschränkungen ist aber wesentlicher Bestandteil des Planungskonzeptes.

Die Sicherung der Trinkwasserversorgung aller Gemeinden ist durch das Konzept sichergestellt. Der Antransport des für die Grobkornzugabe erforderlichen Materials erfolgt mittels Schiff auf der Donau. In der Au selbst wird es deshalb keinen Schwerverkehr geben.

Zusätzliche Stellungnahmen

Neben der Gemeindestellungnahme sind aus Fischamend Äußerungen der Vertreter der Agrargemeinschaften und eines privaten Grundeigentümers eingelangt. Alle fordern die Ausgrenzung der ihrer Flächen aus dem Nationalpark. Diesen Forderungen entspricht die Variante 1 (Status Quo - Variante).

GROSS-ENZERSDORF

Aufgrund der Ergebnisse der Bürgerbefragung beschloß der Gemeinderat, die Gemeinde Groß-Enzersdorf mit den betroffenen Katastralgemeinden und sämtlichen Liegenschaften im Eigentum Privater und der Stadtgemeinde aus dem Nationalpark ausklammern zu wollen. Nach Ansicht der Gemeinde sind die Fragen Wasserhaushalt der Au, die Eintiefung der Donau, Donau-Oder-Elbe-Kanal, Schiffahrt, Tourismus, Forstwirtschaft, Jagd und Fischerei, Landwirtschaft und Flughafen Schwechat im vorliegenden Konzept nicht ausreichend behandelt.

Übereinstimmung mit dem Nationalparkkonzept

Den Vorstellungen der Gemeinde entspricht die Variante 1, nach der Flächen im Privateigentum oder der Gemeinden in der Status quo - Variante nur auf freiwilliger Basis in den Nationalpark eingebracht werden können. Aufgrund der Infrastrukturvariante 1 wird in Groß-Enzersdorf keine Nationalparkeinrichtung vorgesehen (auch auf markierte Wege wird verzichtet). Daher wird auch kein zusätzlicher Nationalparktourismus ausgelöst. Konzentrationen in anderen Bereichen (Wien, Hainburg) würden sogar zu einer Entlastung dieser Gemeinde führen.

Auftragsgemäß wurden alle Themen, die in der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG und gemäß Werkvertrag zu untersuchen waren, im Konzept behandelt, darunter auch alle Themen, die von der Gemeinde Groß-Enzersdorf angesprochen sind.

HAINBURG

Seitens der Gemeinde Hainburg wurden zwei Stellungnahmen abgegeben. Die Einstellung zum Nationalpark ist positiv. Gleichzeitig werden aber die Bedenken der Jäger, der Fischer und des Paddelvereines der Naturfreunde erwähnt, die zu beachten sind. Dem Wunsch nach Ausübung der gewohnten Erholungstätigkeiten im Uferbereich soll entsprochen werden.

Weiters werden in der fraktionellen Stellungnahme der Gemeinderatsfraktion der Volkspartei die Sicherung der Trinkwasserversorgung, die Holznutznutzung im bisherigen Rahmen, die Wahrung der Eigentumsverhältnisse und die Erhaltung der Ruhe in der Au, Mitsprecherechte für die Gemeinde im Nationalpark und eine Überprüfung der Zonierung gefordert. Das Verkehrsproblem Hainburg ist zu lösen, um den durch den Nationalpark erwarteten Besucherverkehr bewältigen zu können.

Übereinstimmung mit dem Nationalparkkonzept

Die Bedenken der Jäger und der Landwirtschaft sind verständlich aber nicht durch das Konzept begründet. Der Nationalpark endet an der Feld-Wald-Grenze, Flächen außerhalb des Waldes sind nicht betroffen. Die Angst vor umweltsensiblen Touristen hängt nicht unmittelbar mit einem Nationalpark zusammen. Kritik gibt es bereits jetzt.

Wildschäden sind im Bereich der Donau-Auen bereits jetzt in erheblichem Umfang festzustellen. Die im Konzept vorgeschlagene Wildstandsregulierung wird dazu beitragen, den Wildbestand und damit auch den Umfang der auftretenden Schäden zu verringern.

Die Sicherung der Trinkwasserversorgung ist im Konzept festgeschrieben, die notwendige Brennholzversorgung in der (wirtschafts-)historischen Zone gesichert.

Durch geeignete Lenkungskonzepte sollen vor allem die sensiblen Bereiche der Au besonders geschützt werden. Attraktive Wegeführung bindet den Besucher freiwillig an den Weg, vermeidet freies Betreten des Waldes und reduziert dadurch die Störungen von Flora und Fauna. Das bestätigen internationale Erfahrungen.

Die gewohnte Naherholung kann auch im Nationalpark ausgeübt werden. Mit dem Paddelverein Hainburg wurden sowohl Richtlinien für das Befahren von Altarmen als auch Verhaltensregeln vereinbart.

Zusätzliche Stellungnahmen

Weiters sind Stellungnahmen des Ortsbauernrates, der Jagdgesellschaft und des Österreichischen Wirtschaftsbundes eingelangt. Bedenken vor den Auswirkungen eines zunehmenden Tourismus, einer eingeschränkten Vergabe von Fischereilizenzen und Auflagen bei der Jagd sind die Hauptargumente gegen einen Nationalpark.

Aus wirtschaftlichen Gründen wird der Nationalpark nicht abgelehnt, doch wird die Sicherung der Naherholungsmöglichkeiten gefordert. In Hainburg sollen Nationalparkeinrichtungen geschaffen werden.

HASLAU - MARIA ELLEND

Der Gemeinderat von Haslau-Maria Ellend erklärt, daß die Au im derzeitigen Zustand erhaltenswürdig ist. Dies ist Ergebnis der bisherigen Bewirtschaftung der örtlichen Bevölkerung. Dies war bisher ohne Nationalpark möglich.

Übereinstimmung mit dem Nationalparkkonzept

Der hochwertige Zustand der Hangwälder im Besitz der Gemeinde Haslau-Maria Ellend wurde durch die Waldstrukturkartierung bestätigt. Durch die Realisierung des vorliegenden Konzeptes kann dieser Hangwald auch weiterhin bewirtschaftet werden. Ein Verzicht auf nicht heimische Baumarten kann ertragsmindernd wirken und ist zu entschädigen.

MANNSDORF AN DER DONAU

Der Gemeinderat lehnt aufgrund der Ergebnisse der Bürgerbefragung vom Dezember 1992 die Errichtung eines Nationalparks ab.

In einer Stellungnahme zum Grobkonzept hat die Gemeinde Mannsdorf geäußert, daß Privateigentümer nicht bereit seien, Grundstücke in den Nationalpark einzubringen und - ebenso wie die Jagd - aus dem Nationalpark ausgeklammert werden sollten. Ein zusätzlicher Besucherstrom in die Auen wurde abgelehnt, dagegegen wurde die Flutung trockengefallener Altarme und des Fadenbaches gefordert.

Übereinstimmung mit dem Nationalparkkonzept

Das Nationalparkkonzept sieht in der Status quo - Variante 1 ausschließlich die Berücksichtigung von Flächen im Eigentum der öffentlichen Hand vor. Privateigentum wird nur freiwillig in den Nationalpark eingebracht. Infrastruktureinrichtungen waren in Mannsdorf nie vorgesehen, ausgenommen die Beibehaltung des Radweges Wien - Hainburg. Daher ist auch kein nationalparkinduzierter Tourismus in Mannsdorf zu erwarten.

Die Verbesserung der Wasserversorgung der Au ist Teil des Nationalparkkonzeptes, die Reaktivierung des Fadenbaches wurde außerhalb des Auftrags der Nationalparkplanung untersucht. Ob und wie sie unabhängig von der Realisierung des Nationalparks verwirklicht werden kann, wurde nicht geprüft.

ORTH AN DER DONAU

Der Gemeinderat lehnt aufgrund der Ergebnisse der Bürgerbefragung vom 27.06.1993 die Errichtung eines Nationalparks ab. Weder zum Grobkonzept noch zur Gemeindefassung wurde darüberhinaus eine Stellungnahme abgegeben, doch wurden im Zusammenhang mit der Bürgerbefragung der Gemeinde und der Gruppe nationalparkkritischer Orther umfangreiche Stellungnahmen übermittelt.

Darin wurde ausführlich zur Nationalparkeignung der Donau-Auen, dem erforderlichen Handlungsbedarf, den derzeitigen und künftigen Nutzungsmöglichkeiten der Anrainer, den Vorteilen eines Nationalparks und den Konsequenzen bei Verzicht auf diesen eingegangen.

Übereinstimmung mit dem Nationalparkkonzept

Die Wünsche der Gemeinde Orth, insbesondere der Gruppe nationalparkkritischer Orther, die vor allem die Interessen der Anrainer bezüglich der Naherholungsnutzung vertritt, wurden im Konzept weitgehend berücksichtigt.

PETRONELL - CARNUNTUM

Die Gemeinde fordert in ihrer Stellungnahme, daß der Zugang zur Au nicht durch die Siedlungsgebiete führen darf und die Wegerechte der örtlichen Bevölkerung sowie die Ausübung der gewohnten Freizeittätigkeiten erhalten bleiben müssen. Die Zonierung soll einer Genehmigung durch den Gemeinderat bedürfen.

Aus dem Nationalpark dürfen der Gemeinde keine finanziellen Nachteile entstehen. Gleichzeitig ersucht die Gemeinde um detaillierte Darstellung der positiven wirtschaftlichen Effekte.

Übereinstimmung mit dem Nationalparkkonzept

Die gewohnten Freizeitnutzungen werden im Nationalpark nicht eingeschränkt. Der Zugang zur Au kann so angelegt werden, daß Wohngebiete in der Gemeinde nicht betroffen sind.

Die Zonierung kann allerdings nur dort der Zustimmung der Gemeinde unterliegen, wo Gemeindeeigentum betroffen ist. Außerdem hat die Zonierung auf das Betretungsrecht oder gewohnte Freizeitnutzungen keinen maßgeblichen Einfluß.

Keine Gemeinde hat aus der Nationalparkerrichtung Nachteile oder finanzielle Belastungen zu befürchten. Die Effekte auf die örtliche Wirtschaft sind schwer zu disaggregieren, der Gesamtumfang der wirtschaftlichen Auswirkungen wurde aber dargestellt.

SCHARNDORF

Die Gemeinde hat einen Fragenkatalog übermittelt, in dem vor allem Fragen zur Anrainernutzung, Beteilung der örtlichen Bevölkerung bei der Vergabe von Lizenzen, die Trinkwassersicherung, Fragen der Entschädigung und der Mitsprache in der Nationalparkverwaltung angesprochen werden. Weiters wird die gesetzliche Absicherung des Konzeptes verlangt.

Die Nationalparkplanung hat der Gemeinde ein Antwortschreiben übermittelt, das seitens der Gemeinde als ausreichend empfunden wurde.

Übereinstimmung mit dem Nationalparkkonzept

Die gesetzliche Absicherung wird im Nationalparkgesetz erfolgen, das vor Errichtung eines Nationalparks beschlossen werden muß. Die Entschädigungen für Einschränkungen und die Mitsprache im Nationalpark (Forum, Beirat) sind im Konzept ausführlich dargestellt.

Freizeitnutzungen sind auch im Nationalpark möglich, bedürfen aber, wenn sie über das freie Betreten des Waldes hinausgehen, der Zustimmung des Grundeigentümers. Gewerblich geführte Bootstouren sind im Nationalpark untersagt.

Die besondere Berücksichtigung ortansässiger Jäger und Fischer bei der Vergabe von Lizenzen ist dann möglich, wenn im Nationalpark spezifische und örtliche Kenntnisse erforderlich sind.

SCHWECHAT

Seitens der Gemeinde Schwechat ist keine Stellungnahme zum Konzept eingelangt. Eine umfangreiche Anfrage zur Klärung offener Fragen und spezieller Darstellung örtlicher Situationen wurde beantwortet.

WOLFSTHAL - BERG

Seitens der Gemeinde Wolfsthal-Berg liegt keine Stellungnahme vor.

NATIONALPARKVORBEREITUNGSKOMMISSION
(Stand: 31.12.1993)

Vorsitz:
OKmsr Dipl.Ing. Wolfgang MATTES, Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie, Sektion I, Abt. I/1
SR Dr. Herbert PELIKAN, Amt der Wiener Landesregierung, MA 22
vtr.HR Dr. Gerhard SILBERBAUER, Amt der NÖ Landesregierung, Gruppe GR

Mitglieder:
Forstdirektor Dipl.Ing. Dr. Karlheinz BALLIK, Amt der Wiener Landesregierung, MA 49
OR Mag. Dr. Walter FUCHS, Bundesministerium für wirtschaftl. Angelegenheiten, Sektion X, Gruppe A
OR Dr. Karl-Johann HARTIG, Bundesministerium für öffentl. Wirtschaft u. Verkehr, Kabinett des Bundesministers
Forstdirektor Dipl.Ing. Fridolin HIETEL, Amt der NÖ Landesregierung, Abt. VI/11
wHR Dipl.Kfm. Dr. Harald HOFMANN, Amt der NÖ Landesregierung, Abt. R/3
SenR Dipl.Ing. Dr. Peter JAWECKI, Amt der Wiener Landesregierung, MA 18
MinR Dr. Eduard KLISSENBAUER, Bundesministerium für Finanzen, Sektion II, Abt. II/14
OKmsr Mag. Robert PELOUSEK, Bundeskanzleramt, Sektion IV, Abt. 4
wHR Dipl.Ing. Friedrich RAUTER, Amt der NÖ Landesregierung, Gruppe Baudirektion
MOK Dr. Harald ROSENAUER, Amt der Wiener Landesregierung, MA 4, Ref. 1
Naturschutzdirektor wHR Dr. Harald SCHWEIGER, Amt der NÖ Landesregierung
Sektionsleiter Univ.Doz. Dipl.Ing. Dr. Wolfgang STALZER, Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Sektion IV, Gruppe B
SR Dipl.Ing. Peter SUCHOMEL, Amt der Wiener Landesregierung, MA 31
Stadtbaudirektor Dipl.Ing. Gerhard WEBER, Amt der Wiener Landesregierung, Magistratsdirektion - Stadtbaudirektion
wHR Dipl.Ing. Erich WURZIAN, Amt der NÖ Landesregierung, Abt. II/3

Ersatzmitglieder:
SenR Dipl.Ing. Siegfried BAUER, Amt der Wiener Landesregierung, MA 45
OFstR Dipl.Ing. Gottfried HAUBENBERGER, Amt der Wiener Landesregierung, MA 49
wHR Dipl.Ing. Peter HOMOLA, Amt der NÖ Landesregierung, Abt. R/2
StadtBauR Dipl.Ing. Karl GLOTTER, Amt der Wiener Landesregierung, MA 18
Oberbaurat Dipl.Ing. Mag. Herbert GMEINER, Amt der NÖ Landesregierung, Baudirektion
MinR Dipl.Ing. Alfred KOHLBACHER, Bundeskanzleramt, Sektion IV, Abt. 4
wHR Dr. Rudolf KOLAR, Amt der NÖ Landesregierung, Abt. II/3
OStadtBauR Dipl.Ing. Roland LEINER, Amt der Wiener Landesregierung, MA 31
Dipl.Ing. Günther LIEBEL, Umweltbundesamt,
Dipl.Ing. Gerhard MANNSBERGER, Amt der NÖ Landesregierung, Abt. VI/11

OKmsr Dr. Anton MATZINGER, Bundesministerium für Finanzen, Sektion II, Abt. II/11
MagKmsr Mag. Kurt MÜLLER, Amt der Wiener Landesregierung, MA 4, Ref. 1
BauORev Ing. Franz REDL, Amt der NÖ Landesregierung; Baudirektion
MinR Dipl.Ing. Josef SCHWANZER, Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr, Sekt. V, Abt. 7
OBauRat Dipl.Ing. Helmuth SIEGL, Amt der NÖ Landesregierung, Abt. R/3
MinR Dipl.Ing. Gerhard STRIEDER, Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten, Sektion IX, Abt. 5
HR Dipl.Ing. Dr. Franz STUMMER, Generaldirektion der Österreichischen Bundesforste

WISSENSCHAFTLICHER BEIRAT
(Stand: 31.12.1993)

Vorsitz:
Univ.Prof. Dr. Karl BURIAN, Institut für Planzenphysiologie, Universität Wien

Mitglieder:
Univ.Prof. Dr. Johannes DIEBERGER, Institut für Wildbiologie, Universität f. Bodenkultur
Univ.Prof. Dr. F. EHRENDORFER, Botanisches Institut, Universität Wien; Stellvertretender Vorsitzender
Univ.Prof. Dr. Heinz FRISCHHERZ, Institut für Wasservorsorge, Universität für Bodenkultur
Univ. Prof. Dr. Gerhard GLATZL, Institut für Forstökologie, Universität für Bodenkultur
Univ.Prof. Dr. Peter GLÜCK, Institut für forstliche Betriebswirtschaft, Universität für Bodenkultur
Univ.Prof. Dr. Georg GRABHERR, Institut für Pflanzenphysiologie, Universität Wien
OR Dipl.Ing. Hubert HONSOWITZ, Institut für konstruktiven Wasserbau, TU-Wien
Univ.Prof. Dr. Peter Jörg JANSEN, Institut für Energiewirtschaft, TU-Wien
Univ.Prof. Dr. Heinz LÖFFLER, Institut für Limnologie, Universität Wien
Dkfm. Dr. Heinz PETZMANN, Österreichisches Institut für Raumplanung
Univ.Prof. Dr. Siegfried RADLER, Institut für Wasserwirtschaft, Universität für Bodenkultur
Univ.Prof. Dr. Peter RUCKENBAUER, Institut für Planzenbau, Universität für Bodenkultur
Univ.Prof. Dipl.Ing. Hermann SCHACHT, Institut für Landschaftsgestaltung, Universität für Bodenkultur
Univ.Prof. Dr. Fritz SCHIEMER, Institut für Limnologie, Universität Wien
Mag. Peter SCHNEIDEWIND, Österreichisches Institut für Raumplanung
Univ.Prof. Dr. Gerlind WEBER, Institut für Raumplanung und agrarische Operationen, Universität für Bodenkultur
Prof. Dr. Elfrune WENDELBERGER
Univ.Prof. Dr. Eike-Meinrad WINKLER, Institut für Humanbiologie, Universität Wien

NATIONALPARKFORUM
(Stand: 31.12.1993)

Vorsitz:
LAbg. Monika LUGMAYR, NÖ Landes-Landwirtschaftskammer

Mitglieder:
Präsident Kurt FRITSCHER, Österr. Naturschutzbund, Landesgruppe NÖ
Dr. Peter FRITZ, Österreichischer Alpenverein
Bgm. Franz GEISTLER, Haslau-Maria Ellend
Bgm. Mag. Rainhard GOGOLA, Schwechat
Bgm. Herbert HOFFMANN, Wolfsthal-Berg
Dipl.Ing. Peter HÖGER, Wirtschaftskammer für für Wien
Gemeinderat Adolf Raimund HOLLAREK, Engelhartstetten
Dipl.Ing. Bruno HÖRLER, Fischereirevierverband II - Korneuburg
Mag. Matthias HUTTER und Dr. Friederike SPITZENBERGER, Österr. Gesellschaft für Natur- und Umweltschutz
Förster Ing. Johann W. KIESSLING, Wiener Naturwacht, Landesleitung
Ing. Karl KISLING, Wiener Landwirtschaftskammer
Franz KROPIK, NÖ Berg- und Naturwacht
Dipl.Ing. Wolfgang LAUBER, Kammer für Arbeiter u. Angestellte für Wien
Bgm. Josef LEBERBAUER, Mannsdorf a.d. Donau
Gemeinderat Johann LOITSCH, Scharndorf
Dr. Günther LUTSCHINGER, WWF
Mag. Carl MANZANO, Distelverein
Ing. Hannes MINNICH, Österr. Naturschutzbund, Landesgruppe Wien
VBgm. Paul PAGACS, Hainburg a.d.Donau
OFR Dipl.Ing. Gottfried PAUSCH, Österreichische Bundesforste, Forstverwaltung Eckartsau
Abg.z.NR Helene PECKER, Naturfreunde Österreich
VBgm. Karl PELLINGER, Eckartsau
Dipl.Ing. Herbert PÖTSCHACHER, Kammer für Arbeiter und Angestellte für NÖ
OFR Dipl.Ing. Karl PRINZ, Wiener Landesjagdverband
KomRat Josef PURKHAUSER, NÖ Wirtschaftskammer
Stadtrat Ing. Franz RAUSCH, Fischamend
Bezirksrat Karl REGNER, Gemeinde Wien
Dipl.Ing. Johannes RENNHOFER, NÖ Landesjagdverband
Gemeinderat Johann RUPPITSCH, Petronell-Carnuntum
Karl SCHATZL, Wiener Fischereiausschuß
LAbg. Bgm. Herbert SIVEC, Groß-Enzersdorf
Abg.z.NR Friedrich SVIHALEK, Gemeinde Wien; Stellvertretender Vorsitzender
Bgm. Ing. Hermann TERSCINAR, Bad Deutsch-Altenburg
wHR Dr. Peter WALD, Planungsgemeinschaft Ost
Bgm. Dir. Rudolf ZÖRNPFENNING, Orth a.d.Donau

Eine der Gemeinde Wien zustehende Delegierung ist derzeit vakant

STUDIEN, BEAUFTRAGT IM RAHMEN DER NATIONALPARKPLANUNG

BETRIEBSGESELLSCHAFT MARCHFELDKANAL (1991a), Waldstruktur- und Wildhabitatkartierung; Bearbeitung: Ch. Bachinger, E. Buchleitner, Ch. Leditznig; Bericht im Grobkonzept, 3550 Erhebungsblätter

BETRIEBSGESELLSCHAFT MARCHFELDKANAL (1991b), Untersuchung der Grundwasserverhältnisse im linksufrigen Augebiet unterhalb des Schönauer Schlitzes bis zur Marchmündung (Str. km 1.880 - 1.908); Bearbeitung: H. Harreither; 23 Seiten, 3 Karten, 13 Profile

BETRIEBSGESELLSCHAFT MARCHFELDKANAL (1992), Verbesserung der wasserwirtschaftlichen Situation des Fadenbaches, Bearbeitung: H. Harreither, Th. Stark (im Einvernehmen mit der Abt. B/3 des Amtes der NÖ Landesregierung); 31 Seiten, 9 Tabellen, 5 Diagramme (Im Auftrag der NÖ Landesregierung)

FESSEL & GfK Ges.m.b.H. & Co., Institut für Marktforschung (1992), Umfrage zum Nationalpark Donau-Auen (1. Welle) (NÖ); Textband 28 Seiten, Tabellenband 128 Seiten, Fragebogen

FESSEL & GfK Ges.m.b.H. & Co., Institut für Marktforschung (1993a), Nationalpark Donauauen, 2. Welle; Umfrage zum Nationalpark Donau-Auen (NÖ); Textband 25 Seiten, Tabellenband 148 Seiten, Fragebogen

FESSEL & GfK Ges.m.b.H. & Co., Institut für Marktforschung (1993b), Nationalpark Donauauen; 2 Bde., Textkommentar, Tabellenband 114 Seiten, Anhang

GAMAUF A. u. B. HERB (1991), Greifvogelstudie im Bereich des geplanten Nationalparks Donau-Auen: abgedämmte Auen und integrierter Gesamtbericht; 39 Seiten, Anhang, 1 Karte

GAMAUF A. u. B. HERB (1993a), Greifvogelstudie im Bereich des geplanten Nationalparks Donau-Auen: Lobau;

GAMAUF A. u. B. HERB (1993b), Situation der Greifvogelfauna im geplanten Nationalpark Donau-Auen; Endbericht; 77 Seiten, 1 Karte

GEOLOGISCHE BUNDESANSTALT (1992), Möglichkeiten der Gewinnung und des Antransportes für das Grobgeschiebe zur Sohlstabilisierung der Donau unterhalb Wiens; Bearbeitung: B. Moshammer u. M. Heinrich; 43 Seiten, 4 Karten

GRABHERR G. (1992), Ergänzungsstudie im Rahmen der Waldstrukturkartierung für das Projekt Nationalpark Donau-Auen; 16 Seiten, 3 Profile

IFES Institut für empirische Sozialforschung (1992), Nationalpark Donau-Auen, Monitoring 22. Wiener Gemeindebezirk, 1. Welle; 14 Seiten, Fragenprogramm, 24 Tabellen

IFES Institut für empirische Sozialforschung (1993a), Nationalpark Donau-Auen, Monitoring 22. Wiener Gemeindebezirk, 2. Welle; 18 Seiten, Fragenprogramm, 12 Tabellen und Anhang; Tabellenband

IFES Institut für empirische Sozialforschung (1993b), Nationalpark Donau-Auen, Kontrollstudie in 13 Gemeinden in Niederösterreich; 19 Seiten, Fragenprogramm, Tabellen

INSTITUT FÜR FINANZWISSENSCHAFTEN UND INFRASTRUKTURPOLITIK (1994), Kosten-Nutzen-Analyse ausgewählter Varianten eines Nationalparks Donau-Auen, Endbericht; Bearbeitung: W. Schönbäck (Projektleiter), M. Kosz, Th. Madreiter, D. Kehrer und B. Brezina; 327 Seiten, Tabellen und Abbildungen; Anhang

JUNGWIRTH M., H. KOVACEK, M. MANN u. G. ZAUNER (1991), Flächendeckende Biotopkartierung des aquatischen Lebensraumes im Aubereich des zukünftigen Nationalparks Donau-Auen; 49 Seiten, Erhebungsblattsammlung 249 Seiten, Fotodokumentation (3 Bde), 1 Karte (Teilblätter)

KILLIAN H. (1991), Historische Studie über das Gebiet des geplanten Nationalparks Donau-Auen; 35 Seiten, Beilagen 24 Seiten

KOVACEK H., Th. SPINDLER u. G. ZAUNER (1991), Grundsatzpapier zur Fischerei im Nationalpark Donau-Auen; 5 Seiten

PLANUNGSGRUPPE AUENÖKOLOGIE [1] (1991), Wasserbauliche Szenarien und Ökologie der Donau-Auen östlich von Wien; 176 Seiten, Anhang

[1] Planungsgruppe Auenökologie: G. Grabherr, G. A. Janauer, H. Schacht, F. Schiemer, H. Winkler, H. Wösendorfer, H. Zottl

SCHRATT L. (1991), Floristische und vegetationskundliche Bewertung der Wiesen in den linksufrigen offenen Donau-Auen zwischen Schönau und Hainburg; 8 Seiten, 4 Karten (Teilblätter)

SPINDLER Th. (1992a), Entwurf für eine Fischereiordnung für die Gewässer im Nationalpark Donau-Auen; 12 Seiten

SPINDLER Th. (1992b), Bewertung der Augewässer; 2 Seiten, 11 Tabellen

SPINDLER Th., (1993); Fischereikonzept für den Nationalpark Donau-Auen; 20 Seiten, 5 Tabellen, 1 Karte

ZOTTL H. u. H. ERBER, gemeinsam mit der Wasserstraßendirektion (1991), Flußbauliches Gesamtkonzept (Teststrecke Str. km 1905.0 - 1895.0); Vorstudie: 18 Seiten, Hydraulische Berechnungen 7 Seiten, 23 Beilagenblätter, 23 Tabellen, Planbeilagen Teil 1 u. 2

ZITIERTE LITERATUR

ALLIANCE FOR NATURE (1990), IUCN-Kriterien der "1985 United Nations List of National Parks and Protected Areas" - Offizielle Übersetzung. Wien

BUNDESMINISTERIUM FÜR ÖFFENTLICHE WIRTSCHAFT UND VERKEHR (1992), Memorandum über den verkehrspolitischen Stellenwert der österreichischen Binnenschiffahrt und Maßnahmen für den Güterverkehr auf der Donau. Wien

DONAUKOMMISSION (1988), Empfehlungen bezüglich der Aufstellung von Regelmaßen für die Schiffahrtsrinne sowie den wasserbaulichen und sonstigen Ausbau der Donau. Budapest

ERZ W. (1991), Nationalparke, Indikatoren im "Ökosystem Naturschutz". In: Nationalparke 71, (2). Grafenau

JELEM H. (1974), Die Auwälder an der Donau. In: Mitteilungen der Forstlichen Bundesversuchsanstalt (109). Wien

KRESSER W. (1984), Gutachten über die Eintiefungstendenzen der Donau im Bereich von Greifenstein bis zur Staatsgrenze. Gutachten.

ÖSTERREICHISCHE GESELLSCHAFT FÜR ANGEWANDTE FREMDENVERKEHRSWISSENSCHAFT und ÖSTERREICHISCHES INSTITUT FÜR RAUMPLANUNG (1988), Programmplanung "Archäologischer Park Carnuntum". Wien

OGRIS H., ZOTTL H. und ERBER H. (o.J.), Sohlstabilisierung durch Grobmaterialzugabe zur Deckschichtbildung. Im Auftrag des Magistrats der Stadt Wien, MA 45 - Wasserbau. Wien

PLANUNGSGEMEINSCHAFT OST (1985), Landschaftsrahmenplan Wien - Hainburg. Wien

ZOTTL H., ERBER H. und ÖSTERREICHISCHES INSTITUT FÜR RAUMPLANUNG (1989), Grundlagenstudie zum Donau-Oder-(Elbe-)Projekt aus österreichischer Sicht. 2 Bände. Wien

GLOSSAR

(Erklärung wichtiger Fachbegriffe, soweit sie nicht im Text erläutert werden)

anthropogen	durch den Menschen beeinflußte oder bewirkte Veränderungen
autochthon	an Ort und Stelle entstanden, standortheimisch
Biozönose	Lebensgemeinschaft von Pflanzen und Tieren in einem gemeinsamen Lebensraum
Buhne	Querbauten in Ufernähe zur Einengung des hydraulisch wirksamen Querschnitts (Abflußprofil)
Controlling	Bereitstellung von Planungs- und Kontrollhilfsmitteln für Entscheidungsträger sowie Koordination der internen Organisation
Erosion	Abtragung; im engeren Sinn Bodenabtragung, Bodenzerstörung
Furkation	Gabelung, Aufspaltung; Verzweigung eines Flußlaufes in mehrere Arme (Haupt- und Nebenarme)
Gradation	Massenvermehrung (von Forstschädlingen)
Habitat	Lebensraum; Standort, an dem eine Tier- oder Pflanzenart regelmäßig vorkommt
Heißländs	(auch Heißland, Heißländen) Standorte, die wegen der geringen wasserhaltenden Kraft des Bodens keinen Wald zu tragen vermögen, etwa auf hoch aufgeschütteten Schotterkörpern, die nachträglich nicht oder nur wenig aufgelandet wurden
Hybrid	Nachkommen (Kreuzung) von (zwei) verschiedenen Arten, die selbst nicht mehr vermehrungsfähig sind
Kolmatierung	Selbstdichtung der Gewässersohle oder der benetzten Böschungen durch Absetzen von Feinstoffen an der Oberfläche
Leitwerk	Längsbauten in Ufernähe zur Einengung des hydraulisch wirksamen Querschnitts (Abflußprofil)
Modal split	Aufteilung des Verkehrsaufkommens auf verschiedene Verkehrsarten; Verhältnis der Verkehrsarten zueinander

Monitoring	Wissenschaftliche (Langzeit-)Beobachtung und Dokumentation von natürlichen Entwicklungen und Abläufen
Ökologie	Lehre von den Beziehungen von Lebenwesen zueinander und zur unbelebten Umwelt
Ökosystem	Sich weitgehend selbst regulierendes Wirkungsgefüge von Lebewesen und Umwelt
Sedimentation	Ablagerung von Material, das durch Kräfte der Abtragung fortbewegt wurde
Sukzession	Natürliche Abfolge verschiedener Pflanzengesellschaften im Laufe der Zeit am selben Standort und ohne Eingriffe durch den Menschen

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

(Erklärung häufig verwendeter Abkürzungen)

BGBl.	Bundesgesetzblatt
B-VG	Bundesverfassungsgesetz
CEMT	Konferenz der europäischen Verkehrsminister
ECE	Economic Commission for Europe
Fm	Festmeter
GWh	Gigawattstunde (10^9 Watt je Stunde)
ha	Hektar
HSW	Höchster schiffbarer Wasserstand
IUCN	International Union for Conservation of Nature and Natural Resources
KG	Katastralgemeinde
KNA	Kosten-Nutzen-Analyse
KW	Kraftwerk
kWh	Kilowatt je Stunde
lfm	Laufmeter
MA	Magistratsabteilung
MW	Megawatt; Mittelwasser
NÖSIWAG	Niederösterreichische Siedlungswasserbau GesmbH
NPVK	Nationalparkvorbereitungskommission
ÖDOBAG	Österreichische Donau-Betriebs-Aktiengesellschaft
ÖGNU	Österreichische Gesellschaft für Natur- und Umweltschutz
RAV	Regelarbeitsvermögen
RNW	Regulierungsniederwasser
WWF	World Wide Fund for Nature

ANHANG

BESCHLUSS DER VERTRETER DES BUNDES IN DER NATIONALPARKVORBEREITUNGSKOMMISSION ZUM BERICHT DER BETRIEBSGESELLSCHAFT MARCHFELDKANAL

Gegenstand des folgenden Beschlusses des Bundes ist der von der Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal (als Auftragnehmer) den zuständigen Vertretern des Bundes und der Länder Niederösterreich und Wien am 3. Dezember 1993 übermittelte Bericht "Nationalpark Donau-Auen".

Die Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal wurde auf der Grundlage einer Art. 15a - Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern Niederösterreich und Wien (Bundesgesetzblatt 441/90, ausgegeben am 20. Juli 1990, Wirksamkeit mit 19. Juli 1990, Geltungsdauer drei Jahre) beauftragt, die Prüfung der Voraussetzungen zur Schaffung eines Auen-Nationalparks im Bereich der Donau vorzunehmen.

Die Republik Österreich, vertreten durch das Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie und die Länder Niederösterreich und Wien als Auftraggeber einerseits und die Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal als Auftragnehmer andererseits, schlossen daher am 1. März 1991 einen Werkvertrag, mit dem Zweck, die in der oben genannten Art. 15a - Vereinbarung geregelten Zielsetzungen zu verwirklichen.

Die im Werkvertrag angeführten Leistungen sind innerhalb von drei Jahren nach Auftragserteilung von der Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal zu erbringen.

Für die Entscheidungen im Rahmen der Leistungserbringung ist die Nationalparkvorbereitungskommission zuständig (siehe Werkvertrag Pkt. 6).

Der Nationalparkvorbereitungskommission obliegt es, den Vertragsparteien (Bund, NÖ und Wien) nach Anhörung der jeweils betroffenen Gemeinden Vorschläge zur Realisierung des in Aussicht genommenen Nationalparks zu erstatten. Die Vorschläge müssen auf Untersuchungen basieren, die alle von einem Nationalpark berührten oder beeinflußten Bereiche einschließen und die Konsequenzen des Nationalparks auf diese Bereiche aufzeigen. Dies umfaßt insbesondere - gemäß Art. VI der Art. 15a - Vereinbarung sowie Werkvertrag Pkt. 1 (1) (g) - die Prüfung der Auswirkungen bzw. Wechselwirkungen der Nationalparkvarianten auf andere im öffentlichen Interesse gelegene Aspekte, wie Schiffahrt, energetische Nutzung, Sohlstabilisierung, Wasserwirtschaft, Wasserversorgung, Verkehrspolitik, Land- und Forstwirtschaft, Bergbau, Tourismus, Gewerbe und Industrie.

In den Zielsetzungen der Art. 15a - Vereinbarung ist u.a. festgelegt, daß eine Akzeptanz durch die örtliche Bevölkerung zu erwirken, das Grundwasservorkommen als Wasserreserve für die Trinkwasserversorgung zu sichern, eine bestmögliche Grundwasserdynamik zu gewährleisten, die Funktion und Erhaltung der internationalen Wasserstraße Donau einschließlich des Unterlaufes der March für einen ungehinderten Betrieb der Schiffahrt sowie der Bestand der Hochwasserschutzanlagen zu gewährleisten ist und die Möglichkeiten von Nutzungen des Gebiets nach Ort und Art zu prüfen sind.

Im Leistungsprogramm des Werkvertrages wurde u.a. vereinbart, die Kosten für die Nationalparkvarianten und die Folgekosten für andere Nutzungen darzustellen.

Diese Feststellungen beziehen sich auf die gesetzlich und werkvertraglich geregelten Rahmenbedingungen, in denen die Beteiligten (Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal als Auftragnehmer, Nationalparkvorbereitungskommission als Kontroll-, Vorschlags- und Beschlußgremium, Nationalparkforum sowie der wissenschaftliche Beirat) ihre jeweiligen Rechte und Pflichten ordnungsgemäß wahrzunehmen haben.

Der vorliegende Beschluß erfolgte im Lichte dieser Rahmenbedingungen sowie der daraus resultierenden Pflichten des Bundes in der Nationalparkvorbereitungskommission.

1. GRUNDSÄTZLICHES

Die Donau-Auen zwischen Wien und Wolfsthal sind eine sorgsam und umsichtig gepflegte Kulturlandschaft. Den seit Jahrhunderten in der Region beheimateten Menschen ist es zu verdanken, daß im Einvernehmen mit den privaten und öffentlichen Eigentümern diese Landschaft in dieser Qualität erhalten wurde.

Flußbauliche Maßnahmen (Donauregulierung und Hochwasserschutzdamm) zum Schutz vor den gewaltigen Hochwässern der Donau ermöglichten den Menschen in der Region eine Lebensführung ohne Angst und Sorge vor einer Zerstörung ihrer wirtschaftlichen Lebensgrundlagen.

Diese Infrastruktur bot der Land- und Forstwirtschaft und den Gewerbe- und Industriebetrieben die Chance, den Menschen ein verläßliches Einkommen und eine befriedigende Lebensqualität zu sichern. Eine vernünftige ökologische, soziale und wirtschaftliche Entwicklung dieser Planungsregion ist eine politische Zielsetzung.

Die dreijährigen Untersuchungen der Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal ergaben, daß **die MACHBARKEIT der SOHL-PFLASTERUNG, die GRUND-, TRINK- und NUTZWASSERFRAGE sowie die umweltfreundliche Gestaltung des OST/WEST-GÜTER-TRANSITVERKEHRS (VERLAGERUNG ZUR BINNENSCHIFFAHRT)** noch nicht abschließend geklärt sind.

Der Schutz der Donau-Auen ist ein naturschutzpolitisches Anliegen, das sowohl mit umweltpolitischen österreichischen Schutzbedürfnissen fruchtbar zu vernetzen ist als auch den regionalpolitischen Anforderungen (Infrastruktur, Wirtschaft und Erholung) Rechnung zu tragen hat.

Diese Bereiche sind sowohl großregional als auch für die Menschen in der Region (Akzeptanz) unmittelbar von großer Bedeutung.

Die für eine Entscheidungsfindung bedeutsamen Sachbereiche sind in der beiliegenden Anlage ausführlich dokumentiert. Diese Sachbereiche bedürfen weiterer wissenschaftlich ausgerichteter, vertiefender Untersuchungen, um die politisch verantwortlichen Entscheidungsträger in die Lage zu versetzen, auf solider und gut gesicherter Grundlage zukunftsweisende Initiativen zu ergreifen. Diese Untersuchungen sollen dem Grundsatz der OFFENHEIT, TRANSPARENZ und VERSTÄNDIGUNG verpflichtet sein.

Der ggstdl. Bericht der Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal ist im Lichte der vorstehenden Ausführungen zu sehen. Der dreijährige Untersuchungsprozeß zeigt, daß - obwohl kein entscheidungsreifes Projekt vorliegt - ein Arbeitsergebnis vorgelegt wurde, das einerseits eine ordnungsgemäße Abnahme und Abrechnung der erbrachten Werkvertragsleistungen ermöglicht und andererseits den für eine definitive Entscheidungsvorbereitung sachlich notwendigen, künftigen Untersuchungshorizont ausweist.

ANLAGE

Für das:

Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie:	Wolfgang MATTES eh.
Bundesministerium für Finanzen:	Eduard KLISSENBAUER eh.
Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten:	Reinhard KÖGERLER eh. Gerhard STRIEDER eh.
Bundeskanzleramt:	Robert PELOUSEK eh.
Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr:	Josef SCHWANZER eh.
Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft:	Wolfgang STALZER eh. Franz STUMMER eh.

ANLAGE

IM DETAIL WERDEN NACHSTEHEND FOLGENDE BEREICHE AUSFÜHRLICH BEHANDELT, DIE NACH GEMEINSAMER ANSICHT DER VERTRETER DES BUNDES NOCH VERTIEFEND ZU UNTERSUCHEN SIND

FLUSSBAULICHES GESAMTKONZEPT

VERKEHRSPOLITIK (SCHIFFAHRT "INTERNATIONALE WASSERSTRASSE DONAU")

TRINK- UND NUTZWASSER

KOSTEN/NUTZEN-ANALYSE

AKZEPTANZ DURCH DIE ÖRTLICHE BEVÖLKERUNG

FLUSSBAULICHES GESAMTKONZEPT

Die stetige Sohleintiefung der Donau (jährlich 1,5 bis 3 cm) ist ein schwerwiegendes Problem, das in naher Zukunft gelöst werden muß.

Keine umfassenden wasserbaulichen Maßnahmen zu ergreifen, bedeutet, daß

- **der Grundwasserspiegel sinkt**
- **die Nutzung der bedeutendsten Wasserressourcen in der Ostregion für den Trink- und Nutzwassergebrauch gefährdet ist**
- **die Donau-Auen austrocknen und**
- **der Ausbau der internationalen Wasserstraße Donau als umweltfreundlichste Alternative zum Straßenverkehr nicht möglich ist.**

Die im Rahmen des flußbaulichen Gesamtkonzeptes vorgesehenen Maßnahmen (Niederwasserregulierung und Sohlstabilisierung mittels Sohlpflasterung), sind großbautechnische Eingriffe, die nur langfristig zu realisieren sind, zeitlich kaum zu begrenzen sein dürften sowie in ihren wasserbaulichen und ökologischen Auswirkungen von international anerkannten Experten unterschiedlich beurteilt werden.

Ob die Eintiefung der Donausohle mit dieser Maßnahme gestoppt werden kann, ist aus der Sicht des praktischen Wasserbaues noch nicht geklärt.

Die möglichen negativen Auswirkungen von technischen Maßnahmen im Ufer- und Strombereich (Buhnen, Leitwerke) auf die Gewässerökologie sowie die von international anerkannten Fachexperten geäußerten Befürchtungen einer Verdichtung der Donausohle sind noch zu untersuchen.

Die Vereinbarkeit des flußbaulichen Gesamtkonzeptes (umfangreiche Baumaßnahmen, wirtschaftliche Nutzung der Donau als Wasserstraße von internationaler Bedeutung) mit den strengen Nationalpark-Normen der IUCN (Kategorie II) ist eine offene Frage und konnte bisher nicht verbindlich beantwortet werden.

In diesem Zusammenhang erhebt sich die Frage, ob die angestrebte natürliche Sukzession östlich von Wien mit den im Bericht empfohlenen Baumaßnahmen in Einklang zu bringen ist.

Die Variante "Verfügbarkeit" ist zur Erreichung einiger der in der Artikel 15-a Vereinbarung (siehe Artikel III) angeführten Zielsetzungen keine brauchbare Variante (diese wurde auch von der Planungsgruppe Wasserbau-Auenökologie als für eine Nationalparkerrichtung "nicht wünschenswerte Perspektive" qualifiziert; siehe Kürzestfassung Dezember 1991; diese Variante wird auch vom Wissenschaftlichen Beirat offenbar nur als erste Stufe zur Realisierung des flußbaulichen Gesamtkonzeptes gesehen).

Abschließend wird auf die bekannte Tatsache verwiesen, daß die Machbarkeit der empfohlenen Sohlpflasterung zum gegenwärtigen Zeitpunkt auch international nicht nachgewiesen ist. Dazu sind noch umfangreiche Untersuchungen (Planungen, Modellversuche, Naturversuche) notwendig.

Die Kostenschätzung der Realisierung des flußbaulichen Gesamtkonzeptes liegt zur Zeit bei etwa 4 Mrd.S. Diese Kostenschätzung ist mit großen Unsicherheiten (Beschaffungskosten des Sohlpflasterungsmaterials einschließlich der Transport- und Einbaukosten) behaftet und bedarf ebenfalls einer weiteren Klärung.

Erst nach Vorliegen und Abschluß dieser Gesamtuntersuchungen kann eine entscheidungsreife Beurteilung des flußbaulichen Gesamtkonzeptes erfolgen und einer Umweltverträglichkeitsprüfung zugeführt werden.

VERKEHRSPOLITIK (SCHIFFAHRT "INTERNATIONALE WASSERSTRASSE DONAU")

In der Art. 15a-Vereinbarung wird als Zielsetzung geregelt:

"Die Funktion und Erhaltung der internationalen Wasserstraße Donau einschließlich des Unterlaufes der March für einen ungehinderten Betrieb der Schiffahrt sowie den Bestand der Hochwasserschutzanlagen zu gewährleisten".

Die österreichische Donau liegt im nautisch schwierigsten Bereich der einzigen transkontinentalen Wasserstraßenverbindung in Europa. In einer solchen "Scheitelstrecke" sind zufolge der Transportrelationen und der Transportdauer ausreichende und ganzjährige garantierte Fahrwassertiefen unerläßlich. Diese stellen eine unabdingbare Rahmenbedingung für ein für die verladende Wirtschaft akzeptables Preis/Leistungsangebot der Binnenschiffahrt dar. Nur nach Erfüllung dieser Voraussetzung sind nennenswerte Verlagerungen zur Binnenschiffahrt und die Nutzung der enormen potentiellen Kapazitätsreserven (z.Z. sind nur 10 % ausgelastet) der Donau als Verkehrsweg möglich.

Die rasche Nutzung dieser enormen Kapazitätsreserven der Donau ist angesichts des progressiv steigenden Güterverkehrsaufkommens im Ost/West-Transit eine verkehrspolitische Notwendigkeit.

Die erheblichen Belastungen von Mensch und Umwelt durch den motorisierten Straßenverkehr sind insbesondere in Ballungszentren und an Transitrouten einfach unzumutbar geworden.

Im Jahr 1990 wurden folgende Emissionsmengen des Verkehrs ermittelt (in Klammer der ungefährte Anteil des Verkehrs an den Gesamtemissionen des jeweiligen Schadstoffes):

- Kohlendioxid (CO2):	15.000.000 t	(27 %)
- Kohlenmonoxid (CO):	535.000 t	(50 %)
- Kohlenwasserstoffe (CH):	82.000 t	(80 %)
- Stickoxide (NOX):	130.000 t	(70 %)
- Schwefeldioxid (SO2):	3.000 t	(3 %)
- Partikel (Staub, Ruß):	12.000 t	(20 %)

(Quelle: Österr. Gesamtverkehrskonzept 1991)

Das gesamte Transportvolumen im Transitverkehr entwickelte sich in Österreich zwischen 1972 bis 1990 folgendermaßen:

*	STRASSE	4,1 auf 23,8	Mio. Tonnen	(+ 480 %)
*	SCHIFFAHRT	0,8 auf 1,4	Mio. Tonnen	(+ 75 %)
*	BAHN	8,5 auf 11,6	Mio. Tonnen	(+ 36 %)

(Quelle: Österr. Raumordnungsbericht 1991)

Prognosen über die Güterverkehrsentwicklung in Österreich zeigen, daß vor allem im Ost/West-Verkehr dynamische Wachstumsraten in den kommenden Jahren zu erwarten sind (bis zu 200 %). Die Schiffahrt ist nachweislich hinsichtlich des Flächenbedarfs, der Lärm- und Schadstoffemissionen und der Unfallgefahren der umweltfreundlichste Verkehrsträger.

Um den ungehinderten Betrieb der Schiffahrt und die Nutzung ihrer Leistungsreserven sicherzustellen, wird international und national an der Beseitigung der strukturellen Schwachstellen des Verkehrsweges gearbeitet.

Beispielhaft anzuführen sind:

- die Empfehlungen der Donaukommission mit Ausbauziel 3,50 m bei RNW unterhalb von Wien,

- das Binnenschiffahrtsmemorandum der Bundesregierung mit dem Ausbauziel von 3,20 m bei RNW,

- die Fertigstellung der Kraftwerksstufe Gabcikovo,

- der innerdeutsch vertraglich geregelte Donauausbau in Bayern und die Einleitung des Planfeststellungsverfahrens sowie

- Initiativen von ECE, CEMT und EU,

- auch in Ungarn wird in diese Richtung gearbeitet.

Da die allfällige Realisierung der Varianten 1 (Flußbauliches Gesamtkonzept), 3.1 (Nationalpark und KW Wolfsthal II) und 3.2 (Nationalpark und KW Wildungsmauer) mehr als zehn Jahre Bauzeit erfordern würde, ist die Lösung dieser Frage von größter Dringlichkeit. Die Variante 2 (Verfügbarkeit) entspricht den Zielvorstellungen für einen ungehinderten und leistungsstarken Betrieb der Schiffahrt in keinster Weise.

Die Variante 2 (Verfügbarkeit) ist aus verkehrspolitischen, wirtschaftlichen sowie ökologischen Gründen als eigenständige Variante unzureichend. Sie ist als Vergleichsfall anzusehen und nicht als Projektvariante (Planungsfall) einzustufen. Dies vor allem deshalb, da sie keinesfalls eine dauerhafte und problemgerechte Lösung darstellt. Eine internationale, leistungsstarke Schiffahrt braucht realisierbare Optionen für eine größere Fahrwassertiefe.

TRINK- UND NUTZWASSER

In der Art. 15a-Vereinbarung wird in den Zielsetzungen festgehalten:

"das Grundwasservorkommen als Wasserreserve für die Trinkwasserversorgung zu sichern".

Damit wird der Sicherungsaspekt mit den Nutzungsaspekten untrennbar verknüpft.

Weiters besteht für den gesamten Planungsraum eine wasserwirtschaftliche Rahmenverfügung (BGBl.Nr. 32/64). Diese Rahmenverfügung regelt generell die Nutzung der gegebenen Grundwasservorkommen, wobei die Nutzung für die Trinkwasserversorgung im Vordergrund steht. Die Nutzung für landwirtschaftliche Zwecke wird prioritär angeführt.

Ausgehend von der Tatsache, daß in einem Nationalpark nach IUCN-Kriterien, Kategorie II, grundsätzlich die wirtschaftliche Nutzung von Naturgütern verboten ist oder jede andere Inanspruchnahme in diesem Gebiet zu verhindern oder zu beseitigen ist, liegt somit ein weitreichender und unter Umständen folgenschwerer Zielkonflikt vor.

Die Grundwasserressourcen in den Donau-Auen sind die bedeutendsten Vorkommen in der Ostregion. Ein Nationalpark Donau-Auen gemäß IUCN-Kategorie II würde unter Umständen die künftige Nutzung dieser wichtigen Lebensressource verhindern. Selbst unter der Annahme, daß bestehende Nutzungsrechte unangetastet bleiben, stünde der überwiegende Teil dieses Wasservorkommens für das Lebenswohl der nächsten Generationen nicht mehr zur Verfügung. Die genannte wasserwirtschaftliche Rahmenverfügung legt lediglich Planungsziele für diesen Raum fest und beinhaltet keine konkreten wasserwirtschaftlichen Nutzungsrechte.

In diesem Zusammenhang wird nochmals auf die mögliche und noch nicht untersuchte Problematik einer Verdichtung der Donausohle als Folge einer Sohlpflasterung hingewiesen. Der dadurch möglicherweise unterbundene natürliche Austausch von Donauwasser und Grundwasser könnte die gegebene Qualität (und Quantität) der Grundwasservorkommen negativ verändern.

<u>Diese Fragen sind für die Menschen in der Region (einschließlich Wien) von größter Relevanz und bedürfen einer vertiefenden Untersuchung.</u>

KOSTEN/NUTZEN-ANALYSE

Die von a.o. Prof. SCHÖNBÄCK und seinen Mitarbeitern in der letzten Planungsphase erstellte Kosten/Nutzen-Analyse ermöglichte allen Beteiligten auf die Anforderungen des Untersuchungsprojektes wissenschaftlich geleitet einzugehen.

Die Kosten/Nutzen-Analyse zeigt nicht nur die intensive wechselseitige Abhängigkeit der Untersuchungsbereiche wie Naturbestand, Sohleintiefung, Grundwassersicherung und Trinkwassernutzung, Verkehrspolitik und umweltfreundliche Energieerzeugung auf, sondern weist auch nach, daß wesentliche Ressourcen im Planungsgebiet weit über dieses Gebiet hinaus eine zentrale Bedeutung für Österreich haben.

Dies deshalb, da die Funktion einer Kosten/Nutzen-Analyse nicht nur in einer monetären Bewertung der verschiedenen Maßnahmen zu sehen ist, **sondern diese monetäre Bewertung die konkrete Vertiefung der jeweiligen Planungsziele und Lösungsvorschläge zur sachlichen Voraussetzung hat.**

Diese Kosten/Nutzen-Analyse hat die systematische Vernetzung der einander durchdringenden Sachbereiche sowie die hohe Komplexität des Untersuchungsgegenstandes deutlich dokumentiert.

Der dadurch erreichte Wissensstand ermöglichte am Ende der dreijährigen Planungsperiode eine den Grundsätzen der Offenheit, Transparenz und Wahrhaftigkeit verpflichtete Diskussion. Damit wurde eine Planungskultur erreicht, die für die anstehenden künftig zu erbringenden Untersuchungsleistungen eine für alle Beteiligten entscheidende Grundlage bietet.

Eine Fortführung dieser Kosten/Nutzen-Analyse ist für folgende Bereiche erforderlich:

* Brennstoffkosten "Gas" sowie die Investitionskosten für kalorische Ergänzungskraftwerke
* Drittbereitstellungskosten für alternative Wasserversorgungsinvestitionen
* Zahlungsbereitschaftsanalyse und Verrechnung der Zahlungsbereitschaft für das gesamte Spektrum der Nutzungen (z.B. Trinkwasser, Schiffahrt, Erholung).
* Überprüfung möglicher Verlagerungseffekte zur Binnenschiffahrt in Abhängigkeit von den jeweiligen Fahrwassertiefen

Darüber hinaus ist eine Ermittlung der

* finanziellen Auswirkungen der verschiedenen alternativen investiven Maßnahmen auf die Budgets der Gebietskörperschaften,
* der Wertschöpfungs- und Beschäftigungseffekte sowie
* eine vergleichende Überprüfung der verschiedenen Methoden einer im Rahmen einer Kosten/Nutzen-Analyse möglichen monetären Darstellung

zweckmäßig und erforderlich.

Die gegenständliche Kosten/Nutzen-Analyse ist aus den vorstehend angeführten Gründen als Anlage dem Bericht der Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal beigefügt.

AKZEPTANZ DURCH DIE ÖRTLICHE BEVÖLKERUNG

In der Art. 15a-Vereinbarung wird in den Zielsetzungen folgendes festgelegt:

- **"Es ist eine Akzeptanz der örtlichen Bevölkerung zu erreichen."**

- **"Alle Maßnahmen zur Vorbereitung und Schaffung des Nationalparks haben unter Einbeziehung der betroffenen Bevölkerung zu erfolgen."**

Der von der Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal wahrzunehmenden Bürgerbeteiligung lag das Ziel zugrunde, den grundsätzlichen Konflikt zwischen einem Nationalpark und den seit vielen Jahrzehnten hindurch gepflogenen, regionalen und lokalen Nutzungen transparent zu machen und in einem offenen, alle Aspekte umfassenden Diskurs einer für die örtliche Bevölkerung akzeptablen Planungslösung zuzuführen.

a) **In den vorliegenden Stellungnahmen der betroffenen Gemeinden zum Nationalparkkonzept der Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal wird ausdrücklich festgehalten, daß**

   * die seit Jahrzehnten in den Gemeinden bestehenden Nutzungsrechte gewährleistet bleiben müssen
   * Jagd, Fischerei, Holzentnahme und Trinkwasserversorgung (auch über bestehende Rechte hinaus) keinen Einschränkungen zu unterziehen sind
   * die gewohnten Freizeitnutzungen sowie Begehungsmöglichkeiten der Au in vollen Umfang gesichert sein müssen
   * den regionalpolitischen Anliegen Rechnung zu tragen ist, sowie
   * zusätzliche touristische Nutzungen umsichtig zu erwägen sind (einige Gemeinden lehnen eine zusätzliche touristische Nachfrage aus Rücksicht auf die Interessen der Bevölkerung ab).

* Besondere Priorität wird der Anhebung des Grundwasserspiegels sowie dem raschen Ausbau der Wasserstraße Donau als wichtiger Verkehrsträger für die Schiffahrt eingeräumt. Ein Teil der privaten Eigentümer zeigt kein Interesse an einer Einbeziehung ihrer Liegenschaften in den Nationalpark Donau-Auen.

* Es bestehen Sorgen und Unsicherheiten, welche Auswirkungen die Errichtung eines Nationalparks wirklich mit sich bringen wird.

* Die Ergebnisse der Untersuchungen zur Sohlpflasterung sollen abgewartet werden.

* Der Schutz der Schwefelquellen in Bad Deutsch-Altenburg steht laut Stellungnahme der Gemeinde über einer internationalen Anerkennung eines Nationalparks.

b) Die Bürgerbefragungen in den Gemeinden Eckartsau, Groß Enzersdorf, Mannsdorf und Orth ergaben eine eindeutige Ablehnung des Nationalparkkonzepts Donau-Auen. Weitere Gemeinden behalten sich eine Bürgerbefragung vor.

c) **Die an die Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal gerichteten Stellungnahmen der Gemeinden dokumentieren, daß ein Nationalpark nur mit einhelliger Zustimmung der in der Region lebenden Menschen realisierbar sein wird.**

Ein Nationalpark wird von den Bürgern als eine Maßnahme gesehen, die tief und weitreichend in den gewohnten und bewährten Lebensalltag eingreift. Diese Eingriffe werden deshalb als problematisch empfunden, da gerade die hohe Qualität des Lebensraums und insbesondere der Donau-Auen nachweislich eine Leistung der dort wohnenden Bevölkerung im Einvernehmen mit den Grundeigentümern sowie Nutzungsberechtigten ist.

Die Stellungnahmen der Gemeinden zeigen, daß der Schutz der Auen unmittelbar vor dem Hintergrund regionalpolitischer Ziele, Interessen und Werthaltungen zu sehen ist.

Es ist eine demokratische Selbstverständlichkeit, daß die Erfahrungen und die Gestaltungskraft der Menschen in der Region optimal in die notwendigen weiteren Untersuchungen einzubinden ist.

Die Vertreter des Bundes haben sich in der Nationalparkvorbereitungskommission ausdrücklich dafür verwendet, daß noch vor der Festlegung einer weiteren Vorgangsweise für die künftigen Planungen ein Hearing mit allen betroffenen Gemeinden stattfinden wird.

MARKTGEMEINDE BAD DEUTSCH-ALTENBURG
BEZIRK BRUCK/LEITHA
NIEDERÖSTERREICH

A-2405 BAD DEUTSCH-ALTENBURG, AM 20.10.1993

An die
Nationalpark Donau-Auen
Betriebsgesellschaft Marchfeld-
kanal

Franz Mair-Straße 47
2232 Deutsch-Wagram

ZAHL: 520-46/2-1993

BETRIFFT: Stellungnahme zum geplanten Nationalpark.

Der Gemeinderat der Marktgemeinde Bad Deutsch-Altenburg hat in seiner Sitzung vom 11. Oktober 1993 nachfolgende Stellungnahme mit Mehrheit beschlossen:

Die Marktgemeinde Bad Deutsch-Altenburg ist grundsätzlich für einen größtmöglichen Schutz des Naturraumes Donau-Auen östlich von Wien. Dieser Schutz kann auch nach den Kriterien eines Nationalparkes erfolgen, wenn nachfolgende fundamentale Wünsche und Interessen unserer Marktgemeinde dadurch nicht gefährdet werden. Oberste Priorität unserer Kur- und Fremdenverkehrsgemeinde ist die Erhaltung der Thermalquellen in Bad Deutsch-Altenburg. die laufende Eintiefung der Donau, könnte zu einer Gefährdung dieser Thermalquellen führen. Eine Stabilisierung der Donausohle im Einzugsbereich der Quellen, muß daher technisch und ökonomisch gewährleistet sein. Der Schutz der Schwefelquellen ist aus der Sicht der Marktgemeinde Bad Deutsch-Altenburg, über eine internationale Anerkennung der Donau-Auen als Nationalpark zu stellen. Ebenso muß die Realisierung des flußbaulichen Gesamtkonzeptes im Interesse des Fremdenverkehrs technisch und wirtschaftlich abgesichert sein. Die touristische und freizeitmäßige Nutzung der südlichen Donau-Arme bzw. Aubereiche durch Bootfahren und Wandern, darf nicht verboten bzw. beeinträchtigt werden, sondern sollte vielmehr gegenüber dem heutigen Zustand verbessert werden. Desweiteren muß die forstwirtschaftliche, fischereimäßige und jagdliche Nutzung unter größtmöglicher Bedachtnahme auf Ökologie weiter möglich sein.
Abschließend bietet sich die Marktgemeinde Bad Deutsch-Altenburg bei Realisierung eines Nationalparkes unter den vorgenannten Bedingungen, gleich ob er international abgesichert ist oder nicht, als Standort für ein Nationalparkzentrum an.

Zu diesem Gegenstand der Tagesordnung der Gemeinderatssitzung hat auch die Überparteiliche Bürgerliste Bad Deutsch-Altenburg einen Antrag eingebracht, der wie folgt lautete:

Die Donau-Auen unterhalb Wiens sind - zusammen mit den anschließenden March- und Thaya-Auen "ein Feuchtgebiet von internationaler Bedeutung". Sie sind die letzte große naturnahe Stromlandschaft in Mitteleuropa, der letzte Rest einer ehemals für die großen Beckenlagen der ober- und niederösterreichischen Donau typischen Flußlandschaft. Sie sind ebenso wie die Berge der Alpen ein Teil unseres nationalen Erbes ("Land der Berge, Land am Strome"). Die Größe und Geschlossenheit dieser Landschaft, ihre ökologische Dynamik und ihre Vielfalt an Biotopen sowie an Tier- und Pflanzenarten bilden die Voraussetzung für die Errichtung des Nationalparkes. Die Bewahrung ihrer Ursprünglichkeit, Geschlossenheit, Vielfalt und Dynamik ist der Kern der Nationalparkidee. Diesen einzigartigen Lebensraum in seiner Vielfalt uns und unseren Kindern zu erhalten, ist Aufgabe des Nationalparkes.

Amerika begann 1872 mit dem Yellowstone Park, Reste ursprünglicher Wildnis als nationales Erbe für kommende Generationen zu erhalten - "zur Inspiration und Erbauung für den Menschen". Heute gibt es weltweit über hundert Nationalparks. In Ländern, in denen sonst jeder Fußbreit der Kulturlandschaft vom Menschen bebaut oder gestaltet ist, gewinnen diese Oasen der Wildnis als Rückzugsgebiete bedrohter Natur unabschätzbare Bedeutung. Nationalpark ist ein international streng definierter Begriff. Als entscheidende Kriterien gelten:

- Eigenart und Schönheit
- gesamtstaatliche Bedeutung und
- wirksame Schutzmaßnahmen und besondere Bedeutung.
  Nationalparks sollen - unter Wahrung der Schutzziele - den Menschen für Erholung, Bildung und Forschung offenstehen.

Der Nationalpark Donau-Auen bringt nicht nur der Natur höchsten Schutz, sondern ist auch für die Gemeinden in der Region von wirtschaftlicher Bedeutung: Er sichert bestehende und schafft neue Arbeitsplätze.
Bad Deutsch-Altenburg kann sich für den Nationalpark Donau-Auen nur positiv aussprechen - Kurort und Nationalpark - wäre eine besonders geglückte Symbiose.

Dieser Antrag der Überparteilichen Bürgerliste Bad Deutsch-Altenburg, fand allerdings im Gemeinderat der Marktgemeinde Bad Deutsch-Altenburg nicht die erforderliche Mehrheit.

Mir freundlichen Grüßen
Der Bürgermeister:

Ing. Hermann Terscinar

STELLUNGNAHME

der Marktgemeinde Eckartsau

zum Grobkonzept

PELLINGER Karl

Witzelsdorf, 1992.01.09

Betrifft: NATIONALPARK DONAU-AUEN

An die

Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal
Forum Nationalpark Donau-Auen

Werdertorgasse 15

1010 W i e n

Nach Erhalt des Grobkonzeptes für den "NATIONALPARK DONAU-AUEN" habe ich für Dienstag, dem 7. Jänner 1992 in Witzelsdorf eine Diskussionsrunde angesetzt, zu der ich die Gemeinderäte, die Bauernvertreter und die Jägerschaft eingeladen habe. Außerdem waren OFR PAUSCH von der Forstverwaltung Eckartsau und OFR PUTZGRUBER vom Fischereirevierausschuß anwesend. Den Vorsitz führte die Vorsitzende des Nationalpark-Forums Frau LAbg. Lugmayr.
Nach der sehr lebhaft geführten Debatte konnte festgestellt werden, daß die überwiegende Mehrzahl der Anwesenden für die Errichtung des Nationalparks eintritt, allerdings nur nach Erfüllung gewisser Voraussetzungen bzw. Bedingungen.
Diese wären:
Die Außenabgrenzung des Nationalparkgebietes im Norden müßte der Marchfeldschutzdamm sein. Die eventuelle Außenabgrenzung mit der Feld-Waldgrenze wird von den Anwesenden abgelehnt, weil bei dieser Variante die in diesem Bereich doch beträchtlichen wirtschaftlichen Nutzungen - insbesonders in der KG Witzelsdorf - eingeschränkt waren bzw. künftig eventuell eingestellt werden müßten.
Die südlich des Marchfeldschutzdammes (wasserseits) liegenden Eigentumsflächen von Privaten bzw. der Gemeinde müßten abgelöst bzw. Ersatzgrundstücke zur Verfügung gestellt werden.
Die Jägerschaft von Witzelsdorf beharrt auf ihrer Forderung, daß ihre Jagd ohne Einschränkung wie bisher durchgeführt werden kann bzw. gewährleistet wird - Teil des Genossenschaftsjagdgebietes befindet sich südlich des Marchfeldschutzdammes (wasserseits) -.

Sollte dieser im Gemeindeeigentum befindliche Teil eingetauscht werden - eventuell nördlich des Marchfeldschutzdammes - müßte sich das Genossenschaftsjagdgebiet dahingehend ändern.
Die Ausübung der Fischerei für die Gemeindebürger muß wie bisher gewährleistet sein.
Ebenso darf sich auf dem Gebiet der Holzbewirtschaftung keine Änderung ergeben - Brennholzbeschaffung durch die hiesige Bevölkerung muß wie bisher möglich sein.
Die vorangeführten Wünsche bzw. Bedingungen sind, infolge der erstmaligen Befassung mit dieser Problematik, sicherlich noch nicht alle. Bei den künftigen Besprechungen und Diskussionen bezüglich des Nationalparks werden sicherlich noch einige Probleme dazukommen werden.
Ich ersuche Sie, die in diesem Schreiben angeführten Wünsche und Bedingungen im Konzept für die Nationalpark-Planung zu berücksichtigen.

Mit besten Grüßen

Karl Pellinger

MARKTGEMEINDE ECKARTSAU

Lfd.Nr.: 5/93

VERHANDLUNGSSCHRIFT

über die S i t z u n g des GEMEINDERATES

am 14. September 1993 in Eckartsau, Gemeindeamt

Beginn: 19,00 Uhr
Ende: 21.00 Uhr

Die Einladung erfolgte am:
08. 09. 1993 durch Kurrende

Anwesend waren: Bürgermeister Leopold MAKOSCHITZ
Vizebürgermeister: Karl PELLINGER

Gf.Gem.Rat: Johann PAJAN
-"- Josef LUKACS

Gemeinderäte:

Erwin	SCHUSTER	Friedrich	WUNDERL
Johann	PATZL	Helmut	BARNET
Karl	THALLER	Waltraud	SCHIRNHOFER
Hanns	KRENN	Wilhelm	KRAMREITER
Johann	ZALESAK	Franz	PRINZJAKOWITSCH
Silvia	BANNERT		

Anwesend waren außerdem: OSekr. Leopold Müllner als Schriftführer

Entschuldigt abwesend waren: gfGr Karl HEISS
GfGr Ernst DRAXLER
GR Johann PETRIK
GR Franz ZÖHR

Nicht entschuldigt abwesend: keine

Vorsitzender: Bürgermeister Leopold MAKOSCHITZ

Die Sitzung war öffentlich

Die Sitzung war beschlußfähig

Vor Eingang in die Tagesordnung werden die Protokolle der beiden letzten Gemeinderatssitzungen vom 01. J u n i 1993 nach Verlesung genehmigt.

Punkt 1 der Tagesordnung

Die Planung für die geplante Errichtung eines "Nationalparks DONAU-AUEN" ist abgeschlossen und liegt nunmehr das Konzept der Nationalparkvorbereitungskommission vom März 1993 den betroffenen Gemeinden zur Anhörung bzw. zur Abgabe einer Stellungnahme vor. Mit der Erarbeitung dieses Konzeptes war die Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal, Nationalparkplanung Donau-Auen, Deutsch Wagram vom Bund und den Ländern Niederösterreich und Wien beauftragt worden.
Der Gemeinderat war mit der Angelegenheit "Nationalpark Donau-Auen" in seinen Sitzungen am 22.12.1992, 22.2. und 9.3.1993 bereits befaßt.
Bei der am 27. März 1993 durchgeführten Bürgerbefragung zur Angelegenheit "Errichtung eines Nationalparks Donau-Auen" haben von 1039 Wahlberechtigten, 912 ihre Stimme abgegeben, das ergibt eine Wahlbeteiligung von 87,77 %. Von den 912 abgegebenen Stimmen, waren 10 ungültig. Von den 902 abgegebenen gültigen Stimmen waren 696 Stimmen gegen einen NATIONALPARK, das sind 77,16 %.
Nach einer kurzen Stellungnahme des vom Gemeinderat in das Forum für die Nationalparkplanung berufenen Gemeindevertreters Vzbgm. Karl PELLINGER wird in die Beratung eingegangen.
GR Thaller weist in der Debatte darauf hin, daß die Wirtschaft (Gewerbetreibende) als kleine Minderheit, die Ablehnung eines Nationalparks Donau-Auen bedauert, daß sie aber den Willen der Mehrheit respektiert. GfGr Johann PAJAN verweist darauf, daß die Bevölkerung schon bei der ersten öffentlichen Diskussion (Aussagen Lötsch etc.) sehr verunsichert wurde. Bei den Gesprächen mit der Bevölkerung konnte weiters festgestellt werden, daß die Mehrheit dem Natur- und Umweltschutz positiv gegenüber steht, allerdings nicht bereit ist, Einschränkungen hinsichtlich der Bewirtschaftung und Benutzung der Auwälder hinzunehmen. Ein weiterer Grund der Bevölkerung für die Ablehnung war wohl auch die Befürchtung, daß der Fremdenverkehr und das Verkehrsaufkommen sprunghaft zunehmen würde.
Bei den Wortmeldungen wurde immer wieder auf das Ergebnis der durchgeführten Bürgerbefragung hingewiesen, und daß die Meinung der Mehrheit zu respektieren sei.
Der Gemeinderat war einhellig der Auffassung, daß durch das "N e i n" der Bevölkerung, eine Stellungnahme zum inhaltlichen Konzept der Nationalparkplanung der Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal nicht mehr erforderlich ist, und auch deshalb, weil diesbezügliche Wünsche und Forderungen der Nationalparkplanung im Planungsstadium bereits mehrmals bekannt gegeben wurden.
Nach Abschluß der Diskussion spricht sich der Gemeinderat, im Hinblick auf die Ablehnung des Nationalparks durch die Bevölkerung anläßlich der Bürgerbefragung, auf Antrag einstimmig gegen die geplante Errichtung des "Nationalparks Donau-Auen" aus.

MARKTGEMEINDE ENGELHARTSTETTEN
2292 – BEZIRK GÄNSERNDORF, NIEDERÖSTERREICH – TELEFON 02214/2292

Engelhartstetten, 29.April 1993

Forderungskatalog für die Errichtung eines Nationalparks Donau-Auen

1. Die Vertreter der Anrainergemeinden müssen in der Nationalparkverwaltung mehrheitlich vertreten sein.
2. Die Nationalparkverwaltung muß ihren Sitz im Gebiet des Nationalparks begründen.
3. Ein Teil des Nationalparks soll zum Wasserschutzgebiet erklärt werden zur Sicherung der Trinkwasserversorgung.
4. Jagd und Fischerei müssen in derzeitiger Form erhalten bleiben.
5. Jagd- und Fischerkarten müssen bevorzugt an die Bewohner der Anrainergemeinden vergeben werden.
6. Die Holznutzung muß für die Bewohner der Anrainergemeinden in vollem Umfang erhalten bleiben.
7. Bei der Aufnahme von Personal sollen Bewohner aus den Anrainergemeinden bevorzugt behandelt werden.
8. Der Gemeinde muß in gemeindespezifischen Belangen ein Mitspracherecht eingeräumt werden.
9. Der freie Zugang in die Au muß gewährleistet sein.
10. Errichtung eines Besucherzentrums und eines Waldlehrpfades.
11. Kein Kraftwerk im Gebiet des Nationalparks.
12. Die Feld- Waldgrenze muß gesichert sein.
13. Elektrische Beregnungsanlagen sollen im Umland des Nationalparks verstärkt gefördert werden.
14. Der Ausbau des öffentlichen Verkehrs soll forciert werden.
15. Gewährung von verstärkten Förderungen für Umweltbelange.
16. Gleichzeitig mit der Errichtung des Nationalparks soll die Lösung der Umweltprobleme der angrenzenden Gemeinden in Angriff genommen werden und dafür muß eine überdurchschnittliche finanzielle Entlastung der Gemeinden und deren Bürger gewährt werden (sichere Versorgung mit gesundem Trinkwasser, Abwasser- und Müllentsorgung, Problem der Luftreinhaltung, hausgemachte Umweltprobleme wie illegale Mülldeponien und Altlasten, Pendlerproblematik und Verkehrsproblematik).

STADTGEMEINDE FISCHAMEND

POSTLEITZAHL 2401 / POL·BEZ·WIEN-UMGEBUNG

Telefon 02232/323, 264 oder 359

Gemeindekasse: Freitag 8—15 Uhr

Zl.: 520-/Nat.P.-93

An
Nationalpark Donau-Auen
Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal

Franz Mair-Straße 47
2232 Deutsch - Wagram

Betrifft:
Stellungnahme zum
Nationalparkkonzept

Bezug

2401 Fischamend, 17.09.1993

Sehr geehrte Damen und Herren!

In einem Gespräch mit Herrn Landesrat Blochberger am 7. Juli 1993 wurde uns mitgeteilt, daß es seitens des Landes Niederösterreich kurzfristig zu keinem Nationalparkgesetz Donau-Auen kommen wird und daher auch ein Gemeinderatsbeschluß zum vorliegenden Konzept nicht für notwendig erachtet wird.

Sollten jedoch die betroffenen Gebietskörperschaften Bund, Land NÖ und Stadt Wien in weiterer Folge ein Nationalparkgesetz verabschieden, behält sich die Stadtgemeinde Fischamend vor, ehe eine Entscheidung über die Beteiligung an einem Nationalpark Donau-Auen getroffen wird, ev. auch eine Volksbefragung durchzuführen.

Unabhängig davon, hat die Stadtgemeinde jedoch die in Ihrem Konzept geplante Vorgangsweise betreffend das Gemeindegebiet von Fischamend, bzw. den Grundbesitz der Stadtgemeinde (teilweise in der KG Maria Ellend gelegen) in einer erweiterten Umweltausschußsitzung beraten und ersucht die von uns und anderen Betroffenen angeführten Bedenken und erforderlichen Abänderungen in Ihrem Konzept zu berücksichtigen.

Abgrenzung des Nationalparkgebietes

Hinsichtlich der Abgrenzung (Außengrenzen) gibt es seitens der Stadtgemeinde keinen Einwand, doch wird eine Realisierung des Vorschlages, aufgrund der Weigerung privater Grundbesitzer ihre Grundstücke in den Nationalpark einzubringen, in der vorgesehenen Form nicht möglich sein.

Zonierung

*) Strenge Naturzone I

Der Zugliederung der Inseln u. Ausstände auf der Höhe des Rostigen Ankers zur "Strengen Naturzone I" steht die Stadtgemeinde Fischamend grundsätzlich nicht negativ gegenüber.
Vollkommen unverständlich erscheint uns jedoch, daß der bestehende Liegeplatz für Motorboote den Nationalpark nicht tangiert und sogar Bootsführungen und private Bootsfahrten in Vorschlag gebracht werden. Umsomehr, da z.B. Besatzmaßnahmen in Gewässern dieser Zone gem. Ihrem Konzept vordringlich einzustellen sind und auf möglicherweise geänderte Schonzeiten hingewiesen wird.
In einer "Strengen Naturzone I" ist Motorbootverkehr auszuschließen und kann sich die Stadtgemeinde eine Einbeziehung ihrer Besitzung in diese Zone nur bei gleichzeitiger Untersagung von jeglichen Motorbootverkehr und Versagung von Liegeplatzbewilligungen vorstellen.
Es wurde auch bereits für dieses Gebiet bei der Wasserrechtsbehörde der Antrag gestellt, dieses als Laichschonstätte und Winterlager zu erklären. Bei einer ev. Bewilligung dieses Antrages wäre dann jeglicher Bootsverkehr untersagt auch wenn das Nationalparkkonzept dies nicht vorsieht.

*) Strenge Naturzone IIa

Zur nördlich der Donau gelegenen Zonierung hat die Stadtgemeinde, das Einverständnis der Grundeigentümer vorausgesetzt, keinen Einwand.
Zu der südlich der Donau vorgesehenen Strengen Naturzone IIa (Hirschensprung - Gemeindegebiet Maria Ellend) verweist die Stadtgemeinde als privater Grundeigentümer auf die Stellungnahme zur strengen Naturzone IIb.

*) Strenge Naturzone IIb

Diese Zonierung ist südlich der Donau hauptsächlich für den im Besitz der Stadtgemeinde befindlichen Grundbesitz vorgesehen. Als privater Grundeigentümer spricht sich die Stadtgemeinde gegen diese Festlegung aus, da dieses Gebiet seit Jahrzehnten der Holznutzung dient, und eine Außernutzungstellung , auch langfristig gesehen, nicht in Frage kommen kann. Eine Einbeziehung in die (Wirtschafts-)Historische Zone, könnte man sich unter Umständen vorstellen und zukünftig eine Aufforstung nur mit standortgerechten und heimischen Baumarten vorsehen. Gleichzeitig müßte jedoch der dadurch auftretende finanzielle Verlust entsprechend abgegolten werden.
Die Brennholzversorgung der Bevölkerung muß durch im öffentlichen Besitz befindliche Flächen gesichert werden, da das als

*) (Wirtschafts-)Historische Zone

in Ihrem Konzept vorgesehene Gebiet hauptsächlich im Besitz Privater ist und diese, lt. an uns und direkt an Sie ergangenen Stellungnahmen nicht bereit sind, ihre Besitzungen in den Nationalpark einzubringen.

Eine Einbeziehung der im Besitz der Stadtgemeinde befindlichen Flächen in die (Wirtschafts-)Historische Zone, wie bereits angeführt, sollte daher vorgesehen werden.

Wegenetz und Infrastruktur

Die Stadtgemeinde Fischamend ist an einer weiteren touristischen Erschließung am südlichen Donauufer nicht interessiert. Ein weiterer Zustrom an Besuchern für das bereits jetzt als Naherholungsgebiet der Wiener genutzte Augebiet könnte diesem nur abträglich sein.
Gegen die Errichtung einer allgemeinen Informationsstelle spricht nichts, doch Schiffsanlegeplatz, Bootsführungen, markierte Wegenetze u.ä. führen eher zu einer Beeinträchtigung unserer derzeit sehr naturnahen Au (festgestellt durch Ihre Erhebungen) und sind daher nicht im Sinne eines weitreichenden Naturschutzes.

Wasserbauliche Maßnahmen (Wasserhaushalt der Au)

Wir verweisen nochmals auf die unbedingte Notwendigkeit der Hebung des Grundwasserspiegels in unserem Augebiet. In welcher Form dies auch immer erfolgen soll haben Experten zu entscheiden.
Sollte das, von der Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal vorgeschlagene Projekt der Sohlstabilisierung der Donau durch Geschiebezugabe zur Ausführung gelangen, ist diese jedenfalls über den Strom einzubringen. Eine Zufuhr über das Straßennetz der Stadtgemeinde wird unsrerseits abgelehnt.

Spezifische Besonderheiten der Gemeinde

*) Grund und Boden

Die Stadtgemeinde Fischamend ist Privateigentümerin von ca.265 ha Wald teilw. auch Wiesen, gelegen zwischen Donau und Fischafluß. Diese Flächen bilden einen erheblichen Bestandteil des Gemeindevermögens. Mit einer Einbringung dieser Flächen in den Nationalpark ist die gewohnte Nutzung, vor allem die der Holzwirtschaft, sowie der übliche Grundverkehr nicht mehr möglich. Weder aus dem vorliegenden Konzept noch bei vorangegangenen Diskussionen konnte eine befriedigende Antwort hinsichtl. einer Abgeltung dieser Nutzungs- und Grundverkehrseinschränkungen gefunden werden.

In unserer Stellungnahme zur Zonierung wurde auf diese Problematik bereits eingegangen und fordern wir daher konkrete Angaben welche Entschädigungen für die Grundstückseigentümer vorgesehen sind.

*) Wasserversorgung

In dem, von einem zuk. Nationalpark ev. betroffenen Gebiet befinden sich auch die, für die Trinkwasserversorgung der Stadtgemeinde Fischamend erforderlichen Brunnen und die dazugehörige Aufbereitungsanlage.
Das Recht zur Entnahme von Grundwasser in unserem Aubereich darf keinesfalls eingeschränkt werden und es müßte weiters gewährleistet sein, daß auch, falls die derzeit bewilligten Kapazitäten nicht mehr ausreichen, eine weitere Erschließung der vorhandenen Grundwasserreserven uneingeschränkt bleibt. Gleichzeitig müßte auch der Ausbau der Aufbereitungsanlage jederzeit möglich sein.
Sollten dem irgendwelche Hindernisse entgegenstehen bzw. eine Grundwasserentnahme mit einem Nationalpark unvereinbar sein spricht sich die Stadtgemeinde jedenfalls gegen das Projekt aus.

*) Jagd

Die Stadtgemeinde besitzt selbst eine Eigenjagd in unserem Augebiet, die derzeit verpachtet ist.
Die von der Nationalparkplanung Donau-Auen in Aussicht gestellte Form der Ausübung der Jagd in einem zukünftigen Nationalpark stellt jedenfalls eine empfindliche Einschränkung dar. Diese Einschränkungen führen zu einer Wertminderung eines Teiles des Gemeindevermögens, die jedenfalls finanziell abgegolten werden müßte, wobei anzumerken wäre, daß aus Sicht der Jagdausübungsberechtigten eine finanzielle Abgeltung keinen äquivalenten Ersatz darstellt.
Die ortsansässige Jägerschaft steht dem Nationalparkprojekt jedenfalls negativ gegenüber.
Wie weit die mit den Landesjagdverbänden Wien und Niederösterreich auf freiwilliger Basis geschlossene Vereinbarung nach der Erlassung eines Nationalparkgesetzes zum Tragen kommt, ist nicht gewährleistet und befürchten die Jagdausübungsberechtigten Beeinträchtigungen, die über diese Vereinbarung hinausgehen.

*) Fischerei

Die Fischerei ist traditionell mit unserer Bevölkerung verbunden und mußte diese in den letzten Jahren bereits erhebliche Qualitätsverluste (Autobahn A4 usw.) hinnehmen. Eine weitere Reduzierung, gesteuert über die Lizenzgebühren, kommt für die Stadtgemeinde Fischamend nicht in Frage.

Bezüglich Schutzzonen wäre festzustellen, daß bereits heute solche im Bereich der Fischa (linkes Ufer ab Autobahnbrücke) gegeben sind. Aus heutiger Sicht ist das Einstellen von Besatzmaßnahmen nicht möglich. Sollten die in Ihrem Konzept vorgesehen Maßnahmen tatsächlich dazu führen, daß der Fischbestand Formen annimmt, wie sie vor Jahrzehnten vorhanden waren, wäre dies zu begrüßen, und Besatzmaßnahmen könnten dann auch aus ökonomischer Sicht eingestellt werden.

Weiters verweisen wir auf jene Übereinkunft, die Ihnen seitens der NÖ Fischereiverbände II und V und dem Wiener Fischereiausschuß übermittelt wurde. Grundsätzlich stimmt die Stadtgemeinde Fischamend als Fischereiberechtigter diesem Übereinkommen zu, das von Herrn Dr. Spindler vorgelegte Konzept ist dagegen abzulehnen, da aus unserer Sicht damit ein absolutes Aus für die seit Jahrzehnten praktizierte Fischerei verbunden wäre.

Beigeschlossen übersenden wir weiters zwei, uns von Grundbesitzern übermittelte, Stellungnahmen zu Ihrer Kenntnis und verbleiben

mit freundlichen Grüßen

2 Beilagen

Bürgermeister

AGRARGEMEINSCHAFT FISCHAMEND-DORF
Obmann Franz SCHLAGENHAUFEN
Rösslgasse 5
2401 Fischamend

EINSCHREIBEN
An die-
NATIONALPARK DONAU-AUEN
Betriebsgesellschaft
Marchfeldkanal
z.Hd. Herrn Direktor
Dr. Reinhold CHRISTIAN

Franz-Mair-Straße 47
2232 DEUTSCH-WAGRAM

30. September 1993

Betrifft: Stellungnahme - geplanter Nationalpark
Donau-Auen

Sehr geehrter Herr Direktor!

Die AGRARGEMEINSCHAFT FISCHAMEND-DORF spricht sich gegen die Errichtung des geplanten Nationalparks Donau-Auen auf ihren Liegenschaften aus und begründet dies wie folgt:

Aufgrund der zugegangenen Unterlagen und der Informationsgespräche wurden die beabsichtigten Maßnahmen in ihren Ansätzen dargestellt und vorausschauende Entwicklungen skizziert.

Die einzelnen Themen werden nachfolgend nach ihrer Bedeutung für die AGRARGEMEINSCHAFT angesprochen:

<u>Grund und Boden (Privatbesitz):</u>

Die AGRARGEMEINSCHAFT besitzt ca. 120,-- ha Wald und Wiesen. Die Flächenwidmung lautet auf "Grünland-Forst".

Dieser Besitz stellt somit einen erheblichen Bestandteil des Gemeinschaftsvermögens dar. Mit einer Einbringung dieser Flächen in den geplanten Nationalpark ist ohne Zweifel der übliche Grundverkehr nicht mehr gegeben. Die Möglichkeit eines Verkaufes an Dritte ist daher kaum realistisch bzw. nahezu gänzlich eingeschränkt. Welcher Private kauft Grund und Boden, der sich in einem Nationalpark befindet und erheblichen Benutzungsbeschränkungen unterliegt?

Unserer Meinung nach kommt das einer "stillen Enteignung" gleich.

./.

Auf diese entscheidene Frage konnte in den Diskussionen keine befriedigende Antwort erreicht werden.

Nationalpark - Zonierung:

Die Forstflächen werden seit Jahrhunderten in Fischamend traditionell für die Holzwirtschaft genützt. Die Gewinnung von Brenn- bzw. Nutzholz stellt einen wesentlichen Wirtschaftsfaktor dar. Eine Einschränkung in diesem Bereich ist nicht vorstellbar. Es kommt daher bestenfalls, wenn überhaupt, die Nutzung "Wirtschafts-Historische-Zone" nach den dargelegten Möglichkeiten in Frage. Dies trifft alle Bereiche entlang des rechten Donauufers. Die Nutzung der Wiesen entlang der Donau für landwirtschaftliche Zwecke müßte auch weiterhin - so wie bisher - für die ortsansässigen Bauern gesichert sein.

Fremdenverkehr - Naherholung:

Der Aubereich ist ein traditionelles Gebiet für Ausflügler aus dem Großraum Wien. Bereits jetzt bringt die große Anzahl der Erholungssuchenden einen verstärkten Autoverkehr im Ort selbst. Die Störung der Natur durch Lärm, Anfall von Müll, Lärm sportbegeisterter Radfahrer, Läufer und anderer Erscheinungen sind die Folge und beeinträchtigen den Erholungswert für die Fischamender Bevölkerung selbst. Die prognostizierte Steigerung von Besuchern im Falle eines Nationalparkes (Schätzungen nach 20 %) wird diesen Übelstand weiter verstärken und ist überhaupt nicht vorstellbar.

Aus diesem Grund ist die Einrichtung zusätzlicher Naturlehrpfade und ähnliches, außer den jetzt begangenen Wegen, wie z.B."Treppelweg", völlig abzulehnen.

Jagd:

Jagd und Grundbesitz sind nach der derzeitigen Rechtslage untrennbar miteinander verbunden.

Eine Einschränkung bei der Ausübung der Jagd (als diese nicht bereits durch die Jagdgesetze und andere Bestimmungen sowieso gegeben ist) stellt ebenfalls eine Minderung des Kapitals "Boden" dar, und es ist daher eine mögliche finanzielle Abgeltung dieses Rechtes keinesfalls ein adäquater Ersatz.

Grundwasser:

Der sinkende Grundwasserspiegel ist das Problem Nr. 1 bei der Erhaltung einer naturnahen Aulandschaft. Die Eigentümer waren bisher bemüht, bei der Bewirtschaftung ihres Grund und Bodens dem zu entsprechen, und es wird dies auch bei den bisherigen Aussagen seitens der Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal - Nationalpark Donau-Auen ausdrücklich hervorgehoben. Die Bewertung in der Festsetzung der Zonen (Naturnähe) beweist dies.

./.

Eine Bewässerung der Augebiete ist in den nächsten Jahren unbedingt erforderlich.

Die vorgeschlagene Methode der Einbringung von Kiesmaterial in das Flußbett der Donau erscheint zwar theoretisch wirksam, inwieweit dies auf Dauer von Erfolg gekrönt ist, kann jedoch zur Zeit nicht beantwortet werden.

Die Hebung des durchschnittlichen Wasserspiegels um ca. 0,5 m ist nach unserer Ansicht nicht ausreichend, da in den letzten beiden Jahrzehnten die Anlandungen im Bereich der Au ca. 1,5 m betragen (siehe beistehende Vermessungssteine in Brunnenringen). Weitere Anlandungen treten jedesmal bei Hochwässer auf, wenn die Stauräume der Kraftwerke zu diesem Zeitpunkt gereinigt werden.

Aus diesem Grund müßte zusätzlich durch Hebeanlagen oder Gießgänge eine Bewässerung der Au durch Grundwasser erfolgen.

Die AGRARGEMEINSCHAFT Fischamend-Dorf möchte in dieser Frage das Ergebnis künftiger Versuche abwarten und anschließend notwendige Entscheidungen treffen.

Die vorhergehenden Aussagen befassen sich mit den wichtigsten Problemen, und es wurde bewußt auf das Eingehen von Einzelheiten verzichtet.

Wir danken für die bisherigen Informationsgespräche und ersuchen um Kenntnisnahme dieses Schreibens.

Für die AGRARGEMEINSCHAFT:

Obmann: Franz Schlagenhaufer

Obmann-Stellvertreter: Leopold Wetsch

Kassier: Otto Heininger

Schriftführer: Annelise Kiss

Agrargemeinschaft Fischamend-Markt
Obmann Rudolf Schlagenhaufen
Hainburger Straße 15
2401 Fischamend

Einschreiben
Nationalpark Donau-Auen
Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal
Franz Mair-Straße 47
2232 Deutsch-Wagram

Fischamend, 16. Sept. 1993

Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Agrargemeinschaft Fischamend-Markt spricht sich gegen die Errichtung eines Nationalparkes Donau-Auen auf ihren Liegenschaften aus und erläutert wie folgt:

Aufgrund der zugegangenen Unterlagen und der Informationsgespräche wurden die beabsichtigten Maßnahmen in ihren Ansätzen dargestellt und vorausschauende Entwicklungen skizziert.

Die einzelnen Themen sind nachfolgenden nach ihrer Bedeutung für die Agrargemeinschaft angesprochen.

Grund und Boden (Privatbesitz)
Die Agrargemeinschaft besitzt im wesentlichen zwischen Fischafluß und Donau ca. 120 ha Wald. Die Flächenwidmung lautet Grünland-Forst.

Dieser Besitz stellt somit einen erheblichen Bestandteil des Gemeinschaftsvermögens dar. Mit einer Einbringung dieser Flächen in den Nationalpark ist zweifelsohne der übliche Grundverkehr nicht mehr gegeben. Die Möglichkeit eines Verkaufes an Dritte ist daher kaum realistisch bzw. nahezu gänzlich eingeschränkt. Welcher Private kauft Grund und Boden, der sich in einem Nationalpark befindet und erheblichen Benutzungsbeschränkungen unterliegt?

Nach unserer Meinung käme das einer "stillen Enteignung" gleich.

Auf diese entscheidende Frage konnte in den Diskussionen keine befriedigende Antwort erreicht werden.

Nationalpark - Zonierung
Die Forstflächen sind seit Jahrhunderten in Fischamend traditionell für die Holzwirtschaft genützt. Die Gewinnung von Brennholz bzw. Nutzholz stellt bislang einen wesentlichen Wirtschaftsfaktor dar. Eine Einschränkung in diesem Bereich ist nicht vorstellbar. Es kommt daher bestenfalls, wenn überhaupt, die Nutzung Wirtschafts-Historische-Zone nach den dargelegten Möglichkeiten in Frage. Dies trifft alle Bereiche entlang des rechten Donauufers. Die Nutzung der Wiesen entlang der Donau für landwirtschaftliche Zwecke müßte auch weiterhin für die ortsansässigen Bauern gesichert sein.

Fischamender Altarm
(Donaubenarm bei Restaurant "Rostiger Anker")
Hier weist die vorgeschlagene Zonierung (dunkelgrüne Farbe) - Insel einschließlich Wasserfläche - strenge Naturzone I aus.
In gleichem Atemzug wird aber darauf hingewiesen, daß die dort verhefteten Boote, zur Zeit ca. 20 Steganlagen mit etwa 50 Motorbooten (geschätzt), weiterhin verbleiben könnten und von diesem Standort sogar ein Ausflugsverkehr mit Schiffen zum nördlichen Ufer nach Schönau eingerichtet werden sollte.

Die Agrargemeinschaft spricht sich als Anrainer strikt gegen diesen Vorschlag aus. Die Motorboote (wasserrechtliche Bewilligung zur Zeit verlängert) stellen eine intensive Beeinträchtigung der örtlichen an sich ungestörten Naturlandschaft dar. Lärm, Gestank und drohende Verseuchung der Uferbereiche durch die Handhabung von Öl und Benzin sind zur Zeit unangenehme Erscheinungen. Des weiteren bewirken bei Hochwässer Sicherungsmaßnahmen der Bootseigentümer eine intensive Störung der Tierwelt.

Fremdenverkehr - Naherholung
Der Aubereich ist ein traditionelles Gebiet für Ausflügler aus dem Großraum Wien. Bereits jetzt bringt die große Anzahl der

Erholungssuchenden einen verstärkten Autoverkehr im Ort selbst, aber auch auf der Zufahrtsstraße zum Restaurant "Rostiger Anker". Die Störung der Natur durch Lärm, Anfall von Müll, Lärm sportbegeisterter Radfahrer, Läufer und andere Erscheinungen sind die Folge und beeinträchtigen den Erholungswert für die Fischamender Bevölkerung selbst. Die prognostizierte Steigerung von Besuchern im Falle eines Nationalparkes (geschätzt 20 %) wird diesen Übelstand weiter verstärken und ist überhaupt nicht vorstellbar.

Aus diesem Grund ist die Einrichtung zusätzlicher Naturlehrpfade und ähnliches außer den jetzt begangenen Wegen, wie Treppelweg und Hochwassergang zur Fischa, völlig abzulehnen.

Jagd

Jagd und Grundbesitz sind nach der derzeitigen Rechtslage untrennbar miteinander verbunden.

Eine Einschränkung bei der Ausübung der Jagd (als diese nicht bereits durch die Jagdgesetze und andere Bestimmungen sowieso gegeben ist) stellt gleichfalls eine Minderung des Kapitales "Boden" dar, und es ist daher eine mögliche finanzielle Abgeltung dieses Rechtes keinesfalls ein adäquater Ersatz.

Grundwasser

Der sinkende Grundwasserspiegel ist Problem Nr. 1 bei der Erhaltung einer naturnahen Kulandschaft. Die Eigentümer waren bisher bemüht, bei der Bewirtschaftung ihres Grund und Bodens dem zu entsprechen, und es wird auch dies bei den bisherigen Aussagen seitens der Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal - Nationalpark Donauauen ausdrücklich hervorgehoben. Die Bewertung in der Festsetzung der Zonen (Naturnähe) beweist dies.

Eine Bewässerung der Augebiete ist in den nächsten Jahren unbedingt erforderlich.

Die vorgeschlagene Methode der Einbringung von Kiesmaterial in das Flußbett der Donau erscheint zwar theoretisch wirksam,

inwieweit dies auf Dauer von Erfolg gekrönt ist, kann jedoch zur Zeit nicht beantwortet werden.

Die Hebung des durchschnittlichen Wasserspiegels um ca. 0,5 m ist nach unserer Ansicht ~~nach~~ nicht ausreichend, da in den letzten beiden Jahrzehnten die Anlandungen im Bereich der Au ca. 1,5 m betragen (siehe beistehende Vermessungssteine in Brunnenringe). Weitere Anlandungen treten jedesmal bei Hochwässer auf, wenn die Stauräume der Kraftwerke zu diesem Zeitpunkt gereinigt werden.

Aus diesem Grund müßte zusätzlich durch Hebeanlagen oder Gießgänge eine Bewässerung der Au durch Grundwasser erfolgen.

Die Agrargemeinschaft möchte in dieser Frage das Ergebnis künftiger Versuche abwarten und anschließend notwendige Entscheidungen treffen.

Die vorhergehenden Aussagen befassen sich mit den wichtigsten Problemen, und es wurde bewußt auf das Eingehen von Einzelheiten verzichtet. Die Agrargemeinschaft dankt jedenfalls für die bisherigen Informationsgespräche und ersucht höflich um Kenntnisnahme.

Für die Agrargemeinschaft:

Obmann Schriftführer

Vorstandsmitglieder

STADTGEMEINDE GROSS-ENZERSDORF
2301 Groß-Enzersdorf, Rathausstraße 5
☎02249/2314, Fax: 02249/4240

An die
Betriebsgesellschaft
MARCHFELDKANAL

Franz Mair-Straße 47
2232 Deutsch-Wagram

21. Oktober 1993

Betrifft: STELLUNGNAHME ZUM "NATIONALPARK Donau-Auen"

Sehr geehrte Damen und Herren!

Der Gemeinderat der Stadtgemeinde Groß-Enzersdorf hat in seiner Sitzung am 20. Oktober 1993 folgende Stellungnahme zum "Nationalpark Donau-Auen" abgegeben:
In der Gemeinderatssitzung am 14. Juni 1993 wurde einstimmig beschlossen, eine Bürgerbefragung zum Thema "Nationalpark Donau-Auen" durchzuführen.
Diese wurde am 26. September 1993 abgehalten und brachte ein Ergebnis von 25 % für und 75 % gegen die Errichtung.
Daraus geht hervor, daß sich die Bevölkerung der Großgemeinde Groß-Enzersdorf eindeutig gegen die Errichtung eines Nationalparks aufgrund des vorliegenden Konzepts ausgesprochen hat.
Auch der Gemeinderat kam zur Ansicht, daß die Probleme des Wasserhaushaltes in der Au, die Eintiefung der Donau, das beabsichtigte Projekt des Donau-Oder-Elbe-Kanals, Schiffahrt, Tourismus sowie Jagd, Forst-und Landwirtschaft, Fischerei, Flughafen Schwechat (Piste 16/34) im vorliegenden Konzept nicht ausreichend behandelt wurden.
Der Gemeinderat spricht sich trotzdem für die Erhaltung der Au, Sohlestabilisierung der Donau und für eine Zuführung von Wasser zur Sicherung und Verbesserung der derzeitigen Lebensbedingungen in der Au aus.
Aufgrund des Ergebnisses der Bürgerbefragung und der Aussage des Nationalparkplaners Dr.Christian (am 26. September 1993 im Rundfunk: Groß-Enzersdorf aus der Nationalparkplanung herauszunehmen) beschließt der Gemeinderat der Stadtgemeinde Groß-Enzersdorf, daß die Gemeinde Groß-Enzersdorf mit den Katastralgemeinden Franzensdorf, Mühlleiten, Matzneusiedl, Oberhausen, Probstdorf, Rutzendorf und Schönau an der Donau und sämtlichen Liegenschaften im Eigentum der Stadtgemeinde Groß-Enzersdorf aus der Nationalparkplanung ausgeklammert werden sollen.

Der Bürgermeister:

Herbert SIVEC
Abgeordneter zum NÖ Landtag

Gemeindeamt Haslau - Ma. Ellend, 2402 Ma. Ellend

Zahl:
Betreff: Nationalpark Donau-Auen

Haslau - Ma. Ellend, am 10. Nov. 1993

Betriebsgesellschaft
Marchfeldkanal
Franz Mair-Straße 47
2232 Deutsch-Wagram

Bezugnehmend auf das Schreiben von Landesrat Blochberger vom 19. August 1993, obigen Betreff, wird die anläßlich der Gemeinderatssitzung vom 5. 10. 1993 gefaßte Stellungnahme wie folgt bekanntgegeben:

"Der Gemeinderat von Haslau-Maria Ellend erklärt, daß die Au derzeit erhaltungswürdig ist, ist der bisherigen Bewirtschaftung und nicht zuletzt der Bevölkerung aus den Anrainergemeinden zu verdanken. Da dies bisher ohne Nationalpark möglich war, würde man auch künftig ohne Nationalpark auskommen."

Der Bürgermeister:

(Fritz)

STADTGEMEINDE HAINBURG a. d. DONAU

2410 HAINBURG a. d. DONAU, HAUPTPLATZ 23 TELEFON 0 21 65 / 21 11, 23 29

Zahl: 521-1/1993 Hainburg a. d. Donau, am 30.09.1993

Betrifft: Stellungnahme des Gemeinderates
Bearb.: zu Nationalpark "DONAU-AUEN"
Bezug:

An die

Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal

z.Hd. Herrn Direktor
Dr. Reinhold Christian

Franz Mair-Straße 47
2232 Deutsch-Wagram

Sehr geehrter Herr Dr. Christian!

Der Gemeinderat der Stadt Hainburg a.d. Donau hat sich in seiner Sitzung am 23.09.1993 nach sehr eingehenden Beratungen und Besprechungen mit den diversen Interessensgruppen unserer Stadt mit der geplanten Errichtung des Nationalparks "DONAU-AUEN" beschäftigt. Es lagen ihm zwei verschieden formulierte Stellungnahmen - eine stammt von SPÖ und BLH und wird vom KPÖ-Gemeinderat unterstützt, die andere stammt von der Gemeinderatsfraktion der ÖVP - vor.

Der Gemeinderat hat den einstimmigen Beschluß gefaßt, beide Stellungnahmen vorzulegen.

Mit freundlichen Grüßen
der Bürgermeister

F. Hirschl

(Franz Hirschl)

Anlagen: im Text erwähnt

Zunächst wird festgehalten, daß die KPÖ, BLH und SPÖ-Fraktion Hainburg a.d. Donau der Errichtung des Nationalparks "DONAU-AUEN" grundsätzlich positiv gegenübersteht.
Die Gelegenheiten, welche seitens der Planes der betroffenen Bevölkerung für Informationen zum Projekt "Nationalpark" geboten wurden, sind als ausreichend zu bezeichnen.
Die Stadtgemeinde war zunächst der Meinung, daß in den Gesprächen zwischen den Planern und verschiedenen Vereinsvertretern (Fischer, Jäger, Naturfreunde) entsprechende Klarheit geschaffen wurde. Jetzt sind aber Auffassungsunterschiede aufgekommen, die nach Meinung der Gemeindevertreter ausgeräumt werden müssen.
Wir erlauben uns daher, unsere zustimmende Haltung in enger Verbindung mit den geäußerten Bedenken der angeführten Interessensgruppen und der örtlichen Bauernschaft zu sehen. Ebenso wäre der Wunsch zahlreicher Erholungssuchender, die Uferbereiche im Sommer für die gewohnten Freizeitaktivitäten benützen zu dürfen, zu berücksichtigen.
Unter der Voraussetzung, daß diese Probleme einer zufriedenstellenden und sachdienlichen Lösung zugeführt werden, ist eine Zustimmung des Gemeinderates von Hainburg a.d. Donau zur Errichtung des Nationalparkes "DONAU-AUEN" als gegeben anzunehmen.

Stellungnahme der ÖVP Hainburg zum geplanten Nationalpark Donau-Auen:

Die ÖVP steht dem Konzept für den Nationalpark Donau-Auen nicht negativ gegenüber, obwohl große Teile der Bevölkerung dem Nationalpark derzeit ablehnen.

Die ÖVP kann sich daher vorstellen, daß es unter Einhaltung bestimmter Maßnahmen, Vorgaben und Wünschen zu einer positiven Entscheidung im Sinne der Planer kommt.

Die ÖVP stellt sich vor, daß zunächst die "Ausgangsvariante" realisiert wird und nach einer positiven Entwicklung des Nationalparkes auch die Stadt Hainburg Flächen in den Nationalpark einbringt.

Dies ist allerdings nur unter folgenden Voraussetzungen vorstellbar:

- Umsetzung des Flußbaulichen Gesamtkonzeptes auch schon bei der " Ausgangsvariante",
- die Uferbereiche der Donau müssten im Sommer für die Freizeitgestaltung benützt werden dürfen,
- die Zonierung des Gebietes "Röthelsteinarm" als strenge Naturzone wird abgelehnt,
- ein Mitspracherecht der betroffenen Gemeinden, Institutionen und Vereinen muß im Gesetz verbindlich verankert werden,
- das Trinkwasser aus dem Donaubegleitstrom muß gesichert bleiben,
- die Holznutzung muß auch weiterhin im bisherigen Rahmen erlaubt sein,
- die im Nahbereich von Hainburg gelegenen Arme der Donau wie die sogenannte "Alte", der "Tiergartenarm", der "Roßkopfarm", der "Stopfenreutherarm" sowie die "B.D. Altenburger"- und die "Petroneller Arme" müssen auch weiterhin von den Hainburger Paddlern befahren werden dürfen,
- erst wenn die freiwillige Übereinkunft betreffend der Fischerei in einem zukünftigen Nationalpark zwischen den betroffen Fischereiverbänden einerseits und der Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal andererseits ratifiziert ist, kann zugestimmt werden,
- keine Nutzungsbeschränkungen und keine Einschränkungen der Wasserrechte in den Randzonen,
- Wahrung der Eigentumsverhältnisse im Nationalparkgebiet,
- der Braunsberg darf nur dann als Aussichtspunkt in die Planung einbezogen werden, wenn gewährleistet ist, daß dieser dadurch nicht zu einer zusätz-Tuoristenattraktion wird,
- Erhaltung der Ruhe in den Auen, es genügt wenn die Au wie bisher Naherholungsbereich bleibt,
- keine Änderung des Wildstandes, des bestehenden Jagdrechtes und der Jagdausübung,

- bestehende Spazier- und Wanderwege müssen erhalten bleiben,
- unbedingte Lösung des Hainburger Verkehrsproblems, da eine Zunahme des Verkehrsaufkommens durch den Nationalpark ein noch größeres Chaos bewirken würde.

Wir sind in unserer Stellungnahme zum Nationalparkkonzept bewußt nicht in detaillierte Befürchtungen der Institutionen und Vereine eingegangen, weil der Nationalparkplanungsgesellschaft die Stellungnahmen dieser in schriftlicher Form vorliegen.

Hainburg, 13.9.1993

Für die ÖVP Hainburg a.d. Donau

(STR Werner Populorum)
Stadtparteiobmann u.
Fraktionsobmann

Ortsbauernrat
2410 Hainburg/D.

9.06.1993

An den
Gemeinderat der Stadt Hainburg/D
z.Hd.Herrn Bgm. Franz Hirschl
Hauptplatz 23

2410 Hainburg/D

Ergeht nachrichtlich an alle Fraktionen der Gemeinde sowie die Ortsparteileitung der FPÖ.

Betr: Nationalpark - Stellungnahme

Sehr geehrte Damen und Herren!

In den letzten Wochen hat sich der Ortsbauernrat intensiv mit den Plänen der Nationalpark - Planungsgesellschaft auseinandergesetzt. Es wurden auch Gespräche mit anderen betroffenen Gemeinden geführt, sodaß folgende Stellungnahme abgegeben werden kann:

Grundsätzlich wird festgestellt, daß die Formulierungen und Aussagen im vorliegenden Konzept nur wenig konkret sind und daher negative Auswirkungen auf die Land- u. Forstwirtschaft befürchtet werden.

Bei Errichtung eines Nationalparkes werden Nutzungsbeschränkungen in den Randzonen nicht ausgeschlossen, bzw. wird es mit Sicherheit zu gravierenden Nachteilen, für die, in diesen Aurandzonen ihren Beruf ausübenden Landwirten, kommen.

Durch die stark erhöhte Besucherzahl, gegenüber bisher, sind Konflikte zwischen umweltsensiblen Touristen und den auf Ihrern Feldern tätigen Landwirten, zu erwarten. Die Belastung hat für die Landwirte derzeit, durch die Ostöffnung, sowie den, über Feldwegen geführten Radfahrweg, die vertretbare Grenze erreicht.

Außerdem ist zu erwarten, daß Wasserrechte in den Randzonen, nicht mehr vergeben werden, was zu Ertragseinbußen führen wird.

Weiters wird befürchtet, daß eine Nutzungsbeschränkung in der Au auch Nachteile für die privaten bäuerlichen Waldbesitzer haben wird.Es wird zu Zwangsmaßnahmen seitens der Nationalparkverwaltung kommen; der Ortsbauernrat fordert, daß die Eigentumsverhältnisse im Nationalparkgebiet zu wahren sind.

Daß unsere Auwälder heute noch nationalparkwürdig sind, ist auf die verantwortungsvolle Bewirtschaftung durch die Waldbesitzer zurückzuführen. Die Kontinuität der nachhaltigen Bewirtschaftung ist sicher auch ohne Nationalpark gegeben. Das Problem unseres Auwaldes ist sicher der sinkende Donauwasserspiegel durch die Sohleeintiefung. Diese wird aber sicher nicht durch einen Nationalpark, sondern nur durch geeignete technische Maßnahmen erreicht. Hätte man die Gelder, anstatt in die Nationalparkplanung, bereits dafür eingesetzt, so wäre die Au heute schon mit genügend Wasser versorgt.

In den Plänen der Nationalparkplaner sind Betonleitwerke eingeplant, welche die Fließgeschwindigkeit der Donau verringern sollen. Es kommt also auch nach diesen Plänen, Beton in die Au. Von dem publikumswirksamen Slogan, " kein Beton in die Au " kann daher keine Rede sein, bzw. liegt hier offensichtlich, eine Täuschung vor.

Der beste Schutz für unserer Au ist die Ruhe. Der gesetzliche Naturschutz bereits gegeben. Außerdem wird der Wald durch ein sehr modernes und strenges Forstgesetz geschützt.

Der Ortsbauernrat bittet Sie, sehr geehrter Damen und Herren, unsere Bedenken, in Ihre Entscheidungsfindung einfließen zu lassen, und den Schutz unserer Umgebung selbst in die Hand zu nehmen und nicht an fremde Institutionen zu vergeben.

Hochachtungsvoll

JAGDGESELLSCHAFT HAINBURG a.d. DONAU
Heimgasse 19
2410 Hainburg a.d. Donau

Hainburg, am 8. Juni 1993

An den
Gemeinderat der

STADTGEMEINDE HAINBURG a.d. DONAU
z.Hd. Hrn. Bgm. Franz Hirschl

Hauptplatz 23
2410 Hainburg a.d. Donau

Betrifft: Planung Nationalpark-Donau-Auen
Stellungnahme

Sehr geehrter Herr Bürgermeister !

Wir haben uns in letzter Zeit sehr intensiv mit dem geplanten Nationalpark " Donau - Auen " auseinandergesetzt. Insbesonders haben wir uns sehr umfangreich über das Thema " Jagd und Wildbewirtschaftung " informiert. Am 5. Mai 1993 hatten wir in einem kleinen Rahmen mit den Vertretern der Planungsgemeinschaft unter der Leitung von Herrn Dr. Buchleitner diskutiert. Bei dieser Diskussion war auch Herr Vzbgm. Paul Pagacs anwesend.

Die Aussagen der kompetenten Herrn der Planungsgesellschaft waren weder klar noch überzeugend. Immer wieder mußten krasse Gegensätze festgestellt werden. Insgesamt haben diese Gespräche den Eindruck erweckt, man versucht, mit allen Mitteln eine positive Zustimmung zu erhalten. Was allerdings danach kommt, dafür will niemand eine Garantie oder schriftliche Zusage abgeben. Keiner der Referenten war in der Lage zu sagen, wie es danach sein wird. Wir sehen aber mit der Gründung eines Nationalparkes für unsere Au wesentlich mehr Nachteile als Nutzen.

Zusammenfassend erlauben wir uns nachfolgende Stellungnahme abzugeben:

Unsere Donauau braucht in erster Linie sehr viel Ruhe. Daß die Donauauen heute noch "nationalparkwürdig" sind, ist auf die verantwortungsbewußte Behandlung aller Stellen und der Bevölkerung zurückzuführen. Schäden durch großräumige Luft- und Wasserverschmutzung kann eine Nationalparkdeklaration vor Ort auch nicht verhindern, sondern bewirkt eher das Gegenteil - Massentourismus und Nationalparkvorarbeiten; z.B. die Aussage von Lötsch: Hubschrauber zur Storchenhorstkontrolle, organisierte Schlauchbootfahrten bis in die stillsten Altwässer und ähnliches mehr. Die Au wurde bisher von der örtlichen Bevölkerung ausgezeichnet gepflegt und bewirtschaftet. Dies sollte auch in Zukunft beibehalten werden.

Die Au war und ist ein Naherholungsraum für die heimische Bevölkerung. Sie soll nicht zu einer Touristenattraktion gemacht werden. Nationalpark und Tourismus sind mit den Zielen eines Nationalparkökosystems und Biotopschutz nicht vereinbar. Massentourismus zerstört die Natur - niemand kann in einem Land wie Österreich ein Überlaufen verhindern. Dadurch wäre es auch mit der Ruhe in unserer Au vorbei. Der Naturschutz würde an die 2. Stelle rücken. Die Lebensqualität für die örtliche Bevölkerung würde durch zusätzlichen Lärm, Abgase etc. entscheidend herabgesetzt. Unsere Region ist durch die Öffnung der Ostgrenze damit bereits über das Zumutbare belastet.

Zur Wildbewirtschaftung wird festgestellt, daß die derzeitigen Schalenwildbestände und die daraus resultierenden Abschußdurchführungen im wesentlichen sowohl den jagd -, als auch den land - und forstwirtschaftlichen Interessen entsprechen. Das bewährte NÖ Landes- Jagdgesetz soll in der derzeitigen Fassung auch weiterhin für die Donauauen in Kraft bleiben. Eine Änderung von Wildstand, Jagdrecht und Jagdausübung sollte nicht erfolgen.

Eine durch jahrzehnte hindurch ausgewogene jagdliche Ordnung soll nicht durch Experimente in Unordnung gebracht werden.

Auf Grund der Tatsache, daß es sich bei der Hainburger Au am südlichen (rechten) Donauufer um eine relativ kleine Fläche handelt, die außerdem sehr schmal ist, besteht zu den angrenzenden landwirtschaftlich genutzten Flächen keine Übergangszone. Durch diese Konstellation ist schon von vorhinein mit großen Problemen (wie z.B. auftretende Wildschäden etc.) zu rechnen.

Aus diesen vorgenannten Bedenken und Befürchtungen ersuchen wir Sie gegen die Einbeziehung von Hainburg a.d. Donau (rechte Uferseite) in diesen Nationalpark wirksam zu werden und diese unsere Beweggründe ernst zu nehmen und bei allfälligen Entscheidungen zu berücksichtigen.

Wir hoffen auf Ihr Verständnis und verbleiben

mit freundlichen Grüßen
Jagdgesellschaft Hainburg a.d. Donau

Jagdpächter Leopold GUMPRECHT

Jagdpächter Gerhard GUMPRECHT

Jagdpächter Johann FABSICH

Jagdpächter Walter PEISSER

Jagdpächter Franz RIEDMÜLLER

Im Anhang finden Sie eine Unterschriftenliste von Jagdausübungsberechtigten und Personen, die aus den vorgenannten Gründen gegen eine Einbeziehung von Hainburg in diese Nationalparkplanung sind.

cc ergeht an :

Fraktion der SPÖ

Fraktion der ÖVP

Fraktion der BGL

Fraktion der FPÖ

Fraktion der KPÖ

ÖSTERREICHISCHER WIRTSCHAFTSBUND
Landesgruppe Niederösterreich
HAUPTBEZIRKSGRUPPE BRUCK/LEITHA
2460 Bruck/Leitha, Altstadt 1 a
Tel. 02162/4497

****
STADTGRUPPE HAINBURG/DONAU
****

Hainburg, 1993 08 30

An die
Nationalpark-Planung
Donau -Auen
Herrn Dr. Reinhold Christian

Betrifft: Nationalpark-Stellungnahme

Sehr geehrter Herr Doktor !

Die Hainburger Wirtschaft steht dem geplanten Projekt " **Nationalpark Donauauen** " nicht ablehnend gegenüber, doch kann einer Zustimmung bzw. Befürwortung nur unter folgenden Voraussetzungen getroffen werden.

1.) Die Einbindung der Stadt Hainburg mit seiner infrastrukturellen Einrichtung als Informationszentrum und Ausgangspunkt sämtlicher Aktivitäten.

2.) Die Benützung bestehender Spazier-und Wanderwege im Katastralgebiet Hainburg muß erhalten bleiben. Die touristische Erschließung und Erweiterung des Wegenetzes ist denkbar (Donauradweg Passau-Hainburg-Preßburg). Für die Pflege und Instandhaltung hat die Nationalparkgesellschaft Sorge zu tragen.

3.) Das erhöhte Personen und Nahverkehrsaufkommen durch die zu erwartenden Besucher erfordert eine rasche Lösung des Verkehrsproblemes in und um Hainburg.

Schaffung von Parkflächen (Parkdecks) als Stellflächen für den Individualverkehr, PKW und Autobusse. Ausbau der Bahnverbindung Wien - Hainburg - Preßburg.

Ausbau der Wasserstraße für den Schiffverkehr und dauerhafte Einrichtung einer Anlegestelle, sowie eine Personenfähre vom rechten auf das linke Donauufer (nach dem Beispiel Wachau).

4.) Weiters ist festzuhalten, daß die Wünsche der Hainburger Bevölkerung und Erholungssuchenden zur Erhaltung ihres Erholungsgebietes im Freizeitbereich (Jagd, Fischerei, Eislauf, Stockschützen, Paddeln, Zillen- und Motorbootsport usw.) berücksichtigt und die Anliegen der Landwirte in die Planung einbezogen werden.

Hochachtungsvoll

Gemeinde Mannsdorf an der Donau
Bezirk: Gänserndorf · 2304 Mannsdorf an der Donau Nr. 34
Telefon: 02212/2597

An die
Nationalparkplanung Donau-Auen

Franz Mair-Straße 47
2232 Deutsch-Wagram

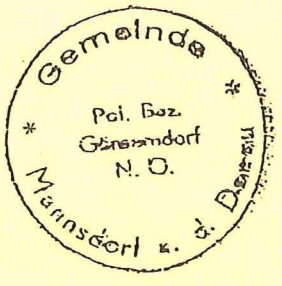
Zahl: 25/VIII/1993

Datum: 17. Juni 1993

Betrifft:
Nationalparkplanung Donau-Auen;
Stellungnahme des Gemeinderates

In der Gemeinde Mannsdorf an der Donau wurde am 19. Dezember 1992 eine Bürgerbefragung durchgeführt, bei der sich 85,81 % der Bürger gegen den Nationalpark ausgesprochen haben.
Der Gemeinderat hat sich in seiner Sitzung vom 15.6.1993 nach einer regen Diskussion ebenfalls g e g e n den Nationalpark ausgesprochen.

Für den Gemeinderat der Gemeinde
Manndorf an der Donau:
Der Bürgermeister:



national

Marktgemeinde Orth an der Donau, 2304 Orth an der Donau, Bez. Gänserndorf
Tel. 02212 2208 Fax. 02212 2208 17

An die
Betriebsgesellschaft Marchfeld
Nationalparkplanung

Franz Mair-Straße 47
2232 Deutsch-Wagram

Zahl:	Bearbeiter:	Datum:
0/1993	Bgm.	29.09.93

Betreff :
Nationalpark Donau-Auen; Stellungnahme des Gemeinderates.

Der Gemeinderat der Marktgemeinde Orth an der Donau hat in seiner Sitzung am 16. September d.J. unter Punkt 7) der Tagesordnung die Beschlußfassung einer Stellungnahme zum Konzept des Nationalparkes Donau-Auen anberaumt.
Nach intensiver Beratung hat der Gemeinderat beschlossen, lediglich die nachstehende Erklärung abzugeben:

"Bei der am 27. Juni 1993 in der Gemeinde Orth an der Donau durchgeführten Bürgerbefragung hat sich eine massive Mehrheit gegen die Errichtung eines Nationalparkes Donau-Auen ausgesprochen.
In Beachtung dieses Ergebnisses spricht sich der Gemeinderat der Marktgemeinde Orth an der Donau gegen einen Nationalpark Donau-Auen aus."
Einstimmig beschlossen.

Um Kenntnisnahme dieses Beschlusses wird ersucht.

Mit freundlichen Grüßen !
Für den Gemeinderat der Marktgemeinde Orth:
Der Bürgermeister:

Marktgemeinde Orth a.d. Donau 1 NÖ. Bez. Gänserndorf

MARKTGEMEINDE
PETRONELL-CARNUNTUM

Petronell-Carnuntum, am 30.9.1993
2404, Kirchengasse 57
Telefon 0 21 63 / 22 28
Zl.: 367/1993 Ju

Betriebsgesellschaft
Marchfeldkanal
z.Hdn.Hrn.Dr.Christian

Franz Mair-Straße 47
2232 Deutsch-Wagram

Betreff: **Nationalpark Donau-Auen**

Stellungnahme der Marktgemeinde Petronell-Carnuntum

Folgender Forderungskatalog wurde bei der Vorstandssitzung am 28.9.1993 beschlossen:

1.) Die Marktgemeinde Petronell-Carnuntum behält sich vor, zum Thema "Errichtung eines Nationalparkes" eine Bürgerbefragung durchzuführen.

2.) Der Marktgemeinde Petronell-Carnuntum dürfen bei der Errichtung des Nationalparkes keine finanziellen Nachteile entstehen.

3.) Auch wenn das Schloß Petronell nicht als Besucherzentrum eingerichtet wird, obwohl es von der Marktgemeinde Petronell-Carnuntum vorgeschlagen wurde, muß die Zufahrt zum Nationalpark außerhalb der Wohngebiete liegen.

4.) Das Wegerecht für die Bevölkerung von Petronell-Carnuntum muß wie bisher erhalten bleiben.

5.) Die beliebten Freizeitnützungen Baden und Eislaufen, insbesonders am Rübenhaufen und am Sporn müssen für die Bevölkerung von Petronell-Carnuntum wie bisher gewährleistet sein.

6.) Die Definition von Schutzzonen bedarf der Zustimmung des Gemeinderates der Marktgemeinde Petronell-Carnuntum.

7.) Es wird weiters ersucht, die angesprochenen positiven Effekte, die die Errichtung eines Nationalparkes mit sich bringt, wie z.B. die wirtschaftlichen Impulse durch einen gelenkten Tourismus, zu konkretisieren.

Mit freundlichen Grüßen
für die Marktgemeinde Petronell-Carnuntum
der Bürgermeister:

MARKTGEMEINDE PETRONELL-CARNUNTUM
POL. BEZ. BRUCK/L.

Gemeindeamt Scharndorf
Kirchengasse 1
2403 Scharndorf

21. Juni 1993

An die
Nationalpark Donau-Auen
Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal

Franz Mair-Straße 47
2232 Deutsch-Wagram

Betrifft: Stellungnahme - Nationalparkkonzept - Wünsche

Sehr geehrte Damen u. Herren !

Auf Grund der Vorstellung des Nationalparkkonzeptes am 29.03.1993 und der öffentlichen Diskussion am 28.05.1993 werden folgende Überarbeitungswünsche bzw. -forderungen bekanntgegeben:

Wenn ein Nationalpark gesetzlich verankert wird, ist zwischen der Nationalparkgesellschaft und der Gemeinde ein Vertrag über folgende Wünsche bzw. Forderungen aufzusetzen.

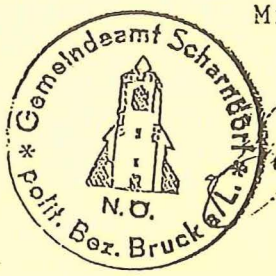
A) Anrainernutzungen:
   1. Baden
   2. Zeltlager
   3. Wandern
   4. Radfahren
   5. Reiten
   6. Eislaufen u. Schlittenfahrten - wie bisher
   7. Pilze sammeln
   8. Waldbewirtschaftung (öffentlichen Grund)
   9. Paddel- bzw. Boots- u. Zillenfahrten (wie bisher)
      a) keine Festlegung einer bestimmten Paddelstrecke (keine vermehrte Nutzung durch Fremde)
   10. Bootsanlegesteg für Freiwillige Feuerwehr
   11. kein Ausbau bzw. Vergrößerungen von Autoparkplätzen
   12. Bevorzugung der Ortsbevölkerung bei verschiedenen Vergaben
      a) Fischerei
      b) Jagd
      c) Brennholz
      d) Wiesen
      usw.
   13. Trinkwasser muß weiterhin gesichert sein (Brunnen - NÖSIWAG)
   14. Leitungstrassen für Kanal bzw. Wasserversorgung müssen gewährleistet bleiben
   15. Abgeltung von finanziellen Schäden
      a) landwirtschaftl. Einschränkungen neben dem Nationalpark
      b) Wildschäden durch Hochwild, Rehe, Wildschweine, Füchse

Marder usw.

16. Mitsprache in Form eines eigenen Beirates
    a) Wegenetzausbau
    b) Parkplätze
    c) Fischerei
    d) Jagd
    e) Brennholz
    f) Freizeitnutzungen
    g) Entschädigungen
    usw.
17. Kontrolle durch ein Organ d. Gemeinde

Weiters wird mitgeteilt, daß eine Entscheidung für oder gegen einen Nationalpark von einer Abstimmung in der Bevölkerung abhängen wird. Aus diesem Grund ist es für die Gemeindeverwaltung und den Gemeinderat von wichtiger Bedeutung zu den Wünschen bzw. Forderungen der Gemeinde von der Nationaparkplanungsgesellschaft eine Stellungnahme zu erhalten.

Mit freundlichem Gruß



WASSERBAULICHE SZENARIEN UND ÖKOLOGIE DER DONAU-AUEN ÖSTLICH VON WIEN

Ergebnisse der Arbeiten der

PLANUNGSGRUPPE
WASSERBAU - AUENÖKOLOGIE

KURZFASSUNG

Studie im Auftrag der Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal

November 1991

Kürzestfassung der ökologischen Bewertung

Das Szenario 1 - Entwicklung ohne flußbauliche Maßnahmen - führt aufgrund von fortschreitender Sohlerosion und Spiegelabsenkung mittel- bis langfristig zur maßgeblichen Einengung bzw. zum Verlust von auentypischen Standorten. Es ist daher als Perspektive einer Nationalparkerrichtung nicht wünschenswert. Eine Gegensteuerung zur Eintiefungstendenz sollte in den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren wirksam werden.

Das Szenario 2 - Flußbauliches Gesamtkonzept - birgt ein großes Potential zur Verbesserung der ökologischen Situation der Donau-Auen östlich von Wien. Es ist voraussichtlich längerfristig die einzige Möglichkeit, Hoch- und Grundwasserdynamik sowie Gewässervernetzung als Grundlage der Auenökologie (sowie passable Bedingungen für die Schiffahrt in der Fließstrecke) zu sichern. Bei Abklärung der technischen Machbarkeit der Grobgeschiebezugabe und der Stabilität der zu erzielenden Deckschichte sollen begleitende ökologische Untersuchungen des Strombettes erfolgen.

Das Szenario 3 - ein- und zweitstufige Stauhaltungen - verändert das Wesen der Aulandschaft und ihrer Ökologie über den Wasserhaushalt und andere steuernde Faktoren so stark, daß die Kriterien einer natürlichen Au nicht mehr erfüllt sind. Ökotechnische Begleitmaßnahmen und Landschaftsgestaltung an Stauräumen können die grundlegenden negativen Effekte einer Kraftwerkserrichtung nicht aufwiegen. Die Errichtung eines Auennationalparks ist daher mit einem Ausbau der Donau gemäß Szenario 3 unvereinbar.

Zusammenfassende ökologische Bewertung der wasserbaulichen Szenarien

Nach eingehendem Studium der vorgelegten Projekte, der hydrologischen und flußbaulichen Sachverhalte und Prognosen sowie unter Berücksichtigung aller fachlich relevanten Studien aus den Bereichen von Vegetationskunde und Hydrobotanik, Zoologie, Limnologie und Landschaftsökologie, kann eine Gesamteinschätzung wie folgt dargelegt werden:

Szenario 1 - Derzeitiger Zustand und Entwicklung ohne flußbauliche Maßnahmen

Es ist unbestritten, daß die Auenlandschaft östlich von Wien in ihrem Erscheinungsbild und ihrer Zustandsform von der 1. Donauregulierung des 19. Jarhunderts, einschließlich der Hochwasserschutzbauten, zum einen und von der forstlichen Nutzung der Auwälder zum anderen überformt ist. Die Landwirtschaft hat im Zuge der Intensivierung und des Strukturwandels zu einer starken Beeinflussung der Randbereiche der Auen (Verlust von Wiesen, Weiden, Augewässern) geführt.

Allerdings ist die Abflußsituation des Stromes, die Grundwasserdynamik und der Hochwassereinfluß, die Geländemorphologie und der Bodenaufbau, die Flora und Fauna des Auengebietes noch von einem so hohen Natürlichkeitsgrad, daß die Gesamtsituation im Sinne der internationalen Nationalparkkriterien und im Rahme der Verfügbarkeit von Naturlandschaften in Europa als unbedingt nationalparkwürdig einzustufen ist.

Der maßgebliche Faktor der Entwicklung, wenn keine flußbaulichen Maßnahmen erfolgen, ist die Sohlerosion und die damit verbundene Spiegelabsenkung im Strom. Dies führt zur Verringerung der Gewässervernetzung von Strom und Augewässern, zum weiteren Absinken der (weiterhin stark schwankenden) Grundwasserspiegel, zur weiteren Verlandung und zum Verschwinden von Augewässern, zur Verringerung des Hochwassereinflusses. Aus vegetationsökologischer Sicht kommt es zur Veränderung der Flächenanteile der Auwaldgesellschaften (insbesonders Zunahme der harten Au) und zur maßgeblichen Einengung bzw. zum Verlust von auentypischen Standorten.

Aus landschaftsökologischer Sicht - und auch in den Detailbefunden - sind diese Tendenzen als negativ zu bewerten und die Untersuchungen unterstreichen den Handlungsbedarf zur Verbesserung der hydrologischen Situation.

Szenario 2 - Flußbauliches Gesamtkonzept

Das Flußbauliche Gesamtkonzept ist von der Zielsetzung her ein Vorhaben zur Renaturierung der Auen durch teilweisen Rückbau der 1. Donauregulierung

Es dient der Erhaltung des Fließstreckencharakters der Donau, der Wiederanhebung der Wasserspiegel (Kompensation der Sohleintiefung), der Verbesserung der Gewässervernetzung und - als nicht ökologische Zielsetzung - der Verbesserung der nautischen Bedingungen für die Schiffahrt.

Es war nicht Aufgabe der "Planungsgruppe Auenökologie" die technische Machbarkeit der Maßnahmen oder die Stabilität der Deckschichte bei Hochwasserdurchgängen zu beurteilen, sondern sie mußte die Realisierbarkeit und Stabilität voraussetzen. Nach allgemeinem Einverständnis sind zur endgültigen Abklärung flußbauliche Studien und dreidimensionale Modellversuche erforderlich, die von ökologischen Untersuchungen der Stromsohle begleitet werden sollen.

Die ökologische Beurteilung erfolgte unter Bezugnahme auf die entworfene Teilstrecke,[1] die sich zwischen Fischamend und Wildungsmauer befindet und in Form eines Entwurfs zu einem Vorprojekt vorliegt. In ausführlichen Gesprächen sind die die zukünftige Situation der Auenökologie maßgeblich beeinflussenenden Gegebenheiten herausgearbeitet worden und werden wie folgt beurteilt.

Durch das Flußbauliche Gesamtkonzept kann zum einen die negative Entwicklung gestoppt, zum anderen eine wesentliche Verbesserung der ökologischen Situation der Auen erreicht werden:

- es wird die Sohleintiefung und die damit verbundene Spiegelabsenkung gestoppt
- die Spiegellagen können auf "frühere Verhältnisse" angehoben werden
- schwankende Wasserspiegel und wechselnde Strömungen bleiben (als Funktion des Abflusses) erhalten
- die Vernetzung von Strom und Augewässer wird nach Zahl und Häufigkeit vergrößert
- durch lokale, kleine bauliche Maßnahmen kann die Gewässervernetzung stark erhöht werden (Gestaltungsbereich in Abstimmung mit den biologischen Wissenschaften)
- an den Ufern des Hauptstromes können große Strecken der Uferbauten renaturiert werden
- die Uferstrukturen können entstprechend der Spiegelaufhöhung und gemäß dem verfügbaren Kiesmaterial gezielt ergänzt und erweitert werden.
- die - weiterhin schwankenden - Grundwasserspiegel werden entsprechend der Spiegelanhebung im Strom angehoben (nahe der Donau stark, beim Hochwasserschutzdamm weniger)

[1] Projekt von H. ZOTTL/H. ERBER in Zusammenarbeit mit der Wasserstraßendirektion (Hydraulik: W. BORS, Gestaltung: H. WÖSENDORFER)

Als ökologisch möglicherweise negativ zu bewertende Faktoren sind zu nennen:

- die Herstellung einer stabilen Deckschichte auf 50-70% der Strombreite
- die zusätzlich erforderlichen Steinbauten der Niederwasserregulierung
- die mögliche Reduktion von Uferstrukturen des Stromes (Schotterflächen, Flachwasserzonen)

Bei einer weiteren Konkretisierung des Projekts wäre zu berücksichtigen:

Die Wiederanhebung der Spiegellagen sollte in Abstimmung mit ökologischen Begleituntersuchungen erfolgen, da sich die Biozönosen auf die Spiegelabsenkung eingestellt haben und ihnen Zeit zur Rückentwicklung gegeben werden muß.

Durch den Abbau von Uferdämmen und Traversen werden die dynamischen Kräfte des Stromes in große Teilbereiche gelenkt, fördern dort die Entstehung von Pionier- und Anfangsgesellschaften der Au. Aus Gründen des Artenschutzes sollen bestimmte Gewässer nicht in die volle Fluß- und Hochwasserdynamik einbezogen werden.

Das neue Element des Hauptstromes ist die Deckschichte, die die Stromsohle auf rund 50-70% der Breite und praktisch die gesamte Länge des Stromes mit Grobgeschiebe bedeckt. Da der Strömungswechsel, die schwankenden Wasserstände des Stromes und nicht mit Grobgeschiebe bedeckte Uferstreifen erhalten bleiben, ist mit hoher Wahrscheinlichkeit der Austausch Donau-Grundwasser weiterhin voll funktionsfähig.

Auf Basis der vorgelegten Unterlagen ist ersichtlich, daß das Flußbauliche Gesamtprojekt nicht nur ökologisch positiv zu bewertende Zielsetzungen hat, sondern tatsächlich ein großes Potential zur Verbesserung der ökologischen Situation der Auen in ihrer Gesamtheit in sich birgt; aber auch längerfristig die vermutlich einzige Chance und Möglichkeit einer Renaturierung, einer Rückführung der Auen östlich von Wien in einen, gegenüber dem heutigen Zustand, wesentlich verbesserten Zustand ist. Die dabei auftretenden allfällig negativen Effekte, sind sekundärer Natur und werden bei weitem durch die positiven ökologischen Effekte überwogen.

Szenario 3 - Ein- und zweistufige Stauhaltungen

Die Machbarkeitsstudien zum Kraftwerk Engelharstetten und zur Zweistufenlösung KW Wildungsmauer/KW Wolfsthal[2)] wurden sorgfältig durchgearbeitet. Mit der Gestaltung und Bepflanzung der Rückstaudämme und im Hinblick auf die Steuerung des Hochwassereinflusses auf die Auen ("Aubachsystem" mit Dotationswehren etc.) werden gegenüber dem bisherigen Ausbaumodus vermehrt ökotechnische Ausgleichsmaßnahmen angeboten. Ausgehen muß eine ökologische Bewertung jedoch von den grundlegenden Gegebenheiten, die mit der Errichtung von Kraftwerken und Stauräumen verbunden sind.

Obwohl von der Gesamtwirkung in der Landschaft (Ein- bzw. Zweistufigkeit, Stauhöhenunterschiede etc.) unterschiedlich zu beurteilen, haben beide Lösungen charakteristische Gemeinsamkeiten, die ökologisch gleichartig zu beurteilen sind:

- Aufschüttungen im Auengebiet von jeweils mehr als 30 Mio m^3 (bei den Hauptbauwerken, Rückstaudämme)

- Trennung des Donaustroms vom Grundwasserkörper durch abgedichtete Rückstaudämme auf rund 70-75% der gesamten Donaustrecke

- Hochwasserüberströmung ausschließlich über Dotationswehre und -stellen (außer KW Wolfsthal) bei Donauabflüssen > 3.200m^3/s

- Überlauf über Fischtreppen und Qualmwasser von den Rückstaudämmen her bestimmen den Hauptzug der Altwässer; rechtsufrig prägt die Fischa sämtliche Augewässer

- Einstau der Schönauer Auen zu einer "Wasserlandschaft" und Drainage der Überschwemmungswiesen vor der Lobau

- Schaffung eines Polders (Drainage und stabiler Grundwasserkörper) zwischen Schwechat- und Fischmündung (Fischamender Au)

- massive Unterwassereintiefung unterhalb jeder Stufe

- starke Reduktion der natürlichen, freispiegelnden Gewässervernetzungen Strom-Augewässer

2) Generalplan, Machbarkeitsstudie Donaukraftwerk Engelhartstetten;
im Auftrag der NÖ Gesellschaft für Regionalforschung und Regionalplanung, Februar 1989
Österreichische Donaukraftwerke-AG, Machbarkeitsstudie Donaukraftwerk Wildungsmauer, Donaukraftwerk Wolfsthal II, Feb. 1989

Das Kraftwerk Engelhartstetten hat folgende Besonderheiten:

- große Stauhöhe
- gänzliche Umgestaltung der Stopfenreuther Au und der Donau (Altarm) vor Bad Deutsch-Altenburg bis Hainburg
- Erfordernisse eines Wehres (und einer Bootsschleuse) der March an der Marchmündung

Die Zweistufenlösung KW Wildungsmauer/KW Wolfsthal hat folgende Besonderheiten:

- zweimal geringe Stauhöhen
- Einstau der March mit mehreren Problemkreisen:
  * umfassende Drainage und Grundwassersteuerung, v.a. Marchwinkel
  * die schlechte Gewässergüte
  * Eis- und Hochwasserabfuhr
- mögliche Probleme mit der Heilquelle in Bad Deutsch Altenburg zufolge der Unterwassereintiefung des KW Wildungsmauer
- Zahl der verbleibenden natürlichen Gewässervernetzungen ist etwas höher als beim KW Engelhartstetten
- Stopfenreuther Au liegt in der Stauwurzel des KWs Wolfsthal

Entscheidend für die Ökologie der Auen ist die Art und Weise des Einwirkens des Flusses, die Verknüpfung des hydrologischen bzw. hydraulischen Systems mit dem Gelände, der Vegetation und der Tierwelt. Grund- und Hochwasserdynamik, Austausch von Grund- und Oberflächengewässer, sowie Gewässervernetzung sind die ökologischen Grundlagen der Auen, die nicht beliebig simuliert werden können. Aus ökologischer Sicht ist daher das Szenario 3 wie folgt zusammenfassend zu beurteilen.

- Der Ausbaugrad der Auenlandschaft und ihre Erschließung wird erhöht
- das Gewässersystem wird stärker als derzeit entkoppelt und anschließend mit baulichen Maßnahmen auf andere Weise wiederum gekoppelt (Dotierwehre, -stellen und Fischleitern)
- die natürliche Gewässervernetzung wird stark reduziert
- die Schwankungen im Grundwasser werden vermindert, niedere Grundwasserstände kaum erreicht
- der Hochwasserabfluß durch die Auen wird verändert. Als ökologisch negativ zu beurteilen wäre die Konzentration der Überflutungsstellen auf wenige Punkte und die wesentliche Einschränkung der Abflußmenge durch die rechtsufrigen Auen
- Strom- und Uferstrukturen werden reduziert und können weder quantitativ noch qualitativ kompensiert werden.

Die in den Machbarkeitsstudien angegebenen Flächenbilanzen sind aus diesen Gründen als zu optimistisch einzuschätzen, da Auen, die der vollen Grund- und Hochwasserdynamik unterliegen, aus den angeführten Gründen entlang der Stauräume praktisch nicht mehr vorzufinden sind.

Aus ökologischer Sicht ist die weitere Abnahme von Pionier- und Anfangsgesellschaften des Auwaldes zu prognostizieren, sowie eine maßgebliche Einengung bzw. ein maßgeblicher Verlust von autypischen Standorten. Am ehesten werden sich die bestehenden Wasserpflanzengemeinschaften behaupten können, sowie diejenigen Elemente und Gruppen der Fauna, deren Existenz vom Wald und nicht spezifisch von Auwäldern abhängen. Mit Sicherheit nimmt die Gefährung der typischen Donaufische zu, sodaß das regionale Aussterben einiger rheophiler Fischarten zu befürchten ist. Andere limnofaunistische Artengruppen als auch z.B. Wasservogelgemeinschaften werden ihre Artenzusammensetzung in Richtung "Stauraum-Gesellschaften" ändern. Stenöke Arten der Wirbellosen werden weiter zurückgedrängt und können aussterben. Die Einwanderung neuer , auuntypischer Arten wird durch die generelle Änderung des Wasserhaushaltes sowie durch die umfangreichen Bauarbeiten gefördert. Was verbleibt ist möglicherweise noch immer eine wertvoller Naturraum, der jedoch mit Auen im wissenschaftlichen Sinn sehr wenig zu tun hat.

Insgesamt muß gefolgert werden, daß - trotz neuen Versuchen in der Anwendung ökotechnischer und gestalterischer Begleitmaßnahmen - das Wesen der Auenlandschaft und -ökologie, das hydraulische System und sonstige steuernde Faktoren von Fauna und Flora durch den Ausbau der Donau mittels Kraftwerken bzw. Staustufen so stark verändert werden, daß die Kriterien einer einer natürlichen Au nicht mehr erfüllt sind. Aus diesen Gründen wäre zu konstatieren, daß die Errichtung eines Auennationalparks mit einem Ausbau der Donau gemäß Szenario 3 unvereinbar ist.

92-140.son

Dir. Dipl.Ing. Dr. Heinz Kaupa
Dipl.Ing. Hans Wösendorfer
24. März 1993

Ergebnisse des Workshops "Sohlestabilisierung" am 28. und 29.9.1992

0. Einleitung

Im Zusammenhang mit der Untersuchung, ob in und östlich von Wien ein Auen-Nationalpark nach internationalen Kriterien möglich ist, wurde von einer hochrangigen Arbeitsgruppe von Ökologen festgestellt, daß dies nur im Bereich der Donau mit freier Fließstrecke möglich ist (Bericht der Gruppe Auenökologie, 1991). Die Eintiefung der Donau macht es daher erforderlich, die Donausohle zu stabilisieren.

1. Begriffserklärung

Zur "Sohlestabilisierung" der freifließenden Donau kommen prinzipiell zwei Methoden in Betracht:

- die Zugabe von Schotter (Geschiebezugabe), wie er natürlich im Fluß vorkommt (Methode Rhein/Iffezheim). Die Sohle tieft sich nicht weiter ein. Der Fluß befördert das zugegebene Geschiebe weiter.

- die Zugabe von gröberem Schotter, als er natürlich in dem betreffenden Flußabschnitt vorkommt. Durch diese Sohlrollierung (auch Grobkornzugabe oder Sohlabpflasterung) wird ein gegen erodierende Hochwassereinflüsse stabiler Steinteppich hergestellt, der nur kleinräumig durch Schraubstrahleinwirkung bewegt wird.

2. Diskussionsgrundlage und Problemstellung

Der Diskussion wurde der Vorschlag Zottl/Wasserstraßendirektion eines flußbaulichen Sanierungskonzeptes - bestehend aus Niederwasserregulierung für 27 oder 32 dm Fahrwassertiefe mit durchgehender Sohlrollierung - zugrundegelegt, weil durch ein solches Konzept - wenn von Stauhaltungen abgesehen wird - eine Verbesserung der Schiffahrtsbedingungen und eine Stabilisierung der Sohle erwartet werden kann.

Auf Vorschlag von ZOTTL und aufgrund von Modellversuchsergebnissen von OGRIS in einer geraden Rinne wird davon ausgegangen, daß die Sohlrollierung über die gesamte Breite der Fahrrinne verlaufen soll, ca. 50 cm stark ausgebildet wird und die erforderliche Größenordnung 6 bis 13 cm Korndurchmesser beträgt (Zugabemischung Z 3). Aus Gründen der Stabilität oder Sicherheit könnte das Größtkorn jedoch auch bis 15, 18 oder 20 cm Durchmesser notwendig werden.

Wesentliche Fragen des Workshops waren vor allem (angelehnt an die Stellungnahme Bundeswasserverwaltung):

- Welcher Art müssen Modellversuche (zweidimensional, dreidimensional, Maßstab, Materialien, usw.) sein, daß die "Technische Machbarkeit" gesichert ist und die Unsicherheiten der Erhaltung einer derartigen Sohlrollierung beseitigt oder zumindest deutlich verringert werden können?

- Reichen abschnittsweise Sohlrollierungen zur Stabilisierung der Sohle aus?

- Welche Versuche sind mit diesem bzw. diesen Modellen durchzuführen?

- Ist eine Untersuchung der derzeitigen flußmorphologischen Phänomene sinnvoll?

- Welche Ergebnisse bzw. Aussagen können von diesen Versuchen erwartet werden?

- Wie lauten die Kenndaten des Zugabematerials (Sieblinie, Bandbreite, mittlerer Korndurchmesser, usw.) damit gewährleistet ist, daß es auch beim Durchgang eines RHHQ (Q = 14.000 m3/s) zu keinen unbeherrschbaren Verwerfungen der Stromsohle und damit zur Unterbrechung der internationalen Schiffahrt kommt?

- Wie wirken sich örtliche Zerstörungen der Sohlrollierung durch die Schiffahrt aus und wie können solche Schäden behoben werden?

- Ist eine Kolmatierung der Sohlrollierung zu erwarten?

- Welche Art der Geräte ermöglicht die Herstellung der Sohlrollierung in der Stärke von 50 cm gleichmäßig verteilt über die gesamte Breite der Schiffahrtsrinne?

- Sind neben Modellversuchen auch 1:1-Versuche erforderlich und zu welchem Zweck?

3. Programm und Teilnehmer

Das Programm wurde durch Kurzreferate in folgende Schwerpunkte gegliedert:

- Zielsetzungen und Ansprüche
- flußbauliche Modelle
- Nationalparkmanagement und Ökologie
- flußbauliche Versuche 1:1

92-140.son

Am Symposium nahmen teil (in alphabetischer Reihenfolge):

Dr. Ing.	BERNHART Hans Helmut, TU Karlsruhe, Inst.f.Wasserbau und Kulturtechnik
Dr.	BOROWICZENY Franz, Geologische Bundesanstalt
OR Dipl.Ing.	BORS Wolfram, Wasserstraßendirektion
MR Dipl.Ing.	BREYER Günter, BM für wirtschaftliche Angelegenheiten
Dipl.Ing.	BRUNNER Robert, Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal, Nationalpark Donau-Auen
Dir. Dr.	CHRISTIAN Reinhold, Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal, Nationapark Donau-Auen
Dipl.Ing.	FLICKER Peter, BM für Land- und Forstwirtschaft
Dipl.Ing.	HAUCK Helmut, Österreichische Donaukraftwerke AG
Dr.	HEINRICH Maria, Geleogische Bundesanstalt
OR Dipl.Ing.	HONSOWITZ Hubert, Institut für Wassergüte u. Landschaftswasserbau
Univ.Doz.Dr.	HUMPESCH Uwe, Institut für Limnologie der Österr. Akademie der Wissenschaften
Dr.	JÄGGI Martin, Institut für Wasserbau, ETH Zentrum
Dir. DI Dr.	KAUPA Heinz, Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal, Nationalpark Donau-Auen - Vorsitz
MR Dipl.Ing.	KÖNIG Franz, BM für Land- u. Forstwirtschaft
Dipl.Ing.	KROUZECKY Norbert, TU Wien
Dipl.Ing.	MATTES Wolfgang, BM für wirtschaftliche Angelegenheiten
Dr.	MOSHAMMER Beatrix, Geologische Bundesanstalt
Baudir. DI	NEMETZ Johann, Wasserstraßendirektion
Prof. DI	OGRIS Harald, TU Wien
HR Dipl.Ing.	PLATZER Gerhard, Bundesanstalt für Wasserbauversuche
Prof. Dr.	SCHEUERLEIN Helmuth, Versuchsanstalt für Wasserbau der TU München
OStBR DI	SCHIEL Werner, Magistrat der Stadt Wien, MA 45
Prof. Dr.	SCHIEMER Fritz, Institut für Zoologie, Uni Wien
OR Dipl.Ing.	SCHINERL Franz, Wasserstraßendirektion
Univ.Doz. Dr.	SCHÖBERL Friedrich, Institut für konstruktiven Wasserbau, TU Innsbruck
MR Dipl.Ing.	SCHWANZER Josef, BM für öffentliche Wirtschaft und Verkehr
Kapitän	STEINDL Peter, DDSG
OR Dipl.Ing.	WÖSENDORFER Hans, Wasserstraßendirektion
Dipl.Ing.	ZOTTL Hermann, Büro Zottl & Erber

4. Ausgewählte Diskussionsbeiträge

Scheuerlein:

Ist grundsätzlich sehr skeptisch im Hinblick auf eine Machbarkeit derartiger Maßnahmen. Grobmaterialzugabe ist Sohlrollierung, ist Schlpflasterung (hydraulisch stabil) (auch: Platzer)
Einbringung ist ein wasserbautechnisches Problem;
den Übergangs- und Randzonen der Deckschichte ist größte Aufmerksamkeit zu schenken;
Arbeitsabläufe, Zwischenphasen, zeitliche Abfolge bereits im Modell behandeln ("Einbringungsperioden");
Zuviel Kolkverfüllung in Teststrecken-Projekt (Zottl/WSD);
nicht zu kurze Strecke im "Prinzipmodell" untersuchen;
Vorländer in hydraulisches Modell einbeziehen.

Jäggi:

Zu empfehlende Grundsätze:
Möglichst die Natur arbeiten lassen.
Die Wirkungsfaktoren der örtlichen Erosionsprozesse analysieren
Die Minimalbedingungen notwendiger flußbaulicher Eingriffe erkennen.
Nur lokal eingreifen, selektiv Maßnahmen setzen.
Überschüssige Strömungsenergien aufteilen.
Die effektive Grenzbelastung in einem "Prinzipmodell" bestimmen;
die hydraulische Stabilität läßt sich in einem Teilmodell, 1:40, einige Kilometer lang behandeln;
es gibt keine dreidimensionalen Abpflasterungs-Modellversuche bisher;
siehe auch Stellungnahme Jäggi zu diesem Protokoll.

Ogris:

Zur Diskussion gestellter Vorschlag:
Planung Gesamtkonzept, Vorstudie Niederwasserausbau 2,7/3,2 m Fahrwassertiefe;
Hydraulisches Modell gesamte Strecke 1:100, Vorland hydraulisch, nicht komplett;
(Ausbau- und Vernetzungsvarianten, Hochwasserhydraulik);
Gesamtmodell 1:40, Grundlage, Untersuchung in Teilabschnitten (mit beweglicher Sohle), Platz für Realisierungs-Begleitung vorsehen;
1:1 Versuche; Schraubstrahlwirkung, Ankerversuche, Einbringungsversuche;
Baubeginn.

Steindl:

Ankerversuche, Anfahr- und Durchfahrversuche sollten mit beladenen 2-er und 4-er Schubverbänden durchgeführt werden; Schiffsverbände können von der DDSG zur Verfügung gestellt werden; durch entsprechende Situierung des "Probeteppichs" und Zeitwahl der Versuchsdurchführung könnten die Auswirkungen auf die Sohlrollierung direkt (bei Niederwasser) festgestellt werden.
Im Hinblick auf die Machbarkeit, Stabilität und Erhaltung einer Sohlrollierung können sich Probleme ergeben, die jetzt noch nicht absehbar sind.

Schöberl: siehe Stellungnahme Schöberl als Beilage zu diesem Protokoll.

92-140.son

Platzer:

Ist insgesamt skeptisch bezüglich der Machbarkeit und hydraulischen Stabilität der Sohlrollierung.
1:100 Modell nur mit fester Sohle möglich; wichtig ist, die Vorländer in die Modelle einzubeziehen;
Betrieb und Datengewinnung für 1:40 Gesamtmodell sehr problematisch;
für Buhnenfelder und Ufergestaltungen (Normalkies) sind hohe und höchste Hochwässer prägend;
Einbringungsperioden und Bauzustände im 1:40 Modell untersuchen und klären;
wichtig: wie sensibel reagiert das "Prinzipmodell";

Hauck:

Die Auswirkungen der Grobgeschiebedecke auf Schiffsantriebe wurden in einem Modellversuch (DOKW/Scheuerlein) untersucht (siehe Referat Scheuerlein);
(Einziehen ab 1,4 m Flottwassertiefe);
Es ist die Kolmatierung einer befestigten, stabilen Flußsohle zu befürchten; Die Korngröße des Sicherungsmaterials laut ZOTTL/OGRIS, mit 60/120 mm ist mit Sicherheit zu klein.
Einbringung Normalgeschiebe und Einbringung Grobgeschiebe sind Wesensunterschiede;
70 km Lauflänge, 1 : 200, feste Sohle = Grenze der Betriebsmöglichkeit in Ybbs.

Wösendorfer:

Einwände gegen die hydraulische Stabilität einer Deckschichte, die eine dreidimensionale Modellbehandlung erfordert, waren bisher:

- Löcher an Buhnenköpfen
- Kolke entlang Uferschutzbauten (übertief)
- Erosionsbereiche am Kolkende, Quer- und Spiralströmungen
- Furtgestaltung und deren Konsequenzen
- Schraubstrahlauswirkungen in Furten
- langdauernde Hochwasserereignisse

Zottl:

Ist-Zustand bzw. Projektierung ergibt eine bestimmte Sohlkonfiguration, die Einbauten, z.B. auf 27 oder 32 dm Wassertiefe sind im Modellversuch relativ billig, daher Variantenuntersuchungen im Modell möglich.

"Modell mit beweglicher Sohle" ist eigentlich das Modell einer Lösung, deren Sohle sich nicht bewegen soll;
Übergangsbereiche und Bauphasen nicht dramatisieren, da Baumaßnahmen von Jahr zu Jahr weitergehen;
Vorentscheidung Fahrwassertiefe wäre sinnvoll, ist aber nicht unbedingt notwendig.

Heinrich:

Untersuchungen der Geologischen Bundesanstalt zu eventuellen Herkunftsgebieten für Grobschotter haben ergeben, daß entsprechendes Material sinnvoll nur als Überkorn von einigen niederösterreichischen und oberösterreichischen Schotterabbaugebieten zu gewinnen ist. Dieses Material muß über zu optimierende Transportwege zu den Ausgangspunkten für den Einbau gebracht werden.

Bernhart:

Sofort ein Teilmodell 1:40 anpeilen; eventuell begleitend auch rechnen, begleitende Berechnungen mit derart geeichten Rechenmodell im Zuge der Realisierung wäre denkbar.

König:

Aus wasserbautechnischer Sicht ist zu fordern:

- Gesamtplanung für ganzen Abschnitt
- Gesamtprojekt, auch Einflüsse von Höchstwasserabfluß darstellen

Zu beantworten:

- ist Abpflasterung bei RHHW und unter ungünstigen Annahmen stabil?
- Herkunft des Materials?
- Antransport?
- Rund- oder Kantkorn?

5. Versuch einer Zusammenfassung

5.1 Grundsätzliche Antworten auf die Fragestellungen

- Zur Beurteilung der "technischen Machbarkeit" von Sohlrollierungen und zur Optimierung des Projektes sind dreidimensionale Modellversuche mit beweglicher Sohle im Maßstab 1:40 mit dem gesamten Vorland und allen Einbauten erforderlich.

- Abschnittsweise Sohlrollierungen können nur im Modell (1:40) untersucht werden.

- Die Experten des BMLF verweisen darauf, daß als Grundlage für den Modellversuch (1:40) mit beweglicher Sohle bereits die Durchfluß-aufteilung auf Strom und Vorland und die Einströmung des Vorlandabflusses in das Strombett (Richtung, Menge) bekannt sein müßten. Dazu könnten verwendet werden:

  - o vorhandener Modellversuchsbericht für das KW Hainburg;

  - o hydraulisch-rechnerische Abschätzungen (die Sohlrollierung inklusive integrierter Bettgestaltung ändert die Abflußbedingungen gegenüber dem o.a. Modellversuch);

  - o falls notwendig ein zusätzlicher Modellversuch mit fester Sohle in einem kleineren Maßstab zur Festlegung der Durchflußaufteilung auf Strom und Vorland und der Wechselbeziehung zwischen diesen Bereichen;

  - o Variation der Durchflußaufteilung und der Anströmbedingungen im Detailmodell mit beweglicher Sohle (quasi obere und untere Grenzen des möglichen Abflußgeschehens wären nachzubilden). Die Zielvorstellung hinsichtlich der gesicherten Aussage und der Schaffung exakter Rahmenbedingungen sollte berücksichtigt werden.

- Vorversuche mit einem hydraulischen Modell im Maßstab 1:100 (Vorschlag OGRIS) werden eher als nicht erforderlich gesehen.

- Im Modell (1:40) sind wesentliche Hochwasserdurchflüsse bis hin zum RHHQ (wenn dieses noch schadlos abgeführt werden soll, was zu entscheiden wäre) mit Vorlandabfluß, aber auch Betriebszustände während des Baufortschrittes und der Einbauvorgänge (quer, längs, etc.) zu untersuchen.

- Die Nachbildung von 2 - 3 Teilabschnitten sollte genügen, eine Modellierung der gesamten Unterwasserstrecke von 40 km in einem Modell mit beweglicher Sohle wird für nich handhabbar erachtet und sollte nicht erfolgen. Grundsätzlich scheint es zweckmäßiger, einige wenige Teilabschnitte sehr genau zu untersuchen, als die gesamte Strecke übersichtsartig.

- Einer Untersuchung der gegenwärtigen Erosionsdynamik im Modell wird von den Teilnehmern ein unterschiedlicher Stellenwert zugeordnet (siehe auch die Stellungnahmen von Schöberl und Jäggi zu diesem Protokoll).

- Die genauen Kenndaten des Zugabematerials sind aus den Modellversuchen (1:40) und den 1:1-Versuchen abzuleiten. Welche Sicherheitsreserven angestrebt werden, ist mit den wasserbautechnischen Amtssachverständigen der Obersten Wasserrechtsbehöde abzusprechen.

- 1:1 Versuche sind unbedingt erforderlich, weil Einbautechniken nur beschränkt (oder grundsätzlich) im Modell geprüft werden können, eine Reihe von Versuchen (Saugstrahl, Wirkung auf Schiffsschrauben, Ankern, etc.) sind nur im Naturmaßstab sinnvoll möglich.

- Örtliche Zerstörungen der Sohlrollierung durch Schiffe, deren meßtechnische Feststellung sowie deren Reperaturen sollten im 1:1-Versuch getestet werden.

- die notwendigen Geräte zur Herstellung der Sohlrollierung sind im 1:1-Versuch in Verbindung mit Modellversuchen 1:40 auszuwählen.

- Es ist zu erwarten, daß besonders beanspruchte Bereiche der Sohle stärker gesichert werden müssen, als nach dem Projekt ZOTTL/OGRIS (hier: 6 - 13 cm durchgehend).

- Ob gegenüber den bisherigen Vorschlägen wesentliche Einsparungen an Grobgeschiebematerial erzielt werden können, wird unterschiedlich eingeschätzt.

5.2 Aspekte und Entscheidungsebenen

Anhand der vorgetragenen Referate, Argumente und Gegenargumente, und unter Bezugnahme auf noch offene Fragen zeichnete sich folgendes Ergebnis des Workshops ab, wobei in einigen Bereichen Differenzen in den Auffassungen der Teilnehmer verblieben sind, was die Einschätzung der Lösungsansätze aus heutiger Sicht betrifft:

Im Vordergrund der Überlegungen stehen folgende Aspekte:

- die praktische Machbarkeit der Sohlrollierung durch Grobgeschiebezugabe (Herkunft, Gewinnung und Einbau);

- die Stabilität der Rollierungsschichte unter Einfluß von hohen und höchsten Hochwasserabflüssen, unter Schraubstrahleinwirkung von Schiffen bei niederen Abflüssen, sowie aufgrund dreidimensionaler Strömungseffekte in kritischen Bereichen der Donausohle;

- Beeinflussung des Grundwasserhaushaltes (Probleme allfälliger Kolmatierung);

- die Konsequenzen der flußbaulichen Umgestaltungen, d.h. aller Maßnahmen des "flußbaulichen Gesamtkonzeptes" auf die nautischen Bedingungen der Donauschiffahrt (Fahrwassertiefe, Strömung, Ankermöglichkeit, Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs, etc.);

- die ökologischen Auswirkungen auf Fauna und Flora im Bereich von Stromsohle, Uferzonen, Nebengewässern und Landbiotope der Auenlandschaft;

Es ist sinnvoll, für die weitere Vorgangsweise, d.h. der Intensität und dem Umfang der weiteren Planungen, Modellversuche und 1:1-Versuche, zwei Entscheidungsebenen zu unterscheiden:

- die Grundsatzentscheidung zur Sohlrollierung

- die Entscheidungen der zuständigen Behörden im Zuge der wasser-, schiffahrts- und naturschutzrechtlichen Verfahren

5.3 Grundlagen für eine Grundsatzentscheidung zur Sohlrollierung

Folgende Arbeitsschritte werden zur Beurteilung der praktischen Machbarkeit und die dafür erforderlichen Aufwendungen als notwendig erachtet (1. Planungsphase):

- Darlegung der Einbringungs- bzw. Einbautechnik:
  Klärung, mit welchen Geräten und grundsätzliche Skizzierung des Arbeitsablaufes (daraus Kostenschätzung)

- Einbringung eines "Probefeldes" einer Sohlrollierung von rund 70 x 300 m oder 100 x 200 m (2 ha) in einem geeigneten Stromabschnitt, am Rande der Schiffahrtsrinne (Simulation einer Furt mit knapper Fahrwassertiefe) sowohl zum Test der Bautechnik, als auch zur Durchführung folgender Versuche

- Ankerversuche mit Zweier- und Viererverbänden im "Probefeld" und auf einer Vergleichsstrecke ohne Sohlerollierung

- Schraubstrahl - Einwirkung auf dieses "Probefeld"

- Weiters Festlegung der erforderlichen Fahrwassertiefe nach verkehrspolitischen Erfordernissen

- Darstellung des flußbaulichen Gesamtkonzepts in einem generellen Projekt über die gesamte Strecke

- Detailplanung für den Modellabschnitt von 6 - 8 km Länge

- Dreidimensionale Modellversuche zum Nachweis der Stabilität der Sohlrollierung ("Prinzipmodell"), Maßstab 1:40, unverzerrt, mit Sand betrieben; abgebildete Donaulänge 6 - 8 km. Bauphasen, verschiedene Durchflüsse, Verwerfungen in Übergangsbereichen v.d.W.

- Darstellung der Gewinnungsmöglichkeiten des Grobgeschiebes und von entsprechenden Transportszenarien (daraus Kostenschätzung).

- Darlegung der Auswirkungen auf die Donauschiffahrt (Fahrwassertiefen, Befahrbarkeit, Strömung, Ankern, Auslastungsmöglichkeit, etc.)

- Untersuchung und Darstellung der Auswirkungen auf die Stromsohle (Bodenfauna und Grundwasserkommunikation), wobei es auf die tatsächliche Stabilität ankommt (Schraubstrahl), ob überhaupt Verschlämmungen auftreten (Problem der Kolmatierung?). Naturversuche zur Grundwasserkommunikation sind nur langfristig sinnvoll.

- Beginn eines mittelfristigen Forschungsprogrammes zur Untersuchung des Auenökosystems (Uferzonen, Nebengewässer)

- Kostenschätzung von Gewinnung, Transport, Einbau der Sohlerollierung und der sonstigen flußbaulichen Maßnahmen sowie Erhaltungsarbeiten

5.4 **Grundlagen für die Entscheidungen der zuständigen Behörden (Wasser-, Schiffahrts- und Naturschutzrecht) -**
(2. Planungsphase bei Machbarkeit und politischer Zustimmung):

- Detailplanung für den gesamten Donauabschnitt des Nationalparks ("Flußbauliches Gesamtkonzept").

- Modelltechnische Untersuchung des gesamten, von Veränderungen betroffenen, Donauabschnittes, wobei die Erfassung der gesamten Fließstrecke mit einem einzigen Modell 1:40, das auch den gesamten Vorlandabfluß abbildet, von Modellversuchsexperten für unrealisierbar gehalten wird.

- Detailplanung von Gewinnung, Antransport und Einbau des Grobgeschiebes ("Projektmanagement")

- Detaillierung der ökologischen Auswirkungen (Ende mittelfristiges Forschungsprogramm).

5.5 Zusammenfassung der Problembewertung aus derzeitiger Sicht

- Das Verfahren der Sohlrollierung ist nicht Stand der Technik, wird aber als Stand der Wissenschaft (grundsätzlich machbar) eingeschätzt. Allerdings war im Kreise der Teilnehmer des Workshops die Meinung über die praktische Machbarkeit der Rollierung geteilt. Ein Teil zeigte sich skeptisch, ein anderer Teil zeigte Zuversicht.

- Die dreidimensionalen Modellversuche, Planungen und 1:1-Versuche wie in 5.3 beschrieben, sind geeignet, alle wichtigen Fragen für eine politische Grundsatzentscheidung zu klären. Für dieses Programm sollte eine Kostenschätzung erarbeitet werden.

- Es ist prinzipiell möglich, das Grobgeschiebematerial für die von Zottl genannte Größenordnung zu gewinnen (rd. 300.000 m3 jährlich bei 10 Jahren Ausbauphase), die Kosten sind anhand der im Abschluß befindlichen Studie der Geologischen Bundesanstalt (auch Transportszenarios) näher bestimmbar. Nach Schätzungen vom Dezember 1992 betragen die Kosten von Regulierung und Stabilisierung rund öS 700 - 800 Mio. für 10 km Lauflänge der Donau.

- Der gerätetechnische Einbau des Grobgeschiebes im Fluß konnte nicht geklärt werden. Dafür müssen Beratungen im Kreis von Wasserbaupraktikern Donau erfolgen, in denen die gerätetechnischen Möglichkeiten detailliert ausgelotet werden. Voraussichtlich ist jedoch für einen Einbau größerer Mengen die Beschaffung geeigneter schwimmender Geräte oder der Umbau bestehender notwendig.

- Nach einem allfälligen Abschluß derartiger Maßnahmen sind weiterhin laufende Instandhaltungsarbeiten, vor allem unmittelbar nach Einbringung der Sohlerollierung, erforderlich und absehbar; ihr Umfang und event. technische Probleme (z.B. Verletzung der Sohlerollierung) sind heute noch nicht abschätzbar.

P R O T O K O L L

Symposium Wasserwirtschaft und Auenökologie:

Nationalparkgebiet Lobau

am 19. April 1993, 09.00 bis 17.00 Uhr

Ort: Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal, 2232 Deutsch-Wagram
Franz-Mair Straße 47

Teilnehmer: siehe gesonderte Teilnahmeliste

DIR. DR. REINHOLD CHRISTIAN, Begrüßung und Einleitung:

Für die Nationalparkplanung Donau-Auen ist die Lobau ein Planungsbereich, der durch einige Besonderheiten gekennzeichnet ist: Einerseits die Lebensräume selbst, die seit der ersten Donauregulierung Sonderentwicklungen durchmachen, andererseits wegen der relativ großen Nutzungsintensitäten, insbesonders Wasserwirtschaft und Naherholung. Über den Koordinationsbedarf von wasserwirtschaftlichen Maßnahmen und ökologischen Management im Sinne der Nationalparkplanung soll schwerpunktmäßig diskutiert werden, zur Verständigung und zum Nutzen der Beteiligten, aber auch um eine gemeinsame Sichtweise von Planung und Wissenschaft zu entwickeln, sodaß wasserwirtschaftliches Management und Nationalparkplanung gleichsinnig verlaufen.

DR. G. IMHOF, Überlegungen und Ergebnisse des "Begleitenden ökologischen Versuchsprogrammes" zum wasserwirtschaftlichen Versuch Dotation Lobau

Siehe dazu die zweiseitige Referatsunterlage sowie die darin erwähnten Veröffentlichungen

DI W. SCHIEL, Quantitative Auswirkungen der 1. Dotierung (1992) im Rahmen des wasserwirtschaftlichen Versuchs

Im Spätfrühling 1992 wurden fünf Wochen hindurch 280 l/s von der Neuen über die Alte Donau ins Mühlwaser dotiert. Auswirkungen auf das Grundwasser reichten flächig über die oberen zwei Drittel der Oberen Lobau, wobei die höchste Hebung des Grundwasserspiegels bei der Saltenstraße 75 cm betrug. Da die Dotierversuche wasserrechtlich zu stark eingeschränkt waren, wurden die sogenannten "Abbruchkriterien" etwas gelockert, sodaß nunmehr ein vergößerter Versuchsspielraum gegeben ist. Leider gab es zum Ende der Dotierphase 1992 ein Fischsterben in den wieder trockenfallenden Abschnitten, sodaß bauliche und organisatorische Gegenmaßnahmen für

weitere Dotierversuche ausgearbeitet wurden. Zum Problem kann die Entwicklung der Wassergüte in der Alten Donau werden, die 1993 näher untersucht wird. Durch das Massenwachstum einer Blaualge hat die Wasserfarbe von Grün auf Braun gewechselt, das Makrophytenwachstum war 1992 stark reduziert; vor kurzem betrug allerdings die Sichttiefe (laut Seccisscheibe) wiederum 1 m. Man ist vorsichtig optimistisch, die Dotierversuche 1993 weiterführen zu können. Allenfalls kann mittelfristig das Dotierwasser von der Neuen Donau durch ein Rohr direkt in das Mühlwaser eingeleitet werden, ohne die Alte Donau zu durchfließen (ein entsprechendes Projekt ist in Ausarbeitung).

Dr. B. VELIMROV, Schilfgürtelentwicklung, Sedimentationsraten, Nährstoffanalysen und mikrobielle Untersuchungen im Kühwörther Wasser

Aus Luftbildanalysen 1960 bis 1986 läßt sich für dieses Lobaugewässer sagen: Röhricht abgenommen, Schilfanteil zugenommen, freie Wasserfläche zugenommen, Seggen-Bestände seit 1979 nicht mehr vorhanden. Das Kühwörther Wasser ist oligo-mesotroph, in Bezug auf die Bakteriologie innerhalb der Badgewässernorm (zeitweilig zu trinken) und hat Spitzen in der Chlorophyll-a-Konzentration im Freiwasser nach Hochwasserereignisse (z.B. Mai, Juni, September 1991).

Anhand von 10 Profilen wurde eine durchschnittliche Stärke der Schlammauflage von 39 cm festgestellt, sodaß im Kühwörther Wasser rd. 85.000 m^3 Schlamm abgesetzt sind. Die anorganische Fraktion beträgt rd. 90%. Die Trockenmasse beträgt insgesamt 12.730 Tonnen. Die Sedimentationsraten sind stark schwankend und betragen im Schnitt 1987 - 1991: 135 g/m^3 /d. Die mittlere Verdoppelungszeit der Sedimentablagerungen beträgt 30 - 45 (18 - 86) Jahre.

Auffällig ist der hohe Anteil der anorganischen Fraktion im sedimentierten Schlamm im Unterschied zum hohen Anteil der organischen Substanz in den Schwebstoffen.

Nach Untersuchungen 1991/92 ist das Gesamtbiovolumen rd. 2,5 - 12 ug C/l/h. Maximal bis zu 5% werden im Wasser selbst abgebaut. Sedimentrespirationseperimente zeigen zwei Hauptergebnisse: Produktion minus Respiration ist negativ. Der C-Bedarf bewegt sich in einer Größenordnung von 150 - 200 $mg/m^2/d$. (Kürzestfassung anhand einer Laienmitschrift)

Dr. D.L. DANIELOPOL, Ökologische Verhältnisse einer sauerstoffarmen Situation am Ebenschüttwasser. Schutz der Grundwasserfauna im Nationalpark

Siehe dazu die zwei Artikel, die als Referatsunterlage verteilt wurden: P. POSPISIL und D.L. DANIELOPOL, Vorschläge für den Schutz der Grundwasserfauna im geplanten Nationalpark Donau-Auen, 1990; und: D.L. DANIELOPOL, P. POSPISIL und J. DREHER, Ecolgical basic

reserch with potential application for ground water management, 1991. Anschließend wird ein Videofilm über die Grundwasserfauna, in situ, bis 13 m Sedimenttiefe, gezeigt.

Dr. F. SCHIEMER, Beurteilung von Augewässerdotation

Siehe dazu den Artikel von F. SCHIEMER, J. POKORNY, N. GÄTZ, P. POSPISIL und P. CHRISTOF-DIRRY, Limnologische Gesichtspunkte bei der Beurteilung von Augewässerdotationen, ÖWW 11/12, 1992 (Kopie als Protokollbeilage).

Der Referent verweist kurz auf die zwei Hauptpunkte,

1. Funktionelle Aspekte (Produktion und Abbau, Nährstoffkreislauf, Verlandungsdynamik und Kolmation)

2. Biotop- und Artenschutz (auentypische Lebensgemeinschaften und ökologische Bedingungen ihrer Erholung),

die für Beurteilungen am wesentlichsten sind. Zum Punkt 2 wurde im Rahmen der Nationalparkplanung ein Leitbild formuliert: Maßgebend ist die Situation vor der 1. Regulierung. Berücksichtigt werden muß die ökologische Entwicklung seither. Die Au fungiert auch als Refugialraum für Faunen- und Florenelemente, deren Standorte im Marchfeld, randseits der dynamischen Auen, verloren gingen

Punkt 1 wird derzeit für die Lobau-Dotierung näher untersucht und dargestellt. Auch für die Untere Lobau und in stark dynamischen Nebengewässern (Haslau) müssen die funktionellen Aspekte näher analysiert werden.

F. Schiemer leitet daraufhin die Vormittagsdiskussion. Siehe unten im Protokoll.: Diskussion und Ergebniss.

DI H. HARREITER, Dotierungs- und Bewirtschaftungsszenarien: Entwürfe einer Fadenbachdotierung

Siehe dazu die Referatsunterlage

Dr. F.S SEEBACHER, Studie für den Auenhochwasserschutz Wien. Abschnitt Hafen Lobau-Schönauer Schlitz. Ausarbeitung der wasserbaulichen Ausbaugrundsätze

Siehe dazu die Referatsunterlagen

Ökologische Lösungen zu den Hochwasserschutzvarianten in der Lobau

Der Referent erläutert kurz die Geschichte und Projektsideen der Wiedereinbeziehung der Lobau in das Hochwassergeschehen. Die Erweiterung des Schönauer Schlitzes auf rd. 1 km Länge soll unter Bezugnahme auf frühere Haufen- und Gerinnegliederungen gestaltet werden. Die Aufhöhungen der Rückstaudämme in der Oberen Lobau kann

auch als Chance für eine landschaftsökologische Einbindung und Verbesserung der Randgebiete verstanden werden, zumal es sich nicht um allzu große Massenbewegungen handelt. Oberhofer präsentiert dazu Detailentwürfe.

DI G. HAUBENBERGER, Stellungnahme zu den Auswirkungen auf die Forstökologie

Der Referent bringt eine Kurzfassung forstökologischer Untersuchungen von Weiden- und Pappelstandorten, vergleichend in der gedämmten und in der gefluteten Au (nach der Broschüre von G. HAUBENBERGER und H. WEIDINGER, 1990, die in einigen Exemplaren verteilt wird). Die Abdämmung von Auwaldökosystemen hat starke Auswirkungen auf den Nährstoff- und Bodenwasserhaushalt. Wasserbauliche Maßnahmen zur Wiederherstellung dynamischer Grundwasserverhältnisse sind notwendig und sinnvoll. Ertragskundliche Untersuchungen bestätigen die forstökologischen Befunde. Zu den Schlußfolgerungen siehe die Zusammenfassung and er genannten Broschüre.

DISKUSSION UND AUSBLICK

Es zeigte sich ein hohes Interesse der Beteiligten an den Referaten. Fast keinem Teilnehmer waren alle wissenschaftlichen Studie bzw. geplante wasserbaulichen Maßnahmen bekannt. Insgesamt ist ein hoher Planungsgrad und eine große Forschungsintensität gegeben, wesentlich getragen von der MA 45 - Wasserbau - der Stadt Wien.

Allgemein betrachtet, ergibt sich möglicherweise die Perspektive eines "geteilten Wasserwirtschaftlichen Managements", in dem die Dotierung der Lobau von der Neuen Donau her und die stärkere Dynamisierung als Unteren Lobau im Zuge der Ergänzung des Hochwasserschutzes die tragenden Maßnahmen sein können.

Als Planungsperspektive der Unteren Lobau wurde die Variante 5 als folgerichtigste, der Weg über eine Variante 3 als sinnvoll bezeichnet, allerdings sollte man sich diesem Ziel über ein intensives limnologisches Forschungsprogramm mit einem Planungskonzept von etwa 10 Jahren annähern. Die Dynamisierung als mittel- bis langfristige Perspektive scheint auch für die Sicherung der Trinkwasserreserven von größerer Bedeutung zu sein als bisher angenommen.

Günstig wäre eine stärkere konzeptionelle Koordination der limnologischen, faunistischen und floristischen Untersuchungen im Bereich der (Oberen und Unteren) Lobau. Beispielsweise könnten intensive Untersuchungen der Grundwasserfauna an einem sauerstoffreichen, "offenem" Standort in einer stark dynamischen Au sehr aufschlußreich sein (Lobau-Überschwemmungsgebiet).

Das Referat von G. Haubenberger zeigt, daß forstökologische bzw. pflanzenphysiologische Untersuchungen der terrestrischen (Au)standorte im Zusammenhang mit den Grund- und Bodenwasserhaus-

halt in die Forschungskonzeption sinnvollerweise mitübernommen werden sollten.

Die wesentlichen Elemente der Gewässerfunktion, wichtige funktionelle Prozesse und Schlüsselkriterien für ihre Beurteilung sind identifiziert. Die Prognose von Nährstoffkreisläufen, Primärproduktion, von Dekompositionsprozessen und Sedimentationsvorgängen ist allerdings schwierig, insbesonders im Hinblick auf doch sehr verschiedenen Dotier- und Überschwemmungsszenarien in Verbindung mit der Ergänzung des Hochwasserschutzprojektes für die Untere Lobau.

Insgesamt gewinnt man den Eindruck, daß die Intentionen der Nationalparkplanung, der Forstökologie, der Wasserwirtschaft einschließlich Trinkwassergewinnung mittelfristig gleichsinnig verlaufen, auch wenn das für Einzelfunktionen noch nicht deutlich sichtbar ist. Das Beispiel der Entwicklung der Alten Donau in den letzten Jahren zeigt jedoch, daß der gesamten Situation von Grund- und Augewässerhaushalt ein hohes Problem- und Konfliktpotential innewohnt, dem nur durch hohe Forschungs- und Planungsintensität, vorsichtig erwogenen Maßnahmen und eine wasserbauliche Infrastruktur, die möglichst viele Freiheitsgrade für ihre Betriebweisen beinhaltet, begegnet werden kann.

Interessant und verfolgenswert erscheinen auch die gestalterischen Chancen im Hinblick auf die Ergänzung und Erweiterung des Systems der Hochwasserschutzdämme sowohl in der Oberen, als auch in der Unteren Lobau. Bedeutsam ist der Vorschlag, diese Baumaßnahmen möglichst randlich am zukünftigen Wiener Auen-Nationalpark zu setzen, sie für die flußbauliche Gestaltung ebenso mitzuverwenden (z.B. Schönauer Schlitz) wie für die Erlebbarkeit und (möglichst/randliche) Erschließung des Nationalparkgebietes und -vorlandes.

Sinnvoll sollte das (niederösterreichische) Projekt der Fadenbachreaktivierung im Rahmen der auenökologischen und flußbaulichen Konzeption der Nationalparkplanung mit den Maßnahmen der Stadt Wien für die Lobau mit- und weiter bearbeitet werden.

Es soll hier nicht versucht werden, die fachliche Diskussion im Hinblick auf limnologische Beurteilungen: über Dimensionen der Nähstoffgehalte, die Bedeutung der Makrophytendominanz und dgl. zusammenzufassen. Dazu war die Diskussion nicht ausführlich genug, und der Protokollverfasser wäre überfordert. Es soll jedoch festgehalten werden, daß eine ähnliche Veranstaltung in diesem Personenkreis in ein oder zwei Jahren sicherlich sinnvoll wäre.

1992 06 15
Wös/wie/Wös/Experten

PROTOKOLL UND BERICHT
EXPERTENGESPRÄCH DONAU-GRUNDWASSER-TRINKWASSER

vom 2. Juni 1992 in der Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal, Werdertorgasse 15, 1010 Wien, 9 bis 15.00 Uhr

Anwesende: siehe Teilnehmerliste

KAUPA begrüßt und leitet zum ersten Teilthema ein: Mögliche Austauschverhältnisse Strom-Grundwasser bei stabilisierter Donausohle (Deckschicht).

NEUDORFER, Prinzip und generelle Mechanismen der Interaktion (Folie 1 bis 15):

Das Prinzip und die generellen Mechanismen der Interaktion von Oberflächengewässern und Grundwasserkörper wird erläutert. Grundsätzliche Wirkmechanismen der gegenseitigen Beeinflussung sind Exfiltration und Infiltration. Gewässerabschnitte können entweder ein ausgeprägtes Wechselspiel von Exfiltration und Infiltration aufweisen oder über lange Zeiträume nur einseitige Strömungen ausbilden. Voraussetzung ist eine bestehende hydraulische Vebindung.

Die Art und das Ausmaß des Zusammwirkens von Oberflächengewässer und Grundwasser wird von einer Vielzahl von Einflußfaktoren bestimmt, wobei in bestimmten Fällen einzelne, jeweils dominierende Faktoren die Beziehung beherrschen können. Es gibt eine Fülle von Typen des Zusammenwirkens. Relevante und häufigere Typen, die sich vor allem nach wasserbaulichen Eingriffen einstellen, sind in den Folien dargestellt.

Bei großen Flüssen zeigt sich der Zusammenhang des Amplitudenspiels der Oberflächengewässer mit jenem des Grundwassers in Abhängigkeit von der Entfernung vom Fluß und der Durchlässigkeit des Untergrundes. An der Donau östlich von Wien gibt es, in Abhängigkeit vom jeweiligen Donauwasserstand sowohl Infiltration als auch Exfiltration.

NEUDORFER zeigt, daß ein Gefälle der chemisch-physikalischen Parameter im Grundwasser von der Donau landeinwärts ins Marchfeld besteht. Die Mittelwerte der Nitratkonzentrationen über einen mehrjährigen Zeitraum zeigen in Donaunähe niedere Werte, im zentralen Marchfeld höhere Werte.

Nähere Ausführungen zu diesem Referat finden sich im Artikel von **NEUDORFER** (1990).

SEEBACHER, Einige Bespielsrechnungen aus gegebenem Anlaß:
(Folie 16 bis 31)

Der Refernt präsentiert Beispielsrechnungen zum Austausch von Donau- und Grundwasser anhand eines Profilschemas von 6m Wassertiefe und einer 4m starken Sedimentschicht unter der Sohle bis zum Grundwasserstauer.

Anhand eines Rechenmodells in Anlehnung an DUPUY-FORCHHEIMER werden unter Variation der K-Werte vom Ufer, Deckschicht und Sediment die Infiltrationsraten von der Donau ins Grundwasser gerechnet. Der Austausch findet bei verschiedenen Formen von Ufer- und Sohldichtigkeiten durch das Ufer und/oder durch ufernahe Sohlschichten statt, nur bei sehr dichtem Ufer und dichter Sohle erstreckt er sich weiter in den Strom hinaus.

Die Variation der K-Werte in den Beispielsrechnungen beträgt 1mm/Sec., 1/10, 1/100, 1/1000mm/sec.

Bei sehr dichtem Uferbereich reduziert sich die Austauschmenge zwischen Strom und Grundwasserkörper wesentlich . Das Referat ergibt einen sehr wesentlichen Punkt in der gesamten Diskussion der Deckschichte, nämlich daß es im Austausch zwischen Strom und Grundwasser sehr wesentlich auf die Dichtigkeit im Bereich des Ufers und der ufernahen Sohle ankommt, und weniger auf die Dichtigkeit der Stromsohle, das heißt allenfalls der Deckschichte im Mittelbereich des Stromes.

In der nachfolgenden Diskussion wird angeregt, mit diesem Modell einige konkrete Donauprofile mit empirisch festgestellten K-Werten zu rechnen.

HARREITER, Grundwasserdynamik im Augebiet östlich von Wien
(Folie 32-47):

Der Referent legt in Kürze die Ergebnisse seiner Studie, die er im Auftrag der Nationalparkplanung Donau-Auen durchführte, dar (**HARREITER**, Dezember 1991). Er beleuchtet die steuernden Faktoren im Grundwasserhaushalt des Augebiets, vor allem den Zusammenhang von Grundwasserhaushalt und Bodenwasserhaushalt und auf welche Art und Weise dieser sich beschreiben.

Nach Darlegung der Daten der Untersuchung geht der Referent auf den Zusammenhang von Donau und Grundwasser anhand des Korrelationskoeffizienten und des Pegelweges ein, der zeigt, daß eine sehr starke Beeinflussung bis 500m, eine starke Beeinflussung bis rund 1000m vom Donau-Ufer stattfindet.

HARREITER erläutert dann im Detail die Spiegellagen dreier Zustände, nämlich eines Niederwasser-, Mittelwasser- und eines höheren Wasserstandes anhand dreier Profile. Profil 1:Hainburg, Profil 2:Eckartsau und Profil 3:Orth. Anhand des Vergleichs von Pegelganglinien, von Oberflächen- bzw. Grundwassermeßstellen wird der Einfluß im einzelnen dargelegt.

Zuletzt wird anhand des Modells DAGMAR dargelegt, wie weit sich eine Anhebung der mittleren Spiegellagen auf das Jahr 1956 (Szenario 2.1 des Nationalparkkonzepts) auf den Grundwasserkörper des Marchfeldes auswirken würde.

Thema: Besiedelung der Stromsohle und Konsequenzen einer Deckschichte

Aus terminlichen Gründen konnte weder **HUMPESCH**, noch **ANDERWALD** noch **PETTO** persönlich zu diesem Thema sprechen. Es stehen allerdings Auszüge aus den Dissertationen von Anderwald (August 1991), von **PETTO** (April 1991) sowie das Referat von HUMPESCH zum Makrozobentus der Stromsohle, das er in der Ökologiekommission gehalten hat zur Verfügung (siehe Literaturliste). Diese Unterlagen werden auf Wunsch den Gesprächsteilnehmern zugesandt.

WÖSENDORFER liest einige Passagen aus der Bewertung in diesen Arbeiten vor. Im wesentlichen handelt es sich um die Beprobung eines Profils bei Strom-km 2.005,5 (Unterloiben) im Zuge der Ökosystemstudie Altenwörth. Die dort empirisch erhobenen Daten sowohl der Struktur des Lebensraumes als auch der Hydrologie als auch der Artengemeinschaft wurde näher analysiert. Während sich **ANDERWALD** auf die Köcherfliegen bezieht, hat **PETTO** die gesamte Lebensgemeinschaft der Sohle in seine Überlegungen einbezogen. Es zeigt sich, daß in der Analyse die Umweltvariablen von insgesamt 14 gemessenen bzw. errechneten Variablen ohne wesentlichen Informationsverlust auf drei Variablen reduziert werden können. Es sind dies die mittlere Strömungsgeschwindikeit, der Median der Korngrößenverteilung und die niedrigste Themperatur eines Aufsammlungsintervalls.

Ähnlich bei **PETTO**: Er beschreibt die Struktur des Lebensraumes mit hydrologischen Variablen, flußmorphologischen Variablen und der Wassertemperatur. Die zu verschiedenen Zeitpunkten und jeweils an vier Punkten im Profil erhobene Artengemeinschaft des Donaugrundes wird in sechs Besiedelungstypen, das sind bestimmte Artengemeinschaften, gegliedert. Es ließ sich damit der Zusammenhang von Strukturtypen und Besiedelungstypen darstellen.

Im Referat von **HUMPESCH** sind die Artengemeinschaften anhand von vier Profilen, zwei davon im Wiener Bereich, zwei davon östlich von Wien, beschrieben. Auf Basis dieser empirischen Untersuchungen und Analysen wurde ein dynamisch analytisches Modell entwickelt, das prognostisch einsetzbar ist.

Laut telefonischer Auskunft von **HUMPESCH** läßt sich anhand dieser Unterlagen eine Prognose des Bodenlebens der Donau im Falle einer Deckschichtbildung durchführen. Voraussetzung ist allerdings

1. Eine noch genauere Analyse der bereits vorhandenen Daten östlich von Wien und

2. Die Herstellung einer örtlich begrenzten Grobgeschiebeschicht in den zwei bestehenden, bereits beprobten Profilen.

Diese Untersuchungen sollten im Zuge der weiteren Behandlung der Problematik durchgeführt werden.

KROUZECKY, Veränderungen der Grundwasserdynamik im Stauraum Greifenstein durch den Gießgang (Folie 48 bis 66).

Der Referent stellt kurz den Gießgang in seinen baulichen Gegebenheiten dar. Er hat anhand der Unterlagen der Österreichischen Donaukraftwerke AG der ersten fünf Betriebsjahre des Gießganges einige Analysen angestellt (**KROUCECKY**, 1989). Er zeigt die Veränderung von Grundwasserspiegellagen vor und nach dem Aufstau durch das Kraftwerk Greifenstein. Die mittleren Spiegellagend sind etwas angehoben, allerdings ist die Dynamik des Grundwassers weitgehend verloren gegangen.

In weiteren Ausführungen wird die Zahl der Hochwasserereignisse durch das Ansprechen der Flutmulde dargestellt. Zwischen 1984 und 1987 kam es insgesamt zu 27 Ausuferungen wobei das größte Ereignis im Jahr 1985 mit rund 200 bis 300m^3/sec. angegeben wird.

Die mittleren Grundwasserspiegellagen sind im Bereich entlang des linksufrigen Rückstaudammes um rund 80 bis 120cm angehoben. Im sonstigen Augebiet 40 bis 80cm. Nach Kraftwerkserrichtung haben sich auch die Flurabstände bei mittlerem Grundwasserstand verringert. Die Amplitudestreuungswerte der Grundwasser-spiegellagen wurden allerdings wesentlich reduziert gegenüber dem Zustand vor Kraftwerkserrichtung. Diese Änderungen wurden anhand von fünf Grundwassermeßprofilen auch anhand eines Vergleiches der Pegelwege dargestellt.

Insgesamt wurde das Ziel der Hebung bzw. Kontrolle der Grundwasserstände erreicht. Die beiden Ziele der regelmäßigen flächigen Überschwemmung und der für die Auenökologie maßgeblichen Grundwasserschwankungen im Aubereich wurden allerdings nicht erreicht.

JUNG, Empirische Befunde zu Problemen der Trinkwasserqualität entlang der österreichischen Donau (Folie 67 bis 99):

Der Referent weist einleitend auf die vielen Prozesse, die in unterschiedlichster Art und Weise auf die Qualität des Grundwassers einwirken.

Als erstes Beispiel werden die Verhältnisse des Wasseraustausches zwischen Strom und Grundwasser anhand umfangreicher Studien, die im Rhein angestellt wurden, dargestellt, wobei für fallende und steigende Wasserstände die Einzelkomponenten der Vorratsänderung des Grundwassers im Detail dargelegt wurde. Diese Ergebnisse zeigen eine Entsprechung zu den von Seebacher dargelegten Modellrechnungen und differenzieren diese Auslegungen weiter.

Fallbeispiel 1 sind die Untersuchungen des Instituts für Siedlungswasserbau über die Grundwasserverhältnisse im Bereich der Brunnen Goldwörth/Hagenau, der Stadtwerke Linz. Hier sind einige Jahre nach Einstau des Kraftwerkes Ottensheim-Wilhering Probleme mit Sauerstoff bzw. Eisen- und Manganausfällung aufgetreten.

Diese Verhältnisse, die sich allerdings in den drei untersuchten Brunnen zum Teil unterschiedlich darstellen, sind aller Voraussicht nach auf die Verlandung bzw. Verschlammung des Stauraumes im unteren Abschnitt zurückzuführen, wo bei dem Wasserdurchtritt durch die Dichtungsfenster Sauerstoff entzogen wurde.

Meßreihen aus den Jahren 1976 bis 1980 zeigen die Entwicklung dieses Phänomens anhand von Meßwerten zur Temparatur, Oxydierbarkeit, Sauerstoffgehalt, Nitrate, Amonium-, Eisen- und Mangangehalte. Die Jahresmittelwerte der Mangankonzentrationen sind in den Jahren 1980 bis 1990 in einem Brunnen weiterhin ansteigend während sich in einem zweiten Brunnen der Mangangehalt auf einem gewissen Niveau scheinbar stabilisiert hat.

Das zweite Fallbeispiel betrifft die Grundwassebrunnen der VOEST Linz in Linz. Hier sind ebenfalls nach Einstau des Donaukraftwerkes Abwinden/Asten Mangan- und Eisenkonzentrationen im gefördertn Nutzwasser für die VOEST aufgetreten, die die Kühlung beeinträchtigten. Weil es zu hohen Verkrustungen der Kühlrippen durch Eisen- und Mangangausscheidungen gekommen ist.

Auch hier werden verschiedene Güteparameter im Zeitverlauf von 1976 bis 1983 gezeigt. Kennzeichnend ist das mit Einstau beginnende Auftreten von Ammonium, Mangan und Eisen in einer Mehrzahl der untersuchten Brunnen.

Als Fallbeispiel 3 wird der Beitrag zur Untersuchung der Grundwassergüte für die Ökosystemstudie Donaustau dargestellt. Die Gruppe Hydrologie zeigte, wie vor allem im Nahbereich der Rückstaudämme ein ein starker Dynamikverlust des Grundwassers

aufgetreten ist. Dies wird anhand der Streuungen der Grundwasserstände und eines Vergleichs der Pegel-wege im Traisenprofil dargelegt. Es zeigte sich, daß in einigen Nahbereichen des Rückstaudammes der gelöste Sauerstoff auf weniger als 0,5mg/l zurückgeht. In weiten Bereichen des Augebietes beträgt der Sauerstoffgehalt 0,5 und 1,5mg/l.

Die Reduktion der Grundwasserdynamik ist offenbar mit einer Reduktion des gelösten Sauerstoffs verbunden. Anhand eines Brunnens in der Nähe des Kraftwerks Altenwörth wird in dem Zeitraum von 1976 bis 1985 ebenfalls der Anstieg von Leitfähigkeit Ammonium, Eisen gesamt, Mangan- und des Kaliumpermanganatverbrauches dargelegt. Diese Erhöhungen traten, wenn man von einem Einstau im Jahre 1976 ausgeht, rund fünf bis sechs Jahre nach Einstau auf.

Interessanterweise ist das derselbe Zeitraum, indem die Durchströmung der Dämme wesentlich abnimmt, und es allmählich zu einer Dichtigkeit, zur Auskleidung des Stauraumes durch Feinsedimente kommt.

Als 4. Fallbeispiel wird der Beitrag zur Grundwasserqualität für die Interdisziplinäre Studie der Donau östlich von Wien (ISD) dargelegt. Hier fanden im Dezember 1988 und im Jänner 1989 zwei Runden von Probnahmen in Probepunkten in Auen entlang der Fließstrecke statt.

Mit Einschränkungen aufgrund der geringen Probendichte und der nur zweimaligen Beprobung kann festgestellt werden, daß im Untersuchungszeitraum von 20 Probennahmen 13 eine niedrige Sauerstoffkonzentration des Grundwassers zeigten, die stellenweise erhöhte Konzentrationen an Ammonium, Eisen und Mangan zur Folge hatten. Als Ursache wird die hohe organische Belastung der Augewässer vermutet.

Es ist jedoch darauf hinzuweisen, daß sowohl zeitlich als auch örtlich es zu raschen und eng begrenzten Qualitätsunterschieden kommt, die aufgrund dieser Untersuchung nicht abgeschätzt werden können. Die Ergebnisse zeigen, daß Sauerstoffarmut bzw. das Auftreten von Eisen oder Mangan durchaus auch im Grundwasser natürlicher Auen vorkommen kann, daß dies jedoch als verbreitetes, zeitlich konstantes Phänomen hier noch nicht nachgewiesen wurde.

Als 5. und letztes Fallbeispiel werden die Ergebnisse der Untersuchungen im Grundwasser der drei Trinkwasserbrunnen Petronell am rechten Ufer dargestellt. Im Brunnen P2 konnten ebenfalls stark schwankenden Eisen- und Mangan- und Ammoniumgehalte in Verbindung mit stark schwankenden Sauerstoffgehalten festgestellt werden.

SCHIEL, Dotierung der Lobau, Entwurf der Betriebsordnung:

Der wasserwirtschaftliche Versuch zur Dotierung der Lobau hat am 22. Mai 1992 begonnen. Gemäß dem Wasserrechtsbescheid vom 23. Jänner 1991 sind eine ganze Reihe von Bedingungen und Auflagen vorgeschrieben. Diese werden durch den Referenten anhand des Bescheids dargestellt. Es handelt sich dabei um

1. die Dotation ist unverzüglich einzustellen, wenn und solange eines der folgend genannten Kriterien gegeben ist:

1.1. wenn die Magistratsabteilung 15 im Gänsehäuflbereich Ostufer aufgrund der mangelhaften Qualität des Wassers ein Badeverbot erhängt;

1.2. wenn die Magistratsabteilung 15 in der neuen Donau (obere Stauhaltung) aufgrund der mangelhaften Qualität des Wassers ein Badeverbot vergängt;

1.3. wenn der Gesamtphosphorgehalt des aus der neuen Donau entnommen Wassers - gemessen im Zuge der monatlichen Qualitätskontrolle - den in der alten Donau auf Höhe Kagranerbrücke gemessenen Meßwert übersteigt;

1.4. wenn das Rohwasser des Brunnens Markehäufel 1mg/l Eisen und/oder 0,5mg/l Mangan, 0,5mg/l Bor oder den Grenzwert für Summenkohlenwasserstoffe von 0,1mg/l erreicht;

1.5. wenn das Wasser aus den Sonden H + K im Vorfeld des Brunnens Markethäufl einen Wert von 0,2mg/l Summen Kohlenwasserstoffe und/oder den Wert von 0,5mg/l Bor erreicht; die genannten Sonden H + K sind monatlich eine Woche vor den durchzuführenden Schöpfprobe reinzupumpen.

2. Die Dotation ist unverzüglich einzustellen wenn bzw. solange folgende Kriterien aus hydrologischer Sicht gegeben sind:

2.1. wenn der Wasserstand in der alten Donau unter die Marke von 156,44m über Adria (176cm am Pegel Wien-Kagraner Brücke) sinkt;

2.2 Wenn der Wasserstand in der neuen Donau (Obere Stauhaltung) unter die Marke von 157,20m über Adria sinkt;

2.3. Wenn der Wasserstand im Tischwasser die Marke von 153,55m über Adria (Marke 162cm am Pegel P 19) überschreitet;

2.4. Wenn der Wasserstand der neuen Donau die Marke 157,40m über Adria und gleichzeitig der Wasserstand der Donau für einen Zeitraum von länger als eine Woche den Wasserstand MW 85 (laut KWD 85) unterschreiten.

3. Die Oberflächengewässer im Bereich der Dotation sind im Zuge der wöchentlichen hydrologischen Messungen im Hinblick auf Schadstoffunfälle augenscheinlich zu überwachen. Das Ergebnis dieser Überwachungen ins protokollarisch festzuhalten (Zitat Ende).

Dieser wasserwirtschaftliche Versuch ist mit 31. Dezember 1995 befristet. Zu diesem Zweck werden aus der oberen Stauhaltung der neuen Donau in die alte Donau und von dieser in das Mühlwasser bis zu 500l/sec. eingeleitet. Ziel dieses Versuches ist es

a) Feststellung der qualitativen Auswirkungen auf Oberflächen- und Grundwasser im Abflußbereich,

b) Feststellen der Reichweite der Dotation in den Oberflächengewässern und im Grundwasserfeld,

c) Feststellung der Auswirkung auf die Grundwasserströmungs-verhältnisse.

LEINER, Trinkwassergewinnung und Trinkwasserqualität in der Lobau

LEINER berichtet kurz, wie es zu den Genehmigungen der einzelnen Brunnen in der Lobau gekommen ist. Nach dem Ausbau 1965 bis 1975 kam es zu einer raschen Auslastung der Lobaubrunnen und zwar war die Förderung bis zu einer maximalen Ergiebigkeit von durchschnittlich 75.000m³/Tag. Es handelt sich um fast nur klassisches Uferfiltrat von der Donau her.

1965 bis 1975 ist es also zu 80% sozusagen als Grundlastwerk gefahren worden. Ab 1972 kam eine abnehmende Verbrauchstendenz. Der Verbrauch fiel von 500.000m³/Tag auf 400.000m³/Tag (bis 1984).

Scheinbar hat die Tarifänderung zu wesentlichen Einsparungen in der Industrie geführt, während aufgrund eines leicht steigenden Haushaltverbrauches und leicht steigender Bevölkerungszahlen seit 1984 ein geringfügiger Anstieg der Nachfrage zu vermerken ist. Derzeit sind die Lobaubrunnen als Spitzendeckungswerk zu bezeichnen und zwar für die Zeiten der Revision der Hochquellenwasserleitung 1 und der Hochquellenwasserleitung 2, wobei das jeweils eine Woche Revisionszeit ist.

Man kann daher derzeit mit rund 30 bis 40 Betriebstagen im Jahr in der Lobau rechnen. Bis ins Jahr 2010 wird mit einem Anstieg von heute 400.000 auf dann 440.000m³ Tagesverbrauch gerechnet. Die Lobaubrunnen sind auch interessant als Ersatzbrunnen für den Fall von Katastrophen. Das Beispiel Tschernobyl hat gezeigt, daß es wichtig ist, eine Risikostreuung zwischen Karstwässern und Grundwasser parat zu haben. Es soll zumindest die Substitution einer Hochquellenwasserleitung als Reservehaltung gegeben sein, das sind rund 50% Reserve, wie auch in anderen Großstädten.

Die Speicherkapazität für Trinkwasser liegt in Wien bei rund 600.000m³, das ist praktisch der Verbrauch von einem bis eineinhalb Tage als Speicherkapazität. In der Betrachtungsweise des Trinkwasserproblem in Wien kann man vier Phasen unterscheiden:

In der Phase 1 war die Betrachtung der Bakteriologie vorherrschend; Kennzahlen im Trinkwassers, die Abwehr des Hochwasser im Einzugsbereich der Brunnen.

In der Phase 2 Intensivierung der Grundwassernutzung der Lobau wurden Aufstauversuche in den Lobaugewässern gemacht, weil die Dotierung auf sich warten ließ. Es zeigte sich allerdings, daß kaum mehr Wasser zur Gewinnung zur Verfügung stand, obwohl der Aufstau relativ lange blieb.

In der Phase 3 führten Ölprobleme, Unfälle im Werksgelände vom OEMV oder RAG dazu, daß aus Sicherheitsgründen eine Sperrbrunnenkette westlich des Donau-Oder-Kanals in der Lobau errichtet wurde. Die Sperrwirkung wird derzeit seit zwei Monaten beprobt es werden derzeit 210 Sekundenliter in den Ölhafen hinausgepumpt und man glaubt, daß mit 160 Sekundenliter die Sperrwirkung voll sein müßte.

Die Phase 4 ist nun die beginnende Dotierung der Lobau (wie im Referat SCHIEL bereits beschrieben). Zur Trinkwasserqualität läßt sich abseits von allen Detailuntersuchungen sagen, daß im Brunnen Markethäufel in der Oberen Lobau eine Aufbereitung erforderlich ist, weil hier die Eisen- und Manganprobleme zum Tragen kommen. Solche Probleme gibt es im Bereich der Unteren Lobau nur punktuell und zeitweise beim Brunnen Schüttelau 2.

Insgesamt ist zu sagen, daß der Sauerstoffgehalt mit 1 - 2mg/l relativ geringfügig ist. Die organische Belastung ist gering. Vor kurzem wurde ein Donau-Vorwarnsystem, eine Frühwarnstation auf Kohlenwasserstoffe, an der westlichen Stadtgrenze an der Donau errichtet.

Dynamik und biologische Prozesse im Grundwasser:

Aus terminlichen Gründen konnte weder DANIELOPOL noch POSPISCHIL dieses Referat abhalten. JUNG bringt drei Aufsätze der beiden Herren zur Kenntnis. Es handelt sich dabei um Vorschläge für den Schutz der Grundwasserfauna im geplanten Nationalpark Donau-Auen, um eine vergleichende Untersuchung der Grundwasserfauna in Rhone, Rhein und Donau und einen Projektsbericht über die Erforschung der Grundwasserfauna in der Wiener Lobau, die von DANIELOPOL und POSPISCHIL durchgeführt wird.

Die Aufsätze wurden kopiert und an die Teilnehmer der Besprechung verteilt.

DISKUSSION UND ABSCHLUSS:

KAUPA macht eine kurze Zusammenfassung der besprochenen Themen und bezieht sich auf die Aspekte, die zum Teil durch dieses Expertengespräch zum ersten Mal in der Vordergrund gekommen sind. Es wird angeregt, da auch bei den Limnologen, die aus terminliche Gründen diesmal nicht dabei sein konnten der Wunsch besteht, zum Themenschwerpunkt Grundwasserfauna und Fauna der Donau bzw. des Sohlgrundes der Donau ein gesondertes Expertengespräch im Herbst abzuhalten. Die Anwesenden bekunden ihr Interesse, auch hier dabei zu sein.

Weiters kündigt **KAUPA** für die erste Septemberhälfte an, daß ein Expertenkreis zur begleitenden Begutachtung der Modellversuche zur Deckschichtbildung durch Grobgeschiebezugabe geben wird. Dabei soll geklärt werden, welche Fragen mittels Modellversuche beantwortet werden können und wie solche Modellversuche im Detail aufgebaut sein müssen.

Schließung des Expertengespräches um 15.00 Uhr.

Beilage: Teilnehmerliste

Kopien der verwendeten Folien werden auf Wunsch den Teilnehmern zugesandt.

Protokoll: H. WÖSENDORFER

Nationalpark Donau-Auen

Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal

Franz Mair-Straße 47, 2232 Deutsch-Wagram
Tel. 02247/4570/2031, Fax 4570/2033

Pressekonferenz am 24.06.1993, 10.00 Uhr, im Café Landtmann

LAbg. Monika LUGMAYR (Vorsitzende des Nationalpark-Forums)
Abg.z.NR Friedrich SVIHALEK (Vorsitzender-Stv. des Nationalpark-Forums)

NATIONALPARK-FORUM ALS BÜRGERVERTRETUNG SPRICHT SICH FÜR DAS VORGELEGTE NATIONALPARKKONZEPT AUS UND SCHLÄGT SEINE SCHRITTWEISE VERWIRKLICHUNG VOR.

In der 5. Sitzung des Nationalpark-Forums, dem gesetzlich eingerichteten Gremium zur Vertretung der betroffenen Bevölkerung, am 16. Juni 1993 wurde das vorliegende Nationalparkkonzept für vollständig erachtet. Alle für die politische Entscheidung erforderlichen Bereiche wurden ausreichend behandelt.

Unbeschadet einzelner grundsätzlich negativer Stellungnahmen zu einem Nationalpark sollen unumstrittene Maßnahmen aus dem Konzept so rasch als möglich verwirklicht werden.

Flußbau-Konzept rasch in Angriff nehmen!

An der Spitze der vorgeschlagenen Prioritätenliste sollen Projekte stehen, die Wasser in die Au bringen.

Von allen Forumsmitgliedern wurde einstimmig das Bekenntnis zum vorliegenden flußbaulichen Gesamtkonzept im Rahmen der Nationalparkplanung abgegeben.

Dieses Flußbau-Konzept sieht in mehreren Schritten eine wesentliche Verbesserung der Versorgung des Auwaldes mit Wasser sowie die dringend notwendige Stabilisierung der Donausohle vor.

Als ebenso wichtige wasserbautechnische Maßnahme erachtet das Nationalpark-Forum die rasche Dotierung des Fadenbaches am Nordufer der Donau.

Zur Kraftwerksfrage wurde auf das Ergebnis der Planungsgruppe Auenökologie verwiesen. Ein nationalparkverträgliches Kraftwerk sei demgemäß kaum vorstellbar. Jedenfalls liege kein derartiges Projekt vor.

Nationalpark schrittweise verwirklichen:

Um den Beweis der Realisierungsmöglichkeit des Flußbau-Konzeptes antreten zu können, um zu zeigen, daß der Wald auch ohne gewaltsame Eingriffe des Menschen gedeihen kann und um vertrauensbildende Maßnahmen durchführen zu können wird gefordert, daß bereits jetzt, auch ohne den Titel "Nationalpark" und ohne Nationalparkgesetz, erste Maßnahmen aus dem vorliegenden Nationalparkkonzept realisiert werden.

Alle Politiker werden darüber hinaus aufgerufen, sich aktiv und eindeutig für die rasche Realisierung des Nationalparks auszusprechen, da ein dringender Entscheidungs- und Handlungsbedarf bestehe.

Ziele für die Übergangsphase bis zur endgültigen Entscheidung über den Nationalpark Donau-Auen:

- erste Maßnahmen zur Flächensicherung, um eine Verschlechterung der Natursubstanz jedenfalls zu vermeiden;
- Sammlung von Erfahrungen durch die schrittweise Realisierung bzw. Erprobung des Konzepts (Organisation, Kosten, naturräumliche Maßnahmen, Besucherlenkung);
- Vertrauen bilden in der örtlichen Bevölkerung (Sachvorschläge verbreiten, Ängste nehmen und Gerüchte ausräumen).

Maßnahmen und Forderungen:

Konsens bestand zwischen folgenden Maßnahmen bzw. Forderungen:

<u>Bürgerinformation und -beteiligung:</u>

- Die Bürgerbeteiligung soll während der Umsetzungssphase weiterhin durch das Nationalpark-Forum durchgeführt werden.
- Objektive Information der Bevölkerung und aller Betroffenen über das Nationalparkkonzept soll Vertrauen schaffen und Ängste und Gerüchte ausräumen.
- Die Mitglieder des Nationalpark-Forums, die regionalen Politiker und Meinungsführer sind aufgerufen, sich an dieser Aufgabe zu beteiligen.
- In der gegenwärtigen Situation wird empfohlen, von Volksbefragungen und ähnlichen Aktionen Abstand zu nehmen.

Konzeptumsetzung:

- Inangriffnahme des Flußbau-Konzepts und Mitbetreuung der Vorbereitungsarbeiten zur Sohlstabilisierung durch die Nationalparkplanung;

- Entlassung der Österreichischen Bundesforste aus dem Auftrag zur wirtschaftlichen Optimierung im Auwald und Beginn der Verwirklichung nationalparkkonformer Waldbewirtschaftung;

- keine Einschränkungen für die Landwirtschaft und Sicherung von Tauschangeboten für im Nationalparkgebiet befindliche landwirtschaftlich genutzte Flächen;

- keine Enteignung privater Grundeigentümer;

- voller Ausgleich bei wirtschaftlichen Nachteilen;

- unentgeltlicher Zutritt für die Bevölkerung;

- Einrichtung erster attraktiver Angebote für Besucher sowie Umsetzung einer effizienten Besucherlenkung, um Belastungen durch Tourismus von vornherein zu vermeiden.

Mit der Durchführung dieser Arbeiten bzw. ihrer Betreuung soll die Nationalparkplanung der Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal beauftragt werden. Sie ist auch an allen Verfahren und Planungen zu beteiligen bzw. dabei anzuhören, soweit sie auf den späteren Nationalpark Auswirkungen haben können.

ZUERST SINNVOLLE MAßNAHMEN VERWIRKLICHEN - NATIONALPARK ALS ZIEL

REPUBLIK ÖSTERREICH
Bundesministerium für Umwelt

SEKTION I

Gruppe I/C

A-1031 Wien, Reisnerstraße 4

Telefon: (0222) 71 781-0
Durchwahl: 110
Telefax Nr.: 71 781-235
DVR: 0441473
Sachbearbeiter: Sigmund

BLAUE REIHE
des Bundesministeriums für Umwelt, Jugend und Familie
" Gewässer als Lebensräume "

Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir freuen uns, Ihnen nach der "Grünen Reihe" nunmehr eine weitere Publikation unseres Ressorts vorstellen zu können, die **"Blaue Reihe"**, in deren Rahmen ausgewählte Studien einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden sollen, die vom Bundesministerium für Umwelt in Auftrag gegeben worden sind.

Die **Blaue Reihe** führt den Untertitel **"Gewässer als Lebensräume"**. Es ist damit ein über das Gewässer selbst hinausgehender Umweltschutzgedanken angesprochen. Dem Grundsatz des "holistic approach" folgend, soll nicht nur das Gewässer selbst , sondern der gesamte vom Gewässer mitbestimmte; über dieses hinausreichende Lebensraum, betrachtet werden.

Folgende Bände sind ab sofort erhältlich:

Band 1:
"Ausweisung naturnaher Fließgewässerabschnitte in Österreich, Vorstudie" (ÖS 190.-)
Institut für Wasservorsorge, Gewässergüte und Fischereiwirtschaft; Abteilung Hydrobiologie, Fischereiwirtschaft und Aquakultur (Vorstand: Univ.Prof.Dr.M. Jungwirth) / Institut für Landschaftsgestaltung (Vorstand: Univ.Prof. Dipl.Ing. H. Schacht)

Band 2:
"Bestimmung der ökologischen Wertigkeit von Fließgewässern in Österreich nach dem Algenaufwuchs" (ÖS 90.-)
Universität Innsbruck, Institut für Botanik, Arbeitsgruppe Hydrobotanik, Ass.Prof. Dr. Eugen Rott

Band 3:
"Ökoprojekt Lainsitz und Nebengewässer" (ÖS 140.-)
Ökologische Station Waldviertel des Institutes an der Akademie für Umwelt und Energie; Projektleitung: Dr. Günther Schlott

Sämtliche Bände können von der Druckerei Riegelnik, Piaristengasse 19, A-1080 Wien gegen schriftliche Bestellung (Telefax: 0222/402 5956) zugesandt werden.

Der Leiter der Gruppe I/C
Dipl.Ing. Wolfgang Mattes

